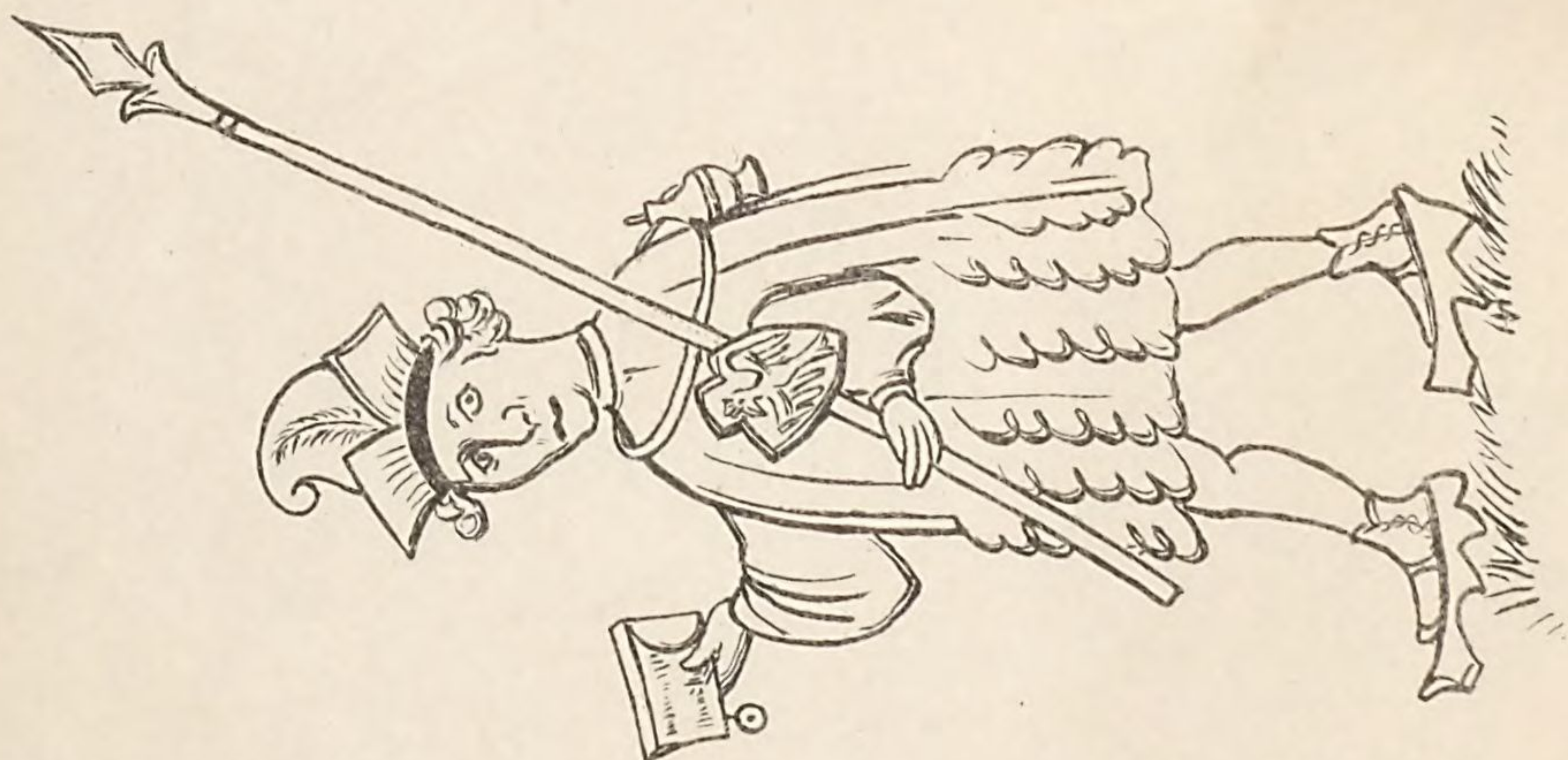
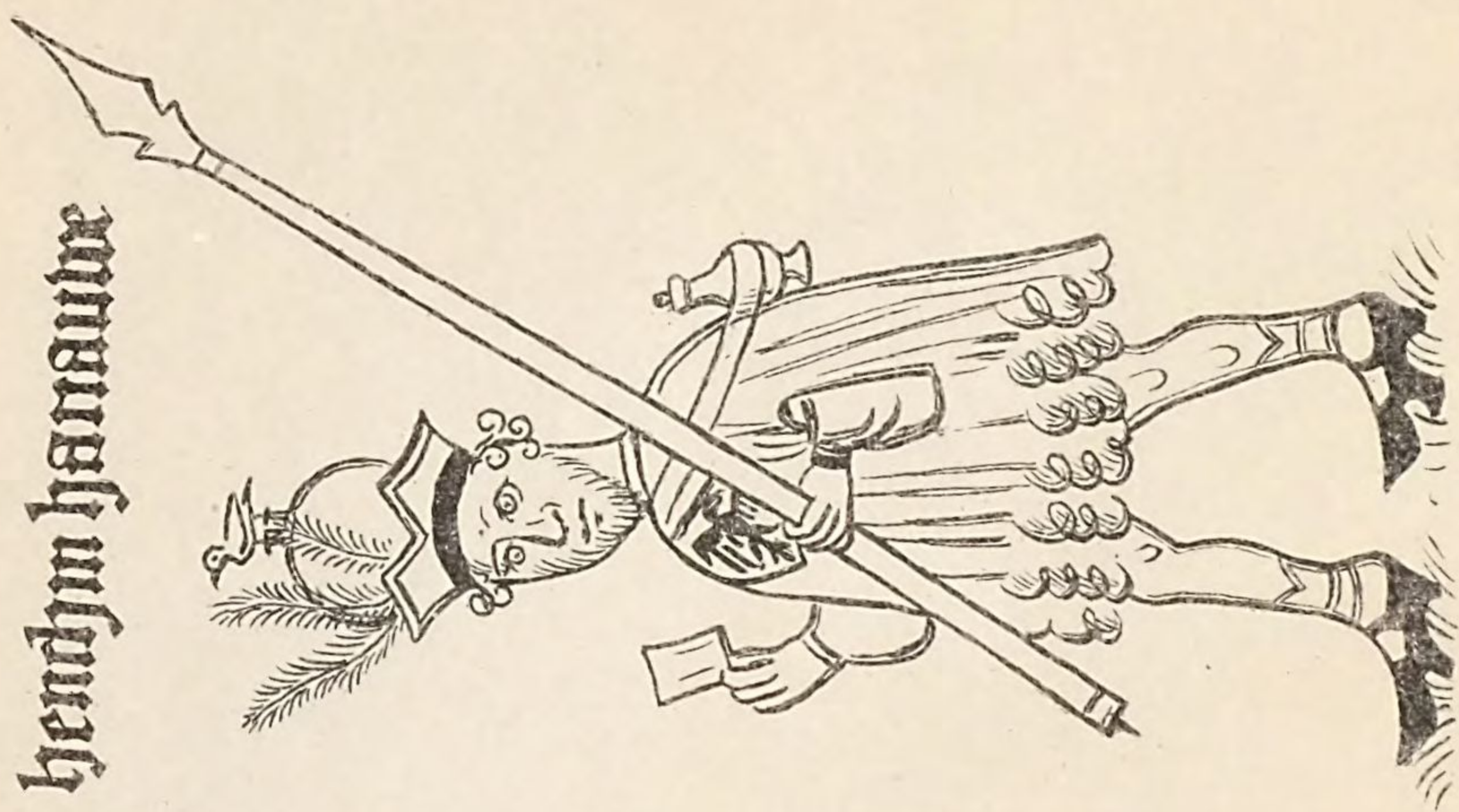


хитрый и лукавый



ARCHIV
FÜR
FRANKFURTS GESCHICHTE
UND
KUNST.

Neue Folge.

H e r a u s g e g e b e n

von dem

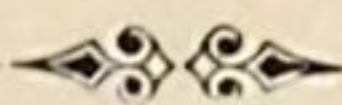
Vereine für Geschichte und Alterthumskunde

zu

Frankfurt am Main.

Zehnter Band.

Mit Abbildungen.



FRANKFURT A. M.
K. TH. VÖLCKER'S VERLAG.
1883.

Jenn. 19⁰

N.F. 10.11



Druckerei von August Osterrieth in Frankfurt a. M.

61

h

GESCHICHTE
DER
POST IN FRANKFURT A. M.

NACH ARCHIVALISCHEN QUELLEN

BEARBEITET VON

B. FAULHABER,
POSTSECRETÄR.

MIT ABBILDUNGEN.



RECEIVED

POST BY FRANKLIN A. M.

RECEIVED BY THE OFFICE OF THE

RECEIVED BY

VORWORT.

Die ehrenvolle Stellung, welche Frankfurt unter den freien deutschen Reichsstädten einnahm, die pomphaften Kaiserkrönungen, der lebhafte Verkehr der weltberühmten Messen, die günstige Lage der Stadt im Herzen Deutschlands an schiffbarem Strom — dieses Alles musste früh in Frankfurt eine Frucht zeitigen, welche die treue und unentbehrliche Dienerin unseres modernen Culturlebens mit Recht genannt wird, nämlich das Postwesen.

In der lehrreichen Geschichte der altehrwürdigen Reichsstadt Belehrung suchend fand ich, dass die Geschichte der Post in Frankfurt von ihrer Entstehung an über die einzelnen Stufen der Vervollkommnung bis zu ihrer jetzigen fertigen Gestalt wohl werth sei, Beachtung auch über die Grenzen der postalischen Fachwelt hinaus zu verdienen. Wenn ich es daher wage, eine Geschichte der Post in Frankfurt hiermit der Oeffentlichkeit zu übergeben, so bitte ich die Bewohner Frankfurts, diese Arbeit als einen Beitrag zur Kenntniss ihrer schönen Stadt, sowie die Freunde der Geschichte jene als einen weiteren Baustein zu einer noch fehlenden Entwicklungsgeschichte des gesammten Postwesens in Deutschland betrachten zu wollen.

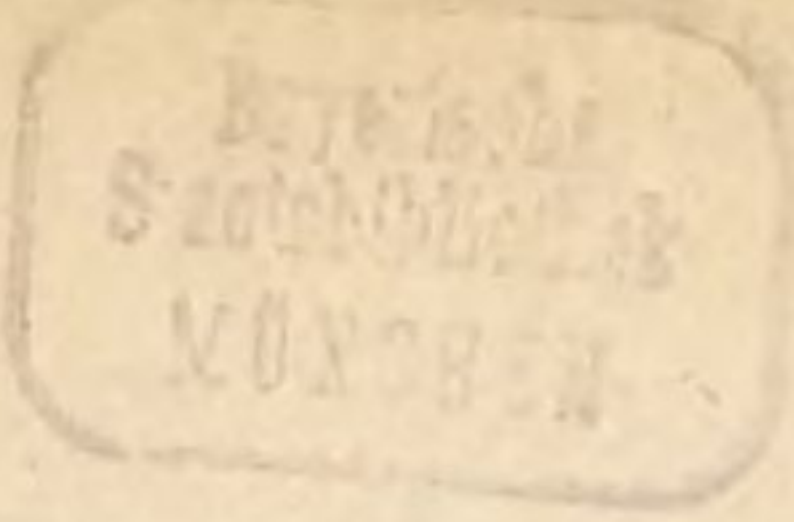
Mein aufrichtigster Dank gebührt den Herren, welche bewusst oder unbewusst mir zu dieser Arbeit ihre Unterstützung angedeihen liessen. Namentlich danke ich dem

Herrn Stadtbibliothekar Dr. Haueisen für die bereitwillige Ueberlassung von Büchern unserer Stadtbibliothek, dem Herrn Dr. Kelchner für die mir freundlichst erwiesenen Leistungen und dem Herrn Dr. Froning für das rege Interesse, welches er meiner Arbeit entgegenbrachte, sowie für seine mühevollen aber jederzeit bereitwilligen und freundlichen Gefälligkeiten. Ganz besonders aber habe ich den tiefsten Dank abzustatten dem Herrn Stadtarchivar Dr. Grotefend für das überaus lebenswürdige und vertrauensvolle Entgegenkommen sowie für die kräftige Unterstützung mit Rath und That, die er dieser meiner Erstlingsarbeit zu Theil werden liess.

Den freundlichen Leser aber bitte ich die Mängel und Schwächen der Arbeit milde beurtheilen zu wollen und die Kritik nicht allzu scharf zu üben.

Frankfurt am Main, im October 1882.

Faulhaber.



INHALT.

- I. Das städtische Botenwesen. Seite 1.
 - II. Erste Versuche der Freiherren von Taxis, ein Postamt in Frankfurt a. M. einzurichten. 1579—1615. Seite 13.
 - III. Der Postmeister Johann von den Birghden. 1615—1645. S. 30.
 - IV. Die Oberpostamtszeitung. 1617—1866. Seite 60.
 - V. Die kölnische Post auf dem Kornmarkt. 1632—1749. Seite 68.
 - VI. Die hessen-casselsche Post im Hainerhof. 1658—1808. Seite 87.
 - VII. Die Posten im 18. Jahrhundert. Nebenposten. Fürst Taxis in Frankfurt. Rechtsstreit der Stadt mit dem Fürsten. Seite 105.
 - VIII. Der Postenlauf und das Postwesen in Frankfurt zu Anfang, Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts.
 - IX. Die Post in Frankfurt unter französischer Fremdherrschaft. 1806 bis 1813. Seite 173.
 - X. Neuere Zeit. 1815—1866. Seite 190.
 - XI. Das rothe Haus. (Jetziges Postgebäude.) Seite 222.
 - XII. Urkunden. Seite 240.
 - XIII. Namen-, Orts- und Sach-Register zum Texte. Seite 249.
- 

I.

Das städtische Botenwesen.

Wenn man unter dem modernen Begriff einer Post ein Mittel zur Beförderung von Nachrichten und Sachen zu festbestimmten Zeiten und zwischen festbestimmten Orten versteht, so lässt sich die Zeit der Entstehung solcher Posten in unserm deutschen Vaterland mit einiger Genauigkeit feststellen und deren Entwicklung und Geschichte verfolgen. Viele Jahrhunderte später als die Posten der Culturvölker im Alterthum, als z. B. der *cursus publicus* der Römer, bildeten sich erst in Deutschland Posten. Aber wie jene, so verdanken auch diese ihr Entstehen zunächst dynastischen und administrativen Interessen. So war die Post der Freiherren von Taxis, von Wien nach Brüssel (1516), bedingt durch das Bedürfniss des deutschen Kaisers nach und aus den Niederlanden in bestimmten Zeiträumen Befehle zu versenden und Nachrichten zu erhalten, und so vermittelten die später eingerichteten Posten der Landgrafen von Hessen, der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, der Herzöge von Braunschweig u. A. zunächst lediglich den Verkehr der Landesherren unter sich und mit ihren Behörden und beförderten erst nach und nach aus finanziellen Interessen den merkantilen und literarischen Briefwechsel der Unterthanen.

Abweichend hiervon und eigenartig in ihrer Entwicklung war das Postwesen der freien Reichsstädte. Wohl war auch hier das communale Interesse zunächst massgebend, und Bürgermeister und Rath bedienten sich vorzugsweise der »geschworenen Boten«, aber bald bemächtigte sich der Handelsstand dieses Botenwesens, machte es seinen Bedürfnissen dienstbar und vervollkommnete es, indem er es dem Pulsschlag des Handels und Verkehrs anpasste.

Leicht und sicher wurde im Mittelalter der Verkehr der Bewohner Frankfurts mit der Aussenwelt durch die weltberühmten Messen vermittelt. Bei dem Zusammenfluss von Kaufleuten aus ganz Europa (z. B. aus Löwen, Brüssel, Mecheln, Antorf (Antwerpen), aus

Venedig und Mailand, aus Polen und Riga, aus Zürich, aus Lyon u. a. O.) wurden Waaren vertauscht, vermittelt, gekauft und verkauft. Leicht geschah das Ueberbringen und Versenden von Waaren, Briefen und Geldern durch die Regelmässigkeit des Zu- und Abzugs der Kaufleute und sicher durch den Schutz des bewaffneten Geleites, welches solchen Handels-caravanen beigegeben wurde. *) Ferner bot die Wasserstrasse des Mainstroms einen bequemen Verkehrsweg. Namentlich waren es sog. Marktschiffe nach Mainz und dem Rhein und aufwärts nach Offenbach, Hanau und Aschaffenburg, welche Briefe, Waaren, Personen etc. beförderten und erst vor wenigen Decennien dem Eisenbahnverkehr weichen mussten. Ein drittes Beförderungsmittel nach Auswärts zunächst für Briefe und mündliche Aufträge war das städtische Botenwesen.

Boten gab es schon 1385; wenigstens sind von diesem Jahre an sog. Botenbücher der Bürgermeister vorhanden, in denen gewissenhaft die Botenlöhne verzeichnet sind. Eine Abbildung des Boten Hennchen Hanauwe nach einem auf dem Botenbuche des Frankfurter Stadtarchivs vom Jahre 1435 befindlichen Conterfei ist wohl der Vervielfältigung werth und deshalb hier beigelegt. Auf der Brust trägt Hennchen Hanauwe das Schild mit dem Frankfurter Adler, auf dem Rücken die Botenbüchse, in der rechten Hand einen Brief und in der linken einen Spiess. Mit Kleidung, Schild, Büchse und Spiess wurden die Boten aus städtischen Kosten versehen; so wurde im Jahre 1494 bei Rath beschlossen: »Item den Stadtbotten Kleidung geben wie von Alters.« Christoph Weigel sagt in seinen »Abbildungen derer gemeinnützlichen Hauptstände« S. VI num. 4 pag. 160 über die Boten:

»Zum Zeichen ihrer Reichsfreiheiten, dass sie auf den Strassen unangetastet bleiben sollen, haben sie gemeiniglich auf der linken Brust ein zierlich gemachtes und mit dem

*) Von einer solchen Caravane zur Messe ziehender Kaufleute liess sich Ulrich von Hutten in Mainz im J. 1519 seine Effecten aus Leipzig mitbringen. Ulrich von Hutten schreibt »in Eile« an seinen Freund Arnold Glauburger in Frankfurt:

»Aus Sachsen hat mir Stromer (kurmainzischer Leibarzt) geschrieben, dass meine Sachen, Bücher und Kleider, die nächste Messe nach Frankfurt kommen würden; dessen ersuche ich dich, wollest du dich annehmen, und täglich bei den Zöllnern anfragen, ob sie angekommen sind. Es ist aber ein Pack Bücher, nach italienischer Weise verpackt und verschnürt, und noch eine Lade, welche Bücher und Kleider enthält. Wenn du erfahren hast, dass sie dort eingetroffen sind, so sende so schnell als möglich einen Boten an mich u. s. w.«

(Böcking, »Ulrich von Huttens Werke« I, 255 No. 115.)

Wappen ihrer Landesherrschaft bezeichnetes Schildlein hangen. Die Boten aber, so zu Fuss gehen, sind insgemein noch über dieses Zeichen mit einem Spiess versehen und bewaffnet, damit sie vermittelst desselben sowohl den Anfall der Hunde in Städten und Dörfern, die sie passiren, von sich abwehren, oder auch über Gräben desto füglicher fortkommen können.«

Als Aufenthaltsort diene den Boten das Leinwandhaus (jetzt Sitz der Schwurgerichte) und der rothe Hof (an Stelle der jetzigen Rothhofstrasse). Dass nicht nur Bürgermeister und Rath die Boten verschickten, sondern auch jedweder Bürger ihnen Aufträge geben durfte, erhellt aus einem Rathsbeschluss von 1476:

»Item an welchem Botten der gang ist, der soll uff die Bürgermeister und Schreiber warten, vnd wann ein Bürgermeister ein Bürger ein Botten leihet, vnd den heisset der Bürger gehen, umb sein Lohn, das soll der thun.«

Die Boten waren ferner verbürgerte Einwohner und durften in ihrer freien Zeit ihrem bürgerlichen Handwerk nachgehen. Im Jahre 1484 wurde beschlossen:

»Item den Botten gönnen Schröter zu seyn, also an welchem die Woch, der soll der Bürgermeister und dess Rathhauss warthen.«

Ferner geschah die Einstellung von Bürgern in den Botendienst auf ausdrückliche Genehmigung des Magistrats, z. B. 1488:

»Item Christian Steube, der ein gerichtspott gewesst vndt nun zu einem Stattbotten vffgenommen ist, umb dess Schultheissen bitt willen das Kleid geben,«

und man vereidigte die Boten und versah sie mit Patenten. Der Wortlaut eines solchen vom 4. October 1519 soll hier seinen Platz finden:

»Wir der Rath zu Franckenfurt an dem Mayn gelegen, thun kunt allermenniglich, von was Würdens, Stands oder Wesens die seyn; dem dieser vnser Brieff angezeigt oder verlesen wird, dass wir diesen gegenwertigen Jacob Bedern, zu einem vnserm des Raths u. Stadt Franckenfurt gelobten u. geschworenen Botten vffgenommen, denselben zu Anzeige mit vnser Stadt Wappen u. Botten-Büxschen versehen, u. vnser Bottschafft zu werben befohlen haben, bitten darumb gütlichs Fleiss, denselben Jacob Bedern, vmb unsern willen, Fürschub u. Fürdernuss zu beweisen u. zu seinem zimlichen Fürnemen vngehindert zu lassen, des wollen wir vmb einen jeden nach der Gebühr in gleichen u. meren mit Fleiss zu verdienen u.

zu erkennen geneigt erfunden werden, des zur Urkund han wir der ergenanten Stadt Franckfurt clein Insiegel zurücke an diessen Brieff thun drucken.«

Datum feria tertia in die Francisci Confessoris.

Anno Domini Millesimo quingentesimo decimo nono.«

Ein fast gleichlautendes Patent für den Boten Heinrich Becker vom Jahre 1542 befindet sich, ebenso wie obiges, in den Postacten des Frankfurter Stadtarchivs.

Die Besoldung richtete sich nach der Anzahl der Meilen, welche die Boten zurücklegten, sowie nach dem Aufenthalt, den dieselben auswärts hatten (sog. Stillliegen). In den Jahren 1385 bis 1435 zahlte man den Boten für Gänge nach Bonames und Nied je 1, nach Cronberg, Hanau, Windecken, Königstein und Steinheim je 2, nach Friedberg, Lindheim und Seligenstadt je 3, nach Butzbach, Babenhausen und Dieburg je 4, nach Oppenheim, Mainz und Aschaffenburg je 5, nach Gelnhausen und Büdingen je 6, nach Laubach 7, Braunfels 8, nach Bingen oder Worms je 9, nach Siegen, Treysa und Brückenu je 12, nach Speier und Corbach je 15, nach Graben in Baden 17, nach Coblenz 18, nach Cöln 30 Schillinge u. s. f. (1 Schilling = 9 Heller). Für Beförderung eines Boten mit Briefen zu Schiff nach Mainz, Rüdesheim und Oppenheim wurden je 6 Heller, nach Aschaffenburg 1 Schilling gezahlt. Das Stillliegengeld betrug für je einen Tag 1½ Schillinge. Botengänge, welche des Nachts ausgeführt wurden und solche, welche besondere Eile erforderten, wurden höher bezahlt als gewöhnliche. Für solche Botengänge in der Nachtzeit wurden z. B. gezahlt im Jahre 1415 3 Schilling nach Hanau (statt deren 2 bei Tag) und 8 Schilling nach Eltville und Wiesbaden, als der Bote »4 Meilen bei Nacht lief.« Einem Boten mit Briefen nach Constanz, wo das Concil tagte, wurde in demselben Jahre 3 Gulden Botenlohn, sowie 20 Heller 2 Tage »still zu liegen« gezahlt, einem anderen nach Maastricht im Jahre 1435 2 Pfund 4 Schilling, einem dritten mit Briefen an den Kaiser 9 Gulden nach Wien, Pressburg und Brünn u. s. w. Noch im Jahre 1544 finden sich verausgabt 12 Schillinge an »Hanssen Peiverlin, so hinauf ghen Speir gelauffen, als der lauf nit an Ime gewesen ist und die nacht darzu gebraucht hat.« (Damals wurde in Speier der Reichstag abgehalten.)

Solche Bezahlung reichte oft nicht aus, um die leiblichen Bedürfnisse der Boten unterwegs zu befriedigen. So machte z. B. im J. 1542 die Wirthin zur Kanne in Arheilgen bei Darmstadt »Maria Baltaser Philipps verlassene Wittib« dem Rath eine Rechnung von 6 Gulden 11½ Batzen, »welche verzehrt haben vor Habern und Heu

und Stallgeld Frantz und Georg mit beiden Ross« und welcher Betrag »auf die Kerben geschnitten« worden sei. Im Anfang des 16. Jahrhunderts bestanden die Vergütungssätze in 12 Hellern »vor die Meil zu lauffen« und in »1 Turnos still zuliegen«. (Turnos = eine Silbermünze im Werth von 20 Hellern, welche von der Stadt Tours in Frankreich seinen Namen hatte.) Unzufrieden mit dieser Bezahlung baten die Boten im Jahre 1503 den Rath um Erhöhung dieser Vergütungen. Sie wurden jedoch »feria quinta post divis. Apost.« abschläglich beschieden: »Als die Stadtbotten schreiben und sich beklagen kleines Verdienstes: Jhnen sagen, sich bey alter Gewohnheit halten, nemlich von der Meil 12 Heller zu lauffen und 1 Thornes vor einen Tag still zu liegen, nehmen.« Die ersehnte Gehaltserhöhung liess lange auf sich warten. Erst 48 Jahre später, am Donnerstag 9. Juli 1551: »Wird des Raths lauffenden Botten der Lohn gesetzt, dass sie von der Meil, sie sey nah oder ferne, 2 Albus und des Tags, wann sie still liegen, 3 Schilling Heller haben sollen.« Es wurde also das Meilengeld von 12 auf 16 und das Stillliegendengeld von 20 auf 27 Heller erhöht. Hiermit waren die Boten jedoch noch keineswegs zufrieden, denn im Jahre 1558, »als die Botten angesucht und gebetten, ihnen in Ansehung der schweren theuern Zeiten das Lauff- und stilligen-Geldt höher zu setzen, soll man von der Meil hinfür 18 Heller und des Tags still zu liegen 4 Schilling (= 36 Heller) geben lassen.«

Unregelmässigkeiten werden auch schon frühzeitig gemeldet. Schon im Jahre 1432 suchte man einen Boten, der im Odenwalde, in Schwaben, Franken und im Elsass Bescheid wisse. Ein solcher fand sich auch in der Person des Cuntz Mul von Meckesheim bei Heidelberg. Im Jahre 1444 schickte der Rath einen Boten mit Briefen in das Kloster Schönau »abwendig Heidelberg«; »dieser trägt die Brieffe in ein Kloster gleichen Nahmens hinter Cube gelegen.« Auch mit der Moralität der Boten scheint es nicht gut bestellt gewesen zu sein, und auf die Boten des Raths findet die Beschreibung volle Anwendung, welche Garzonus (Allgem. Schauplatz Disc. 44) von den Boten im Allgemeinen gibt: »Was aber die Boten anbelangt, findet man auch ihre Mängel an etlichen und manchen, der irre geht, wann er für einem Galgen fürüber geht. Denn beneben anderer Untreue, so offtermals gespühret wird, dass sie die Brieffe aufbrechen, die Siegel verfälschen, Heimlichkeiten offenbaren und verrathen, sind sie auch meisterlich darauf abgerichtet, dass sie die Päck mit Geld, so ihnen anvertraut, aufmachen, verspielen, versauffen etc. und geben hernach für, sie seien angegriffen worden.« Dass der Rath in der Wahl seines Botenpersonals nicht vorsichtig gewesen ist, erhellt aus

einigen Beispielen. Lersner berichtet in seiner Chronik unterm 17. December 1574: »Seynd drey Diebe gehängt worden, unter welchen einer ein Bott bey dieser Stadt gewesen,« und ein Jahr später am 21. August: »Ist ein kleines Männlein, Nahmens Nicolaus, ein Bott, so an einem Fuss gehinket, mit Ruthen ausgepeitscht worden. Dieser hatte auff der Eyffel (Schandmütze) einen Zettel, darauf stunde: Spieler und Flucher.« Späterhin im Jahre 1607 am 4. December »kommt ein hiesiger Stadt-Bott mit grossen Unkosten zur Hafft, dieweil er nicht allein Ehebruch und Unzucht getrieben, sondern auch hin und wieder in seinem Schreiben Mord zu brennen getrohet, wie auch die Eltiste Herrn im Rath unverschuldeter Dingen hefftig diffamirt, die Herrn Burgermeister und den Rath zu Wissbaden an Galgen geschlagen; Nachdem man der Universität Giessen und Marburg rechtliches Bedencken eingeholet, aber das Urtheil von E. E. Rath etwas mitigirt worden, seind ihme heut dato erstlich vor dem Römer am Springbrunnen die 2 Finger an der rechten Hand, damit er seinen (Dienst-) Eid geschworen, abgehauen, danach hinausgeführt und uff dem Gericht der Kopff abgeschlagen worden, dieser Kopff wurde oben auf dem Gericht in eine eiserne Spitz gesteckt, die abgeschlagenen Finger darbey affigirt, darauf der Körper unter dem Galgen begraben.« Und am 26. April 1616 »wird ein hiesiger Stadt-Bott, der einen Speyerischen Botten bey Marpurg ermorden helffen, unter dem Galgen gerichtet, sein Körper auff ein Rad gelegt und der Kopff auf ein Spitz gesteckt.«

Der taxis'sche Postkurs zwischen Wien und Brüssel (siehe Cap. II) entstand im Jahre 1516 und berührte die Stadt Frankfurt nicht, sondern ging in südwestlicher Richtung an ihr vorüber; aber er übte bald auf das Botenwesen der Stadt merklichen Einfluss.*) Ungefähr vom Jahre 1540 an finden sich in den Botenbüchern der Bürgermeister nur wenige Botengänge nach entfernteren Orten verzeichnet, dagegen ausserordentlich viele nach den der Stadt zunächst gelegenen Stationen der Wien-Brüsseler Post, namentlich nach Speier (Rheinhausen), Flonheim (bei Alzei) u. a. O. So findet sich z. B. verausgabt:

1548 Ainem Potten von Wormbs, so Brief von
den Gesandten von Augsburg bracht
geben von jeder Mail 6 Kreutzer macht 21 Schilling 5 Heller

*) Die Poststrasse ging von Wien über Tirol nach Augsburg, Altenstadt in Bayern, Knittlingen, Entzweihingen, Cannstatt, Ebersbach, Bruchsal, Rheinhausen, Speier, Alzei, Flonheim, Wöllstein, Creuznach, quer durch die Eifel nach Flamisoul im Bisthum Lüttich und Brüssel.

1548 Jacob Pfeiffer gen Speier zu lauffen, einen halben Tag stillzuliegen und über Rhein zu fahren (Rheinhausen) gegeben	1 fl. 8 Sch.
1549 Ainem Potten hat des Stadtschreibers Schreiben so uf der Post zu Flon- heim kame daselbst hergetragen ge- ben 25 Januar	13 Sch. 5 H.
Ainem Potten als er zu Speir und Flon- heim gewest und anderthalb Tag still- zuliegen geben	1 fl. 4 Sch. 3 H.
Ainem Potten so Brief von der Post zu Flonheim pracht geben	14 Sch.
Ainem Potten von Flonheim so Brief vom Stadtschreiber von Prüsselpracht geben	12 Sch. 7 H.
Ainem Potten so Brief von der Post zu Flonheim pracht geben	18 Sch. 6 H.
Hans Fincken ghen Flonheim uf die Post Brief zu tragen geben 9 Marcij 49	$\frac{1}{2}$ fl.
Dem Postmeister zu Flonheim durch Pfeiffer Jacoben verehren lassen, dass er die Brief desto fürderlicher gen Prüs- sel schicken soll 2 Thaler (20 März) thut	2 fl. 7 Sch. 1 H.
Pfeiffer Jacoben, als er zu Flonheim ge- wesen geben 25 März	14 Sch.
Ainem Postpotten so Brief von Flon- heim bracht geben 12 April	19 Sch. 1 H.
Desgl. 19 April	19 Sch. 1 H.
„ 3 May	19 Sch. 1 H.
Ainem Postpotten von Flonheim, so Brief bracht zur Belohnung geben 10 Mai 12 Patzen thut	19 Sch. 1 H.
Andressen dem Potten ghen Flonheim uf die Post zu lauffen geben	12 Sch.
Dem Postmeister zu Flonheim verehrt 2 taler thut (Mai 1549)	2 fl. 7 Sch. 1 H.

Dieser Verkehr mit der taxis'schen Post hatte zur Folge, dass Regel und Ordnung in das städtische Botenwesen Einkehr hielten, dass Letzteres allmählich feste Gestalt annahm und sich 200 Jahre lang selbständig und lucrativ erhielt. Auf Anregung der Augsburger

Kaufleute wurden in der Mitte des 16. Jahrhunderts reitende Boten in Frankfurt, »der Mutter aller Kaufmannsgewerbe«, eingestellt, um die mit den reitenden Boten von Augsburg aus Italien u. a. O. eintreffenden Briefe sofort nach Cöln und den Niederlanden weiter zu befördern. Den Postverkehr zwischen Augsburg und Frankfurt vermittelten lediglich die Augsburger, diejenigen zwischen Frankfurt und Cöln Boten aus beiden Städten abwechselnd und diejenigen zwischen Cöln und Antorf (Antwerpen) lediglich Cölner Boten. Ferner kamen in Frankfurt reitende Boten aus Nürnberg an, welche jedoch meistens ihre Reise nach Cöln selbst fortsetzten. Der Handels- und in Folge dessen auch der Postverkehr dieser Städte mit den Niederlanden waren damals sehr rege und lebhaft. In Frankfurt trug dazu die Niederlassung vieler aus den Niederlanden vertriebener Protestanten bei. *) Die Poststrasse nach Cöln führte über Königstein, Würges bei Camberg, Dietkirchen bei Limburg, Wallmerod, Feylingen, Gilroth, Weyerbusch bei Altenkirchen, Uckerath, Siegburg, Wahn und Deutz nach Cöln, und von da über Linnich nach Maastricht und Antorf. Die Boten sammelten die Briefe an den Abgangsorten zunächst selbst und bestellten sie auch selbst am Bestimmungsort. Ausser Briefen übernahmen sie die Besorgung mündlicher Aufträge, sowie das Ueberbringen von Deckungen, Contanten, Preciosen u. s. w. Bei ihrer Ankunft hingen die Boten eine Tafel an ihrem Absteigequartier aus. Abbildungen solcher Tafeln der nürnberger Boten vom Jahre 1584 sind hier beigelegt, die Originale befinden sich im Stadt-Archiv zu Frankfurt. Ferner wurden Botenmeister ernannt, welche die Controle über die Boten ausübten und in deren Häusern die Briefe abgegeben und abgeholt wurden. Der erste Botenmeister in Frankfurt war Schneidermeister Reichardt in der Sandgasse, dessen Nachfolger (um 1579) Johann Steinheimer. Das Botenhaus, die »cölnische Post« genannt, stand an Stelle des jetzigen Hauses Paulsgasse 2 und brannte im Jahre 1669 ab. Von einer weiteren Beschreibung dieser Botenpost kann hier Abstand genommen werden, weil ihr Wesen und Wirken aus der Erzählung der nächsten 4 Capitel hinlänglich erhellt.

Eine weitere Botenpost entstand im Jahre 1572 nach Leipzig. Botenmeister in Frankfurt war Weigand Uffsteiner, in Leipzig Roth-

*) Von noch jetzt blühenden Familien, deren Vorfahren aus den Niederlanden einwanderten, seien erwähnt: Noë du Fay aus Valenciennes, de Bary aus Tournay, de Neufville aus Antorf (Antwerpen), d'Orville aus Valenciennes, Malapert aus Bergen in Hennegau, Gogel aus Antorf u. A.

haupt, später Johann Sieber. Von einer Botenordnung, welcher diese Boten unterworfen waren, soll hier das Wesentlichste mitgetheilt werden. Die Boten, heisst es darin, haben die Botenbüchsen zu tragen, damit sie vor anderen »erkennet« würden. Jeder Bote hat seine Wohnung und sein Quartier anzugeben und vom Botenmeister Befehl zu erhalten, »von wo ab und wohin er läuft«. Vor seinem »Ablaufen« hat sich der Bote beim Botenmeister anzumelden, damit derselbe »solches einschreibe, also allezeit gewisse Nachricht habe.« Jeder Bote ist verpflichtet zu »laufen, es sei nahe oder ferne und da ein Bote sich dessen weigern sollte, so solle er etliche Tage mit Gefängniss« bestraft oder nach Befinden auch seines Amtes entsetzt werden. »Der Botenmeister soll schuldig sein eine Botentafel zu halten, auf welcher aller Boten Nahmen verzeichnet und soll bei jedem Nahmen ein Plöcklein stecken, das soll der Botenmeister, so oft der Bote abläuft ausziehen und wenn er wieder heimkommt wieder einstecken, damit er allezeit der einheimischen und ablaufenden Boten eine Gewissheit habe.« Die Boten sollen schwören, dass sie ihre Reisen »still und verschwiegen« machen wollen. Ausser den Boten sollen noch Beiboten angenommen werden, welchen das Handgelöbniss abgenommen wird, und welche bei Vacanzen in die Stellen angestellter Boten aufrücken. Der Botenmeister hat einen Zettel »an der Boten Logement anzuschlagen mit Vermeltung, wohin der Bote verschickt; auch welchen Tag und wie er ablaufen solle.« Die Boten sollen sich, sobald sie »einheimisch« sind, nicht in Bierhäuser begeben, sondern in des Botenmeisters Wohnung einfinden; auch dürfen sie sich nicht durch Arbeit binden, sondern müssen gewärtig sein, dass sie jederzeit zum »Laufen« geholt werden. Der Botenlohn beträgt 2 Gr. für die Meile, über 16 Meilen Entfernung 2 Gr. 3 Pf., und des Nachts 3 Gr., das Stillliegendgeld 2 Gr. 6 Pf. pro Tag. Gelder, welche als Ordnungsstrafen zu zahlen sind, werden in die Botenbüchse geworfen, welche sich in des Botenmeisters Haus befindet, und später vertheilt, »damit das Brot den geschwornen Boten vor dem Maul hierdurch nicht abgeschnitten werde.« Die Kaufleute haben ihre Briefe in des Botenmeisters Haus zu liefern, und wenn ein Bote ankommt, hat der Botenmeister eine Tafel auszuhängen, auf welche der Abgangsort des Boten sowie die Adressen der mitgebrachten Briefe niederzuschreiben sind. Die Briefe können in des Botenmeisters Haus gegen Bezahlung von 1 oder 2 Pfennigen abgeholt werden. Briefe, welche innerhalb zweier Stunden nicht abgeholt sind, werden dem Adressaten durch des Botenmeisters Knecht ins Haus bestellt und kosten alsdann je 3 Pfennig »unweigerlich«. Zu

Neujahr dürfen Botenmeister und Knecht mit einer Büchse diejenigen Leute begrüßen, welche die Post gebraucht haben u. s. w.

Diese Post ging 1616 in taxis'sche Hände über (s. Cap. III).

Eine dritte Botenpost entstand 1588 nach Bremen, Hamburg und Stade und wurde auf Kosten Frankfurter Kaufleute eingerichtet, verwaltet und unterhalten. Botenmeister war Kaufmann Hans von Hilten. Die Boten erhielten feste Besoldung, welche nach der Anzahl der geleisteten Botengänge bemessen wurde, dagegen wurde vom Botenmeister das »Briefgeld« erhoben und verrechnet. Die Briefe, welche je ein Bote zur Bestellung empfing, wurden in ein Verzeichniss (eine »Charte«) gesetzt, damit die »gepier und Tax, so von den Kaufleuten selbst gesetzt, von jedem Brieff gefordert werden könne.« Nachdem dies Botenwesen 20 Jahre bestanden, kam es zwischen den Kaufleuten und den Boten zu Streitigkeiten, weil Hilten eigenmächtig die Botenläufe zu verändern suchte. Im Jahre 1608 beschwerten sich die 4 Boten, Hanss Müller, Frantz Lademacher, Hanss Schmier und Hanss Speyerer, beim Rath. Sie hätten seither, schreiben sie, mit Lebensgefahr ihre Gänge gethan, trotz Schnee, Regen, Frost, Kälte, Strassenräuber, Mörder u. s. f. fleissig ihre Aufträge verrichtet, und oft viel Gold, Silber, Edelgestein, Seiden- und andere Waaren nach Hamburg, Bremen und anderswohin getragen. Hilten habe nunmehr diese Reisen verändert, zwei Boten abgesetzt und die übrigen nur bis Langenhagen bei Hannover reisen lassen, wo ihnen die Boten von Lüneburg und Hamburg entgegenkämen. Ferner beschuldigen sie Hilten, dass er aus seinem Seidenhandel Nutzen ziehe und bitten den Rath, dass es bei der alten Botenordnung belassen werden möge. Hilten rechtfertigte sich und wurde von 7 Kaufleuten unterstützt. Die Boten hätten sich unterstanden, antwortet Hilten, ihre Reisen »eignen Willens und Gefallens zu thun ohn Inspection und Ordnung.« Weil nun das Botenwerk auf Kosten der Kaufleute eingerichtet worden sei und unterhalten werde, habe auch der Botenmeister das Recht, die Botengänge zu regeln. Als aber kurze Zeit darauf die Kaufleute in Bremen sich in diesen Streit einmischten (13. Mai 1608) und den Frankfurter Rath ersuchten, das Botenwerk wieder »auf vorigen Fuss zu setzen,« wurde 24. Mai 1608 bei Rath beschlossen, dem von Hilten zu untersagen, »Nichts Neues anzufangen, sondern es bei dem Alten verbleiben zu lassen.« Hilten beruhigte sich dabei nicht. In einer Rechtfertigungsschrift, welche von 14 Bürgern unterschrieben ist, sagt er, die Aenderung der Botenläufe sei nothwendig gewesen, von den Kaufleuten selbst ausgegangen und dazu »deren consens« eingeholt. Die Boten hätten dabei nicht mit-

zureden, denn sie erhielten ihren Lohn, einerlei ob sie reisten oder nicht. Dagegen hätten die Boten Briefe auf eigene Faust mitgenommen, seien ihrem Privatnutzen nachgegangen, hätten trotzdem ihren vollen Lohn gefordert, seien oft 6—7 Tage über die Zeit ausgeblieben u. s. f. Diese »Unordnungen abzuschaffen«, sei Hilten von den Kaufleuten ermächtigt worden. Was die Verlegung des Wegs betreffe, so habe man es für gut gehalten, den Weg über Cassel und Hannover nach Hamburg für die Boten zu bestimmen. Dieser Weg sei viel bequemer und um 7 Meilen kürzer als der seitherige. Auf dem Weg nach Bremen sei wegen grossen Wassers fortwährend Aufenthalt der Boten entstanden. Die Stadt Bremen könne ganz bequem ihre Briefe (deren seien es öfters nur 5 Stück) nach Frankfurt durch die Botenpost nach Braunschweig befördern und alle Briefe mit der Frankfurt-Hamburger Botenpost austauschen lassen.

Nunmehr entwarfen die Kaufleute eine »Roll und Ordnung, uff welche die, so von Frankfurt nach Bremen Staden und Hamburg zum Bottengebrauch und jederzeit bestellet werden, im Handgelübde an Eidesstatt zu nehmen gebetten wird.«

Die »Roll« setzte Folgendes fest:

1) Vom Botenlohn wurde den Boten der Lohn zur Hälfte bei der Abreise und zur Hälfte bei der Ankunft ausbezahlt. Die Boten hatten andere Sachen, als solche, welche ihnen vom Botenmeister übergeben wurden, nicht mitzunehmen »bei Straf eines Gulden oder auch höher, nachdem die Verbrechung erfunden wird.«

2) Die Boten haben bestimmte Zeiten einzuhalten, zwischen Fasten- und Herbstmesse Dienstag Mittag um 3 Uhr Nachmittags, zwischen Herbst- und Fastenmesse 12 Mittags »Brieff und Packett abzufordern, damit sie ohn Verzug fortlauffen können.« Sie sollen ankommen Samstag in der dritten Woche Vormittags, im Winter Montag Vormittags. Für jeden Tag, den sie länger ausbleiben, wird ihnen 1 Gulden am Lohn gekürzt. Sollte ein Bote unterwegs länger als gewöhnlich aufgehalten werden, so darf er sich zwar von derjenigen Person belohnen lassen, welche den Aufenthalt verursacht hat, muss aber trotzdem rechtzeitig am Bestimmungsort ankommen. Erkrankungen, Unglücksfälle etc., welche die Reise hemmen, sind sofort der nächsten Obrigkeit zu melden.

3) Das Briefgeheimniss wird den Boten eingeschärft Sie sollen Niemandem unterwegs die Sachen zeigen, auch in den Herbergen keine Briefe öffnen, sowie sich des »übermüthigen Zechens« enthalten. Die »ordinary Packet« dürfen das Gewicht von 9 Pfund nicht übersteigen. Alles Uebergewicht ist den Boten zu vergüten.

Am 29. Mai 1610 wurde diesen Boten der Lohn für je eine Reise von 9 auf 12 Gulden erhöht, und kurze Zeit darauf ging diese Botenpost durch Kauf in die Hände des thurn und taxis'schen Postmeisters Mathias Sulzer über.

Sulzer und dessen Sohn und Nachfolger zogen die Zügel der Disciplin straffer an. So wurde der Bote Hanss Speyerer, ein Weinschröter, im Jahre 1615 um 62 Gulden gestraft, weil er siebenmal über die Zeit ausgeblieben und dadurch den Kaufleuten während der Messe schweren Schaden zugefügt hatte.

Benachbarte Fürsten legten schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts Postenläufe durch Frankfurt. Am 3. Januar 1544 wurde bei Rath beschlossen:

»Als unsers gnädigen Herrn, des Landgrafen zu Hessen (Philipps des Grossmüthigen) Schreiben, belangend die reitende Post, so den künftigen Reichstag zwischen Speyer und Cassel gehalten werden soll, verlesen worden, soll man Fürsorgung thun, dass die Post zu Angang des Reichstags auf der gemeinen Ständt Costen nach Gelegenheit gelegt und geritten werde.«

Auch werden am 26. März 1546 »zwei fussgehende Boten ordinirt, welche jederzeit die Brieff von Darmstadt nach Oberrossbach (bei Friedberg)*) und hernach von Rossbach nach Darmstadt tragen sollen. Den 29. April ist diese gedoppelt gehende Post wieder abgeschafft worden.«

Das waren die Postverbindungen Frankfurts, als Freiherr von Taxis die ersten Versuche machte, die Stadt Frankfurt in sein Verkehrsnetz zu ziehen.

*) In dem Dorfe Oberrossbach bei Friedberg war der Sitz des fürstl. hessischen Hauptgeleites für die Wetterau.



II.

Erste Versuche der Freiherren von Taxis ein Postamt in Frankfurt einzurichten.

1579—1615.

Kaiser Carl V., der die stolze Aeusserung gethan haben soll, dass in seinem Reiche die Sonne nicht untergehe, bedurfte, wie sein Vorgänger Maximilian I., einer regelmässigen Beförderung seiner Befehle und eines schnellen Empfangs von Nachrichten nach und von den Niederlanden und bestätigte am 5. August 1536 den Baptist von Taxis wegen seiner »bons, longs, loyaux et agréables services« als Generalpostmeister der Wien-Brüsseler Post, welche Post von Taxis bereits 1516 angelegt worden war. (Anlage A.) Diese wöchentlich einmal reitende Post nahm ihren Anfang in der kaiserlichen Hofburg in Wien und wechselte in Tirol die Briefe von Rom, Venedig, Mailand und Mantua aus. Von Tirol führte die Poststrasse nach Augsburg, Altenstadt i. Bayern, den (jetzt württembergischen) Orten Knittlingen, Entzweihingen, Cannstatt, Ebersbach und über Bruchsal nach Rheinhausen, einem Dorfe, welches am Rhein, Speyer gegenüber liegt und jetzt zum Bestellbezirk von Waghäusel gehört. Nachdem die Post bei Rheinhausen auf einer Fähre über den Rhein gesetzt war, führte die Poststrasse weiter nach Alzei, Flonheim, Wöllstein, Creuznach, quer durch die Eifel, Flamisoul im Bisthum Lüttich und endete in Brüssel, dem Wohnorte der Freiherren von Taxis.

In Rheinhausen war damals, d. h. im 16. Jahrhundert und zu Anfang des 17., ein bedeutendes Postamt. Schon 1552 befand sich daselbst ein eignes kaiserliches Posthaus und das darin aufgehängte Posthorn trug die Jahreszahl 1552 »in Holz eingeschnitzet«. Der Ort war sehr wichtig wegen der Nähe der Reichsfestung Philippsburg, sodann als Knotenpunkt auf der grossen Heerstrasse von Süddeutschland nach dem Elsass und Frankreich und wegen der einzigen Ueberfahrt mit der Fähre über den Rhein. Der Postmeister van den Birghden, von welchem das nächste Kapitel handelt, war an diesem

Postamt von 1598 bis 1610 beschäftigt bis zu seiner Versetzung nach Frankfurt a. M., und berichtete über die Arbeit und den postalischen Betrieb in Rheinhausen Folgendes:

»Das Postamt hat in selbiger Zeit die grösste Last mit den Ordinari-Posten getragen; denn es ist allda die grösste Concurrenz gewesen, und hat darüber, gleich nach abgefertigten Ober- und niederländischen Posten die nach Speyer gehörige Briefe noch selbigen Tags distribuiren lassen müssen.«

Weiter berichtet er, dass des Präsidenten, Kammerrichters und Domdechanten Briefe taxfrei gewesen, die Advocaten, Procuratoren, Agenten und Practicanten hätten dagegen entweder bezahlen müssen, oder das Porto sei ihnen gestundet worden. Actenpackete zahlten pro Pfund damals 1¹/₂ Thlr. etc.

Dieser Wien-Brüsseler Postkurs erfreute sich einer grossen Beliebtheit, namentlich bei den geistlichen Fürsten von Speyer, Mainz, Cöln und Trier; konnten doch diese Herren nunmehr kostenfrei und bequem mit ihrem Oberhaupt in Rom Briefe wechseln. Ueberhaupt übte Taxis die Gepflogenheit, Briefe derjenigen Reichsstände, durch deren Städte, Dörfer und Flecken seine Posten gingen, oder in deren Gebiet Poststellen eingerichtet wurden, taxfrei zu befördern, dagegen waren die Posthäuser und Postbedienten (wie man damals die Postbeamten nannte) von allen Frohnbeschwerden und anderen Diensten befreit. Es wurden sogar den Posthäusern viele Freiheiten zugestanden, und von den Reichsständen wegen richtiger Bestellung der Briefe etc. eine Zubusse und »Adjuta di costa« geleistet. Der jeweilige Erzbischof von Mainz wurde zum Procurator des Reichspostwesens ernannt. In den Anlagen A und B ist keine Rede vom Inspectoramt von Kurmainz, und Moser sagt in seinem Staatsrecht V, 38: »Wann und wie Kurmainz zu dieser Würde gekommen, finde ich nicht, aber es steht fest, dass sowohl der Kaiser als Taxis diesen Schutz von langen Zeiten her anerkannt haben.« Die handeltreibenden Kaufleute der Städte Frankfurt, Cöln, Nürnberg, Augsburg, Ulm u. A. wechselten damals ungestört die Handels- und Privatcorrespondenz durch vereidete verbürgerte reitende Boten unter einander aus. Davon ist im vorigen Capitel ausführlich die Rede gewesen. Dieses friedliche Stillleben wurde gestört, als Taxis den Versuch machte, Frankfurt in sein Verkehrsnetz zu ziehen. Der taxis'sche Postmeister Hennot (oder wie er sich zu schreiben pflegte: Hainot) in Cöln richtete 1580 eine ordinari Post von Cöln über Remagen, Waldesch, Kisselbach nach Wöllstein ein und verband auf diese Weise Cöln mit dem Wien-Brüsseler Weltkurs. Auf der andern Seite legte zur nämlichen

Zeit der taxis'sche Postmeister Sulzer in Rheinhausen eine Post von da über Heidelberg, Darmstadt nach Frankfurt an.

Kaiser Rudolf II., welcher den Grundsatz aufstellte, die Posten im Reich seien kaiserliches Regal und die Anlegung solcher gehöre zu den Reservatrechten der Kaiser, gab dieser seiner Ansicht in einem Schreiben an den Kurfürsten von Mainz, den Protector der Posten, Ausdruck (Anlage C), und Taxis und dessen Postmeister beeilten sich, dieser Auffassung des Kaisers grösstmögliche Vortheile abzugewinnen. In diesem Schreiben, d. Prag, 1. Februar 1579, wird dem Kurfürsten anbefohlen, die reitenden Boten der Städte aufzuhalten und die Kaufleute mit ihrer Correspondenz an die kaiserlichen (taxis-schen) Posten zu verweisen. Postmeister Hennot in Cöln befolgte dies wörtlich. Als am 10. Juli 1579 ein reitender Bote, A. Peiverlein aus Frankfurt mit zahlreichen Postsachen aus Italien, Augsburg, Frankfurt u. A. in Cöln ankam, liess Hennot denselben verhaften und richtete an den Rath in Frankfurt dieserhalb einen längeren Drohbrief, unter Beifügung einer Abschrift oben erwähnten kaiserlichen Decretes. In diesem Schreiben, welches sich in den Postacten des Stadtarchivs zu Frankfurt befindet und mit dem Vermerk: »praes. Frankfurt 17. Juli 1579, zehen Batzen Bottenlohn« versehen ist, macht Hennot den Rath aufmerksam, dass Letzterer dem kaiserlichen Befehl zuwider handle, weil er eigne Posten unterhalte. Infolge dessen seien die städtischen Boten gefänglich eingezogen worden, »wie dann noch einer diese stund in Ihro churf. Gnaden gepiedt gefänglich behalten« werde. Der Rath in Cöln, heisst es weiter, habe bereits dem dortigen städtischen Botenmeister Regimino, »so sich bisshero unbefugter Weiss eines sonderen Postwesens understanden«, verboten, weitere Postgeschäfte zu treiben und der Rath in Frankfurt möge im Einklang damit auch dem Johann Steinheimer ein gleiches Verbot auferlegen, weil solche eigenmächtige Postgeschäfte »zu Verkleinerung des kaiserlichen Postwesens sowohl als auch zur Abkürzung dessen, so mir gebührt« gereichen. Er (Hennot) sei der »unterthänigen Hoffnung«, dass der Rath in Frankfurt »sich hierinne der Röm. Kays. Majestät zu unterthänigstem Gehorsamb verhalten u. darob sein, damit das Kais. Majest. Postamt in guter Richtigkeit gehalten und keine Ursache zur Unrichtigkeit möchte gegeben werden.« Unterschrieben ist der Brief

E. E. u. H. W.

Undertheniger vnd dienstwilliger
Jacob Hainott
Röm. Kay. May. Postverwalter
in Cölln.

Es muss nun auffallen, dass dieser Brief weitere Folgen nicht nach sich zog, und dies findet seine Erklärung darin, dass Hennot in den folgenden Jahren anderweitig und in wichtigeren Geschäften von Cöln abwesend war. Lamoral von Taxis sah sich ausser Stande, die Forderungen der württembergischen Posthalter zu Knittlingen, Entzweihingen, Ebersbach und Cannstatt zu befriedigen. Er schuldete ihnen 6000 Kronen und schickte seinen Sohn Leonhard nach Rheinhäusen, um sich wegen dieser Summe mit jenen »zu vergleichen«. Leonhard brachte auch einen Vergleich zu Stande. Er versprach den Württembergern die ausstehenden Besoldungen bis 1577 in zwei Jahren zu zahlen, dagegen solle sie für die Jahre 1577—1584 Derjenige befriedigen, »welcher den Nutzen aus der Post gezogen«. Uebrigens werde er sie voll und ganz bezahlen, wenn er einmal Generalpostmeister sei. Da er indessen 1586 seinen Verbindlichkeiten noch nicht nachgekommen war, verklagten ihn die württembergischen Postmeister beim Kaiser, und Rudolf II. ernannte nunmehr den Postmeister Hennot in Cöln zum Oberpostmeister der Wien-Brüsseler Post und beauftragte ihn, in ganz Deutschland kaiserliche Posten einzurichten (1586). Hennot begab sich nach Württemberg, versprach auch Viel, so sollte z. B. ein württemberger Bote zur Frankfurter Messe je 25 Gulden haben, allein man misstraute ihm und seinen »Chimeren« und nur dem kaiserlichen Machtgebot an Herzog Ludwig von Württemberg fügten sich die württembergischen Posthalter.*)

In diese Zeit der Hennot'schen Postregierung fällt die erste Abwehr der Magistrate zu Augsburg, Frankfurt und Cöln sowie der Kaufmannschaft daselbst gegenüber den kaiserlichen (oder richtiger Hennotischen) Uebergriffen. Hennot, gestützt auf des Kaisers Machtgebot und die ihm ertheilte Vollmacht, alle Posten im deutschen Reiche zu kaiserlichen zu machen, wagte es abermals in Cöln die

*) Damit nun auch dem Ernst der Erzählung das Heitere nicht fehle, soll über eine damalige Besoldung eines Postbeamten hier Erwähnung finden, was Moser V § 37 wörtlich steht:

»Aus denen Beilagen dieser Deduction (Württemberg gegen Taxis) erhellet, dass man vor anno 1593 dem Postmeister zu Cannstatt (Hans Vogel war 1585 Postmeister) wegen Hin- und Wiederfertigung der Fürstlichen Postbriefe, jährlich die Sommerkleidung, wie anderen fürstlichen Dienern, dessgleichen, so oft er gen Stuttgart kommen, das Hof-Essen, auch aus der Landschreiberei Papier und Anderes, so er zur Einnehmung der Briefe bedörfft, daneben etwan auch, auf unterthänig Anhalten, andern sonderbarn Begnadigungen wiederfahren lassen. Hernach wurde ihme, da sich das Postwesen gesteckt, für Alles und Alles jährlich 10 Gulden gegeben, und als die Posten wieder in Gang gekommen, noch 10 Gulden zugelegt.«

Frankfurter städtischen Boten am Einsammeln der Briefe gewaltsam zu hindern. Darüber beschwerten sich (1587) die Kaufleute von Frankfurt und Augsburg und übergaben dem hiesigen Magistrat ein »Memorial« folgenden Inhalts:

Es sei vor etlichen Jahren bei der Post von Cöln über Frankfurt nach Augsburg »oft und vielmal grosse Säumnuss und Verhinderung entstanden.« Um diesem Uebel abzuhelpen, seien auf Anregung der Augsburger Kaufleute in Frankfurt »der Mutter aller Kaufmannsgewerbe« reitende Boten auf ihre (der Kaufleute) Kosten »bestellt worden,« durch welche die Briefe zwischen Frankfurt und Cöln sowie Frankfurt und Augsburg Beförderung erhielten, so dass man von 8 zu 8 Tagen »fast an allen Orten der ganzen Christenheit gute Nachricht haben könne.« So wie es der Sicherheit und des Vertrauens halber nöthig sei, dass diese Boten vereidigt würden, so sei es zur Vermeidung jeden Irrthums nothwendig, dass diese Boten durch ihre Kleidung kenntlich seien. Die Kaufleute erbieten sich daher, die Kosten für Botenkleidung in den Stadtfarben und zu Anschaffung von Botenbüchsen mit dem Frankfurter Stadtwappen zu tragen.

Was ferner die Behauptung des Postmeisters Hennot in Cöln betreffe, welcher dieses Botenwesen für unvereinbar mit den kaiserlichen Hoheitsrechten erklärt habe, so sei dagegen zu erwidern, dass es jedem freistehen müsse, seine Schreiben durch Boten zu versenden, und sogar der Magistrat in Cöln, wo Hennot seinen Sitz habe, sei derselben Ansicht und unterhalte seine eigenen Boten. Ausserdem sei das Botenwesen gar keine Postbeförderung im eigentlichen Sinne, denn unter »Post« verstehe man eine Beförderung mit Pferdewechsel von 3 zu 3 Meilen. Pferdewechsel fände aber bei den reitenden Boten nicht statt. Sodann geschehe die Postbeförderung zu langsam, »da den Posten einiger Unrath uff dem Weg zu den Briefen zustünde, biss derselbige von einem Ort biss zum andern kommt, allwegen fast vierzehn Tag darüber verlieffen.« Bei städtischen berittenen Boten könne man aber, wenn diesen etwas zustossen würde, bereits in 2—3 Tagen Nachricht haben. Zuletzt bitten die Kaufleute, der Magistrat möge ihnen die Farben der Kleidung und sonstige Abzeichen mittheilen.*)

*) Bemerkenswerth ist die hier zum ersten Male auftauchende Definition einer Post. Eine Post nannte man also eine Briefbeförderungsanstalt mit Pferdewechsel von 3 zu 3 Meilen und was nicht diese Eigenthümlichkeit besass, war keine Post, sondern ein »Botenwerk« etc. Die Unterschiede wurden später noch spitzfindiger gemacht. Eine Verbindung zweier Orte untereinander wurde nicht für eine Post

Dieses »Memorial« wird darauf in der Rathssitzung folgendermassen erledigt: »Lectum Donnerstag den 12. October 1587 und Decretum: Soll man den Supplicanten gegen gewöhnlichen Revers, dass sie auf begebenen Fall E. E. Rath bey männiglich vertreten und schadlos halten wollen, willfahren.«

Gleichzeitig mit obigem Schreiben gaben die Augsburger Kaufleute ein »weitläufftiges Memorial« ähnlichen Inhalts bei ihrem Magistrat ab, welches dieser dem Frankfurter und Cölner Rath »nachbarlich und freundlich« mittheilt, »die von Frankfurt aber besonders angehalten werden, dass sie zur Fortführung ihrer, auch ihrer selbst Burger und Inwohner und anderer Handelsbriefe nach Cöln, eingeschwornen ihren hierzu insonderheit beeidigten Burger und Botten mit ihrer Farb und Botten Bux vergönnen, verpflichten und verordnen wollen.« Der Rath in Augsburg begleitete dies mit der Bitte: »was massen unsere Burger, in die Niederland hantirende Kauffleuthe bei uns beklagt,« sei in anliegender Schrift zu lesen, und der Rath in Frankfurt möge die Briefe der Augsburger nach Cöln und weiter und die »Botten ungehindert passiren lassen, das gereicht zur Befürderung und Erhaltung der Commerzien.« Datum 27. Oct. 1587.

Auch die hiesigen Kaufleute bitten am 30. October den Rath, er möge den hiesigen Boten wegen des Einsammelns und Austragens der Briefe in Cöln dieselben Rechte auswirken, wie solche die Cölner Boten in und ausserhalb der Messen bereits in Frankfurt besässen.

Der hiesige Rath erlässt darauf an den Rath in Cöln noch an demselben Tag ein längeres Schreiben unter Beilegung der oben erwähnten »Memoriale« der Augsburger und Frankfurter Kaufleute. Es heisst darin, dass, was die Augsburger über ihren Verkehr mit den Niederlanden gesagt, auch auf den Verkehr der Frankfurter dahin zutreffend sei. Nun behaupte ein hiesiger Stadtbote, welcher neulich Briefe nach Cöln gebracht habe, aber ohne solche zurückgekehrt sei, dass er in Cöln am Einsammeln der Briefe gewaltsam verhindert worden sei. Es sei dies sehr befremdlich, besonders da die Cölner

erklärt. Wenn dagegen, wie dies zwischen Frankfurt und Cöln seit langen Jahren der Fall war, Briefe über beide Orte hinaus befördert wurden, so beanspruchte Taxis, dass diese Briefe auf seinen Posten zur Aufgabe gelangten. Späterhin führten die städtischen Boten Posthörner und gaben mit diesen Signale beim Uebersetzen über Flüsse und beim Einlass in die Thore. Taxis beeilte sich, das Tragen von Posthörnern für sein Privilegium zu erklären, aber die Städte widersprachen und gestanden Taxis das Recht zu, gewundene Posthörner zu führen, gaben aber ihren Boten stracke u. s. w. In dieser Weise gehen die Streitigkeiten fort bis 1748, bis zum Uebergang der Frankfurt-Cölner Stadtbotenpost an Taxis.

Boten mit »dero Stadt Farb und Büchsen« nach Augsburg und Frankfurt Briefe trügen, dort wieder solche ungehindert einsammelten und »taxirten«. Umgekehrt wolle nun auch der Rath in Cöln den Frankfurter Boten, es seien reitende oder gehende, welche hier vereidigt und mit der Stadt Farbe und Botenbüchse versehen würden, gestatten die Briefe in Cöln zu »lieffern, taxiren und zu empfangen«, mit einem Worte, ihnen dieselben Postverrichtungen in Cöln zu gestatten, welche die Cölner Boten dahier und in Augsburg ungehindert ausübten.

Hieraus erhellt, dass der hiesige Magistrat gar nicht ahnte, was der kaiserliche Postmeister Hennot in Cöln im Schilde führte, denn der Rath in Cöln war vollständig unschuldig und verdiente die Vorwürfe nicht, die ihm gemacht wurden. Nicht er hatte die Frankfurter Boten in ihren Verrichtungen gehindert, sondern jener Hennot. Die Antwort des Cölner Magistrats war denn auch eine de- und wehmüthige: Er sei mit wenig Grund beschuldigt worden, die Boten in ihren Verrichtungen gehindert zu haben. Dies sei ihm »niemalen in Gedanken kommen, vielweniger habe er dasselb mit der That verricht«. Die Freiheit des städtischen Botenwesens habe er jederzeit sowohl beim Kaiser, dessen Commissarien, als auch in allen »Edikten« deutlich und ausdrücklich gewahrt. Dem Frankfurter Boten sei vom Cölner Bürgermeister lediglich warnend mitgetheilt worden, er möge seine Briefe »suo periculo« einsammeln, darunter sei keineswegs zu verstehen, dass man ihn habe hindern wollen, sondern es habe dies seinen Grund in dem ausdrücklichen Erlass des Kaisers, seines hiesigen (Cölner) Postmeisters und dessen Commissarien, wonach »Uebertreter und Ungehorsame, welche frembde Brieff und Paqueten durchzuführen oder zu tragen unterstehn, niedergeworfen und zu gebühlicher Straf gezogen würden.« Wären die Boten von Cölner städtischen Boten (etwa aus Brotneid) am Einsammeln gehindert worden, so sollten Letztere zur Rede gestellt und gestraft werden, der Beförderung »beider Stätt guter nachbarlicher Correspondenz« solle indessen kein Eintrag geschehen. Damit aber der Frankfurter Rath wisse, »mit was Geschwindigkeit uns dieses Postwesens halber zugesetzt, sollen wir ihm nicht verhalten, wie wir durch die angedeute Herrn Kayserl. Commissarios und den Postmeister Jacoben Hainot des Postwesens halber fast täglich beladen sein.« Auch der Graf von Manderscheid, welcher Kaufmannswaaren auf dem Durchzug durch sein Gebiet kurzer Hand mit Beschlag belegt habe, weil die Fuhrleute die Zollgelder nicht am richtigen Schlagbaum bezahlt hätten, habe, nachdem man ihn darüber »intercedirt«, nicht nur wegen dieser Angelegenheit, sondern auch des »Postwerks halber scharpff geschrieben«. (Das

Manderscheid'sche Schreiben befindet sich ebenfalls in den Postacten des Frankfurter Stadtarchivs.) Der Rath in Frankfurt möge, so schliesst das Schreiben, »diesen Sachen nach ihrer Wichtigkeit und Nothurfft nachdenken« und es werde hiermit, wenn den einzelnen Städten »an Beförderung der Commerciën und Handelsleuthen Brieff« gelegen und wie bereits auch nach Augsburg geschrieben sei, die Abhaltung eines Städtetags vorgeschlagen, auf welchem wegen des Botenwerks zu berathen sein würde.

20. Nov. 1587.

»Bürgermeister und Rath der heiligen
Reichs Stadt Cöln.«

1587
Frankfurt war mit diesem Vorschlag einverstanden und es fand ein Städtetag statt, auf welchem 12 Städte vertreten waren, darunter Frankfurt, Augsburg, Strassburg, Nürnberg, Ulm, Nördlingen und Cöln.

Unterdessen wechselten die Beziehungen der kaiserlich-hennotschen und taxis'schen Posten untereinander. Auch Hennot konnte die württembergischen Postmeister nicht bezahlen und als ihn Kaiser Rudolf II. 1589 abermals nach Württemberg schickte, kam es zwischen ihm und jenen zu einem weiteren Vergleich. »Allein Hennot zahlte abermalen nicht, dahero die Posthalter die Briefe aufhielten und nach Stuttgart an's Fürstliche Hoflager ablieferten.« Auch in der Pfalz warfen die taxis'schen Boten die kaiserlich-hennotischen nieder und hielten die Post »auf gut Recht« auf. Als nun gar Lamoral von Taxis in der Lage war, die den württembergischen Posthaltern schuldigen 6000 Kronen beim Rath in Frankfurt zu deponiren, konnte sich Hennot nicht mehr helfen und stellte sich abermals unter taxis'sche Hoheit. Rudolf II. erliess nun das geharnischte Decret vom 16. Juni 1596 (Anlage D). Er fühlt sich darin veranlasst, nach »allerlei Unordnung und Zerrüttung« im Postwesen auf dessen »gebührliche Reformation und Verbesserung« bedacht zu sein und ernennt (oder vielmehr bestätigt) Leonhard von Taxis zum Generaloberstpostmeister im heiligen römischen Reich. Noch in demselben Jahr wurden die württembergischen Postmeister befriedigt und Taxis, welcher sich Hennots mit Erfolg bediente, war nunmehr unumschränkter Herr im Postwesen. Dennoch war das Misstrauen gegen ihn sehr gross und der (spätere Winterkönig) Friedrich von der Pfalz schrieb am 31. Dec. 1596 noch an Friedrich von Württemberg: »Man ist Spanien keine Post schuldig, denn was aus gutem Willen beschehen.« Im folgenden Jahre erschien ein weiteres kaiserliches Decret (6. Nov. 1597), in welchem Leonhard von Taxis nochmals als Generaloberstpostmeister und Jacob Hennot als Postmeister in Cöln bestätigt werden: dem

Nebenbotenwerk soll gründlich Einhalt gethan werden. Die Metzgerposten^{*)} besonders, heisst es darin, bestellten Briefe bei Tag und Nacht durch eigne Ross und Boten, deren sie etlicher Orten zu 6 oder 10 Meilen in Städten und auf dem Lande unterlegen »zum Schaden und Verderb vielgedacht Unseres Kaiserlichen ordinari - Postwesens und Abschneidung der armen Postboten Nahrung Recht und Gerechsame«, trügen auch Posthörner und bedienten sich derselben beim Durchreiten an Mauth- und Zollstätten, Märkten, Flecken und Gebieten. Dies Verfahren sei »Unserm Kaiserl. hohen Regal der Posten im Heiligen Reich« auch den »Reichsconstitutionibus« zuwider. Taxis und seinem Hennot wird »vollkommen Gewalt« gegeben, dieses Unwesen »abzuthun und, was nützlich sein mag, anzuordnen«. Sodann wörtlich: »Darauf wir Ew. Liebden etc. ernstlich befehlen und wollen dass E. L. Niemand anderen, denn obgedachten Leonhard von Taxis für ordentlich von uns confirmirten und bestätigten General-Oberst-Postmeister im Reich und Niederlanden erkennen und ehren, ihn oder seinen Gewalthabern Jacob Hennot, unsern Postmeister in Cöln oder seinen Nachgeordneten, Vorzeigern dieses unseres Briefes oder vidimirter Abschrift in Bestellungen, Verordnungen, Veränderungen, Auszeichnung der Stadt und Ort, dahin Posten gelegt werden sollen, item Straf und Buss der Postboten, Postverwandten, so sich in ihren Aemtern und Diensten ungebührlich erzeigen etc.« Die Metzgerposten sollen niedergeworfen werden und Taxis und Hennot werden kraft dieses Briefes dazu bevollmächtigt. Diesen Beiden sei alle Beihülfe und Unterstützung, um welche sie ansuchen, zu gewähren. Die Postsachen, welche bei verbotenem Nebenfuhrwerk betroffen werden, sollen confiscirt, die Nebenboten selbst »in gefängliche Haft gelegt« und für jede Uebertretung ohne Unterschied der Person 100 Goldgulden gezahlt werden, halb für die Armen des Orts, wo die Uebertretung geschah, und halb als Entschädigung für Taxis. Wer unbefugt ein Posthorn trüge, solle 50 Goldgulden Strafe zahlen. Dieses Edict solle in allen Posthäusern angeschlagen werden.

Nach solch deutlicher und bestimmter Sprache begab sich Hennot im Mai 1598 nach Frankfurt, setzte daselbst den Bürger Weigand Uffsteiner zum Postmeister ein und stellt ihn am 29. Mai dem Rath als solchen persönlich vor. Der Rath beschloss folgenden Tags:

»Als senior consul den 30. Mai 1598 zu Rath angebracht,
»uf diesses Kl. Schreiben sey Jacob Hennot Postverwalter zu

^{*)} Metzgerposten kamen nur in Süddeutschland vor. Die Metzger einiger grossen Städte kauften ihr Vieh an bestimmten Tagen an bestimmten Orten und besorgten auch gleichzeitig Briefe und dergl.

»Cöln beneben Weigand Uffsteiner gestr. Tags vor Jme erschienen vnd berichtet, dass vermög diesses fürgezeigten »K. Patent Er sich mit Uffsteiner verglichen dass Uffsteiner »alle Briefe, so aus den Nieder- in die Ober-, dessgleichen »aus den Ober- in die Niederlanden verschickt würden, »empfangen und als Postverwalter verschicken solle und »erwarte darauf senatus Bescheidt:

»Decr: Man soll Hennoten anmelden, dass ein Erb. Rath »sich des Postwesens nie angenommen auch noch nicht anzunehmen bedacht, sondern möchte er mit Uffsteinern, so gut »er könne befassen.«

Hennot liess nunmehr kein Mittel unversucht, den städtischen Botenposten ein Ende zu machen. Als im Juni 1598 der Frankfurter berittene Bote le Clerq mit Briefen aus Italien, Augsburg, Frankfurt u. A. in Deutz ankam, liess ihn Hennot durch den kurcölnischen Amtmann Helpweiller verhaften, nahm ihm Pferd und Briefe ab und forderte eine Caution von 100 Goldgulden (des Betrags der vom Kaiser angedrohten Strafe). Der Rath in Frankfurt richtete dieserhalb Beschwerde an den Kurfürsten, wurde aber, nachdem er durch zwei Kanzleinotizen lange Zeit hingehalten war (der Kurfürst sei auf Reisen, heisst es darin) am 12. August abschlägig beschieden. Als aber nun gar Uffsteiner die Cölner städtischen Boten am Einsammeln der Briefe in Frankfurt a. M. hinderte und sich die Kaufmannschaft dieserhalb beim Rath beschwerte (Es werde dahin kommen, heisst es darin, dass die hiesigen Boten ganz abgeschafft würden), thaten sämtliche Reichsstädte gleiche Schritte, Cöln beschwerte sich bei seinem Kurfürsten, Frankfurt und Augsburg beim Kaiser in Prag.

Nachdem der Rath in Augsburg in einem Schreiben an die oberösterreichische Regierung in Innsbruck sein Recht, Botenposten nach Venedig zu unterhalten, gewahrt hatte, schickte er 1598 Christoph Jenisch nach Prag, in die Residenz Rudolfs II., um sich gegen die Schwierigkeiten zu beschweren, die Taxis dem städtischen Botenwesen bereite. Jenisch berichtet von Prag aus nach Augsburg, dass man am kaiserlichen Hofe mit Taxis und Hennot »übel zufrieden«, dass Taxis sein Mandat nach seinem Gefallen auslege und ausführe, dass man ihn deshalb schon mehrmals zur Verantwortung an Hof »citiret«, und da er zum drittenmale nicht erschienen, nochmals »ein Bescheid und Sentenz erfolgen werde, dann Ihro Majestät sei nicht gesinnet, den Erbaren Städten in ihren Privilegien und Postwesen Hinderung zu thun.« Die Kaiserlichen Hofrätthe bedeuteten Jenisch, dass die Stadt Augsburg sich in Nichts beirren lassen möge, man

werde Vorkehrungen treffen, dass die reitenden Boten nach Venedig auf ihrem Durchzug durch Tirol nicht weiter »molestirt« werden. Was nun für Augsburg galt, galt auch für die übrigen Städte.

In Worms fand darauf ein weiterer Städtetag statt. Die Bevollmächtigten der freien und Reichsstädte fassten eine Beschwerde an den Kaiser selbst ab »datum Wormbs 19. October 1598«. In diesem Briefe beschwerten sie sich bitter über den Postmeister Hennot in Cöln. Der Kaiser habe am 6. November 1597 ausdrücklich die städtischen Botenposten in Augsburg, Frankfurt, Cöln, Nürnberg u. A. als rechtmässig bestehende Einrichtungen anerkannt. Dennoch liesse sich Hennot in Cöln gelüsten, die reitenden Stadtboten »mit Leib und Gut und allem dem, was sie bei sich gehabt und geführt, anzugreifen und niederzuwerfen,« so seien z. B. die Frankfurter, darauf die Cölnischen und zuletzt die Nürnberger Boten im Kurfürstenthum Cöln auf Hennots Anstiften angegriffen und ihnen die Briefe und Alles, was sie mit sich geführt, abgenommen worden, Theils sei den Boten das Wiederkommen ernstlich untersagt, Theils seien dieselben gegen Bürgschaft oder gar Geldstrafe entlassen worden. Die Reichsstädte bitten den Kaiser »aus angeborner kayserl. Milde, Dero höchst erleuchtem Verstand und Allerbilligkeit Obiges gnädigst zu Gemüthe zu ziehen,« und an alle taxis'schen Postmeister, insbesondere an jenen Hennot eine Verfügung zu erlassen, dass die angehaltenen und »arrestirten Boten ohne allen Entgelt wieder auf freien Fuss gestellt,« ihnen die abgenommenen Sachen zurückerstattet, und sie für die Folge frei, ungehindert und unangefochten »überall im Heil. Römischen Reiche passiren zu lassen befohlen werde.«

Das Schriftstück ist unterzeichnet: »in allerunterthänigstem Gehorsam der Erb. Deputirten Frei und Reichsstädte abgesandte Räth und Bottschafter.«

Weder Taxis noch Hennot kümmerten sich jedoch um die Beschwerde der Städte. Der Bote le Clerq sass noch immer in Deutz gefangen und alle Verwendungen des Raths für seine Freilassung blieben fruchtlos. Auf seine Schreiben erhielt der Rath nur je ein »Recepisse« des Deutzer Amtmanns, worin bescheinigt wird, dass er den Brief des Raths erhalten habe. Am 19. November 1598 klagt le Clerq in einem schön stylisirten Brief an den Rath und bittet ihn, »er möge doch die Sachen dahin treiben, dass er (le Clerq) baldt wieder zu Hauss gelangen und den Seinen wieder ein Stück Brodts verdienen und gewinnen möchte.« Weiter fügt er die Mittheilung hinzu, dass sein College Mathys Müller aus Nürnberg, welcher nach ihm gekommen und auch verhaftet worden, im Gefängniss gestorben

sei. Darauf verwendet sich der Rath für ihn beim Kurfürsten von Cöln, jedoch abermals vergeblich. Hennot fügt aber dieser Gewaltthat eine neue hinzu. Als am 22. November 1598 der Frankfurter Bote Antoni Lacquey in Gemeinschaft eines Cölner Boten im Thal oberhalb Siegburg über die Sieg setzen wollte, wurden beide Boten von einem Haufen Bauern unter Anführung des Seraphim Hennot, des Sohnes jenes Hennot, und des Schultheissen von Deissingen verhaftet und nach Blankenberg (im Fürstenthum Jülich) ins Gefängniss geworfen. Der Rath in Frankfurt beschwerte sich abermals 7. Januar 1599 beim Kurfürsten von Cöln (als Herzog von Jülich), erhielt indessen wiederum nur Mittheilung durch ein »Recepisse«, dass das Schreiben angekommen sei. Le Clerq und Lacquey sassen lange in Haft. Noch im Jahre 1600 (30. April) wird dem Rath wegen Freilassung der Boten von den kurfürstlichen Räthen in Düsseldorf abschläglicher Bescheid. Es heisst darin, dass man nach Einsicht des Hennot'schen Gegenberichts die kaiserliche Entschliessung abwarten müsse. Erst viele Jahre später wurden beide Boten wieder frisch vereidigt und in Dienst gestellt. Le Clerq hatte im Ganzen 44 Wochen in Haft gesessen, in den ersten 7 hatte man ihn sogar an Ketten gelegt.

Im Jahr 1601 machte Hennot dem Rathe die nochmalige ausdrückliche Anzeige, dass der Frankfurter Bürger Weigand Uffsteiner zum Postmeister in Frankfurt ernannt sei und gleichzeitig traf aus Brüssel dat. 23. Mai 1601 ein Schreiben ein, worin Leonhard von Taxis dem Rath anzeigt, dass er seinen Vetter Octavian von Taxis nach Frankfurt abgesendet habe, um das dortige Postwesen zu ordnen. Als Octavian mündlich »de novo« dem Rathe die Bestätigung Uffsteiners als Postmeister anzeigte, antwortete zwar der Rath, des Postwesens nehme er sich nicht an, jedoch: »Ist beschlossen worden, dass man Uffsteiner beschicken und erinnern solle, wo er etwas in seiner Bestallung vermerke, das einem erb. Rath oder anderen erb. Städt in ihren Privilegien, Freiheiten, Gerechtigkeiten abträglich oder Nachtheiliges bemerken würde, dass er solches einem erb. Rath anzuzeigen schuldig sein solle.« Als kurze Zeit darauf (1603) Uffsteiner dem Rath anzeigte, er beabsichtige sein Postmeisteramt niederzulegen, weil sein vorgerücktes Alter ihn dazu nöthige, und dass Hennots Sohn, Seraphim, zum Postmeister in Frankfurt ausersehen sei, antwortete ihm der Rath am 14. April 1603, dass Personen, welche hier nicht Bürger seien, dies Amt nicht versehen dürften. Jenem Seraphim Hennot wurde ein unmittelbar eingereichtes Gesuch um Verleihung des Bürgerrechts abgeschlagen, und als er es wiederholte: »Lest man Ine bey vorigen abschläglichen Bescheid verbleiben.«

(28. Juni 1604.) Uffsteiner wusste sich indessen auf andere Weise zu helfen, denn er ernannte seinen Sohn J. A. Uffsteiner zu seinem Nachfolger, dagegen wurde Seraphim Hennot in Frankfurt nicht geduldet.

Die Freiherren von Taxis errangen aber bald einen neuen Erfolg. Im October 1603 bat Lamoral von Taxis in einem in spanischer Sprache abgefassten Gesuch den Kaiser Rudolf II.: »que su Imperial uolontades que la posta de colonia y todas que dependen della y Francfort — — —« ihm übertragen werden möchten und Rudolf II. willfahrte, verlieh dem Lamoral »umb seiner selbst, wie auch seines verstorbenen Vaters und Bruders Baptista und Franz, dessen bisher treu und gehorsamst geleisteten langwierigen Dienste willen die Postämter in Cöln und Frankfurt und ander dazu gehörigen« und erliess unterm 18. März 1604 an beide Städte die nöthigen Befehle: »So bevelchen wir Euch nochmals gnedigst und ernstlich, dass Ihr mehr vorgemercker unser kaiserl. Concession durchaus ein gehorsames Bemühen leistet, die von Taxis oder die Irige mit dem wenigsten daran nit beirret noch auch uns zu schärferem Einsehen Ursach gebet, des thun wir uns zu scharfen einsehen unzweifentlich versehen, Es beschicht auch hieran unser gefelliger entlicher Will und Mainung Und wir bleiben Euch mit Kaiserl. Gnad etc. Geben zu Prag am 28. Martij anno 1604 etc.

Rudolff.«

Gleichzeitig entsetzte Taxis den Postmeister Hennot seines Amtes und ernannte Johann von Coesfeld zum Postmeister in Cöln. Mit Hennot fiel auch Uffsteiner in Frankfurt und zum kaiserlichen Postmeister in Frankfurt wurde Peter Amerath ernannt.

Kunde von dieser Ernennung erhielt der Rath zuerst durch ein Schreiben Erzherzogs Albrecht aus Brügge in Flandern 3. Juni 1604. Der Kaiser, heisst es darin, habe Taxis das Postamt in Cöln und die Posten von da nach Wöllstein, Frankfurt u. A., sowie das Postamt in Frankfurt zum Lehen übertragen, und Taxis habe seinen »Gewaltträger« Peter Amerath mit »Possession« des Amtes in Frankfurt beauftragt.

Auch Leonhard von Taxis schreibt aus Brüssel 3. Juni 1604 an den Rath, er habe, da ihm jetzt durch kaiserliches Patent das Postmeisteramt in Frankfurt zuständig sei, den Peter Amerath »so von vielen Jahren anhero mir wohlbekannt, von gutem Leben und wohlqualificirt ist, erwählt und angenommen, um das Postmeisteramt in Frankfurt zu bedienen.« Der Rath wird gebeten, ihm »günstige Hülff und Vorschub« zu leisten, »auch alle Freiheiten, Privilegien,

Gerechtigkeiten, so alle dergleichen Postmeisters überall gebrauchen und zuständig, geniessen lassen.«

Der Rath unterschätzte diese Ereignisse und ihre Tragweite durchaus nicht. In seiner Sitzung am 2. Juli 1604 wurden beide Schreiben verlesen und beschlossen: »nachdem ausser dem Burgundischen Generalat auch die Postämter in Cöln und Frankfurt den Freiherren von Taxis übertragen worden seien: dieweil dieses Suchen und Begeren ein weit aussehend Werkh, dessen sich E. Rath ein praejudicium der andern K. und Reichsstädten allein billig nit zu unterfangen, sondern sich deren Rath und Bedenkens darbey zu gebrauchen hätte; so solle man dieses alles per copias an die andern Städt fürderlich gelangen lassen,« ihr Gutdünken darüber einholen und die Abhaltung eines neuen Städtetages beantragen. Amerath solle man so lange »in suspenso« halten.

Andern Tags, Dienstag, 3. Juni, wurde dem neuen Postmeister in der Rathsstube präsentibus consulibus und im Beisein der Expostmeister Jacob und Seraphim Hennot von Cöln verkündet, dass man ihm einen endgiltigen Bescheid noch nicht geben könne: »darumb man sich für diessmal gegen Ime nit erkleren könnte, mit Begeren, ein geringen Verzug in Ungüthen nit zu vermerken und die Sach mit dem Postwesen bei dem alten Stand, wie es seithero damit gehalten worden, solang verbleiben zu lassen.«

Amerath erklärte sich damit zufrieden, bat aber, dass die Sache mit möglichstem Fleiss betrieben werden möge. Der Rath erkundigte sich nunmehr schriftlich und zwar zuerst bei der in dieselbe Angelegenheit verwickelten Schwesterstadt Cöln. Aber schon andern Tags erschien Peter Amerath beim Bürgermeister im Römer (Rathhaus von Frankfurt), verlangte eine Abschrift des gestrigen Bescheides und drohte, bei Erzherzog Albrecht und dem Kaiser Beschwerde führen zu wollen. Der Bürgermeister antwortete ihm, er wisse nicht, was das für privilegia und Freiheiten seien, auf welche sich Amerath berufe, er werde daher vorerst Bericht darüber einholen, ehe eine Resolution erfolgen könne. Es bleibe daher bei gestrigem Beschluss. Der Rath erbat sich am 9. Juli 1604 Auskunft bei Erzherzog Albrecht und lud zu gleicher Zeit die freien Reichsstädte, z. B. Nürnberg, Strassburg u. A. zur Abhaltung eines Städtetages wegen dieser Angelegenheit ein.

Es ward indessen dem Amerath nicht verwehrt, Postgeschäfte zu treiben, und Amerath machte auch schwache Versuche, den Kern zu einem regelmässigen Postenlauf zu bilden. In Gemeinschaft mit dem taxis'schen Postmeister Sulzer in Rheinhausen verbesserte er die

Verbindung Frankfurts mit diesem Ort und somit den Anschluss an den Wien-Brüsseler Weltkurs, indem er die 2mal wöchentlich gehenden Botenposten in reitende »durch vielfältiges Bemühen« verwandelte. Auch errichtete er neue Posten nach Cöln und in die Pfalz und machte dem Rath davon Anzeige:

»Alle Montag, Mittwochen und Freytags Morgens zu 7 Uhren wird hierauss eine Post nach Cölln und den Niederlanden abgefertiget, welche in 24 Stund in Cölln ankommen, Freytags p. Creuznach.

Alle Dienstag und Freytag wirdt auch hierauss eine Post nach Wormbs, Frankenthal und Speyr abgefertigt und kompt alle Mittwoch und Sambstag von da wiederumb allhie an.

Peter Amerod Röm. Kay.

May. Postmeister.«

Mit diesen Versuchen konnte er jedoch nicht in dem Masse Erfolge erzielen, wie er es selbst und wie es sein Brodherr Taxis wohl gewünscht hätte. Botenmeister von Hilten sandte seine Boten nach Hamburg, Bremen und Stade, Uffsteiner die Seinen nach Leipzig und Strassburg, und auch die oben erwähnten Märtyrer städtischer Postgerechtsame, le Clerq und Lacquey, ritten wieder ihre Botenritte nach Cöln.*)

Die Abhaltung des Städtetags verzögerte sich und der ältere Bürgermeister sah sich (1605) veranlasst, den P. Amerath nochmals zur Erwerbung des Bürgerrechts aufzufordern. Amerath erwiderte, es sei nicht bräuchlich, dass ein Kaiserl. Postverwalter Bürger an einem Ort würde, erbot sich aber, »die Zeit über er allhier verharren werde, E. Erbaren Rat getreu und holt zu sein.«

Am 11. Mai 1606 fand endlich in Worms der Städtetag statt, und der zweite Punkt der Tagesordnung betraf das Postwesen.

Schon am 22. Mai wurde durch Rathsbeschluss dem Peter Amerath auferlegt, das Bürgerrecht zu erwerben, »mit allem Ernst und bei Uffsagung E. Erb. Raths Schutzes.« Wenn er sich auf seine ihm ertheilten Freiheiten stützen wollte, sei ihm zu erklären, dass die »privilegia, deren er vehig sein sollte, nicht specificirt, sondern

*) Um diese Zeit erschien ein »Memorial« d. h. Rittordnung, welches Streitigkeiten der Boten unter einander beseitigte und für die Cölner und Frankfurter Boten bestimmte Reisetage festsetzte. (Die Frankfurter ritten Montags ab und Donnerstags von Cöln aus zurück.) Von anderen städtischen Posten, welche in Frankfurt regelmässig ankamen und an bestimmten Tagen abritten, seien erwähnt die von Nürnberg und Augsburg.

generalia« seien. Der Rath habe viel ältere privilegia, »unter anderem die Freiheit, Niemanden allhie zu dulden, welcher dem Rath mit bürgerlichen Pflichten nit zugethan seye.« Man wolle »sich zu ihm (Amerath) versehen, dass er E. Erb. Rath seine privilegia nit disputiren, oder denselben sich widersetzen werde.«

Amerath verstand solche Sprache vollkommen, denn er entfernte sich aus Frankfurt, nachdem er eine untergeordnete Persönlichkeit, Conrad Wesseling, daselbst zurückgelassen und mit Versehung der Postgeschäfte beauftragt hatte. Kurze Zeit darauf lief beim Rath ein Schreiben des Postmeisters Octavian von Taxis in Augsburg ein (11. August 1610). Leonhard von Taxis, sein Vetter, heisst es darin, habe ihn beauftragt, dem Rathe mitzutheilen, dass Amerath abgesetzt und an seiner Stelle der bisherige Postmeister Mathias Sulzer aus Rheinhausen zum Postmeister in Frankfurt ernannt worden sei. Sulzer erschien auch gleichzeitig in Frankfurt in Begleitung seines Gehilfen Johannes von den Birghden, ward aber von dem älteren Bürgermeister Zum Jungen zu einer Besprechung auf die Baustube beschieden. Bei dieser Zusammenkunft (12. August) wurde Sulzer die Eröffnung gemacht, dass er als Postverwalter in Frankfurt nicht geduldet werden würde, wenn er nicht das Bürgerrecht erwerbe. Sulzer bat, man möge ihn als Bürger aufnehmen, »wenn er im Fall seines Abzugs für den Zehend Pfennig gefreit werde.« Bürgermeister Zum Jungen legte diese Angelegenheit in der Rathssitzung vom 14. August 1610 Dienstag zur Beschlussnahme vor und da sich Sulzer ausserdem erbötig machte, die Briefe des Rathes »franco zu bestellen,« so wurde beschlossen, ihm dafür das Bürgergeld »ex gratia« zu schenken.

Von Sulzer ist nur zu melden, dass er die Hamburger Botenpost dem Kaufmann von Hilten abkaufte, auch soll er ein Ehrenmann gewesen sein, und dies Zeugniss stellt ihm sein Nachfolger Birghden aus. Aber schon 1612 starb er und wurde auf dem Peterskirchhof begraben. Seine in lateinischer Sprache verfasste Grabinschrift ist bei Lersner nachzulesen, sein Nachfolger wurde sein Sohn, der damalige stud. jur. Hans Georg Sulzer in Marburg.

Während der Amtsführung des jungen Sulzer wurden die Grundfesten der Commune Frankfurt erschüttert durch den Aufstand Fettmilchs und Genossen (1612—1616). Selbstverständlich blieb auch die Post nicht von Störungen verschont, denn Fettmilch hatte 1614 die Wälle mit Geschützen bewaffnet und die Thore geschlossen, und nur solche Personen, welche mit Passzetteln, von Fettmilch ausgestellt, an den Thoren erschienen, durften aus- und eingelassen werden. Sulzer beschwerte sich beim Magistrat, dass die »Postbriefe und

anders ohne sonderlich Erlaubnus und passzettel, so von Vincentz Fettmilchen geschrieben, nicht aus- und eingelassen würden,« und als am 6. Mai die kaiserlichen Commissarien und Subdelegirten*) in der aufrührerischen Stadt ankamen, hielten sie dem Rath Vortrag, »dass nemblichen ihre Churfürstl. und Fürstl. Gnaden in Erfahrung kommen, dass die Pforten diesser Stadt verschlossen, dass Kais. Majestät Posten und ihre eigne Brieffe auch aus- und eingehende aufgehalten würden.«

Man sagt dem jungen Sulzer nach, dass er oft in Wirthshäusern verkehrt und nicht »bastant«, d. h. nicht fähig gewesen sei, »die durch die Unruhen in Disordre gerathenen Posten wieder in Stand zu setzen;« andererseits machte man seinem Nachfolger Birghden, welcher seit 1612 von Postgeschäften fernblieb und das Specereigeschäft seiner Frau betrieb, den Vorwurf, zum Sturze Sulzers beigetragen zu haben. Mag dem nun sein wie ihm wolle, am 24. October 1615 wurde Sulzer von Freiherrn Lamoral von Taxis in Brüssel vom Postmeisteramt »removirt« und ein thatkräftigerer Mann zu seinem Nachfolger ernannt: jener mehrerwähnte Johann von den Birghden.

*) Beauftragt vom Kaiser mit Schlichtung waren der Kurfürst von Mainz und Landgraf von Hessen-Darmstadt.



III.

Der Postmeister Johann von den Birghden

1615—1645.

X Die Ernennung Birghdens zum Postmeister in Frankfurt war eine der glücklichsten Handlungen der Freiherren von Taxis. Mit rastlosem Eifer und Fleiss verband Birghden seltene Energie und furchtlose Kühnheit und schuf durch diese Charaktereigenschaften, obschon sie oft in Trotz und Uebermuth ausarteten, den Freiherren von Taxis einen festen Kern zu ihrem späteren Poststaat und sich selbst und seiner Familie eine ehrenvolle Stellung in der Reichsstadt. Die Erfolge seiner Wirksamkeit sind um so staunens- und bewunderungswürdiger, als sie mitten in den Stürmen und Gräueln des 30jährigen Krieges entstanden und errungen wurden, und Birghden dabei ausser auf den Schutz des Kurfürsten Schweickhard in Mainz lediglich auf seine eigne Thatkraft und Umsicht angewiesen war.

Birghden war am 7. August 1582 in Aachen von protestantischen Eltern geboren, trat schon in früher Jugend in spanische Militärdienste, in welchen auch sein Vater stand, durchreiste alsdann Deutschland und ward 1597 Protocollist bei den Doctoren jur. utr. Ebertz und Steuernagel am Kammergericht in Speyer. In 1598 trat Birghden in die Dienste des Mathias Sulzer, des Postmeisters und Vorstehers des damals bedeutenden Postamts in Rheinhausen.*) Mit Sulzer, der 1610 nach Frankfurt versetzt wurde, siedelte auch Birghden dahin über, als aber kurze Zeit darauf Sulzer starb und dessen Sohn, der Studiosus H. G. Sulzer, Postmeister wurde, zog sich Birghden ins Privatleben zurück, heirathete Kunigunde Hoffmann, 31 Jahre alt und Gewürzkrämerin am Markt, verschätzte 600 Gulden, musste 6 Gulden 45 Kr. Bürgergeld zahlen und führte das Geschäft seiner Frau fort (1613). Zwei Jahre später (1615) liess er sich vom Kurfürsten von Mainz überreden, das Postmeisteramt in Frankfurt zu übernehmen, Sulzer

*) S. Cap. II.

wurde abgesetzt und Birghden legte am 20. October den Eid in des Kurfürsten Hände ab.

Die Ernennung Birghdens zum Postmeister wurde dem Rathe durch ein Schreiben Lamorals von Taxis vom 24. October 1615 bekannt gemacht. Es heisst darin, an Sulzers Stelle sei »Vorweisser dieses«: Johann v. d. Birghden zum Postmeister ernannt, und der Rath wird gebeten, jenem allen möglichen »Vorschub« zu leisten. Da Birghden Frankfurter Bürger war, hatte zwar der Rath gegen die Ernennung Nichts einzuwenden, es wurde indessen beschlossen: »Lässt man solch Schreiben, weil es principaliter nur eine praesentatio betrifft, uff sich selbst beruhen und sollen, da etwas weiteres gesucht werden sollte, die acta uffgesucht und ersehen werden.«

Der Kurfürst von Mainz fertigte für Birghden eine besondere Bestallungsurkunde aus (4. November 1615). Darin heisst es, dass Birghden jährlich aus kurfürstl. Rentkammer 100 fl. gleich vorigen Postmeistern für Versehung der Postgeschäfte, für wöchentliche Einschickung der Zeitungen aber 40 fl. erhalten solle. Die 1615 von Egenolf Emmel gegründete und heute noch bestehende Zeitung »Frankfurter Journal« reizte auch Birghden zu einem ähnlichen Unternehmen und er liess unter dem Titel »Avisen« ebenfalls Zeitungen drucken, welche später den Titel: »Ordentliche wochentliche Postzeitungen« annahmen und im Jahr 1866 als »Oberpostamtszeitung« unterdrückt wurden. Ueber die Entstehung der Zeitungen in Frankfurt soll indessen im nächsten Capitel berichtet werden, ebenso wie über den Streit Birghdens mit Emmel. Dass das Geschäft, Zeitungen zu schreiben, damals ein einträgliches zumal für einen Postmeister sein musste, erhellt daraus, dass fast sämmtliche benachbarte Reichsfürsten die »Avisen« Birghdens bezogen und sehr gut honorirten; so zahlte z. B. der Graf von Nassau für 4 Exemplare 30 Thaler jährlich, ebensoviel die geistlichen Fürsten von Cöln, Speyer u. A.

Bei seinem Amtsantritt in Frankfurt fand Birghden folgende kleine Postsysteme in blühendem Betrieb vor:

- 1) Reitende Stadtboten: Nürnberg — Frankfurt — Cöln — Antorff (Antwerpen).
- 2) Botenpost nach Leipzig mit Botenwechsel in Marksuhl.
- 3) Botenpost nach Strassburg mit Wechsel in Speyer.

Botenmeister der beiden letzteren war Joh. Ad. Uffsteiner, in Leipzig: Hans Sieber.

In taxis'schem Betrieb war ausser einigen kleinen Kursen (nach Mainz, Speyer u. A.), sowie den Posten nach Hamburg, Bremen und Stade, nur jene mehrerwähnte Post über Darmstadt und Heidelberg

nach Rheinhausen. Diese vervollkommnete Birghden zuerst, indem er sie in eine gewöhnliche (ordinari) Post verwandelte. Kurpfalz und Hessen-Darmstadt erlaubten die Anlegung neuer Stationen und gestatteten den Posthaltern Befreiung von Staatslasten, dagegen wurden alle fürstlichen Privatschreiben, Dienstbriefe, Acten etc. auf der ganzen Strecke und darüber hinaus taxfrei befördert.

Nach solchen Erfolgen suchte er dem Botenwerk Uffsteiners ein Ende zu machen. Am 8. Nov. 1615 schrieb er einen geharnischten Brief an den Rath und legte die Abschrift der Decrete des Kaisers Mathias von 1614 und 1615 bei. Birghden schreibt, in letzterer Zeit seien unterschiedliche Unordnungen im Postwesen eingerissen, welche nicht zur »Beförderung der Commerzien gereichten, sondern auf Particulargewinn und Geldsüchtigkeiten hinzielten, und dem kaiserl. Postregal Eintrag thäten.« Wenn diesem »Wesen« nicht Eintrag gethan würde, müsse die kaiserliche Post bald »Schiffbruch leiden«. Namentlich Uffsteiner nenne sich gegen alles Recht einen »Postmeister« und suche solches »hochstrafbarlich zu manuteniren«. Der Rath möge dem Uffsteiner das »Postiren« untersagen und die Kaiserlichen Mandate untersiegeln, unterschreiben und öffentlich bekannt machen lassen. Auch sei der Steg über die Nied bei Rödelheim nicht in Ordnung und seine Postillone würden oft von Soldaten verhindert, an der Fischerpforte auszureiten u. s. f.

Der Rath wusste keine andere Erledigung dieser Angelegenheit, als den Botenmeister Uffsteiner zur Rechtfertigung aufzufordern. Uffsteiner, der vergebens die Hoffnung gehegt hatte, anstatt Birghdens in das kaiserliche Postmeisteramt aufzurücken, fand nun Gelegenheit, seinem Hass gegen Birghden die Zügel schiessen zu lassen. Sein Vater, schreibt er, sei kaiserlicher Postverwalter gewesen und habe die Zusage Lamorals von Taxis gehabt, dass er als Erbe und Sohn Sulzers Nachfolger im Amt werde. Birghden werde schwerlich bestätigt werden, denn es befänden sich bei ihm allerhand »Mängel und Uebermuth«. Alsdann zählt Uffsteiner einige Fälle auf und bittet schliesslich den Rath, Birghden als Postmeister nicht zu »confirmiren«, sondern sich für ihn (U.) bei Kurmainz und Taxis zu verwenden, »dass er zur Postverwaltung gnädigst und gnädig vor Andern befördert werden möge, weil sein Vater selbige lange Jahre versehen.« (30. Nov. 1615.) Auf Bericht folgt Gegenbericht und die Ausdrücke beider streitenden Männer sind zwar sehr bestimmt, aber keineswegs artig zu nennen.

Am 12. December 1615 rechtfertigt sich Uffsteiner wegen des von ihm geführten Titels: Postmeister. Die kaiserlichen Patente, sagt er, untersagten dies nicht ausdrücklich, und Birghden sei ein

»angemasster Verläumbder«. In einem zweiten Schreiben sagt er, Birghden habe früher Sulzers Brod gegessen, aber das Seine zu dessen Sturz beigetragen. Er bittet den Rath, lieber ihn, als hiesigen Bürger, »so allhier geboren«, als Postmeister zu gebrauchen, als diesen »Zukömbing und Fremden«. Birghden dagegen beschuldigt Uffsteiner, derselbe nenne sich kur- und fürstlicher Postmeister, umgehe auch die kaiserlichen Mandate, denn er stecke sämtliche Briefe nach Strassburg in ein Couvert*) und gebe dies dem Speyerer Boten zur Beförderung mit (Birghden riss das Couvert auf und taxirte die einzelnen Briefe), der sie alsdann dem Strassburger überliefere und dadurch würde das Postgeld der kaiserlichen Post entzogen. Ausserdem bittet Birghden den Rath, den Uffsteiner zum Widerruf seiner Injurien zu veranlassen. (29. November 1615).

Aber auch gegen das städtische Botenwesen nach Cöln und Antorf ging Birghden energisch vor. Er stellte 7 reitende Boten in Dienst und beabsichtigte die städtische Botenpost durch Concurrenz zu beseitigen. Die Leistungen, welche er seinen Boten zumuthete, waren sehr hoch gespannt. Den Weg über Königstein, Camberg, Dauborn, Dietkirchen, Freilingen, Weyerbusch, Uckerath, Siegburg, Wahn, Deutz und Cöln mussten die Boten in 3 Tagen reiten, 48 Stunden mit einem Pferde zurücklegen und täglich 16 Stunden im Sattel sitzen. Der Rath in Frankfurt verhielt sich still, obgleich er von Cöln (28. Dec. 1615) aus auf diese neue Posteinrichtung Birghdens aufmerksam gemacht worden war, aber die Kaufleute brachten diese Post zu Fall, denn sie blieben bei Versendung der Briefe den städtischen Boten treu und misstrauten der neuen »spanischen« Post Birghdens. Auch hatten die städtischen Boten unterwegs allen Vorschub, während die abgematteten kaiserlichen Boten Birghdens verhasst waren.

In diesem Jahr (1615) belehnte Kaiser Matthias die Freiherren von Taxis von Neuem mit dem Reichspostmeisteramt: »So haben wir demnach vorgenannten Lamoral von Taxis und nach seinem tödlichen Ableben seinen ehelichen Sohn Leonhard, auch allen inskünftige folgenden von ihrer absteigenden Linie ehelich herkommen- den Leibeserben männlichen Geschlechts, diese besondere Gnade gethan und ihnen obgemeltes Generalpostmeisteramt über die Posten im Reich nun hinfüro zu einem Mann-Lehen gnädig angesetzt, verwilligt und verliehen.«**)

*) »Copert«.

**) Der Revers des Freiherrn von Taxis lautete:

»Dass ich und meine Erben obbestimmtes Reichs-General-Postmeister-Amts halben, nach Ihrer Majestät und derselben Nachkommen, Römischen X.

Diese erneute Machtbefugniss veranlasste den thatendurstigen Erzbischof von Mainz, Johann Schweickhard, zum Versuch, das taxische Postnetz zu erweitern und zur Ausführung dieses Planes schien Birghden ihm die geeignete Persönlichkeit. Er versah ihn mit einem »Requisitionspatent«, benachrichtigte die betheiligten Reichsfürsten (Sachsen, Brandenburg, Braunschweig u. A.) und beauftragte Birghden, Posten einzurichten nach Leipzig, von Leipzig nach Hamburg, von Hamburg nach Cöln und somit in Leipzig festen Fuss zu fassen, in den beiden letzteren Städten die bereits erworbenen Stellungen zu befestigen. Birghden unterzog sich dieser Aufgabe mit grossem Geschick. Er setzte in Fulda, Erfurt und Naumburg Postmeister ein, in Erfurt nicht ohne Schwierigkeiten. Von Naumburg begab er sich nach Leipzig und ernannte, nachdem er dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen, seiner Kanzlei, dem Magistrat in Leipzig u. A. Portofreiheit versprochen, den Botenmeister Uffsteiners, Hans Sieber, zum kaiser-

Kaisern und Königen, meinen gehörigen Respect und Aufsehen in alle Weg auf den Hochwürdigsten Fürsten und Herrn, Herrn Johann Schweickhardten Ertz-Bischofen und Churfürsten zu Mayntz, des Heiligen Römischen Reichs durch Germanien Ertz-Cantzlarn, meinen gnädigsten Herrn, und dessen Nachkommen am Ertz-Cantzlaramt haben und halten, darauf, nach Ausweisung meines gegen Ihro Kaiserliche Majestät gethanen, unterthänigstens Erbietens, die neue ordinäre Postweg von Cöln gegen Frankfurt (siehe oben) von dannen gegen Nürnberg und folgend bis an die nächste Post in Böhheim (in späteren Reversen heisst diese Stelle: »sowohl die von Neuem angeordnete, als von Alters gebräuchige ordinari-Posten eines und andern Orts«) nicht allein alsbald ins Werk setzen und auf meine eignen Unkosten versehen, sondern auch die von Alters gebräuchige ordinari-Posten eines und andern Orts nach Nothdurft fleissig bestellen und in ihrem hergebrachten Esse erhalten, daneben auch die von ihrer Kaiserlichen Majestät verordnete Staffetten ohne Ihro Majestät Entgeld fortführen, die an und von Ihro Kayserl. Majestät und deroselben Nachkommen am Reich, wie auch Ihrer Majestät und des Reichs Ertz und Vice-Cantzlarn, geheimen und Reichshofräthen und andern dero hohen Officiren abgehende Brieffe treulich und ohne Abforderung einigen Tax- oder Brieff-Geldes, überliefern und sonsten mit Einnehmung erstbemeldten Brieff-Geldes wider Gebühr, niemand beschweren, zuforderst aber, unterm Prätext und Fürwand, obverstandener mit erwiesener Gnad, neuen Ansatz-Bewilligung und Verleihung, Ihro Kaiserlichen Majestät Hof- und Niederösterreichschen Postämtern (der Kaiser hatte seine eigne Posten, Generalpostmeister war Graf Paar) keinen Eintrag, Irrung, Verhinderniss oder Beschwerde, wie und auf was Weiss solches immer geschehen und zugehen möchte, thun oder zufügen solle noch wolle, sintemalen mehr höchstgemeldte Kayserliche Majestät, für sich und deroselben Nachkommen am Reich, und dero hochlöblichen Haus Oestreich, vorberührte Hof- und Niederösterreichsche Postämter von angezogener Gnad, Bewilligung und Verleihung gänzlich abgesondert und ausgeschlossen, und darunter im wenigsten begriffen und verstanden haben wollen, alles ehrbar, getreulich, ohne arge List und Gefährde etc. etc.«

lichen (taxis'schen) Postverwalter. Der Rath in Leipzig machte bereits am 13. Mai 1616 durch seinen Stadtschreiber Christoff Spitzmacher den »Kauff- und Handelsleuten« bekannt, »wofern sie ihre Briefe nach Frankfurt am Main und andere Orte versenden wollten, dass sie dieselben in das vom Rath verordnete Posthauss eingeben und durch Johann Adam Uffsteiner keine Briefe fortschicken sollten, darnach sie sich zu achten und vor Straf zu hüten« hätten.

Uffsteiner, welcher sah, dass ihm der Boden in Leipzig unter den Füßen entzogen wurde, machte grosse Anstrengungen, Birghdens Einfluss dort zu brechen. Aber obgleich er ein für ihn günstiges Rechtsgutachten der Juristenfacultät in Leipzig beibrachte, obgleich er ein Attest von 49 Leipziger Bürgern unterzeichnet und vom Notar Laurentius Krebs beglaubigt vorlegte, worin ihm bescheinigt wird, dass an seinem 30jährigen Botenwerk kein Mangel befunden worden sei,*) obgleich er seinen früheren Botenmeister Sieber beim Kurfürsten und dem Oberhofrichter in Leipzig als contractbrüchig verklagte, konnte er es doch nicht verhindern, dass Kurfürst Johann Georg am 20. Juni 1616 dem Rath in Leipzig befahl, dem Uffsteiner fernere Postgeschäfte zu untersagen, und Letzterer blieb somit für immer abgethan.

Nunmehr ward Hans Sieber von Birghden in Eid und Pflicht genommen und zwar als »kaiserlicher Postmeister mit gewöhnlichem Juramento«, musste sich auch verpflichten, den Erbgeneralpostmeister Lamoral von Taxis sowohl als Johann von Birghden zu »respectiren«, soweit »Solches Kurf. Durchlaucht nicht entgegen sei«. Ein Document über diesen Actus wurde von Beiden am 25. Juni 1616 unterschrieben und untersiegelt. (Wörtlich bei Beust, Joach. Ernst, Postregal II. 448.) Tags darauf wurde Sieber auch »als Botenmeister des Rathes« vereidigt und musste sich verpflichten (ebenso wie vorher der Erfurter Postmeister), »Ihrer Kurfürstlichen Durchlaucht und dem ganzen löblichen Hause Sachsen, wie wenigens dem vorgesetzten Magistrate treu und hold zu sein.«

Von Leipzig begab sich Birghden direct nach Hamburg, wo, wie er berichtet, das Postwesen noch gänzlich unbekannt war. Der Bürgermeister, Johann Vogeler, gestattete ihm die Errichtung eines Postamts unter der Bedingung, dass vorher mit den benachbarten dabei interessirten Fürsten wegen des ungehinderten Durchgangs der Post durch deren Gebiete ein Einvernehmen erzielt werde.

*) Die Schriftstücke befinden sich in den Postacten des Stadtarchivs zu Frankfurt.

Birghden bat nun Braunschweig-Lüneburg, Kurbrandenburg, Anhalt u. A. um »gnädigsten und allergnädigsten Consens« und es wurde ihm dieser bewilligt, nachdem er mit »Handgebung angelobet«, die Kanzlei- und Dienstbriefe frei zu befördern, und er erhielt »respective Erlaub-Recommandationsschreiben und Patente«. Die Reisen an die fürstlichen Höfe hatten ihn 9 Tage in Anspruch genommen, aber nunmehr stand der Einrichtung eines Postamts in Hamburg kein Hinderniss mehr im Wege. In Hamburg hielt sich Birghden 9 Wochen auf, besuchte die Städte Lübeck, Bremen, Stade und Glückstadt, jedoch vergebens, denn dort wusste man von kaiserlichen Schreiben wegen des Postwesens gar Nichts. Als das Hamburger »Boten- und Boots-volk« die Bestrebungen Birghdens gewahrte, rottete es sich zusammen, um ihn zu massaciiren, und nur durch schleunige Flucht über Blankenese entging Birghden der ihn bedrohenden Gefahr. Nachdem er noch in Harburg und Buxtehude Postmeister eingesetzt hatte (in letzterer Stadt bezahlte er dem neuen Postmeister 20 Thaler Handgeld), ging er an den dritten Theil seiner Aufgabe.

Der Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg gestattete die Anlegung einer reitenden Post über Nienburg in der Richtung nach Minden und Cöln, unter der Bedingung, dass dieselbe Briefe im braunschweigischen Gebiete nicht sammeln dürfe. Aber als Birghden nach Minden kam, befand er sich wieder in Lebensgefahr und er musste mit seinen 2 Pferden bei Vlotho eiligst über die Weser setzen und sich vor seinen Widersachern salviren. Im lippischen Gebiet legte er Poststellen an in Detmold und Lipperode und nachdem er noch bei Unna und Schwelm (Schwelchheim) grosse Gefahr »von streiffenden Partheien« ausgestanden, kam er wohlbehalten zum grossen Erstaunen des Postmeisters Johann von Coesfeld in Cöln an. Das Postamt in Cöln wurde durch Anlage dieser neuen Verbindung eines der wichtigsten Postämter im Reich wegen der spanischen und anderer Briefe. Es wurde damals »expresse« bedingt, dass Briefe ins Ausland, Spanien, Italien, Frankreich, England, Brabant, Dänemark, Schweden etc. zur kaiserlichen Post eingeliefert werden müssten. Da indessen Cöln und Frankfurt »von undenklichen Jahren hero« im Recht waren, ihre holländischen Briefe mit den Cöln-Antorffer Boten abzuschicken und von diesen zu erhalten, so hat man sie im Genusse dieses Rechtes gelassen.*)

»Diese Raiss-Anstalt hat aber denen Cölner, Nürnberger und Antorffischen reitenden Stadt-Boten gewaltig in die Nasen gestochen,

*) Moser, Staatsrecht V. 48.

also dass widermals ein gefährlicher Anschlag auf den von Birghden in Cöln und Deutz gemacht wurde.« Birghden liess sich Abends bei Thorsperre über den Rhein setzen, suchte aber in Deutz vergebens Sicherheit. In einem dortigen Wirthshaus überfallen, erwehrte er sich durch »4 Pistol- und 2 Bandelierschüsse« seines Lebens, liess seinen Hut im Stich, entfloh rheinaufwärts und kam gegen Mitternacht auf der Warte gegenüber Bonn an.

Nach Frankfurt zurückgekehrt richtete Birghden mit Coesfelds Beistand die Posten über den Westerwald neu ein. Hier soll nun seinen Platz finden, auf welche Weise Birghden den Postdienst in grossen Städten versehen liess. Er liess bei Ankunft sowohl reitender als ord. Posten und Staffetten vom Stadthor bis zum Posthaus das Posthorn blasen »und dadurch ein Zeichen geben, die Ankunft und Abfertigung der ord. Velleisen kund zu machen, damit die Herrn Kauf- und Handelsleut sich mit ihren Briefen darnach richten können.« Sodann wurden sofort nach Ankunft der Posten Packete und Briefe ohne Aufenhalt ausgegeben, damit die »Kauf- und Handelsleut ihrer erforderten höchsten Nothdurft nach bei selbiger ordinari abgehenden Post ihre Briefe haben einliefern und mit fort-senden können.« Auch »gefährliche Eröffnung und Hinterhaltung der Packete, Briefe und dergl. Ungebühr ist bei den Postämtern je und allewege für ein grosses Laster geachtet, auch steif und fest darob gehalten worden, dass, wenn etwa dergleichen geschehen, die Postmeister verpflichtet gewesen, darauf zu inquiren, um den Thäter zu ernster Strafe zu ziehen,« und es geschah dieserhalb die Verordnung, dass »von allen ab und einkommenden Posten Briefen und Packeten gute Register gehalten werden mussten,« so dass in Verlust-fällen festzustellen war, wo die vermissten Sachen geblieben, oder wo dieselben unterschlagen worden. Für Couriere, Staffetten und Extraposten führte er feste Taxen ein, auch liess er Postordnungen drucken und »zur männiglichen Wissenschaft affigiren« an allen grösseren Postämtern, z. B. Rheinhausen, Frankfurt, Leipzig, und später in Nürnberg, Strassburg etc.

Während der Abwesenheit Birghdens sahen Frankfurt und die übrigen Reichsstädte mit Befremden das taxis'sche Postwesen auf Kosten ihrer althergebrachten städtischen Botenposten erstarken. Auf einem dieserhalb 1616 in Ulm abgehaltenen Städtetag wurde beschlossen, das städtische Botenwesen beizubehalten und sich dieses Rechtstitels nicht zu entäussern. Durch den Meinungsaustausch, welcher bei dieser Gelegenheit zwischen den Bevollmächtigten stattfand, wurde auch der Rath in Frankfurt kühner und er nahm alsbald

Birghden wegen dessen Posteinkünfte in Schatzung. Darüber wieder grosser Schriftwechsel. Lamoral von Taxis verwunderte sich zunächst, dass dies doch früher nicht Gepflogenheit gewesen sei, da seine bisherigen Postmeister Seraphim Hennot, Amerad, Math. und J. A. Sulzer von Abgaben befreit gewesen seien. Der Rath antwortete, einige dieser Herren seien ledigen Standes gewesen, aber alle hätten des Rath's Briefe franco befördert. Lamoral entgegnete darauf wieder, der Kaiser habe in seinen Mandaten die Postmeister von allen Abgaben befreit. Birghden sei um so mehr in hohem Grade dieses Genusses würdig, als er gleichsam Leib und Leben für das heilige römische Reich habe wagen müssen. Auch ein Schreiben des Kurfürsten Schweickhard sowie eine Erklärung Birghdens, dass er seinen Specereikram aufgeben wolle, übten auf den einmal gefassten Beschluss des Rath's keinen Einfluss, dagegen erwirkte Birghden für sich, sein Weib und seine Kinder einen besonderen Schutzbrief des Kaisers Matthias (17. März 1617).

Aber Birghden war nicht der Mann, die Hände in den Schoss zu legen, er duldete ein anderes Postsystem neben dem seinen in Frankfurt nicht und liess zur Erreichung dieses Zieles kein Mittel unversucht. Bei Beginn der Herbstmesse 1617 fand man eines Morgens das Schild der Nürnberg-Cöln-Antorfer Boten, welches seither an der Wohnung des Boten Hans Polster angebracht war, nicht mehr vor.*) Nach unzweideutigen Aeusserungen und Drohungen zu schliessen, welche Birghden vorher ausgestossen, konnte Niemand anders der Thäter sein, als er, wenn auch nicht in eigener Person. Dieser Verdacht ward zur Gewissheit, als am 18. September 1617 ein Schreiben von Kaiser Mathias an den Rath ankam: »so ist unser ernstlicher Bevelch an Euch, dass Ir alsपाल्दत, nach empfahung diess, vorangeregte Posttafel, als damit mehrbesagtem Erbgeneral Postmeister durch dergleichen ordinary reittende Poten die Gefäll seines Amts abgestrickt werden, durch Eure Gerichtspoten wiederumb abnehmen lasset, und bey einer namhafften Pön alles ernsts schaffet und gepietet, dass mehrgemelte reittende Poten sich dess eigenmächtigen Postierens durchaus enthalten.«

Der Rath in Frankfurt setzte Nürnberg und Cöln hiervon in Kenntniss, die Boten rechtfertigten sich, sie seien vereidete Bürger, trieben ihre Beschäftigung schon lange Zeit, gebrauchten derartige

*) Das Postschild scheint identisch zu sein mit dem im Stadtarchiv zu Frankfurt befindlichen und in der Abbildung beigelegt. Das Schild ist auf Blech hergestellt.

»Botentafeln« schon seit 70 und mehr Jahren ohne Anstand, Beschwerde noch Hinderniss und der Rath in Nürnberg erwidert, »die Post sei in jure cursus publicus, der Kaiser beanspruche sie aber als hohes Regal für sich, es sei deshalb rathsam, das Wort »Post« durch das Wort »Pottenwerk« zu ersetzen.« Birghden verlangte noch 25. Januar 1618, die Cölner Boten sollten sich den kaiserlichen Patenten gemäss verhalten, und im Januar fand andererseits eine neue Städteversammlung in Heilbronn statt.*)

Kurze Zeit darauf erhielt Birghden von Lamoral von Taxis den Auftrag, das Postamt in Nürnberg einer Reorganisation zu unterziehen. Nachdem die Einkünfte Birghdens auf 100 Kronen = 300 Gulden Brabanter Währung festgesetzt waren, schreibt Lamoral am 7. April 1618 wörtlich:

»Ich sehe, dass das Postamt in Nürnberg gar nicht auf den Fuss will, und gleichsam alle Jahr mehr Unkosten auf selbiges gewendet werden müssen, möchte ich wohl wissen, wie es damit beschaffen, sollet mich derhalben weitläufig und insgeheim, und, wie man saget, sonder das Blatt vor den Mund zu nehmen, mit nehstem berichten, denn ich ein sonderbar gutes Vertrauen in euer Person setze, welchem guten Vertrauen auch Ihr jederzeit correspondiren und selbiges zu grössern Ursach haben werdet, im übrigen befehle ich euch dortiges Amt also, wie ihr wollet, dass mir eure Person befohlen sey.«

Birghden begab sich sofort nach Nürnberg, räumte beim dortigen Postamt die »impedimenta« aus dem Weg, brachte dasselbe in »valor und flor«, richtete die Post von Nürnberg nach Augsburg ein und verbesserte die Verbindungen mit Prag, Grätz und Wien, indem er mehrere Poststationen verlegte. Seine Bemühungen waren von Erfolg gekrönt, denn bald darauf ging, auf Anregung des Raths von Nürnberg selbst, die Nürnberg-Frankfurter Botenpost ein, weil die Kauffleute sich der kaiserl. Post mehr bedienten. Als mehrere Jahre später die Postverbindung von Nürnberg nach Frankfurt durch die Heerhaufen Mansfelds, des Markgrafen von Brandenburg-Anspach und Tilly's gestört wurde (1622), brachte es Birghden »mit Hülfe Gottes

*) Welchen Rückhalt Birghden an Kurmainz hatte, erhellt aus einer Beschwerde des Boten Bastian Reiss in Salmünster wegen rückständigen Lohns. Freiherr von Hutten und der Amtmann in Orb unterstützen diese Beschwerde (26. März 1618), Birghden verweist Beide an Kurmainz als den obersten Richter in Postsachen und Schweickhard gibt Birghden Recht und befiehlt, man solle Birghden nicht weiter belästigen.

durch Hin- und Widerreiten bei freund- und feindlichen Generalen dahin, dass die alten und neuen Reichsposten in Esse erhalten blieben, die Post von Nürnberg bis Frankfurt ungehindert lief und man sich deren mit allem Fleiss hat bedienen können.«

Gleiche Schneidigkeit bewies Birghden in Frankfurt. Nachdem er sich (20. August 1620) vergeblich beschwert, dass seine Postillone am Allerheiligenthor stundenlang hätten warten und alsdann den Umweg durch das Friedbergerthor hätten machen müssen, denselben ausserdem der Durchritt durch das Fischerpörtlein nicht gestattet sei, verlangte er am 4. Januar 1621, dass Sonntags seine Postillone während der Predigt nicht 3 Stunden vor den Thoren zu warten gezwungen seien. Der Rath schlug beide Gesuche ab; als aber Kaiser Ferdinand II. am 23. Juni 1622 dem Rath Vorhalt machte, dass man über Mangel an Postpferden in Frankfurt Klage bei ihm geführt habe und die Verfügung an den Rath erliess, »sich jederzeit mit Pferden gefasst zu halten,« und als der Rath dies Schreiben dadurch erledigte, es dem Postmeister Birghden zur Nachachtung zu empfehlen, drehte Birghden den Spiess um und liess einen geharnischten Bericht an den Rath los.

Birghden schreibt, es sei ihm nicht gelungen, trotzdem er 7 Boten und 7 Pferde eingestellt habe, dem städtischen Cölner Botenwesen ein Ende zu machen. Nachdem ihm nun der Kaiser durch den Rath befohlen habe, sich jederzeit mit Postpferden bereit zu halten, so möge der Rath ihm entweder das Botenwesen übertragen oder aber die Thorschreiber anweisen, keine andern Postreiter »so Posthörner anhenken haben«, als die seinen, aus oder einzulassen. Der Rath beschloss darauf unter Vorbehalt, dem Postmeister Birghden das städtische Botenwesen zu übertragen, und Birghden versprach in einem Revers (20. September 1622):

»Nachdem E. E. Rath, seine grossgünstige gebietende Herrn ihm auf sein beschehenes unterthänigstes Anhalten aus besonderm Favor und geneigtem Willen ihr jus und Gerechtsame auf dies Botenwesen übergeben — — — — dass er solches ihm übertragene Botenwerk hinfüro männiglich zum Besten und Nutzen und im Namen und Ansehen des Raths versehen wolle — — — — (der Rath sei befugt, es ihm jederzeit wieder zu entziehen). Dessen zur Urkund hab ich diesen Revers von mir geben, denselben mit eigener Hand geschrieben und unterschrieben und mit meinem Pittschafft bekräftiget.

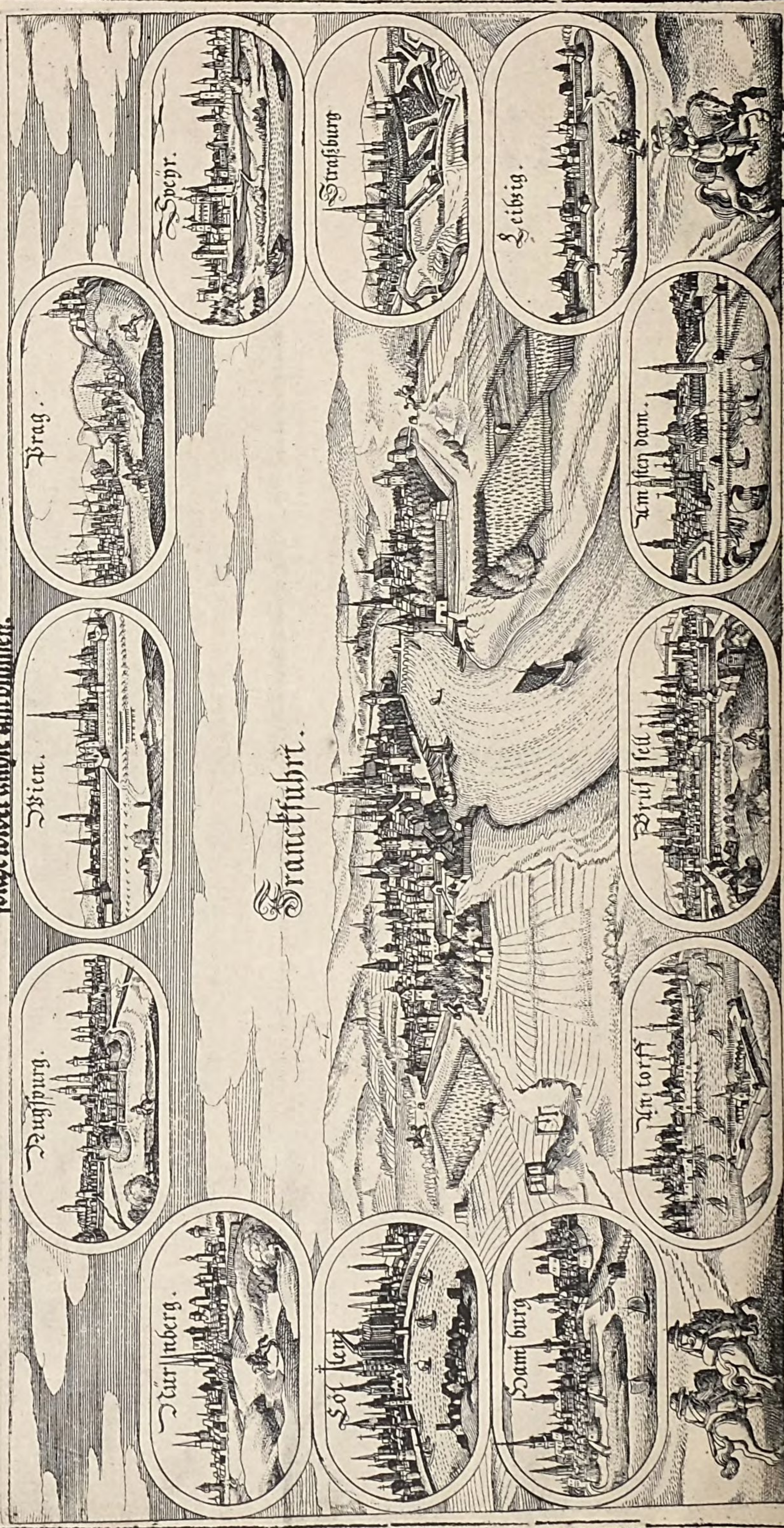
Ich

Johann von den Birghden.

Geschehen Frankfurt 20. September 1622.«

Auff was Tag und Stunden die Ordinari Posten in dieser Kays. Reichs Wahl und Handel Stadt Frankfurt am Mayn abgefertiget werden/ und wie solche wider alle die ankommen.

Kurze doch eigentliche Verzeichnuß!



Abgehende Posten nach
 Köln/ Antwerpen/ Brüssel/ Dornick/ Nissel
 Donnerstag
 Freitag
 6 Nach Köln/ Amsterdam/ Gravenhage/ Bonn/
 Lüttich/ Aach/ Wesel und denen orthten/ In Messel/
 von auch nach Dornick und Nissel

Contagion:
gens vmb.
vbra.

Nach/ Dortrecht/ Wesel/ Bonn/ Also auch
nach Paris/ Londra/ Madrid/ wie Ingleichen nach
Hamburg/ Bremen/ Staden/ Danzig/ Lübeck/
Buckenberg/ Paderborn/ vnd denen orthten durch
Brabant/ Holland/ Franckreich/ Spania vnd den
Geesteten.

Diſtag vnd ſ² Nacher Straßburg / Sperr / Herdelberg /
Freitag mor. ¶ Darmſtatt / Landau vnd denen orteſen.

3 Nachher Friedtsburch/ Dufsbach/ Gießen/ Cassel
und denen orthten.

4 Nacher Augspurg/Prag/Kegenspurq/Wien/
Kom/Benedig/Meyßß/Mantua/Erient/ıc. auch
in Meßßigten Freytags nach Augspurg.

5. Nachher Nürnberg/ Würgburg/ Wschaffenburg/
auch Leibztg/ Erdfurd/ Berlin/ Dresden/ Woffe.
büttel/ Sach/ Suld/ Cassel vnd denen orten.

Vergelchnuß wie die Pcsbrieff jetzt nach dem alten Valor bezahlt werden müssen.

Auff den Poststrassen nach Antorff/ Augspurg/ Bremen/ Brüssel/ Bm/ hamburg/ Straßburg zählt man von einem einfachen Schreiben 2. und ein halbe bi. von der Bnz/ Loth/ oder doppelten schreiben 5. bagen.

Auff den Poststrassen nach Leibzig/ Prag/ Wien/ Mantua/ Newland/ Rohm/ Venedig/ von einem einfachen schreibe 2. vnd ein halben bi. vñ der Uns/ Loth/ oder doppelten schreiben 5. bachen.

Auff den Poststraßen nach Göltn/Nürnberg/Spreyr/Heydelberg/von einem einfachen schreiben anderhalb bꝯ. von der Zink/Loth
oder doppel schreiben 2. bꝯ.

Auß den Post strassen nachr Nancy/Lützenburg/Strlet; Erier/von einem einfachen schreiben 2. vñnd ein halben bz. von der Vñnz/oder
Loth 5. bz. sonstem allen nach Aldenant/gelegenhait des wegs/vñnd daruff gehenden vñncosten.

Wegend Rom. Kay. M. vnd s. Reichs Die Posten in all Land zuführen/
 Dm ich selbst vnd warts mit fleiß/ Vnd das man meine erwerthung wien/

Geordrecht zu Frankfurt / bey Johann Jacob / Müller 1703.

Freitag mor.
gens son

7 Nach Brüssel/Antorff/Manc/ Lüttelburg/
Zweybrüggen/ Creutzenach vnd denen ortehen.

Item auch noch Antorff vnd Crellen.

Freitag mor.
gens fest

7 Nacher Brüssel/ Antorff/ Nancet/ Lößelburg/
Zwenbrüggen/ Greutzenach vnd denen orthen.

1 Ankommende Posten von

Sonntag vnd
Donnerstag
Mittags.

1 Ebernberg/ Würzburg/ Isschaffsburg/ Leib-
zig/ Dresden/ Berlin/ Weimar/ Suld vñ
denen orthen.

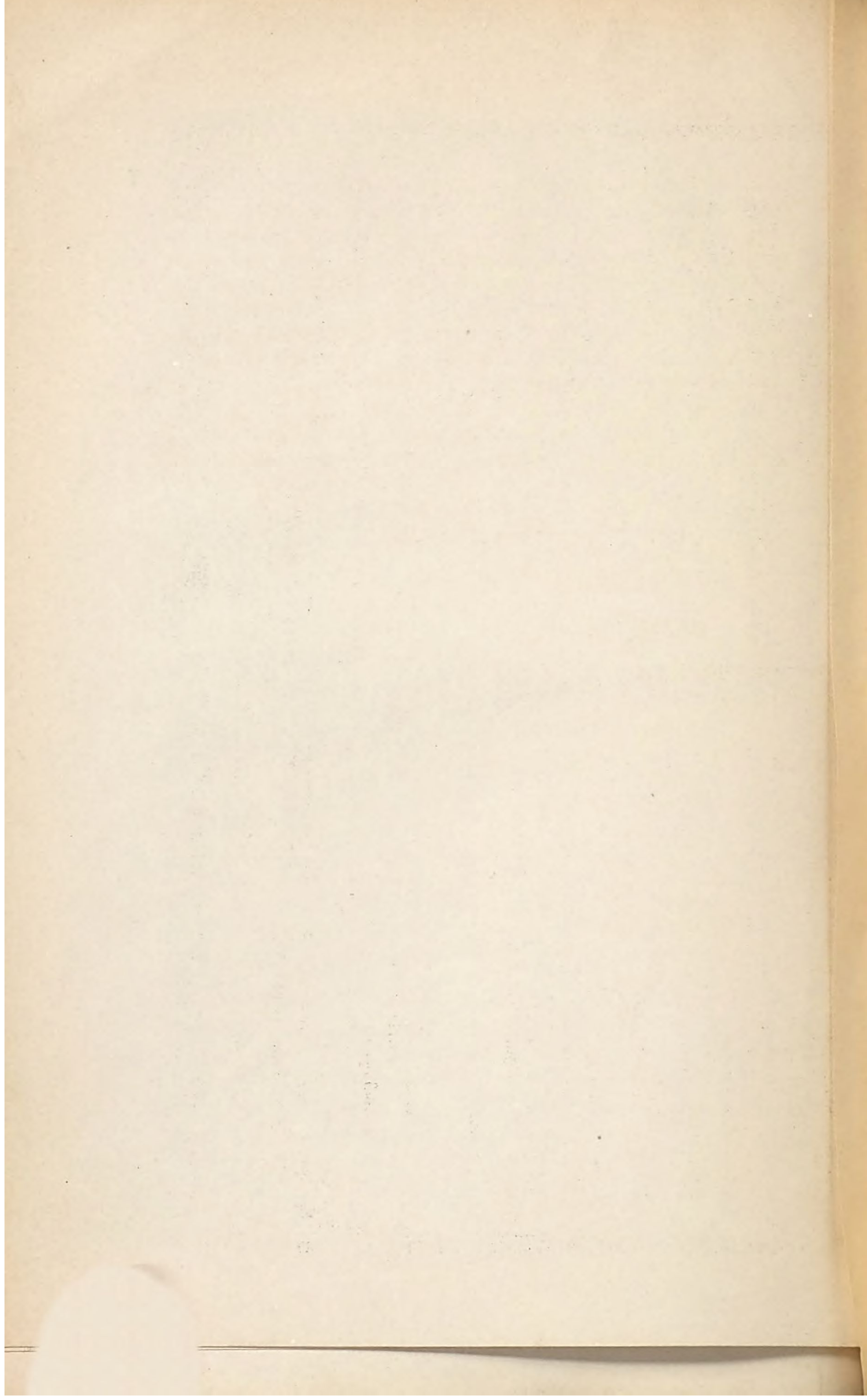
2. Von Hamburg/Bremen/Staden/Buckeburg/
Cöln/Untorff/Brüssel/Ambsterdā/Alach/Gülich/
Dinslag vorz

{ Gleebe/ Vorn und denen orthten.
 { 3 Von Straßburg/ Speyr/ Rheinhausen und de-
 { nen orthten.
 Mittwoch 17.
 Samstag a.

4 Von Brüssel/ Antwerff/ Nancy/ Lößelburg/ Zwen-
brücken/ Trier/ Creuzenach vnd denen orthten.

Samstag
vormittag

Donnerstag mit-
tag.



Die Boten weigerten sich in Birghdens Dienste zu treten, einer äusserte sogar, lieber sollten ihn die Hunde fressen, als dass er in Birghdens Dienst ginge. Aber der Rath erlangte durch den Revers Birghdens Einfluss auf den Geschäftsbetrieb des kaiserlichen (taxischen) Postamts und er übte denselben auch aus. Am 1. October 1622 wurde Birghden vom Rath aufgelegt, sich mit den Kaufleuten wegen Festsetzung einer Brieftaxe zu »vergleichen«. Von Rathsherren wurden dazu abgeordnet: Johann Bebinger und Hans Georg Adelhäuser, und es entstand aus den Verhandlungen folgende Brieftaxe:*)

Einfache Briefe nach:

Cöln, Amsterdam, Haag, Harlem, Emmerich, Münster i. W., Aachen, Düsseldorf, Lüttich, Mastrich etc.	6 kr.
Das Loth	8 kr.
Antorf, Brüssel, London, Paris, Middelburg, Ryssel, Valenciennes, Arras etc.	8 kr.
Das Loth	12 kr.
Hamburg, Bremen, Lübeck, Emden, Stade	8 kr.
Das Loth	12 kr.
Nürnberg, Würzburg	6 kr.
Das Loth	8 kr.
Wien, Prag, Regensburg	10 kr.
Das Loth	14 kr.
Augsburg, Ulm	8 kr.
Das Loth	10 kr.
Venedig, Trient	10 kr.
Mailand, Mantua, Rom	12 kr.
Das Loth	16 kr.
Strassburg, Basel, Bern, Zürich, Colmar	10 kr.
Das Loth	12 kr.
Speyer und Heidelberg	4 kr.
Das Loth	6 kr.
Leipzig, Erfurt, Cassel, Marburg	10 kr.
Das Loth	12 kr.

Die Belohnung für treu geleistete Dienste blieb nicht aus. Lamoral von Taxis entthob (Lüttich, 31. März 1623) den Postmeister v. d. Birghden in Frankfurt der Verpflichtung, Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben des Frankfurter Postamts zu legen gegen jährliche Entrich-

*) Hierzu siehe die Uebersicht der abgehenden und ankommenden Posten. Eine ältere, ebenfalls im Stadtarchiv zu Frankfurt befindliche eignet sich ihrer schadhafte Beschaffenheit wegen nicht zur Abbildung, weicht aber wenig von der beigefügten ab.

tung von 600 Thalern »oder wie man sie nennet: patacones jeden zu 48 Stübern brabantischer Währung« in vierteljährigen Raten*) und versprach ihm die Nachfolge seines Sohnes im Postmeisteramt, sobald die Confirmation dazu von Kurmainz erfolgt sei.

Nun änderten sich die Verhältnisse durch Zwiespalt im Hause Taxis. Seit einer Reihe von Jahren führte jener Hennot in Cöln Process gegen Taxis d. h. Lamoral den Vater und ward unterstützt durch Leonhard von Taxis, den Sohn. Lamoral wohnte in den Niederlanden, Leonhard am kaiserlichen Hof in Wien, »also, dass der Sohn gegen den Vater allerhand am Kais. Hof vor- und angebracht.« Kaiser Ferdinand II. decretirte (Regensburg 3. April 1623), er habe beschlossen nach »reyfflicher Erwägung und rechtlichem Erkenntnuss«, den getreuen Jacob Hennot in sein Postmeisteramt zu restituiren. Seine unverholene Freude gibt Erzherzog Leopold in einem Schreiben aus Rufach 19. April 1623 an den Rath in Frankfurt zu erkennen, dass endlich jenem Hennot zu seinem Rechte verholffen sei, dass derselbe unschuldig sei der bösen Thaten, die ihm Lamoral von Taxis angedichtet und dass derselbe nunmehr wieder in Besitz der Postämter in Frankfurt und Cöln gelange.

Als nun Hennot im Besitz des Postamts in Cöln war und auch Berechtigung erlangt hatte, das angeblich von Cöln ressortirende Postamt in Frankfurt wieder an sich zu ziehen, erliess er eine Aufforderung an den Rath in Frankfurt, ein Attest auszustellen, dass Seraphim Hennot Sohn in den Jahren 1603 und 1604 das Postamt in Frankfurt verwaltet habe. Vergebens schrieb Bischof Schweickhard von Mainz dem Rath, er möge sich »behutsamblich in Acht nehmen,« vergebens bat derselbe den Kaiser, die postalischen Zustände in Frankfurt vorläufig und bis zu genauerer Untersuchung beim Alten zu lassen, vergebens warnte Birghden mündlich und schriftlich die Stadt Frankfurt, den Kurfürsten von Mainz und Lamoral von Taxis vor Hennot: der Rath stellte eben jenem Seraphim Hennot, Jacob Hennots

*) Ueber die damaligen Einkünfte der Freiherren von Taxis sagt Birghden in einem späteren Bericht:

»Die Posten in Oestreich und Böhmen werden von der Kaiserl. Kammer einer- und dem Oberhofpostmeister (Grafen Paar) andererseits besoldet. Die burgundische bis Brüssel von der Königl. Kammer, die andern neuen Postämter im Reich aber aus den Postämtern Augsburg, Nürnberg, Frankfurt, Hamburg, Leipzig etc. unterhalten. Das Generalat (Taxis) hat einen solchen Ueberschuss aus den Aemtern (die in Italien ständigen Gehälter mit eingerechnet), dass, wie Leonhard von Taxis selbst zu mir (Birghden) sagte, er jährlich über 100,000 Ducaten Ueberschuss aus dem Postwesen habe, denn es wäre ein Brunnen, darin alle Quellen zusammenfliessen.«

Sohn, den er vor 20 Jahren der Stadt verwiesen,*) ein Attest aus, dass derselbe in den Jahren 1603 und 1604 das Postamt in Frankfurt verwaltet habe. Die Demüthigung blieb auch nicht aus, denn sobald Hennot Vater das betreffende Document in Händen hatte, forderte er die Stadt Frankfurt auf, sie möge sich nun nach dem Inhalt dieses Schriftstückes auch richten, Seraphim Hennot als Postmeister von Rechts wegen anerkennen, und legte eine Bescheinigung von 39 Bürgern Frankfurts aus dem Jahre 1604 (11. Mai) vor, worin stand, dass Seraphim damals in Bestellung der Briefe treu, fleissig u. s. w. befunden worden sei. Der Rath in Cöln entsetzte Hennot, nachdem dieser sich unter die Hoheit Leonhard von Taxis gestellt, sofort des Botenmeisteramts über die Frankfurt-Cölner städtische Botenpost, welches Amt Hennot in der letzten Zeit versehen, und meldete dies 6. Mai 1623 dem Rath in Frankfurt, und in Frankfurt verhinderte Birghden mit Energie, dass sich Seraphim festsetzen konnte.

Bei dem Zerwürfniss innerhalb der Taxis'schen Familie stand, wie oben erzählt, Lamoral Vater auf Birghdens, Leonhard Sohn auf Hennots Seite. Letzterer gedachte mit Hülfe Hennots das mainzische Postprotectoramt abzuschütteln, während Ersterer es an Gnadenbeweisen für Birghden nicht fehlen liess. Nachdem Birghden im März 1623 der Rechnungslegung gegen Zahlung einer jährlichen Aversionalsumme von 600 Thalern enthoben war, belobte ihn Lamoral (Brüssel 17. Juli 1623) mit dem Auftrage, auf seinem Posten auszuharren und nöthigenfalls Schutz bei Kurmainz zu suchen. »Der Hennotische Fuchs,« heisst es im Schreiben, »habe mit seiner Listigkeit nichts auszurichten vermocht, und habe seine Prätensionen auf das Postamt in Frankfurt mit abgestreifter Haut d. h. re infecta fallen lassen müssen.« Dies habe man allein der Treue Birghdens zu verdanken, und in einem weiteren Schreiben (Brüssel 29. Juli 1623) verbietet Lamoral die weitere Correspondenz Birghdens mit Leonhard. »Was düncket,« schreibt Lamoral, »Euch aber von dem schönen procedere meines Sohnes, der seines Söhnlichen Respects soweit vergisst und mir so unverschämter Weiss eben dasselbe Kaiserliche Decretum insinuiren lassen, davon ihr mir Copien schickt? Nun wisset ihr wohl und ist die Wahrheit selbst, dass ich ihn, solange er in dortigem officio gedient, dergleichen mit euch tractirt, wie das Decret innehält; Nimmt mich also über die Massen wunder, dass Ihro Kayserl. Majestät von meinem Sohn und seinen Adhären ten mit Lügen und falschen Informationen sich lasset einnehmen etc. etc.«

*) S. Cap. II.

Die Gewaltthätigkeiten Hennots, welcher Birghdens reitende Boten in Cöln am Ausgeben und Einsammeln der Briefe hinderte, beantwortete Birghden mit gleichen Massregeln in Frankfurt, aber bald darauf starb der alte Lamoral von Taxis, nachdem er Birghden noch am 20. Januar 1624 wiederholt Gnadenbeweise versprochen, und Leonhard von Taxis, welcher inzwischen in den Grafenstand erhoben war, wurde Reichspostmeister.

Die Lage Birghdens änderte sich durch diesen Todesfall bedeutend und die Schicksalsschläge folgten einander hageldicht. Ob nun das Folgende schon mit der Feindschaft Birghden-Leonhard im Zusammenhang steht oder nicht — genug, am 6. Februar 1624 beschwerte sich die Frankfurter Kaufmannschaft beim Rathe gegen Birghden: 1) wegen allzuhoch ersteigerten Briefgeldes, 2) dass er sich über beschehenes Ersuchen zu keiner billig mässigen Taxe vergleichen wolle, 3) sie mit harten, rauhen Worten anfare und inskünftige noch härter mit ihnen zu verfahren drohe, 4) dass er die Kaufleute einer Rebellion beschuldige und sie seine Rebellen nenne, 5) dass er sich ganz hochmüthig erzeige, 6) dass er den Rath und sonderlich die Herren Bürgermeister bisher »unterschiedlich verschimpft habe«, 7) indem er, wenn die Herren Burgermeister etwas befehlen, sich ausdrücklich vernehmen lasse, die Herren Burgermeister hätten ihm Nichts zu gebieten, und »darüber auch die Schellen geschlagen«, 8) bei vorgewesener Handlung keine Rathspersonen leiden wolle. Am Schlusse der Beschwerde wird gebeten, die früheren reitenden Boten nach Cöln wieder anzunehmen, da sie als hiesige Bürger die Sache besser besorgten, auch als solche grösseres Vertrauen besässen und bessere Bürgschaft in Verlustfällen leisten könnten, »so doch der Postmeister nicht thäte.«

Tags darauf wurde der Postmeister v. d. Birghden vor eine Deputation des Rathes beschieden. Es wurde ihm vorgehalten, dass es den Rath befremde, dass Birghden Neuerungen ohne vorhergegangenes Uebereinkommen selbständig vorgenommen habe. Diess verstosse gegen den Wortlaut des von ihm selbst verfassten Reverses. Birghden antwortete, er habe gegen den Rath nicht »despectirlich« gehandelt. Was die Taxe betreffe, so trage sie kaum den dritten Theil ein, »weilen jetzo die Unkosten sehr gross wären, dahero könne er bei der festgesetzten Taxe nicht bleiben.« Das Botenwesen nach Cöln möge die Stadt wieder an sich nehmen, ihm aber alsdann auch seinen Revers wieder herausgeben. Auch sei es unwahr, dass er die Kaufleute »Rebellen« gescholten habe. Hierauf wird er eindringlich ermahnt, sich gegen die Kaufleute »aller gebührenden

Bescheidenheit und Billigkeit« und vor allen Dingen gegen den Rath, »als seiner Obrigkeit«, schuldigen Gehorsams zu befehligen.

Diese Ermahnung fiel bei Birghden nicht auf fruchtbaren Boden, und es wurde ihm bereits am 2. März durch Beschluss des Rathes auf Antrag des Schöffenraths der Kaufleute die Verwaltung der Frankfurt-Cölner Post entzogen. Man verspüre, heisst es in dem Decrete, dass der Postmeister trotz gütlicher Ermahnung und ernstlichen Zuredens sich nicht nur nicht gebessert habe, sondern sogar auswärtige Postmeister zu gleichem Verhalten aufzureizen suche, »so seye das beste Mittel, dass der Rath das Bottenwesen wieder an sich nehme,« wozu er vermöge der kaiserl. Mandate sowie des Birghdenschen Reverses befugt sei. Hierauf wurden die beiden reitenden Boten, welche früher den Dienst versehen hatten, wieder angenommen und neu vereidigt und auch mit Einverständniss des Magistrats in Nürnberg die alte städtische Botenpost nach dorten in Gang gebracht.

Wegen dieser Neuerungen führte Leonhard von Taxis Beschwerde beim Kaiser, und Ferdinand II. schrieb am 5. Juli 1624 an Frankfurt, Cöln und Nürnberg und ermahnte sie, die Verordnungen des Kaisers Matthias von 1615 genau zu befolgen und sich des Botenwesens zu enthalten. Er müsse, heisst es im Schreiben, mit Nachdruck darauf halten, dass der Kaiserlichen Post ungehinderter Lauf gelassen würde und die neuerdings eingeführten Botenposten abgeschafft, die Boten entlassen und neue Directoren der städtischen Posten nicht ernannt würden, »als Euch lieb ist, Unsre Kaiserliche Ungnad zu vermeiden.« Zugleich schrieb er an die Kurfürsten von Mainz, Trier und Cöln, sowie an andere benachbarte Reichsstände,*) dass er auf ihre Mitwirkung bei Unterdrückung des Botenwesens rechne. Zwischen Cöln und Frankfurt besonders gingen die Boten noch fortwährend, und während sie sich früher Cölner oder Frankfurter Boten genannt hätten, so hiessen sie jetzt Holländische, und tauschten die Briefe unterwegs ungescheut aus. Dieselben sollen im Betretungsfalle niedergeworfen und ihnen Pferde und Briefe abgenommen werden.

Der hiesige Rath antwortete dem Kaiser, es handle sich nicht um die Neueinführung von Botenposten, sondern die Posten nach Cöln haben längst vor Einführung der kaiserlichen Posten zu Recht bestanden und zwar »seit undenklichen Jahren«. Die Rechtmässigkeit des Bestehens sei in den Geboten der Kaiser Matthias vom 11. Januar

*) Grafen von Nassau, Wied, Wittgenstein und die churcölnische Regierung in Düsseldorf.

1614 und Ferdinand vom 30. April 1620 ausdrücklich anerkannt. Der Rath habe dem kaiserlichen Postmeister van den Birghden die Post 2 Jahre unter Bedingungen überlassen, sich die Zurücknahme derselben in einem Revers ausdrücklich vorbehalten und danach gehandelt.

Aber auch von Seiten des Grafen Leonhard von Taxis drohte über Birghdens Stellung grosses Unheil hereinzubrechen. Birghden wird durch ein Schreiben des taxis'schen Agenten am kaiserlichen Hof, Dr. Ponzon, gewarnt (1624). Leonhard habe ihm, schreibt Ponzon, einen so seltsamen Brief geschrieben, dass er ihn Ehrenhalber zurückgeschickt und seine Dienste gekündigt hätte, »damit er (Taxis) nicht meine, ich sei ihm vom H..... gefallen.« Das sei der Dank der Wohlthaten, die er ihm und seinem Vater gethan! Birghden hatte schon lange die Absicht, sich von dem Schauplatz seiner Thätigkeit geräuschlos zurückzuziehen und seinem ältesten Sohne die Nachfolge im Amte zu sichern, besass auch bereits hierfür die Zusage des verstorbenen Lamoral sowie des Kurfürsten. Er übergab dem Rath in Frankfurt am 13. Januar 1625 ein Schreiben, des Inhalts, dass er sich entschlossen habe, »zur Erhaltung und Erlangung des Rath's guter Affection und zur Erzeugung seines dankbaren Gemüths wegen der vielen vom Rath empfangenen Gutthaten und Favors und in Erwägung, dass Gott der Allmächtige ihn in dieser löblichen Stadt mit Kindern gesegnet habe, jährlich die Schatzung dem Rath freiwillig zu erlegen, auch sich in keine fernere Streitigkeiten gegen die Reichsstädte einzumischen.« Auch den Kurfürsten von Mainz bat er in einem Schreiben, die Nachfolge seines Sohnes im Frankfurter Amte zu sichern, als aber der Kurfürst dies Schreiben dem Grafen Leonhard mittheilte, verbot Letzterer 24. Januar 1625 dem Birghden, mit dem Kurfürsten von Mainz ferner in Postsachen zu verhandeln, sondern einzig und allein seine (Leonhard's) Anordnungen zu befolgen.*) Birghden bat nun Leonhard mehrere Male, 5. Januar, 16. und 28. Februar 1625, um Sicherstellung der Nachfolge seines Sohnes. Erst am 8. März 1625 erhielt er aus Brüssel Bescheid. Wenn Kurmainz, heisst es darin, ihm die Nachfolge seines Sohnes im Frankfurter Postamt versprochen habe, so sei es unbefugter Weise geschehen. Er (Taxis) allein habe das Recht, hierüber zu bestimmen und es bedürfe keiner »Confirmation« vom Kaiser, viel weniger vom

*) Leonhards Sohn, Lamoral II., musste, nachdem er majorenn geworden war, am 16. März 1647 in seinem dem Kaiser ausgestellten Revers das Inspectorat von Kurmainz ausdrücklich anerkennen.

Kurfürsten von Mainz oder Anderen. Damit schien der letzte Ausweg, welcher zu einem friedlichen Resultat hätte führen können, abgeschnitten.

Wie aus Obigem erhellt, und wie der fernere Verlauf der Darstellung ergeben wird, wollte Leonhard unter allen Umständen das mainzische Joch abschütteln und mit Hülfe Hennots in Cöln das taxis'sche Postreich reorganisiren und zu Gunsten seiner Macht kräftigen. In Birghden fand er keine Unterstützung, denn Birghden legte Werth darauf, kaiserlicher Beamter zu sein und erkannte das Inspectorat von Kurmainz an. Kurmainz selbst hielt Taxis das Gleichgewicht am kaiserlichen Hofe. Taxis, vom Kaiser aufgefordert, die Hennot'schen Gewaltmassregeln in Cöln zu rechtfertigen, beauftragte am 2. August 1625 (datum Dünkirchen) den Postmeister Birghden, eine »Verification« zu beschaffen, darin ausgeführt werde, dass vom Jahr 1586 bis 1615 und 16 keine Posten zwischen Antorf (Antwerpen), Cöln und Frankfurt, Hamburg, Nürnberg und Grätz bestanden hätten, und Birghden möge von den Räthen in Frankfurt, Nürnberg und Hamburg darüber Urkunden auswirken. Er schmeichelt ihm dabei, dass er sich seither »mit Fleiss erwiesen habe« und zweifelt nicht, dass er darin auch weiter verharren werde.

Kurz darauf wurde Birghden, dessen Frau Kunigunde, geb. Hoffmännin, und Kinder vom Kaiser in den Adelstand erhoben. Das etwas weitschweifige Adelsdiplom ist vom 7. October 1625 datirt, und das Wappen wurde folgendermassen festgesetzt:

»Nemlich einen quartirten Schild, dessen hintere untere und vordere obere Feldung roth oder rubinfarbig, in jedweder eine gekrönte Syren oder Meerjungfraw, die Gesichte neben einander kehrend mit fliegenden abhangenden Haaren, vordere untere und hintere obere Feldung blau oder lasurfarb, in jeglichem derselben ein goldener Hoffbecher, auf dem Schild ein freier offner adlicher Turnierhelm, beederseits mit gelb und schwarzen Helmdecken und darob mit einer goldfarbenen königlichen Kron gezieret, daraus erscheint geradaufwärts ein Birkenbaum mit seinen Aesten und grünen natürlichen Blättern.«

Während dessen änderte sich die Sachlage durch den Abfall jenes »listigen Fuchses«, Hennot's in Cöln von Leonhard von Taxis, und als gar Hennot am kaiserlichen Hofe mit »Practiquen« gegen Taxis »agirte«, schrieb Leonhard an Birghden (Dünkirchen 16. October 1625), er möge wachsam sein gegen Hennot und sich, wenn eintretenden Falls gegen ihn Etwas unternommen werde, bei Kurmainz Schutz suchen. Birghden aber misstraute nicht mit Unrecht Allem diesem und er schrieb selbst, er glaube sich gekränkt und sei

überzeugt, »dass ihm von Sr. Gnad (Leonhard) auf das Aeusserste feindlich heimlich und öffentlich zugesetzt werde;« und er täuschte sich nicht.

Bald darauf kam Leonhard selbst auf der Durchreise von den Niederlanden an den kaiserlichen Hof durch Frankfurt, logierte mit 4 Dienern bei Birghden, und bei einem Bankett, welches Letzterer zur Feier des Besuches veranstaltete, »seynd vor der Mahlzeit alle Differenzen mit Mund und Handgebung beygelegt« worden. Am Bankett nahmen Theil Herr von Metternich, von Effern, von Hohen-eck, ein niederländischer Prälat, Lic. Schlecht, und der aus dem Fettmilchischen Aufstand rühmlich bekannte Hans Martin Baur von Eyseneck, welcher mit Birghden befreundet war und später dessen Schwiegervater wurde.

Leonhard borgte von Birghden 600 Thaler und setzte seine Reise an den kaiserlichen Hof fort. Auch auf der Rückreise beschied Leonhard von Taxis Birghden zu sich nach Mainz, »erwies sich gegen ihn gar gnädig gut und freundlich« und liess sich von ihm abermals 600 Thaler geben. Birghden verschaffte sich diese Summe durch Vermittlung des ihm befreundeten Hans Heck in Mainz. Nach Frankfurt zurückgekehrt, erfuhr Birghden durch zahlreiche Schreiben, dass ihn Leonhard am kaiserlichen Hofe »verdächtiger und gefährlicher Correspondenz hinterlistig bezichtigt habe.« Ein kaiserliches Rescript (Wien, 3. März 1626) gab ihm Gewissheit. Birghden wurde beschuldigt, mit Kanzleipersonen des Kurfürsten in Aschaffenburg (d. i. des Kurfürsten von Mainz) geheime vertrauliche Correspondenz geführt zu haben und die »Heimlichkeiten«, die er auf diesem Weg erfahren, dem Pfalzgrafen (Winterkönig), dem Mansfeld, dem Prinzen Moritz von Sachsen, dem Markgrafen von Baden, dem Landgrafen Moritz von Hessen, dem Dr. Faber und Carl Paul in Stuttgart, dem Brederode in Strassburg u. A. mitgetheilt zu haben, auch sei er im Jahre 1622 vom Pfalzgrafen dafür mit Kette und Gnadenpfennig belohnt worden. Sofort reiste Birghden nach Aschaffenburg (27. Juli 1626) zum Kurfürsten von Mainz und von da stracks nach Wien zum Kaiser, um sich zu rechtfertigen und seine Unschuld vorzubringen.

In Wien musste Birghden ein Vierteljahr antichambriren, bis es ihm endlich gelang, vorgelassen zu werden und den Kaiser von seiner Unschuld dermassen zu überzeugen, dass Ferdinand II. ihn mit »Privilegien und Immunitäten ohne Kanzleitaxe begnadet und mit des Kaisers Gnadenbild beschenkt gnädig entliess.«

Während der Abwesenheit Birghdens begab sich Leonhard von

Taxis persönlich nach Frankfurt. In der richtigen Voraussetzung, dass Birghdens Aufenthalt am Hofe in Wien für ihn verhängnissvoll werden könne, schrieb Leonhard an Birghden und bat ihn zurückzukommen, er wolle sich mit ihm »vergleichen, so, dass Birghden klaglos sein solle.« Birghden gebrauchte jedoch die Vorsicht, sich vom Kaiser ein unterm 5. September 1626 ausgestelltes Befehls- und Sicherheitsschreiben an den Frankfurter Rath geben zu lassen und kehrte alsdann erst nach Frankfurt zurück. Er »verglich« sich wirklich, und zwar zum letzten Male, mit Leonhard, musste Letzterem aber wiederum 600 Thaler »verlehnungsweise vorschliessen.«

In diesem Jahre stand Ferdinand II. auf dem Gipfel seiner Macht. Christian IV. von Dänemark war geschlagen, kein Feind weit und breit wagte es, die Waffen gegen den Kaiser zu erheben, der Nordosten Deutschlands war in der Gewalt Wallensteins, der Nordwesten von Tilly's Schaaren überfluthet. Diesen Zeitpunkt wählten die geistlichen Churfürsten zur Abhaltung eines Convents in Mülhausen i. E. Sie forderten den Kaiser auf, alle seit dem Augsburger Religionsfrieden den Katholiken abgenommenen Güter den Protestanten wieder zu entreissen. Auch der Kurfürst von Mainz begab sich dahin, beauftragte aber Birghden vorher, auf der ganzen Strecke Postanstalten zu errichten, »um dem gesammten churfürstlichen Convent zu unterthänigsten Ehren die Briefe an allen Orten zu expediren.« Birghden vollzog auch diese Aufgabe zur Zufriedenheit und richtete namentlich ein Postamt in Strassburg ein.

Auffallend bleibt es, dass der protestantische Birghden zu einer solchen protestantenfeindlichen Versammlung katholischer Kirchenfürsten so wichtige Dienste leistete. War Birghden wirklich der Spion, als welchen ihn Leonhard von Taxis hingestellt hatte, so hätte der Kurfürst von Mainz, der ja um diese furchtbare Anschuldigung wusste, ihn nicht zu solchen wichtigen Verrichtungen befohlen, auch ist ihm ein derartiges Verbrechen niemals bewiesen worden. Es muss vielmehr angenommen werden, dass Birghden sich um die Religionshandel der damaligen Zeit wenig oder gar nicht gekümmert hat, treu zu Kaiser und Reich hielt und es auch nach dem allgemeinen Beispiel, welches ihm seine damaligen Mitbürger in Frankfurt gaben, mit des Kaisers Feinden nicht verderben mochte.

Leonhard von Taxis benutzte die Abwesenheit Birghdens von Frankfurt. Nachdem er die alten Beschuldigungen wegen staatsfeindlicher Correspondenzen Birghdens nochmals bei Hof erhoben, erwirkte er ein kaiserliches Decret vom 3. März 1627, welches hier seinem Wortlaut nach folgen soll:

»An Grafen von Taxis.

»Edler, lieber getreuer. Wir werden von fürnehmen Orten gehorsamst berichtet: Was massen der Postverwalter zu Frankfurt, Johann von den Birghden, nicht allein vor- und unter der von dem proscibirten Pfalzgraff Friedrich in unsern Erb-Königreich und Landen und im Römischen Reich erweckten Unruhen und Kriegsempörungen immerzu mit dessen Adhärenten und unsern und der getreu gehorsamen Churfürsten und Ständen widerwärtigen allerhand hochverdächtige und hochgefährliche Correspondenzen geführet, sondern auch bis dato von solchem Beginnen nicht abstehen solle, indeme er seine Correspondenzen zu Strassburg, Basel, Durlach, in Holland und dergleichen Oerter stätiges fortsetzen und in seinen wochentlichen, gedruckten, hin und wieder sonderlich in Frankreich spargirten Zeitungen viel ungegründete Sachen uns und dem gemeinen Wesen zu Nachtheil und Schaden eynmischen, auch dadurch seine böse Passiones und noch immer continuirende widrige Intention genugsam erzeugen thäte: Inmassen auch solches hierbey geschlossener Extract aus dem Correspondenz-Protocoll zu erkennen gibt.

Wann wir dann solchem länger nicht nachzusehen gewusst, auch nicht rathsam seyn will: Als befehlen wir dir hiermit gnädigst und ernstlich, dass du krafft deines obliegenden Erb-General-Postmeister-Amtes mit dem Nächsten dahin trachtest, wie mit gemelter von der Birghden Person in seinem Postverwalter-Ampt zu Frankfurt eine Veränderung vorgenommen, und solches Ampt förderlich alsdann mit einem andern bekannten wol intentionirten Subjecto, bey deme man sich dergleichen Correspondenzen und Practiquen nicht zu besorgen, ersetzt werden möge.« etc.

Wien, 3. Martij 1627.

Ferdinand.

Sofort sandte Leonhard seinen »Agenten«, den spanischen Auditor Lict Schlecht, an den kaiserlichen Hof, entsetzte Birghden des Postmeisteramtes, forderte dessen Frau auf, den kaiserlichen Adler und das Posthorn von der Wohnung zu entfernen und errichtete ein neues kaiserliches Postamt auf dem Kornmarkt im Hause Johann Hector's von Holzhausen, gewesenen Schöffen und des Raths Wittwe, gegenüber dem Falken (jetzt etwa an Stelle des Hauses Buchgasse 3). Auch berichtete Leonhard an den Kaiser, Birghden werde über 100,000 Thaler reich

geschätzt, besitze drei Häuser in Frankfurt, und dies sei um so mehr auffallend, da derselbe vor 15 Jahren »nit hundert Gulden vermöcht habe.« Birghden sei seines Ahnherrn grossen Verwalters, des Postmeisters Sulzer, schlechter Diener gewesen, auch habe man in seinen Rechnungen viele »Differenzen und errores calculi« gefunden. Diese letztere, sowie die Beschuldigung wegen »verrätherischer Correspondenzen« konnten Birghden nie bewiesen werden, obgleich er vielfach und energisch Leonhard und dessen Nachfolger zur Beweisführung aufforderte. Von den letzten beiden Monaten seiner Amtsthätigkeit hat Birghden allerdings keine Rechnung abgelegt, allein er machte Leonhard eine bedeutende Gegenrechnung, weigerte sich auch beharrlich, von seiner Dienstentlassung irgendwie Kenntniss zu nehmen. Als ihm Leonhard am 14. Dezember 1627 durch den Notar Olenschlager die amtliche Mittheilung zugehen liess, dass er ihn seines Eides entbinde, entgegnete Birghden, er habe den Eid in die Hände des Kurfürsten von Mainz, des kaiserlichen Protector der Posten, abgelegt und nur dieser könne ihn auch wieder davon entbinden. Olenschlager erwiderte, der Kurfürst habe in dieser Angelegenheit Nichts zu befehlen und wiederholte bei einem zweiten, auf ausdrückliche Weisung Leonhards veranlassten Besuche, Abends dieselbe Aussage.

Seine Postmeister setzte Leonhard durch folgende Verfügung von der stattgehabten Veränderung in Kenntniss:

»Wir Leonhard Graf von Tassis entbieten allen und jeden unsern Posthaltern unsre Gnade und Gruss und fügen hiermit zu vernehmen, demnach wir uns in der Stadt Frankfurt persönlich befinden und eine geraume Zeit darin zu verweilen gedenken, so haben wir uns entschlossen, unser Postamt selbst zu exerciren und zu üben und der ordinären Empfang und Expeditionen zu assistiren und beyzuwohnen.

Befehlen derohalben euch allen und einem jeden zuseonderheit ernst und gnediglich, dass ihr nicht allein hinfüro und von dato dieses, dass zu euern Posthäusern anlangend und hiehero nach Frankfurt haltendes ordinari Vellis (Felleisen), dabei kommende Brieff und Paqueten, wie auch die extraordinari Staffetten immediate, unabweich- und unumgänglich in unsere allhiesige Wohnung, auf dem alten Kornmark, zu unserer selbst sicheren Händen und sonst nirgends einliefert, sondern auch folgendes derselben Expeditiones zu gewöhnlicher Zeit aufs fleissigste abwartet, und alsdann nur dasjenige, so von uns und keinem anderen expedirt, weiter

mit gehöriger Sorgfalt seines Wegs fortführt, Wonach ihr euch zu richten und dem also gehorsamlich nachzukommen habt, dafern ihr unsere Ungnade und willkührliche unablässige Straff vermeiden wöllt. Urkundlich unsrer eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Insiegel.

Frankfurt a. Main, 10. September 1627.

Leonard Graf von Tassis.«

Graf Leonhard versprach den Kaufleuten eine neue Postordnung, gab ihnen die Versicherung, dass an der seitherigen Brieftaxe Nichts »immovirt« werde u. s. w. Die wirklichen Motive seines ganzen Verhaltens traten jedoch klar zu Tage, als am 2. November 1627 das kaiserliche Decret erschien, wonach in Frankfurt und einigen anderen Reichsstädten nur »katholische Subjecte« als Postmeister angestellt werden durften. Ueber die Tragweite dieses Decretes gab der Rath von Nürnberg dem Rath zu Frankfurt den gewünschten freundnachbarlichen Aufschluss (31. Dezember 1625). Birghdens Absetzung, schreibt der Rath in Nürnberg, sei eine »sehr weit aussehende Sache,« dies Präjudicium, dass Graf Taxis das Postamt selbst verwalte, bis er einem »katholischen subjecto in den Sattel geholfen,« sei nicht gering, jedoch noch erträglich, denn Taxis habe Nichts Geringeres im Schilde, als die Postämter in den Reichsstädten zu Afterlehen zu haben.

Diese Aufklärung mag den Rath veranlasst haben, die Direction des städtischen Botenwesens nach Cöln und Antorff (Antwerpen), dem abgesetzten Postmeister Birghden wenn nicht zu übertragen, so doch stillschweigend zu überlassen. Birghden legte auch eine Postverbindung mit Hanau an, Leonhard aber bat den Kaiser, dem Postmeister Birghden bei Strafe von 10,000 (Zehntausend) Gulden sowie Verlust des Bürgerrechts jegliche Postgeschäfte zu untersagen und nahm den Postillonen Birghdens »armata manu« die Postfelleisen auf offener Landstrasse ab.

Birghden selbst that in seiner Angelegenheit Schritte beim Kaiser. Er bat denselben, wegen seiner, seiner Frau und Kinder bei Leonhard einen ehrlichen Abschied zu erwirken und verspricht »S. Maj. dero hochlöblichsten Hause Oestreich zeit seines Lebens allerunterthänigst demüthigst und treuschuldigst gehorsam zu sein.« Welch grossen Rückhalt Birghden hatte und wie wenig die Verläumdung gerechtfertigt war, dass er gefährliche Correspondenz geführt, erhellt daraus, dass die Kurfürsten Georg Friedrich von Mainz, Johann Georg von Cöln, Philipp Christof von Trier und ferner Johann Georg von Freiburg, Landgraf Georg von Hessen-Rheinfels in Bad Schwalbach, der Generalissimus der katholischen Liga Graf Tilly

(damals in Stade), der Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm in Düsseldorf u. A. das Bittgesuch Birghdens beim Kaiser, wiewohl vorerst vergeblich, unterstützten.

Graf Leonhard setzte währenddessen einen Postmeister katholischen Bekenntnisses in der Person des Gerhard Vrints in Frankfurt ein,*) reiste alsdann an den kaiserlichen Hof in Prag und starb plötzlich dort. Er hinterliess einen unmündigen Sohn, Lamoral II. Claudius, und seine Gemahlin Alexandrine, geb. Rye, wurde Vormünderin über diesen.

Dem Postmeister Gerhard Vrints machte Birghden das Leben sauer, wiewohl es auch Ersterer an Gegenkränkungen nicht fehlen liess. Vrints belegte die Briefe Birghdens, und deren waren nicht wenige, mit Porto, andererseits beschuldigte Birghden den G. Vrints, dass er seine Briefe zurückhalte, von unbefugten Händen öffnen lasse, ja sogar dieselben kaiserlichen Agenten überliefere. In jedem einzelnen Fall erschien Birghden mit Notar und Zeugen auf dem Postamt auf dem Kornmarkt, und in den Postacten des Stadtarchivs zu Frankfurt finden sich eine Anzahl notariell beglaubigter Verhandlungen gegen Vrints wegen Hinterhaltung, Unterschlagung u. s. w., welche Urkunden auf dem kaiserlichen Postamt selbst in Gegenwart des kaiserlichen Postmeisters Vrints, sowie eines Gehülfen, Philipp Windecker, »so die Brieff herumb zu tragen pflegte,« rechtmässig aufgesetzt wurden. Die »protestationes« des Gerhard Vrints liess Birghden sogar drucken und verbreiten (1628) und der Conflict zwischen Beiden spitzte sich bis zur erdenklichsten Spitze zu. Ferner liess Birghden auch gegen den Kaiser und Taxis drucken eine:

»Copia dreier Schreiben darauss zu ersehen, dass der Postmeister zu Frankfurt Johannes von den Birghden umb keiner anderen Ursachen willen, als dass er der Päpstlichen Religion nicht beypflichten wollen, und mit den Evangelischen Churfürsten und Ständen gute Correspondenz underhalten hat, von seinem Postwesen removirt worden ist, denen Pasquillanten, so ihme ein Widriges andichten, zur Widerlegung publicirt, und dafern ermelte Pasquillanten und Aufschneider damit nicht ersättiget, können vieler vornehmer Chur-Fürsten und Stände, ohne Ruhm zu melden, habende testimonia und intercessiones auch edirt werden.«

*) Seit dieser Zeit ist die Familie Vrints eng mit der Geschichte des Taxischen Hauses verknüpft und noch vor wenigen Jahren starb ein Glied dieser Familie, Freiherr von Vrints, als letzter thurn- und taxis'scher Oberpostmeister in Frankfurt a. M.

Als Vrints jegliche weitere Auseinandersetzung mit Birghden ablehnte und die Aeusserungen Birghdens als »Weibergewäsch« bezeichnete, antwortete Birghden, ob Jener das wohl Weibergewäsch nenne, wenn man Briefe unterschlage, u. s. w.

Auch gegen die Gräfin Taxis »liquidirte, litigirte und rechtthätigte Birghden beim Reichshofgericht in Speyer um die Summe von nicht weniger als 12,600 Thaler »puncto restitutionis vel in eventum refundendis expensis et meliorationibus«, und wenn es ihm auch nicht gelang, in sein voriges Amt eingesetzt zu werden, so wurden doch durch Decrete des Kaisers vom 11. December 1628 und 9. März 1629 die von Taxis »ausgewirkten Rescripte« aufgehoben und dem Gerhard Vrints am 19. Juli 1630 vom Kaiser befohlen, Briefe und Packete an Birghden nicht zurückzuhalten, sondern dieselben sofort »ohne Abforderung des Portos« auszuhändigen.

Vrints fühlte bald den Boden unter den Füßen wanken. Als am 27. November 1631 mit ungewöhnlicher Pracht Gustav Adolf von Schweden in Frankfurt seinen Einzug hielt, war Vrints verschwunden und hatte das Postamt in richtiger Voraussicht, dass man ihn wegen seiner »ordentlichen wochentlichen Postzeitungen« zur Verantwortung ziehen würde, im Stiche gelassen. Gustav Adolf verweilte mit seinem Heere bis 11. December 1632 in Frankfurt und logierte im Braunfels (Liebfrauenberg), während der Winterkönig (Pfalzgraf Friedrich V.) im kaiserlichen Posthaus auf dem Kornmarkt wohnte. Als schwedische Besatzung blieben nur 600 Mann vom blauen Regimente unter Oberbefehl des Obersten von Vitzthum zurück.

Sofort nach dem Einzug Gustav Adolfs war man schwedischerseits darauf bedacht, in Frankfurt einen Postmeister einzusetzen, wie dies vorher in Nürnberg und Leipzig geschehen war. Aller Augen hafteten auf Birghden, aber erst am 14. December 1631 nahm Birghden vor 2 Zeugen und dem Notar Philipp Abt im Hause zum Kranich auf dem Samstagberg*) die Leitung des Postamts unter ausdrücklichem Vorbehalt an. Vrints, heisst es im Document, sei entwichen, habe Alles im Stiche gelassen und nur auf ausdrücklichen Befehl des Königs von Schweden und Wunsch der Kauf- und Handelsleute nähme er (Birghden) die Stelle eines Postmeisters an. Birghden, der jetzt den Titel annahm: »Ihrer Königl. Majestät und Reich Schweden sammt mitallirter Potentaten und Ständen verordneter Obrister Postmeister«, legte nun von seinem Organisationstalent schneidige Proben ab. Die »zerrütteten« Posten nach Hamburg durch

*) Jetzt Römerberg Nr. 3, damals Eigenthum Birghdens.

Ober- und Niederhessen wurden mit 20 Stationen über Hildesheim, Celle und Lüneburg, die nach Leipzig mit 15 Poststellen, die nach Speyer und Strassburg mit 11, über den Odenwald, Württemberg, Schaffhausen, Zürich, Bergamo, Venedig mit 29 Stellen wieder hergestellt. Nach Metz in Lothringen richtete Birghden eine Post ein mit 12 Stationen, »so dass man die Briefe aus Pariss in 6 Tagen, aus Madrill in Hispanien in 15 Tagen« haben konnte. Manche Poststrassen musste Birghden wegen der »Kriegsläuffte« bald auf diese bald auf die andere Strasse« verlegen, auch liess er (bei Wolfgang Heymann) 1634 eine neue Postordnung drucken.

Birghdens Feinde ruhten nicht. Am 14. Mai 1633 beschwerten sich die Kaufleute, an deren Spitze Sebastian de Neufville stand, wegen Birghdens beim Rathe. Birghden, bemerken sie bitterer Weise, möge sich »billig erinnern, aus wass geringem Standt er es in das zeitliche Glück zu einer ansehnlichen Nahrung gebracht und solle Gott dafür danken.« Von diesem Menschen würden sie »seines Gefallens und mehr als von der Obrigkeit gepresst.« Für einen Postmeister solle doch eigentlich »salus populi suprema lex« sein, Birghden dagegen taxire sämmtliche Briefe nach seinem Gutdünken und zöge aus der Post lediglich seinen Privatnutzen. Nachdem der Rath Birghden unterm 16. Mai 1633 vergeblich verwarnt, nahm er die beiden reitenden Boten Antoninus von dem Brandt und Ciriac Müller, welche als »unterthänig gehorsame Bürger und geschworene Reittbotten« darum ersucht, wieder zum Botenritt nach Cöln an und führte mit Einverständniss des Rathes in Cöln eine postalische Neuerung ein, d. h. er liess die Briefpackete auf halbem Weg durch die beiderseitigen Boten auswechseln.

Am 2. September 1634 starb Birghdens Ehefrau, nachdem sie ihm 3 Kinder hinterlassen: Daniel, geb. 1616, Anna Maria und Johannes, geb. 1619, 28. Februar, und ein Jahr darauf (1635) heirathete Birghden Anna Katharina Faber, geborne Baur von Eyseneck, Tochter des jedem geschichtskundigen Leser bekannten Hans Martin Baur von Eyseneck, und führte mit dieser seiner zweiten Frau ein zehnjährige glückliche Ehe.

Pest und Krieg hatten unterdessen in Frankfurt und Umgegend Einzug gehalten, und der Rath, welcher ein kluger Beobachter der Zeitläufte genannt wird,*) war, trotzdem noch schwedische Besatzung im Weichbilde von Frankfurt lag, dem Prager Friedensvertrag zwischen Sachsen und dem Kaiser beigetreten. Bald darauf aber erschien

*) Kriegk, Geschichte von Frankfurt, pag. 421.

Bernhard von Weimar mit 10,000 Mann vor der Stadt, lagerte auf dem Galgenfeld, und Oxenstjerna forderte von den Messfremden der Stadt eine Contribution von 200,000 Thalern. Am 6. October 1634 kam es zu einem Gefechte zwischen Kroaten und Schweden an der Friedberger Warte. Mit Vitzthum, dem Commandanten der schwedischen Besatzung, knüpfte der Rath Unterhandlungen an, welche zur Folge hatten, dass sich Vitzthum nach Sachsenhausen zurückzog, der Rath aber das schwedische Postamt Birghdens auflöste und am 11. Juni 1635 den Philipp Windecker, den früheren Gehülfen des Postmeisters Vrints, zum Postmeister ernannte, denselben in Eid und Pflicht nahm und befahl, dass demselben »weder Eintrag noch Hinderung gethan werde.« Für Birghden hatte sich noch kurz vorher Oxenstjerna verwandt (1. April 1635), aber es war auch ein Armeebefehl des Kaisers Ferdinand II. an alle Officiere, vom Feldmarschall bis abwärts zum Fähnrich, ergangen (24. April 1635), die Posten des »abgesetzten« Postmeisters Birghden, sonderlich die nach Nürnberg, Strassburg und Leipzig, keineswegs passiren zu lassen, sondern sämtliche Briefe in gute Verwahrung zu nehmen. Der General-Lieutenant Mathias Graf Gallas, damals in Speier und Worms, machte den Anfang. Birghden legte sofort sein Amt nieder und übergab dem Rath 67 Briefe, die er noch in Händen hatte. Der Rath schickte die nach Nürnberg, Cöln, Aschaffenburg u. A. bestimmten Briefe in je einem mit dem Kanzleisiegel versiegelten »Copert« ab. Am 7., 8. und 9. August 1635 wurden die Schweden nach hitzigen Gefechten auf der alten Mainbrücke von dem Kaiserl. General Lamboy, welchen der Rath aus Hanau zu Hülfe gerufen, aus Frankfurt vertrieben. Der Rath übergab das vormalige schwedische, nunmehr wieder kaiserliche Postwesen dem P. Windecker, das uralte kölnische Botenwerk aber dem Bürger Matheus Heiden, und bei der Familie des Letzteren blieb die Direction der städtischen Botenpost bis 1749. Bald darauf (6. October 1635) erschien auch wieder Vrints in Frankfurt und übernahm im Namen der Gräfin Taxis das Postamt.

Birghden hatte nicht vergebens die Strafe des Kaisers gefürchtet. Schon am 7. November 1634 übergab er dem

»WolEdlen, Gestrengen und hochweisen Herrn Hieronymo Steffan von Cronstetten, des heil. Röm. Reichs Gerichts Schultheissen und des Raths, Meinem insbesondere grossgünstigen Herrn und Patronen:

Hierbey die Erclerung und Designation meines durch Gottes gnedigen Segen habenden Vermögens, hochdienstlich pittend, grossgünstige Verordnung zu thun, dass es möge in secreto gehalten werden wegen der Consequenz.«

Aus dem von seiner eigenen Hand aufgesetzten Verzeichniss erhellt, dass das Vermögen lange nicht so bedeutend war, als es Leonhard von Taxis seiner Zeit geschätzt hatte. Einige Vermögensobjecte sollen hier namhaft gemacht werden:

- 1) Meine Behausung zum Kranich auf dem Samstagberg, erkauft 2. Januar 1624 20,000 fl.
 - 2) Mein Backhaus (?) und Garten am Allerheiligenthor, gekauft 1619 um 1500 fl., rechne ich itzt 3,000 fl.
 - 3) Meine Behausung zu Bellnhausen und Rheineck, erkauft 20. Dezember 1620 4,600 fl.
 - 4) Mein Garten am Schaumainthor kostet 1500 fl., das Scheidtsweltgen 200 fl., sind aber diese Stück und noch ein Baumgarten dabei in diesem Krieg gantz ruinirt und zu nichte gemacht worden, möchten aber noch werth sein 400 fl.
- Dann folgen mehrere Insätze auf Häuser, unter Anderen auch auf »E. E. Rath's Rechney« . . = 1,500 fl.
sodann Werth des Silbergeschirrs, Gnadenpfennig
u. s. w. = 8,200 fl.
im Ganzen 43,350 fl. Gesamtvermögen.

Davon in Abzug das Vermögen seiner ersten verstorbenen Frau und deren Kinder blieben ihm im Ganzen 16,256 $\frac{1}{4}$ fl. Ausserdem liege er im Process mit Gräfin Taxis wegen einer Forderung von 12,600 Thalern und zwar habe er diese Forderung beim Reichshofrath liquidirt, und der Kanzler Oxenstjerna sei ihm noch über 6000 Thaler schuldig für Staffetten, Courier- und Extrapostgelder, »aber ich getrawe keinen Pfennig davon zu erhalten.«

Am 22. September 1635 ernannte Kaiser Ferdinand den Geheimrath Freiherrn von Wallmerod zum Generalcommissarius in Sachen gegen von Birghden. In dem Anzeigeschreiben an den Rath heisst es, Birghden habe sich ganz unverantwortlich und strafbarlich verhalten und 1623 sogar mit dem proscribirten Pfalzgrafen Friedrich V. Correspondenz unterhalten; trotzdem er nun wieder zu Gnaden angenommen, habe er doch das Postamt in Frankfurt in schwedische Hände zu spielen sich unterstanden. Als dies Schreiben im Schöffenthath verlesen wurde, erregte es billigerweise Bedenken: »Das Suchen und Begehren« des Kaisers wurde als sehr »schwer und nachdenklich« erachtet wegen des Rath's Jurisdiction, und es wurde beschlossen, den Herrn von Wallmerod um Vorzeigung seiner »Instruction und Befelch« zu ersuchen. Birghden selbst, vom Commissar vorgeladen, entschuldigte sich mit »Blödigkeit des Hauptes« und schickte durch

Lic. Burckhardt eine längere schriftliche Rechtfertigung. Nachdem Walmerod sich geweigert, den Lic. Burckhardt zu empfangen, schickte Birghden 16. October 1635 eine längere Rechtfertigungsschrift wegen seines Verhaltens an den Kaiser, musste jedoch am 9. November 1635 die von ihm gemachten Angaben über seine Vermögensverhältnisse vor versammeltem Rath eidlich bewahrheiten. Er musste schwören, dass das Verzeichniss »just und gerecht, und dass er vom Vermögen gefährlicher Weiss Nichts verschenkt, verrückt oder verzückt noch verschwiegen.« Dies »Juramentum« wurde abgelegt vor Bertram von Sturm, Kais. Comm., Hieronymus Steffan von Cronstetten, Schultheis, Johann Bebinger, Achilles von Hynsperg, Hieronymus Humbracht, jüngerem Bürgermeister und Melchior Erasmus, Syndicus.

Als der schwedische Kanzler Axel Oxenstjerna von Birghdens Bedrängniss erfuhr, verwarnte er den Rath in Frankfurt (Stralsund, 4. Februar 1634). Birghden, heisst es im Briefe, habe dem evangelischen Bund, »darunter doch die Herrn Frankfurter selbst begriffen gewesen,« treue Dienste geleistet. Der Rath möge sich wohl bedenken, »unbillige Proceduren« gegen Birghden vorzunehmen und denselben wiederum auf freien Fuss und ausser Sorgen stellen. »Wenn dies nicht geschieht, wird man nicht allein auf Revanche, an der es nicht mangelt, gegen die Kaiserlichen trachten, sondern auch auf Mittel und Wege bedacht sein, einen oder mehr von den Frankfurter Bürgern oder Angehörigen zur Hand zu bringen und ihm alsdann Alles das widerfahren lassen, was mehrgesagtem Herrn Birghden begegnen mag oder kann.«

Solche Massregeln traten nicht ein, denn Birghden wurde am 22. Mai bereits vom Kaiser amnestirt.

Von nun an lebte Birghden im Ruhestand, betrieb jedoch seinen Process gegen die Gräfin Taxis beim Reichskammergericht, hatte auch öfters Streit mit den taxis'schen Postmeistern Vrints und Hässwinkel, verlangte 1640 vom Kaiser einen endlichen Urtheilsspruch in seinen Angelegenheiten und verfertigte, als ein solcher nicht erfolgte, an den 1642 in Münster und Osnabrück versammelten Friedenscongress eine längere Denkschrift, welche bei Meyern act. pac. osn. Tom. V p. 444 wörtlich abgedruckt ist. Die Erledigung seiner Angelegenheiten erlebte Birghden indessen nicht, denn er starb am 4. März 1645 63 Jahre alt, nachdem sein ältester Sohn, den er gern als seinen Nachfolger im Postmeisteramt gesehen hätte, ihm am 28. Januar bereits im Tode vorangegangen war. Er liegt auf dem Peterskirchhof begraben und die Grabschrift beginnt:

»Anno 1645 den 4. März ist in Christo seinem Erlöser selig entschlaffen der Edle und beste Herr Johannes von den Birghden, Röm. Kays. May. Erb-Adelicher Hoffdiener, alter Postmeister und Fürstlich Württembergischer Rath, seines Alters 63 Jahr etc.«

Die Nachkommen dieses merkwürdigen Mannes nahmen in Frankfurt die höchsten Ehrenstellen ein und traten in Schwägerschaft mit den angesehensten Familien, mit Kaib, Glauburg, Günderode, Lersner, Senckenberg u. A. Sein zweiter Sohn Johannes, geboren 28. Februar 1619, war ein viel gereister Mann, der den ausgedehnten Schriftwechsel seines Vaters mit Erfolg fortsetzte und auch in Stockholm die Forderungen am schwedischen Hof persönlich, wiewohl vergeblich betrieb. Er kam 1658 in den Rath, war 1666 zweiter Bürgermeister, starb 1688 und liegt in der Katharinenkirche begraben. Johann Martin von den Birghden, 5 Monate vor dem Tode seines Vaters geboren (11. October 1644), wurde 1680 nassau-idsteinischer Rath, 1692 Rathsmittelglied, 1700 jüngerer Bürgermeister, 1704 Schöff und 1716 älterer Bürgermeister. Gegen Mitte des 18. Jahrhunderts ist die Familie im Mannesstamm erloschen.



IV.

Die Oberpostamtszeitung

1617—1866.

Bevor die Entwicklung der Post zur weiteren Darstellung gelangt, soll hier in kurzen Zügen eine Geschichte der Frankfurter Oberpostamtszeitung ihren Platz finden.

Den Zeitungen legt man die Wichtigkeit einer »Grossmacht« bei, aber über ihre Entstehung und Geschichte ist bis jetzt wenig erforscht und geschrieben worden. Nicht mit Unrecht bringen Schwarzkopf, Meidinger u. A., neuerdings Opel*) die Post in Verbindung mit der Entstehung der eigentlichen Zeitungen; eine Wechselverbindung besteht auch noch heute zwischen Beiden. Auf der grossen Poststrasse von Rom, Venedig, Wien, Augsburg, Rheinhausen, Brüssel sind die ersten Spuren geschriebener Zeitungen zu finden. Opel bringt in seinem Werke (S. 20) eine interessante Zusammenstellung der Daten einzelner Correspondenzen aus diesen Orten. Dazu kamen die Neuigkeiten aus Cöln auf der Seitenlinie Cöln-Wöllstein, welche Postverbindung Hennot 1580 angelegt hatte (s. Cap. II). Sei es nun, dass die Postmeister auf dieser Route die Neuigkeiten, welche sie von Ihresgleichen und anderen Leuten empfangen, sammelten und austauschten, oder auch Andere sich mit dieser Beschäftigung befassten, jedenfalls ist hier der Ursprung von Zeitungen heutiger moderner Auffassung zu finden.

In Frankfurt erschienen damals »Messrelationen«, d. h. gedruckte Neuigkeiten politischer Art, welche je zur Oster- oder Herbstmesse den Fremden und Einheimischen die merkwürdigsten Weltbegeben-

*) Die hier namhaft gemachten Werke sind:

Schwarzkopf, Joachim von, kgl. churbrandenburg. Chargé d'affaires: »Ueber Zeitungen«, Frankfurt, bei Varrentrapp und Wenner, 1795; Meidinger, Frankfurts Gemeinnütze Anstalten, 1845; Opel, Julius Otto, die Anfänge der deutschen Zeitungspressen, im Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels, III.

heiten kundgaben. Als einer der Verfasser wird der Pfarrer an der Katharinen- und später an der Barfüsserkirche, Conrad Lautenbach, genannt, welcher unter dem Pseudonym »Jacob Franck« diese Relationen in Wallstadt bei Heidelberg drucken und bei Paul Bachfeld in Frankfurt verlegen liess (1590). Die Wahl eines auswärtigen Druckorts und angenommenen Namens rechtfertigte er in einer Vorrede an den »christlichen Leser«. Die Messrelationen gingen später in Besitz Sebastian Brenners über, erschienen 1628 »mit Römisch Kaiserlicher Majestät Special-Privilegio begnadet« und endeten erst 1806 im Besitz der Jäger'schen Buchhandlung.

Als Hennot in Cöln den Bürger Weigand Uffsteiner in Frankfurt zum Kaiserlichen Postmeister ernannt hatte (Cap. II), verpflanzte er auch die Idee einer periodischen Zeitungsausgabe dahin. Der unter Uffsteiners Direction arbeitende Postamtsschreiber Andreas Striegel verfasste im Jahre 1602 eine halbjährlich erscheinende Zeitung politischen Inhalts. Der genaue Titel lautete:

»Relationes historicae, warhafftige Beschreibung aller fürnemen denckwürdigen Geschichten u. s. w. von der Fastenmess bis zur Herbstmess 1602. Alles auf dem Kaiserlichen Postamt zu Frankfurt a. M. durch Andream Striegel Postschreiber daselbst und mit vielen Figuren*) gezieret. Gedruckt in (Ober)Ursel MDCII.«

Ein Heft dieser Zeitung befindet sich auf der Stadtbibliothek, dem zweiten Band von Theod. Meurers Relationen (1601—1602) hinten angehängt.

Von einer Fortsetzung dieser Zeitung im Jahre 1612 berichtet Schwarzkopf (S. 12):

»14 Aviso Relation oder Zeitung.

Was sich begeben und zugetragen hat in Deutsch- und Welschland, Spanien, Nederland, England, Frankreich, Ungarn, Böhmen, Oestreich, Schweden, Polen und in allen Provinzen, in Ost- und Westindien etc. item Prag, Wien, Antorf, Cölln, So allhier den 31. Martii angelangt.« (Mit einem Holzschnitt und der Jahreszahl 1612.)

Obwohl weder Name des Herausgebers noch Druckort genannt sind, so wird es doch keinem Zweifel unterliegen, dass diese Zeitung identisch ist mit der von Striegel und Uffsteiner redigirten »ordinari aviso«. Birghden wollte später seine Zeitung als Fortsetzung dieser Uffsteiner-Striegel'schen Relationen betrachtet wissen, woraus hervor-

*) Holzschnitten.

geht, dass eine von Postbeamten redigirte und verlegte Zeitung auch nach den Jahren 1602 bestanden haben muss.

Im Jahre 1615 gründete der Buchhändler Egenolph Emmel eine Zeitung, von welcher das noch heute bestehende »Frankfurter Journal« seine Abstammung herleitet. Als in demselben Jahre Birghden Postmeister wurde, versandte er an mehrere Reichsfürsten in regelmässigen Zwischenräumen die Zeitungen, so z. B. an Kurmainz, den Landgrafen von Hessen,*) die Fürsten von Nassau und den Kurfürsten von Sachsen.***) (S. Bestallungsurkunde Birghdens vom 4. November 1615 in Cap. III.)

Nachdem Birghden 1617 von seiner nordischen Reise zurückgekehrt war, gründete er eine eigne Zeitung und nannte dieselbe zuerst »Aviso« und später »Unvergreiffliche Postzeitungen«. Emmel verklagte deshalb den Postmeister beim Rath:

»Ew. Edlen und Fürsichtigen Weisheiten tragen gnädige Wissenschaft, dass ich die Zeitungen zuerst angefangen, auf meine Kosten und Verlag zu drucken, solches auch bishero continuirte etc., als werde ich verursacht, Ew. Edle und Fürsichtige Weisheiten unterthänig zu bitten, dass sie grossmüthig geruhen, mir behülflich zu erscheinen, und mich bei demjenigen, was ich bei 2 Jahren gedruckt und vor andern Druckern hergebracht, handzuhaben etc.«

Emmel bezieht sich dabei auf eine Mittheilung vom Buchhändler Peter Marschall vom 18. Januar 1617, wonach der Postmeister in Frankfurt diesem eine Zeitung angeboten habe, die frischer sein soll, als die Emmel'sche. Der Rath untersagte Birghden und dessen Drucker Hofmann das weitere Erscheinen des Blattes, Birghden leistete jedoch diesem Verbote keine Folge, behauptete seine Avisen seien Fortsetzungen der Striegel'schen Relationen und behelligte sogar den Kaiser mit der Angelegenheit. Im weiteren Verlaufe des Streites verlegte Birghden den Druckort nach Höchst a. M., und Emmel bezeichnete Birghden und diesen jenen als Nachdrucker, bis, auf offenbaren Einfluss von Kurmainz, der Rath am 30. Januar 1617 den Beschluss fasste: »decretum, dass man sowohl ihme Birghden, als Egenolph Emmel die Zeitung auf ihre Gefahr zu drucken gestatten und daneben bemeltem Birghden, wegen seiner hierbei verübten Ungebühr stattdlich zu Weg sagen lassen soll.« Beide Zeitungen bestanden von nun an nebeneinander.

*) S. Opel, S. 28.

**) Das. S. 66.

Die Zeitung Birghdens, welche in späteren Jahren den Titel »Ordentliche wochentliche Kayserliche Reichs-Post-Zeitungen« annahm, war ziemlich farb-, d. h. parteilos redigirt und lediglich auf Gelderwerb berechnet; wie hätte auch ein Mann wie Birghden, der mit katholischen und protestantischen Fürsten und Gewalthabern correspondirte, eine prononcirte Parteistellung einnehmen sollen! Mit Birghdens Absetzung 1627 ging die Leitung des Postamts sowie die Redaction der Postamtszeitung in katholische Hände über. Von 1627—1631 wurde die Zeitung von Vrints redigirt, und in den Postacten des Stadtarchivs zu Frankfurt findet sich der erste Anstoss wegen unrichtiger Zeitungsnachrichten, welche sich dieser zu Schulden kommen liess. In einer Nummer des Jahres 1629 fand sich eine Mittheilung aus Wien, nach welcher die Universität in Tübingen einen dem Herzog von Würtemberg ungünstigen Bericht über die geistlichen Stifter und Klöster an den Kaiser abgeschickt habe. Die Universität in Tübingen verlangte vom Rath in Frankfurt, dass diese Nachricht als unwahr widerrufen würde, und in einer späteren Nummer musste der Postmeister diesen Widerruf leisten, wenngleich er dies in sehr schwacher Weise bewerkstelligte.

Nach dem Einzuge Gustav Adolfs in Frankfurt ward Birghden schwedischer Postmeister, nachdem Vrints vorher entflohen war. Birghden redigirte nunmehr die von ihm gegründete Zeitung, aber es kam darin seine protestantische Gesinnung jetzt zum Durchbruch. Als ein Zeichen seiner Parteinahme sei aus Opel hier ein Beispiel angeführt. In der »ordentlichen wochentlichen Postzeitung No. 3 vom Jahre 1634 lautet ein Artikel:

»Auss Hessen vom 2/12. Jan.

In denen zu Cöllen getruckten Ordinari Avisen (Num. 1 und 2) seynd unwarhaffte und ungereimbte Sachen wegen Saltzkoten und einem Wunderwerke, so sich mit einem Crucifix zugetragen haben soll, vermeldet worden, darauss der Passionirte Dichter ohnschwer erkannt werden kann. Es soll aber dieser Dichter etwas in sich betrachtet haben, wie Unchristlich und uber Barbarisch bey Einäscherung der Uralten Statt Magdeburg verfahren worden, zu geschweigen Pasewalk und anderer Oertern etc. Und ist also vor nothwendig erachtet worden, dass dem Cöllnischen Dichter wegen des Mirackels vom Creutz dieses Spectackel entgegengesetzt werde: dass nämlich bey Verwüstung und Einäscherung der Statt Magdeburg, als die Todten mit vollen Wägen in die Elbe geführt worden, dass dieselbige durch Schickung Gottes dem

Fluss oder Wasser entgegen geschwummen und mit aufgehobenen und zusammengeschlagenen Händen zu Gott umb Raach geschryen haben. Und sollte der Dichter auch bedacht haben, wie Barbarisch mit dem Stättlein Münden an der Fulda und Werra ligend gehauset und verfahren worden. Damit aber dem unpassionirten Leser der rechte Zustand und Verlauff mit Saltzkoten bekandt werde, ist solcher absonderlich mit den gewechselten Schreiben als nothwendigen Beylagen in Truck gegeben worden.«

Und eine frühere Nachricht in No. 58 vom Jahre 1632 über die Schlacht bei Lützen:

»Die Victoria ist uberaus gross, General Pappenheim, Holcke und viel andern mehr uff des Feindes Seiten geblieben, Benninghausen und sonst viel Vornehme gefangen, es hat aber Ihre Majestät das Unglück auch mittroffen, indeme dieser tapfere Held sein Leib und Leben für Gottes heiligen Namens Ehre und zu Erhaltung der Teutschen Libertät und Freyheit so offters ungescheucht gewaget hat, dissmahlen mit 2 Schüssen gefährlich verletzt worden, und also in der That erwiesen, dass sie ihr Königliches Blut bey Gottes heiligem Evangelio aufzusetzen gewillet, unnd seynd sonst viel andern Herrn unnd Cavallirn verwundet worden Bey Abfertigung der Brieff befinden sich Ihre Königl. Mayest. gefährlich matt, und der Allmächtige schicke es nach seinem Göttlichen gnädigen Willen. Wie viel und wer auff beyden Seiten bleiben, solle mit nechstem umbständlich berichtet werden, dem gütigen Gott seye wegen dieser uberauss herrlichen Victorien ewiges Lob und Preiss gesagt.«

Dass bei solch unverholener Parteinahme für die schwedisch-protestantische Sache die Repressalien nicht ausblieben, beweisen die späteren Nachrichten aus der Zeitung Birghdens, sowie auch der Verlauf der Erzählung in Cap. III. In der »34 Extra-ordinari von 1634« macht Birghden bekannt:

»Die ordinari Posten von Frankfurt nach Cölln vom 22. und 29. Maij oder 1. und 8. Junij seyndt abermahlen von den Ligistischen und Spanischen zu Andernach uffm Westerwaldt uffgefangen, die erste gantz hinderhalten, die Letztere aber von dem Postverwalter Johann Cossfeldten distribuirt, doch viel Brieff hinderhalten worden, werden also die Herrn Interessenten dieses in acht zu nehmen wissen.«

In No. 71: »Wegen aller hin und wideranziehenden Krieger Armeen seyndt fast alle Posten auss Teutschland gesperret, derwegen mehrers ins künfftig zu hoffen.«

In No. 58: »Die Posten auss Italien, Schweitz und Francken seyndt Dato nicht ankommen.«

Im Jahrgang 1634 wird schon der Anfang gemacht, das Blatt zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen.

In No. 26 des Jahrgangs 1635 vom 8./18. Mai findet Bestätigung, was im Cap. III erzählt wurde. Der Kaiser hatte am 24. April 1635 allen Officieren vom Feldmarschall bis zum Fähnrich den Befehl ertheilt, die Posten des »abgesetzten« Postmeisters Birghden keineswegs passiren zu lassen und Generallieutenant Graf Gallas hatte in Worms und Speier bereits diesen Befehl ausgeführt. Birghden berichtet über Störung seiner Posten:

»Die jüngstvermeldte, von den Ligistischen Partheyen auff dem Westerwaldt abgeworffene Cöllnisch und Holländische Post ist von Andernach nach Cöllen an einem bewussten Ort eingebracht, allda der Taxische Postmeister Johann Coessfeldt und dessen Jung solliche mit dem Velliss abholt und folgenden Freytag die eröffnete Brieff distribuir hat. Und ist hierbey wol zu merken, dass Ihr. Fürstl. Durchl. zu Newburg Brieffe mit eröffnet, diejenigen aber, so an der Herrn Staten Agenten überschrieben gewesen, nacher Brüssel gesandt worden. Und weilen gemelter Coessfeldt sich weiter vernehmen lassen, es würden diese Posten noch mehrmals abgesetzt werden, als werden sowohl die Staten der Vereinigten Nederlanden als andere Mitallirte Potentaten und Stände jhr Revange mit Absetzung der Taxischen Posten auch zu suchen wissen, darzu dann gute Mittel vorhanden, und alle Anleytung soll gegeben werden.«

Wer anders soll diese Drohung wohl geschrieben haben als »Ihrer Königl. Majestät und Reich Schweden sammt mitallirter Potentaten und Ständen verordneter Obristen Postmeister« Johann von den Birghden.

Noch am 22. März 1635 klagt Birghden, dass seine Posten abermals von den »Spanischen streiffenden Partheyen« aufgefangen worden seien, macht aber in der Zeitung die beruhigende Mittheilung, dass Johann Coesfeld in Cöln die Briefe distribuir habe. Im August desselben Jahres legte er sein Amt nieder und am 6. October erschien auch Vrints wieder, übernahm das Postamt im Namen der Gräfin Taxis und fing auch wieder an, die Zeitung in habsburgisch-taxis'schem

Sinne zu redigiren unter dem Titel: »Wochentliche Ordinari-Post-Zeitungen.« Schon im Jahre 1636 am 15. December hatte Vrints einen Conflict mit dem Rath wegen einer verleumderischen Zeitungsnachricht. Er hatte die Nachricht gebracht, dass die Stadt Cöln sich den Franzosen zu übergeben Willens sei. Auf Antrag des Rathes in Cöln, den Postmeister wegen dieser »calumniosa diffamatio« exemplariter zu bestrafen, wurde Gerhard Vrints vorgeladen sich zu rechtfertigen. Vrints aber kam nicht. Nach dessen Tode übernahm Johann Baptist Hässwinkel (Anfang 1640) das Postamt und die Zeitung und in einem Decret des Kurfürsten Anselm Casimir von Mainz vom 9. April 1643 wird Hässwinkels Honorar für freie Beförderung der Briefe und Einsendung der Zeitung auf 200 Gulden, aus der kurfürstlichen Kammer zahlbar, festgesetzt. Vom Jahre 1665 an war der Titel: »Wochentliche Post Ordinari-Zeitung«, vom Jahre 1667 an ist links von der ersten Correspondenz ein blasender Postillon dargestellt. Im Jahre 1706 war der Titel: »Ordentliche Wochentliche Kayserliche Reichs-Post-Zeitungen« und das Blatt erschien viermal wöchentlich. Später brachte sie einen nach rechts reitenden Postillon als Titelvignette. Vom 1. Januar 1740 an hiess sie nicht mehr »Zeitungen« sondern »Zeitung«, vom 1. Januar 1748 an nicht mehr »Postamtszeitung« sondern »Oberpostamtszeitung« mit dem kaiserlichen Doppeladler in der Mitte des Titels. Mit dem Jahre 1754 tritt dem Titel das Wort »Frankfurt« hinzu, nämlich: »Frankfurter Kaiserliche Reichs Oberpostamtszeitung«. Seit 1791 brachte die Zeitung eine, seit 1800 zwei Beilagen. Vom 1. Januar 1811 an ging das Quart-Format in Grossfolio über unter dem neuen Titel: »Zeitung des Grossherzogthums Frankfurt« mit folgender vorangedruckter Anzeige:

»Diese Zeitung erscheint täglich in beiden Sprachen, in deutscher und französischer, jedoch jede für sich, so dass man sich auf jeden einzelnen Text abonniren kann. Der Pränumerationspreiss für beide Texte ist 20 fl. per Jahr, für den französischen Text allein 12 fl. per Jahr, für den deutschen allein 8 fl. per Jahr.

Grossherzogliche Oberpostamtszeitungs-Expedition.«

Alle übrigen Zeitungen: das Frankfurter Journal, das Staatsristretto, das Journal de Francfort etc. waren von 1811 bis 1813 unterdrückt. Als der Fürstprimas beim Herannahen der Verbündeten nach der Schweiz abreiste, nahm die Zeitung vom 1. Januar 1814 wieder ihren alten Titel an mit dem nach rechts reitenden Postillon, unter Beibehaltung des grossen Formats. Das kleinere frühere Format wurde im Jahre 1825 von Neuem eingeführt.

Einige Herausgeber sollen hier nach Meidinger und Schwarzkopf namhaft gemacht werden. Bis Anfang oder Mitte des achtzehnten Jahrhunderts scheinen die jeweiligen kaiserlichen Postmeister Hauptredacteurs gewesen zu sein, während des siebenjährigen Krieges wurde die Zeitung vom »Kaiserlich Königlichen Ober-Post-Amts-Zeitungs-Secretär« Adam Gottfried Uhlich redigirt, welcher sich durch seinen Preussenhass bemerkbar machte. Auch verfasste derselbe ein wöchentlich zweimal erscheinendes politisches Blatt: »Historische, politische, und dergleichen neuste Briefe, worinnen die Angelegenheiten der gegenwärtigen Krieges- und Staatshändel durch ausführliche Schriften und Aufsätze gründlich abgehandelt, auch sonst historische Merkwürdigkeiten mitgetheilt werden« (1756). Es sind indessen nur zwei Jahrgänge erschienen. Uhlich scheint der letzte Postbeamte gewesen zu sein, der die Redaction leitete, nach ihm werden genannt: Schnabel, Scheel, Procurator Dr. Röder, Joh. H. Faber, Verfasser der Topographie von Frankfurt, Hofrath Rühl, Legationsrath Riese, Postrath Krapp, Pfeilstifter, Roussau, Ungewitter, Dr. Aliner, Dr. Thomas, Berly, Dr. Schuster etc.

Die Zeitung selbst war in diesem Jahrhundert im Sinne österreichisch-bundestäglicher Politik redigirt und stand mit der Post nur nach ihrer Benennung und nach der ihr von der Post durch Verlag und Verbreitung zu leistenden Dienstbarkeit in Verbindung. Von einer ausführlicheren Geschichte der Zeitung muss, weil solche nur im 17. Jahrhundert enger mit der Post verknüpft war, abgesehen und eine eingehende Schilderung und Beschreibung einer andern Feder überlassen werden. Die Oberpostamtszeitung wurde 1866 nach dem Einmarsch der preussischen Truppen unterdrückt, ihre durch Jahrhunderte lange Gegnerin aber, das Frankfurter Journal, besteht noch heute.



V.

Die kölnische Post auf dem Kornmarkt.

1632—1749.

Nach der Absetzung Birghdens hatte sich, wie oben erwähnt, die Stadt Frankfurt das Recht vielhundertjährigen Besitzthums der städtischen Post nach Cöln gewahrt und den Kaufmann Johann Mathäus von Heiden*) die Direction über dieselbe übertragen. Bald aber wurde diese Posteinrichtung von Taxis offen und heimlich angefochten, und die Streitigkeiten endeten erst mit dem Verkauf der kölnischen Post an Taxis im Jahre 1749. Die taxis'sche Empfindlichkeit gegen jede Concurrenz zeigte sich fortwährend in vollem Masse.

Nachdem Ferdinand II. im Jahre 1635 ein Verbot aller Nebenbotenwerke ins Reich erlassen hatte, aber besonders bei der Stadt Augsburg auf heftigen Widerstand gestossen war, liess er 1636 das Kurfürstencollegium ersuchen, »die bei dem Postwesen im heil. röm. Reich von vielen Jahren her eingerissenen Mängel und Gebrechen in reifliche Erwägung zu ziehen« und forderte ein Gutachten, auf welche Weise Abhülfe zu schaffen und ob das Nebenbotenwerk, welches zum Schaden des Postwesens gereiche, aufgehoben werden solle. Die Kurfürsten gaben 1637 auf dem Kollegialtag mit allen gegen eine Stimme (Kursachsen) ihr Guthaben dahin ab, dass die Städte in rechtlichem Besitz ihres althergebrachten Botenwesens seien, die Boten selbst dagegen weder Posthörner tragen, noch Pferde wechseln, noch unterwegs Briefe sammeln dürften. Darauf erging ein kaiserliches Schreiben an die Reichsstädte, in welchem es u. A. heisst:

»Wollen aber einige Städte, Burger, Kauff- und Handelsleute in ihren vorfallenden angelegenen eigenen Geschäften und Nöthen sich anderer Boten mit Zu- und Abführung ihrer particular-Brief und Sachen bedienen, und unsre ordinar-Posten nicht gebrauchen, mögen sie gleichwohl dasselbige, jedoch

*) Spätere Schreibweise des Namens ist: Heyden.

dergestalt, thun, dass von der Stadt oder Stelle, da die Abfertigung geschieht, an den Ort, dahin die Reise, es sei zu Ross oder zu Fuss, gehörig, ohne einige Abwechselung, und nicht mehr, denn durch eine Person oder Boten, die auch kein Posthörnlein führen und sich andrer gemeiner Briefe enthalten sollen, und anderer Gestalt nicht verrichtet, die Uebertreter dessen aber mit unnachlässiger Strafe angesehen werden etc.«*)

Unterdessen hatte die Stadt Frankfurt mit dem taxis'schen Postmeister, Gerhard Vrints, bereits Streitigkeiten. Letzterer hatte in den von ihm herausgegebenen »Ordentlichen wochentlichen Postzeitungen« (später Oberpostamtszeitung) den Magistrat in Cöln beleidigt. Trotzdem der Rath in Frankfurt im Jahre 1635 ein Decret publicirt hatte, nach welchem alle »unwahrhaftigen Zeitungsschreiben, verdächtige Correspondenzen etc.« bei hoher Strafe verboten, ausserdem allen reitenden und gehenden Boten untersagt wurde, Posthörner zu führen oder die Pferde zu wechseln, liess doch Gerhard Vrints in seiner Wochenzeitung einen Artikel erscheinen, in welchem der Rath in Cöln des Einverständnisses mit den Franzosen bezichtigt wurde. Darauf beschloss der Rath in Frankfurt:

»Donnerstags 15. Dezember 1636. Als Burgermeister und Rath der Stadt Cöln in abgegangenem Schreiben sich beschwert, dass in einer allhier gedruckten wochentlichen Zeitung spargirt und Sie diffamirt worden, als wann etliche ihres Mittels die Stadt Cöln den Franzosen übergeben wollen, mit frdl. Bitt, weil solches eine calumniosa diffamatio, über den Trucken und denjenigen, so solche avisen zum Truck gegeben, zu inquiren, und dieselbe nach Inhalt des Heiligen Reichs wohlverordneten Satzungen exemplariter zu bestrafen:

soll man Gerhard Vrintzen Postmeistern deswegen beschicken, Ihme dieses Schreiben vorhalten und seine Erklärung vernehmen, und darauff die Stadt Cölln wiederum beantworten lassen.«

*) Zu dieser Zeit war das kaiserliche oder taxis'sche Postregal ein beliebtes Streitobject damaliger Rechtsgelehrsamkeit. Ludwig von Hörnigk, jur. utr. doct., wählte sogar das Thema: »de regali postarum jure« im Jahre 1638 zu seiner Doctordissertation und verfocht vor der juristischen Facultät in Marburg die Richtigkeit des Satzes: »ut de rebus postam seu cursum publicum concernentibus praeter principem summum aut eminentissimum archiepiscopum et electorem moguntinum aut generalem postarum magistrum, nemo cognoscere habeat.«

Vrints scheint jedoch dieser Einladung keine Folge geleistet zu haben, denn der Magistrat liess ihn im Jahre 1638 nochmals durch einen Diener auf den Römer citiren »vor dem ältesten Bürgermeister zu erscheinen und seinen Befehl anzuhören.« Aber Kurfürst Anselm Casimir von Mainz untersagte dem Postmeister, sich »hierinne einzulassen« und liess ihm schreiben:

»Dem Hochwürdigsten Fürsten und Herrn, Herrn Ansshelm Casimirn, Ertzbischoffen zu Mayntz, des Heiligen Römischen Reichs durch Germanien Ertz-Cantzlarn und Churfürsten, Unserm gnädigsten Herrn, ist in Unterthänigkeit vor- und angebracht worden, welchergestalt Bürgermeister und Rath der Stadt Frankfurt vorlängsthin der Römisch-Kayserlichen Majestät verordneten Postmeistern daselbst, Gerhard Vrintzen, durch einen gewissen Diener in den Römer vor dem ältesten Bürgermeister zu erscheinen und seinen Befehl anzuhören, vorgebieten lassen. Wann dann Ihro Churfürstliche Gnaden sich des Herbringens und der Kayserlichen Freyheit, auch ihres hierbey als protectoris besagten Post-Regals versirenden Interesse guter Massen erinnern, und dannenhero zumahl nicht nachgeben können noch wollen, dass diesem so hoch privilegirten Post-Regal zum Präjuditz und Nachtheil diessfalls das geringste zugezogen werde, solches auch bei allerhöchstgedachter Kayserl. Majestät zu verantworten fast schwer fallen möchte; Als wird Er, Postmeister, in Kraft dieses, dafern ihm wider Verhoffen dergleichen hiernächst mehr, von oberwähntem Bürgermeister und Rath samt und sonders zugemuthet werden sollte, sich zu Verhütung besorgender böser Consequenz keineswegs einzulassen, sondern auf die erlangte Kayserliche Freiheit allerdings zu beziehen, und darob wissentlich zu halten wissen, wobey Ihro Churfürstl. Gnaden Ihn auch zu manuteniren gnädigst erbietig sind, und man hat es Ihme zu seiner Nachrichtung unverhalten wollen. Decretum per Reverendissimum unter dero eigenen Hand Subscription und aufgedrucktem Churfürstl. Insiegel.

Mayntz, d. 29. Tag Julii anno 1638.

Taxis ging nun wieder gegen die Stadt Frankfurt vor, und obiges kaiserliche Edict hatte zur Folge, dass »in die Reichstädte näher gesetzt wurde,« und »so trieb auch Kurmainz an der Stadt Frankfurt, ihr Botenwesen abzustellen.« Am 9. August 1638 schrieb der Kurfürst an den Magistrat:

»Ihr erinnert euch sonder Zweifel gutermassen, was wir zu verschiedenen mahlen wegen Abschaffung der Nebenboten und reitenden Metzgerposten, in Kraft erlangten Kaiserlichen Befehls und hierüber ausgelassenen Patents, vor wohlgemeinte Erinnerung gethan, was auch ihr dagegen bei Uns unterthänigst eingewendet und um Continuation angeregter verbotener Nebenposten, bevorab bei der Zeit bevorgestandener, nunmehr aber jüngst verstrichener Frankfurter Ostermesse, bis und dahin ihr bei der Römischen Kaiserlichen Majestät, Unserm allergnädigsten Herrn, einen contraren Befelch an Uns ausgewirket und zu Unserer Nachricht in Unterthänigkeit eingeschicket haben würdet, gehorsamst gebeten. Nun hätten Wir verhofft, indem Wir euch nicht allein in Eurem Suchen, mit Ansetzung eines allschon längst verflossenen Termines, sondern auch bis dato in Gnaden nachgesehn, ihr würdet, Eurem gethanen unterthänigen Erbieten nach, entweder Uns die gesuchte Kaiserliche Resolution eingeschicket, oder in Mangel deren für euch selbst die Nebenboten und Metzgerposten abgeschafft und solchem nach euch dem Kaiserlichen wohl-erwogenen Mandat allergehorsamst accommodirt haben. Die- weil wir aber im Werk selbst das Gegenspiel verspüren und noch darüber von der gräflichen Wittiben von Taxis nach besagter Beilag mit Bestand soviel berichtet worden, dass ihr anjetzt mehr als zuvor jemals durch oft- und viel- gemeldte Nebenboten und reitende Posten mit fast verächt- licher Hintansetzung der Kaiserlichen allergnädigsten Befelchen dem Kaiserlichen Postwesen Abbruch thut und dann solchem allem ferner nachzusehn Uns sowohl aus obliegendem Ihro Kaiserlichen Majestät schuldigen Gehorsam, als auch in Er- innerung Unsers tragenden Erz - Cancellariat-Amtes und dem- selben über das Kaiserliche Postregal anhangenden Protectorii, zumahlen nicht gebühren will: Als ersuchen und erinnern Wir euch nochmalen gnädiglich, ihr euch dieser so ernster Verordnung dermahleneins und ohne ferner verdriessliche Tergiversation allergehorsamst bequemen, oder, da ihr je ein anders über das, was der Stadt Nürnberg halber Uns zugleich communicirt worden und euch wenig verträglich sein kann, bei Allerhöchstgedachter Kaiserlichen Majestät ausgewirket hättet, oder noch auszuwirken vermeinen wollt, solches ehestens und zwar innerhalb drei Wochen von dato dieses zu Werk richten und Uns zu Unserer Nachricht gehorsamst

einschicken wollet, widrigenfalls und in Verbleibung dessen ihr Uns nicht verdenken werdet, dass Wir dem Kaiserlichen Mandat und darüber ausgelassenen, hin und wieder ins Reich publicirten und zu Männiglichs Wissenschaft affigirten Patenten inhäriren und den Unsern darüber nothwendigen Befehl ertheilen, auch gegen die Ungehorsame gebührlich verfahren lassen etc.«

Die Folge des kaiserlichen Patents und des kurfürstl. Schreibens war allgemeiner Ausbruch von Streitigkeiten in allen Reichsstädten. In Frankfurt forderte Vrints den städtischen Botenmeister Heiden auf, sich dem Wortlaut des kaiserlichen Patents gemäss zu verhalten, und als ein Notar Letzterem ein Schreiben dieses Inhalts einhändigen sollte, verwies Heiden den Notar an den Magistrat (7. October 1637). Nürnberg und Cöln meldeten ebenfalls Streitigkeiten mit Taxis und beantragten gemeinsames Vorgehen (30. September und 23. October 1637). Der Nürnberger Bote Hans Knoblauch war in Regensburg verhaftet worden und der Rath hatte deshalb einen Bürger, J. A. Römer, an den kaiserlichen Hof gesandt. Der Rath in Frankfurt erliess ebenfalls ein belehrendes Edict an seine Boten wegen ihres ferneren Verhaltens, konnte aber den Ausbruch des Streites nicht mehr verhindern, als im Herbst 1637 zwei städtische Boten vom kurmainzischen Amtmann in Königstein verhaftet wurden. Die nächste Folge war, dass sich der Rath beim Kurfürsten Anselm Casimir in Mainz und bei dem Kaiser in Wien beschwerte und in dieser Beschwerde durch ein 5^{1/2} Bogen grosses »Memoriale« der Frankfurter Kaufmannschaft unterstützt wurde (29. August 1638). Die städtische Botenpost, heisst es in Letzterem, bestehe zu Recht »ultra hominum memoriam«, habe mit Nürnberg und Cöln längst vor Einführung der kaiserlichen Post bestanden. Auch sei die kaiserliche Post nicht im Stande, den Interessen der Kaufleute genügen zu können, theils wegen des »Unfleisses der nachgesetzten Postmeister,« theils wegen des »Unverstandes der (Post-) Jungen.« Diese Postjungen seien »schlechte geringe Dorff- oder Bauernjungen, so weder Verstand noch Wissenschaft von einigen Aydtespflichten haben, nirgends angesessen und über so hochwichtige Sachen geringe Sorge tragen, von einer Post zur andern die Felleisen über Rücken tragen oder zuweilen gar mit einem Schubkarren mit höchster Beschimpfung und Gefahr und zwar so unzeitig und spät öfters einliefern, dass es durch städtische Boten weit besser bestellt und wohl 2 und mehremale könnte verrichtet werden.« Besonders zeigten sich die Mängel der Post während der Messen, und diese Mängel könnten nur durch das wohlgeordnete

städtische Botenwesen ersetzt und ausgeglichen werden. Die Botenverbindung sei alsdann eine tägliche, während die Post nur zweimal in der Woche ginge, ausserdem besorgten die Boten mündliche Aufträge und solche Geschäfte, mit denen sich die Post nicht befassen könne, z. B. das Ueberbringen von Cautionen zur Versicherung »derer Negotianten«, Originalwechselbriefe, Handschriften u. s. w. Zwar trügen die städtischen Boten Posthörner, jedoch »zu keinem Präjudiz der kaiserlichen Posten, sondern bei diesen schweren Kriegsläufften einig und allein um mehrerer Sicherheit willen, weilen die übel disciplinirte Soldateska darauf doch noch Etwas Respect trüge.« Auch gebe es wenige Kaufleute, welche nicht 200 Thaler Porto jährlich zahlten u. s. w.

Die Magistrate in Cöln und Nürnberg thaten ebenfalls energische Schritte am kaiserlichen Hof. Von Cöln ging eine lange »deductio« aus, welcher ein Revers Leonhards von Taxis (Brüssel, 25. November 1586) beigelegt war. In diesem Revers verpflichtet sich Leonhard, dem städtischen Botenwesen in Cöln keinerlei Hinderung oder Abbruch zu thun. Der Frankfurter Rath schickte (März 1638) Johann Porss zum Kurfürsten nach Mainz. Porss wurde zwar sehr freundlich empfangen, zum Essen geladen, richtete aber Nichts aus, und am kaiserlichen Hofe selbst hielt die Gräfin Taxis dem Einfluss der Städte das Gegengewicht und behauptete, sie habe bei »den betrübnen Zeiten« des 30jährigen Krieges 100,000 Gulden Schaden erlitten. Endlich, 14. September 1638, schickte Frankfurt den Agenten Pistorius, Cöln den Stupanus mit Beschwerdeschriften an den kaiserlichen Hof, und der Kaiser sah sich veranlasst, nachdem er ein Rundschreiben an die Kurfürsten erlassen, der Gräfin Taxis folgende zierliche Nase zu übersenden:

»Edle, Liebe, Andächtige!

Du hast dich guter massen zu erinnern, was Wir auf dein unterthänigstes Ansuchen, sowohl auf vorgegangene Communicationen und Einrath des gesammten churfürstl. Collegii über die bei dem Nebenbotenwerk zu Schmählerung Unseres Kayserl. Post-Regals eingeführte Neuerungen und deren Remedirung noch unterm 12. August des jüngst abgewichenen 1637 Jahres für gemessene Patente ergehen und ins Reich publiciren lassen.

Obwohl Wir nun dafür gehalten, es würden diese Unsre Kaiserlichen Patente von dir und deinen untergebenen Verwaltern und Beamten andergestalt nicht, als wie deren klarer und gemessener Inhalt mit sich bringet, verstanden worden sein, so werden Wir jedoch von denen Ehrsamen Unsern

und des Reichs lieben Getreuen Burgermeistern und Rath der Stadt Frankfurt klagend berichtet, wie dass derselbe von deinem Postverwalter daselbst dahin ausgedeutet werden wolle, als wann Kraft derselben das uralte bei den Reichsstädten hergebrachte Botenwerk gänzlich abgethan und verboten wäre, und dannenhero alle Boten darnieder gelegt werden möchten; derowegen Uns bemelte Stadt Frankfurt allerunterthänigst angerufen und gebeten, dass Wir sie bei ihrem alten Herkommen und Gebrauch des Botenwerks allergnädigst schützen und handhaben wollten, massen du aus einliegender Abschrift mit mehreren zu ersehen.

Wann dann bei obberührtem Patent unsere Kaiserliche Intention niemalen dahin gemeint gewesen, massen es auch der Inhalt dessen klärlich zu erkennen gibt, dass das Nebenbotenwerk aller Orten im heiligen Reich gänzlich und durchgehends nicht, sondern nur die Excessus und neuerliche Missbräuch desselben aufgehoben und abgestellt werden solle: Als befehlen Wir demnach dir hiermit gnädigst und wollen, dass du an deinem Ort darob seist und bei deinen Untergebenen die gewisse Verfügung thust, damit die klagende Stadt Frankfurt in Gebrauchung des Botenwerks, als (so) weit dasselbe Unserm ausgelassenen Patent nicht zuwiderläuft, ruhig gelassen und darwider nicht beschwert werden möge. An dem vollziehst du Unsren gnädigsten gefälligsten Willen und Meinung und sind dir mit Kaiserlichen Gnaden wohl gewogen.

Wien, 20. December 1638.

Ferdinand III.«

Hierauf trat Ruhe ein, aber nur ein Jahr lang, da starb Vrints (Anfang 1640) und zu seinem Nachfolger wurde sein Vetter und seitheriger Gehülfe Johann Baptist Hässwinkel ernannt. Die Personalveränderung wurde dem Rath durch Schreiben des Kurfürsten Anselm Casimir von Mainz und der Gräfin Taxis (23. Februar 1640) bekannt gegeben, und der Rath beantwortete beide Schreiben dahin, dass er gern von der Ernennung Kenntniss nehme, weil Hässwinkel sich seither »ganz friedlich und wohl betragen« habe. Das war nun zwar seither der Fall gewesen, aber eine der ersten Handlungen Hässwinkels bestand darin, die Briefe des Rathes mit Porto zu belegen und nur einem Senatsbeschluss fügte sich Hässwinkel. Es ward ihm darin vorgehalten, dass er nur aus »courtoisie und favor« und unter

der Bedingung freier Briefbeförderung der Rathsbriefe von den bürgerlichen Abgaben und »oneribus« befreit sei.

Im Jahre 1642 erliess der Kaiser ein Postpatent an die Reichsstände. Neues enthält dasselbe wenig. Die Postmeister sollen von den Inquartirungen, Wachten, Kriegscontributionen und Auflagen befreit sein u. s. w. Erwähnenswerth ist indessen ein Schriftstück aus damaliger Zeit, weil es über das Postprotectorat von Kurmainz Aufklärung gibt. Dasselbe lautet:

»Demnach der hochwürdigste Fürst, Herr Ansshelm Casimir, Ertzbischoff von Mainz, des heil. Röm. Reichs durch Germanien Ertz Cantzlar und Churfürst, Unser gnädigster Herr, eine Zeithero mit sonderbarem Wohlgefallen wahrgenommen und verspüret, dass der jetzige Kayserl. Postmeister zu Frankfurt, Johann Baptista Hässwinkel, sich in Bestell- und Adressirung Sr. Churfürstl. Gnad. Briefen ganz treu und fleissig bezeigt, dasselb auch noch ferner zu continuiren unterthänigst erbietig und willig seye, höchstgedachte Ihro churfürstl. Gnad aber sich gnädigst erinnern, wasgestalt vorigen Postmeistern eine jährliche Bestallung, sowohl vor Bestellung dero Briefe, als auch Einschickung der wöchentlichen Zeitungen mitgetheilet und geliefert worden; als haben mehrhöchstgedachte Ihro churfürstl. Gnad. um dieser und anderer Ursachen willen, die gnädigst befehlende Verordnung gethan, dass nun hinfüro ermeldtem Postmeister alle Jahr und jedes besonder zweyhundert Gulden Batzen aus Sr. churfürstl. Gnad Cammer von einem Quartal zum andern jedesmal funffzig Gulden von dato an zu rechnen ohnfehlbar gereicht und entrichtet werden sollen. Hingegen, Er, Postmeister, alle Ihro churfürstl. Gnad. und dero würllichen Rätthe, Sekretarien, und anderer bey Cantzley-Expeditionen sich der ordinari Post bedienenden Personen Briefe und Packete, auf allen Kayserl. Leipziger, Nürnberger und anderen Posten (jedoch mit dem ausdrücklichen Anhang, dass darunter einige fremde und Neben-Schreiben zu des Postamts Schmälerung und Abbruch nicht beygeschlossen werden) ohne Entrichtung einigen Postgeldes, mit Fleiss hin und her bestellen, auch damit treulich und behutsam umgehen und die Zeitung wöchentlich zu Ihro churfürstl. Gnaden Cantzley, wie bis dato herkommen, überschicken solle.

Darnach er sich zu richten.

Signatum Mayntz den 9. April 1643.

(L. S.)

Anshelmus Casimirus.«

AM 10
Moser berichtet in seinem Staatsrecht über das Protectorat von Kurmainz, dass es bei Kaiserkrönungen in Frankfurt damals üblich gewesen sei, dass »zum Zeichen des churmayntzischen Postschutzes« die ankommenden Brieffelleisen von einem Postbeamten zu Wagen nach dem kurmainzischen Quartier (im Compostell in der Prediger-gasse) gebracht, die Briefe an den Kaiser und den Kurfürsten von Letzterem denselben entnommen, die Felleisen dem Postamte dem-nächst zurückgegeben, und nunmehr erst die übrigen Briefe bestellt wurden. Auch wurden die abgehenden Felleisen im Compostell ver-siegelt und die Extrapostzettel dort ausgestellt.

Hässwinkels Amtsführung gab bald Anlass zur Unzufriedenheit. Nach einigen Streitigkeiten, welche er mit von Heiden und dem im Ruhestand lebenden alten Postmeister Johannes von den Birghden gehabt, beschwerten sich am 9. Januar 1643 73 Kaufleute von Frank-furt beim Rath wegen »Unrichtigkeiten, Fehler, Mängel, Störungen und confusiones« bei der Nürnberg-Frankfurter Post. Der Postmeister Hässwinkel verweigere auf Befragen jegliche Auskunft, indem er be-hauptete, er sei kaiserlicher Postmeister und nicht auf der Kaufleute Briefe »bestellt«. Ferner verlange er Bezahlung in Speciesducaten, Philippsthalern und Reichsthalern, die hiesige Münze sei ihm zu schlecht und die Franken, Kopfstücke und »Cartiquen« seien in seine »cassam nicht dienlich«. Auch sei das Postamt auf den Rossmarkt verlegt worden, und diese Lage sei zu entfernt. Der Postmeister sei ferner partheiisch, nehme Einigen die Briefe nach 12 Uhr Mittags ab, Anderen nicht, liesse oft Briefe bis zum andern Tag liegen, bestelle die Vormittags 10 und 11 Uhr eingegangenen erst Mittags um 4 oder 5 Uhr u. s. f. Wiederum wie früher in ähnlichen Fällen klagten sich die Reichsstädte gegenseitig ihr Leid und es stellte sich durch diesen Schriftwechsel heraus, dass Taxis die italienischen Briefe in Augsburg festhalten und von da über Würtemberg und Rheinhausen nach dem Rhein und den Niederlanden leiten liess, offenbar in der Absicht, da-durch die längstverhasste aber in blühendem Betrieb stehende städtische Post zwischen Frankfurt und Cöln lahm zu legen. Der kaiserliche Postmeister Coesfeld in Cöln und dessen Gehülfe gestanden das auf Vorladung vor den dortigen Rath unumwunden ein, und durch diese Manipulation war die Verspätung der Briefe entstanden. Hierauf wieder Beschwerden bei Kurmainz und Abhaltung eines städtischen Deputirtentags in Frankfurt a. M. (15. Mai 1643). Auf letzterem wurde beschlossen, vorerst die Briefe in grosse Couverte zu packen und letztere mit den Stadtcanzleisiegeln zu versiegeln, sodann die städtische Botenpost zwischen Frankfurt und Nürnberg wieder einzu-

richten, zu welcher Massregel die Stadt Frankfurt sich rechtlich befugt erachtete. Die Stadt Cöln forderte an demselben Tag die Republik Venedig in einem lateinisch verfassten Schreiben auf: »ut omnes, quotquot ex civitate et republica sua ad confederatarum Belgii provinciarum incolas destinatae et a portatura liberatae literae sub convolutis majoribus conjungantur, colligentur et secreto Si Marci obfirmentur, nobiisque inscribentur.«

Die Stadt Cöln beschwerte sich ausserdem beim Kaiser (23. Mai 1643), und der Rath zu Frankfurt bat (11. August) den Kurfürsten von Mainz im Auftrage der Kaufmannschaft, die Wiedereinrichtung der städtischen Post nach Nürnberg zu gestatten. Er sei, schreibt der Rath, rechtlich befugt, eine solche Post einzurichten, da eine solche schon längst vor Einführung der Reichspost bestanden habe, eine Wiedereinführung ausdrücklich vorbehalten und nach den Patenten Karls V., Ferdinands II. und Rudolfs II. zulässig sei. Die Kaufmannschaft führe Beschwerde, dass sie bei hiesigem kaiserl. Postamt »für ihr Geld schlechte Beförderung und grosse Gefahr« habe. Der Kurfürst wolle also entweder für bessere Ordnung auf kaiserl. Postamt sorgen oder die Einrichtung einer nürnbergischen städtischen Post gestatten. Diese Post kam indessen nicht zu Stande, wohl aber bessere Ordnung und grössere Präcision auf den kaiserlichen Posten, u. A. auch eine verbesserte Verbindung mit dem Norden, mit Hamburg.

In Cöln liess man es bei der Abwehr gegen taxis'sche Uebergriffe nicht bewenden, sondern der Rath liess 1645 die kaiserlichen, nach den Niederlanden bestimmten Posten an den Stadtthoren durch Soldaten aufhalten und die nach den Niederlanden bestimmten Briefe aus dem Felleisen nehmen. Als sich der kaiserliche Postmeister Coesfeld dieserhalb beschwerte, wurde er vom Rath in Cöln in eine Geldstrafe genommen und die Gräfin Taxis am 15. Mai 1645 beim Reichshofrath verklagt. Die Stadt, heisst es in der Klage, sei befugt, die bürgerliche Correspondenz in ihrem Nutzen selbst zu befördern, namentlich nach Frankfurt und den Niederlanden, und wenn ein Anderer dies zu übernehmen wage, so sei damit dem Rath »die alte Observanz zu manuteniren« die Hand gebunden. Der Reichshofrath verwarf indessen die Klage und verfügte Zurückerstattung der Straf-gelder und Kostenersatz an Coesfeld.

Nach kurzer Pause ging der Streit von Neuem los. Die Stadt Cöln hatte (1648) eine reitende Post von Cöln nach Mainz angelegt, aber Hässwinkel, Postmeister in Frankfurt, verlangte ein Verbot dieser Post von Kurmainz und Kurtrier, und der kurmainzische Vicedomherr Greiff von Vollraths vollstreckte das Verbot. Diesmal ging von

Strassburg aus an alle Reichsstädte die Aufforderung, zur Rettung »E. Erb. Städte Gerechtsame« gemeinsame Schritte zu thun (15. November 1650). Bald darauf wurden auch 2 Frankfurter Boten unfern von Hammerstein angegriffen und ihnen die Postsachen abgenommen. Die Kaufmannschaft führte darüber beim Rath Beschwerde (17. März 1653). Sie betont darin, dass die kaiserliche Post gerechtes Miss-
trauen erwecke, und da man nun in Erfahrung gebracht, dass die Deputirten der Stadt Cöln zum Reichstag in Regensburg in Kürze durchreisen würden, so werde der Rath gebeten, ebenfalls Deputirte zu ernennen, welche sich jenen anzuschliessen hätten, und die Stadt Cöln hiervon zu benachrichtigen. Auch von Cöln aus wurde (12. September 1653) der Rath in gleichem Sinne gebeten. Auf dem Reichstage fanden Berathungen wegen gemeinsamer Abwehr unter den städtischen Deputirten statt.

Ende 1658 starb Hässwinkel, und der Rath schlug am 16. Februar 1659 dem Grafen Lamoral Claudius Thurn Valsassina und Taxis den Frankfurter Bürger Daniel Leux zum Nachfolger Hässwinkels und Postmeister in Frankfurt vor. Obgleich sich Leux selbst in Brüssel dem Grafen vorstellte und dessen Gattin sogar brieflich sich seiner annahm, so wurde doch von Taxis Johann Wetzel zum Postmeister ernannt. Bald darauf trat auch in der städtischen Post Personalveränderung ein. Im Jahre 1664 starb Matthäus von Heiden, und sein Sohn Johann Hartmann von Heiden musste seine Studien in Marburg unterbrechen und die Direction des cölner Botenwesens übernehmen. Das Posthaus befand sich auf dem grossen Kornmarkt und wurde von 3 Strassen begrenzt (gr. Kornmarkt, kalte Lochgasse und Kälbergasse).*)

Am 29. April 1659 erschien ein Patent Kaiser Leopolds I., das Postwesen betreffend. Es werden darin die seitherigen Patente und Decrete früherer Kaiser bestätigt und sonst nichts Neues gesagt.

*) Eine Quartalsrechnung des städtischen Postamts vom 25. December 1660 bis 23. März 1661 dürfte nicht uninteressant sein.

Botenmeister in Cöln: Johann Schiltgen,			
in Frankfurt: Matthäus Heiden,			
12 Wochen 4 Tag.			
Erträgniss aus den Karten lt. Botenbuch . . .	440	<i>R_℔</i>	7
Franko lt. Buch	169	„	—
	609	<i>R_℔</i>	7
Abzug vor unbekannte Briefe	4	„	2
	605	<i>R_℔</i>	5
Hat Schiltgen empfangen von mir dies Quartal			
hinabgesandt Briefe	149	„	4
	754	<i>R_℔</i>	9. —

Weil nun Taxis der unwandelbaren Ansicht war, dass die Frankfurt-Cölner Post unter die Kategorie der verbotenen Nebenposten gehöre, die Reichsstädte aber selbst zäh an ihrem alten Rechte festhielten, so konnte die Wiederaufnahme des Streites nicht lange ausbleiben. Am 11. Juli 1664 beklagt sich der Kurfürst von Mainz, als Protector des Postwesens, in einem Schreiben an den Rath, es sei ihm gemeldet worden, dass die städtischen Boten Posthörner trügen, dass sie Briefe unterwegs sammelten und ausgaben, und dass der Bote von Cöln in Dietkirchen (bei Limburg a. d. Lahn) und derjenige von Frankfurt in Weyerbusch (bei Altenkirchen) Pferde wechselten. In letztverwichener Ostermesse habe sogar ein weiterer Pferdewechsel stattgefunden. Diese Handlungen der Boten liefen den klaren Bestimmungen der kaiserlichen Patente »stracks zuwider«, es seien daher diese »Excesse« gegen den Botenmeister von Heiden gebührend »zu ahnden« und demselben aufzuerlegen, solche künftig zu vermeiden. Der Rath antwortete, das Postamt werde in den »gehörigen Schranken« verwaltet, auch waren in damaliger Zeit die Streitigkeiten mit Hessen-Cassel wegen Errichtung eines hessischen Postamts in Frankfurt die Ursache, dass die städtische Post wenig belästigt wurde. Wie empfindlich übrigens Taxis gegen andere Post-Institute war, zeigt ein Vorfall in damaliger Zeit. Als bekannt müssen die Streitigkeiten des Grafen Taxis mit dem österreichischen (kaiserlichen) Generalpostmeister, Grafen Paar, vorausgesetzt werden. Letzterer hatte (1671) seinen Secretär Johann Eberhard Rebell zum Feldpostmeister bei der am Rhein unter Oberbefehl des Generallieutenants Montecuculi stehenden kaiserlichen Armee ernannt. Der Postmeister Wetzels in Frankfurt behielt 1673 alle an die kaiserliche Armee bestimmten Briefe zurück und verlangte vom Feldpostamt baare Zahlung

Matthäi Heiden selbst	377 <i>R₆</i> 4. —
Dies Quartal 13 Wochen den Postillonnen jeden	
Ritt 10 <i>R₆</i>	130. —
Die 4 Wasser als die Acher, Sieg, Lahn und	
Rödelheim zu passiren	8. —
Den Portenschliessern zu Königstein, Limburg und	
andern Orten d. Westerwald	2. —
Bey Expedirung des Bt. Jedesmal 2 Mass Wein,	
reparation des Felleisens und andere Un-	
kosten	8. —
Ausbleibende Schulden	10. —
	158. —
	237 „ — —
Verbleibt mir vor labores	140. <i>R₆</i> 4. —

des Portos. Er fügte sich erst, als der Kaiser ein scharfes Rescript an ihn erliess, worin ihm befohlen wurde, sämtliche zur Armee gehörige Briefe »ohne Aufenthalt und Bezahlung« dem kaiserlichen Feldpostamt auszuliefern.

So oft damals ein kaiserlicher Erlass ins Reich erging, blieb es beim Alten, wie in der Politik so auch in den Postangelegenheiten. Am 13. Februar 1680 schrieb Kaiser Leopold wieder an die Reichsstädte, u. A. auch an Frankfurt: die Boten hielten sich neuerdings eigne »Briefträger und Schaffner« zum Austragen und Einsammeln der Briefe. Dies sei strafbar und den k. Postämtern wurde hiermit die Macht gegeben, solche »Factoren auf öffentlicher Reichsstrasse auf- und auszuheben,« und die Obrigkeiten hätten hierin die k. Postämter zu unterstützen. Dies Schreiben mag den Postmeister in Augsburg veranlasst haben, Gewaltthätigkeiten gegen städtische Boten zu verüben, denn am 4. Juni 1681 richteten sämtliche Reichsstädte eine Collectivbeschwerde an den Kaiser. Sie zählten darin die von dem k. Postmeister in Augsburg gegen die städtischen Boten von Augsburg, Ulm, Nürnberg, Lindau u. A. verübten Gewaltthätigkeiten auf, baten den Kaiser um ein »mandatum inhibitorium et restitutorium« gegen den Postmeister und setzten die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des städtischen Botenwesens ausführlich auseinander. Das Botenwesen, heisst es in der Beschwerde, sei von den Kaisern als ein den Städten gehöriges althergebrachtes Recht anerkannt, bestätigt, von jeher »ohne Störung ausgeübt« worden, den »Commerzien« unentbehrlich und es entstehe durch dessen Abschaffung für das Publikum ein unwiederbringlicher Schaden. Die k. Post sei nicht im Stande, einen Ersatz zu leisten für den Nachtheil, welcher durch die Abschaffung des städtischen Botenwesens entstehen müsse. Die Sicherheit, welche verbürgerte und vereidete Boten leisteten, sei viel grösser als diejenige, welche durch die allzu theuere und unsichere Postbeförderung bestehe; viele Sachen und Waaren, welche die Boten mit Pünktlichkeit besorgten, fänden mit der Post gar keine Beförderung, z. B. die zur Erhaltung des Credits erforderlichen Deckungen an Contanten und Pretiosen, denn diese würden auf der Post nicht einmal angenommen, und wo dies der Fall wäre, sei die Ersatzverbindlichkeit der Post in Verlustfällen ungenügend. Die Botenposten hätten ferner noch den Vorzug vor der kaiserlichen Post, dass die Boten auch mündliche Bestellungen und Aufträge übernähmen. Moser, welcher (§ 114) dieses Schreiben wörtlich abdruckt, bemerkt dazu, dass es nicht ohne Wirkung gewesen zu sein scheine, »weil es hierauf einige Jahre stille wurde.«

An einem Freitag Nachmittag, 15. April 1701, erschien in der Rathssitzung (anwesend waren Scabinus*) Müller und Johann Martin von den Birghden, jenes Postmeisters letzter Sohn u. A.) der Postmeister und Scabinus Dominicus Heiden und brachte vor, dass neuerdings wieder einmal von Taxis das uralte cölner Botenwerk angefochten werde. Der Rath versicherte den Dom. Heiden des nöthigen Schutzes und Heiden bedankte sich. Er hielt, versicherte Heiden, es für unnöthig, zu wiederholen, wie man nächst Gott nur seinem seligen Herrn Vater die Erhaltung des städtischen uralten Botenwesens verdanke, nicht zu gedenken der grossen Arbeit und Unkosten. Wolle ihm der Rath die Verwaltung des Botenwesens als erbliches Amt für ihn und seine Familie übertragen, so verpflichtete er sich, 1000 Gulden an das Rechney-Amt zu zahlen. Der Rath willfahrte in der Sitzung vom 19. April 1701 diesem Antrag; Heiden zahlte 1000 Gulden und gab eine untersiegelte Urkunde ab, worin er sich verpflichtete, das Botenwesen auf seine eigenen Kosten »ohne E. E. Stadt aerarii geringste Belästigung« weiterzuführen. Wenige Monate darauf starb auch der taxis'sche Postmeister Johann Adam Wetzels, und Kaiser Leopold zeigte in einem Schreiben an die Stadt (2. März 1702) die Ernennung dessen Sohnes, des Freiherrn Eugen Alexander von Wetzels, zum Nachfolger und kaiserlichen Postmeister an. Von da an begannen auch wieder die Streitigkeiten.

Zunächst errichtete der junge Wetzels, von der richtigen Voraussetzung ausgehend, dass Concurrenz das wirksamste Mittel zur Beseitigung des städtischen Botenwesens sei, Postwagenkurse (ordinari-Posten) nach Cöln und Düsseldorf, nach Nürnberg und nach Leipzig. Die Reichsstädte Cöln, Frankfurt und Nürnberg beschwerten sich deshalb beim Kaiser wegen Beeinträchtigung städtischer Postgerechtsame. In Nürnberg hielt man den Postwagen am Spiltlerthor, in Augsburg am Frauenthor an (1705). In Frankfurt hatte der Rath mit seinem Verbot dieser Posten kein Glück, denn als er dem kaiserlichen Postmeister Wetzels mittheilte, dass durch die neuen Posteinrichtungen der Erwerb der eingebornen Bürger geschädigt würde, antwortete jener, die Postwagen gingen auf Gefahr und Kosten des Gasthalters zum goldenen Engel**) in der Töngesgasse, der ja Bürger sei, und schlug so den Rath mit seinen eigenen Waffen. Noch heftiger wurde der Streit, als Wetzels in Nr. 20 der ord.

*) Schöff.

**) Goldne Engel in der Töngesgasse — jetzt Haus des Herrn Bolongaro-Crevenna.

Wochentlichen Kayserl. Reichs-Post-Zeitungen vom 9. März 1706 bekannt machte, dass die Postwagenverbindungen mit Cöln erheblich vermehrt würden. Die Städte, u. A. auch Frankfurt, erhoben nun Weg-, Brücken- und sonstige Abgaben, Wetzlar beschwerte sich bei Taxis, Taxis beim Kaiser und schliesslich fielen diese Abgaben fort, während Wetzlar und dessen spätere Nachfolger nur den Schliessern der Stadtthore kleine Vergütungen in Form von Gratificationen gaben.

Auch der Fürst von Taxis erwirkte ein neues Patent des Kaisers Joseph I. gegen alle anderen Postsysteme. Dasselbe ist vom 27. October 1706 datirt und in seiner Abfassung sehr weitschweifig, wie alle dergleichen vorher und nachher entstandenen. Es heisst darin, dass Fürst Eugenius Alexander von Thurn und Taxis klagend angebracht hätte, dass die Patente der früheren Kaiser nicht mehr befolgt würden. Von etlichen Kurfürsten und Ständen seien neuerdings »Winkelposten, Nebenbotenwerk und Metzgerposten« neu eingerichtet worden, welche der kaiserlichen Post nicht nur zum Nachtheil gereichten, sondern auch »in denen vorgewesten Kriegsläufften noch mehreres zugenommen hätten.« Diese Posten beförderten Briefe nach »Italien, Frankreich, Hispanien, Engelland, Holland und anderen Provinzen,« die Boten hielten sich in volkreichen Städten eigene Briefträger, ja sogar »frembde ausländische reitende Boten passirten mit untergelegten Pferden.« Es werden gegen diese »Excesse« die »hiebevorn einverleibten scharfen Pönen und Strafen erfrischt« und dem Fürsten von Thurn und Taxis »vollkommene Gewalt« gegeben, sowohl selbst als auch durch seine »Officers und Bediente« diese Nebenposten »als (so) weit sie dem k. Postwesen hinderlich, nachtheilig etc. sind, abzuthun.« Auf Ansuchen solle »jedes Orts Obrigkeit bei Vermeidung kaiserlicher Ungnad und schwehren Straf, nach Nothdurft auch manu forti« den taxis'schen Behörden dabei »an Hand gehen«. Post- und andere Sachen zwischen zwei bestimmten Orten durch Privatboten zu versenden, sei gestattet, wenn diese Boten keine Posthörner trügen, keine Pferde wechselten und unterwegs keine Briefe sammelten.« Uebertreter seien zu »arrestiren« und niederzuwerfen, ihnen die Posthörner, Ross, Wagen und Alles, was sie bei sich trügen, abzunehmen und sie mit einer Geldstrafe von fünfzig Goldgulden zu belegen, halb zu Gunsten der Armen desjenigen Orts, in welchem die Verhaftung geschehen, und halb zu Gunsten »denen Ansagern solcher verwürckter Buss.« »Es beschiehet hieran Unser ernst- und endlicher Will und Meinung« etc.

Seine nächsten Angriffe richtete Fürst Taxis gegen die Stadt Cöln. 1715 klagte er zu wiederholtenmalen beim Reichshofrath

wider die Stadt Cöln »in puncto turbationis regalis postarum juris«, erhielt auch den 9. November ein »rescriptum magis serium«. 1718 war ein Process gegen den dortigen Rath wegen des Postmeisters Sickinhausen bis zur »Quadruplic« beim Reichshofrath gediehen. Ein anderer Streit mit Cöln wegen Wiederaufbauung eines Stalles und Aufziehung des Postfelleisens an der Bachpforte veranlasste den Reichshofrath am 28. November 1718, eine Augenscheinscommission zu ernennen. Der Senat bat um Aufhebung dieser Commission, allein es ward ihm am 1. August 1719 befohlen, »die Aufhebung gehorsamlich und gebührend abzuwarten.«

1730 beschwerte sich Taxis beim Reichshofrath abermals. Der Rath in Cöln hatte auf den städtischen Postrouten nach Frankfurt und nach Mastricht*) neue Zwischenstationen errichtet, und Taxis erwirkte am 22. December 1730 ein »mandatum inhibitorium poenale« dagegen. Der Kaiser forderte den Rath in Cöln auf, sich zu erklären, wie er sich unterfangen könne, gegen die Bestimmungen in den kaiserlichen Patenten Pferde- und Stationenwechsel zwischen Cöln und Frankfurt und Cöln und Holland anzulegen und unterwegs Briefe ausgeben und einsammeln zu lassen. Auch erliess er an die 4 rheinischen Kurfürsten den Befehl, dem cölnischen Stadtbotenamt »gemessenen Einhalt zu thun.« Am 19. December erliess der Reichshofrath ein »mandatum sub poena 50 marcarum auri puri« an die Stadt Cöln, worin es heisst: »Ihro Kaiserliche Majestät hätte höchst missfällig vernommen, was gestalten sich dieselbe (Cöln) unterfangen wolle gegen die so oft wiederholte Kaiserliche Generalpostpatente Pferdewechsel einzurichten« etc. Auch hätte sich der Rath an den König von Preussen gewendet »und ob sie zwar daselbst eine abschlägliche Antwort erhalten und daraus genugsam ansehen könnten, dass der König selbst dieses Unternehmen missbillige, so hätten sie doch gleichwohl sich weiter unternommen u. s. w. Der Rath in Cöln berief sich, wie er seither stets gethan, auf sein althergebrachtes Recht. Botenwechsel, schreibt er an den Kaiser, finde nicht statt, sondern die Boten ritten einerseits nach Frankfurt, andererseits nach Mastricht, und wenn dies nicht gestattet sei, so müsse das Botenwerk aufhören, trotzdem die Kaiser es in allen Patenten gestattet hätten. Es ergingen hierauf zwei Reichshofrathsbeschlüsse vom 1. und 18. März 1732, worin die Schärfe der früheren Beschlüsse bedeutend abgeschwächt war. Den taxis'schen »Postmeistern und Subalternen« wurde darin befohlen, das cölner Botenwerk nicht zu stören, voraus-

*) Maseik hiess diese Stadt damals.

gesetzt, dass es in den gehörigen Schranken sich bewege. Auch ernannte der Kaiser eine Hofcommission zu gütlichem Vergleich und befahl den 4 rheinischen Kurfürsten und dem Grafen von Kirchberg, den Pferdewechsel der städtischen Boten auf ihren Gebieten zu gestatten, die Boten an »verschlossenen Orten und Wassern« auf gegebenes Zeichen, »jedoch ohne Posthorn,« durchzulassen und ihnen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Taxis'scher Seits wurde dagegen eine »Replik«, kölnischer Seits eine »Reparitionsanzeige« dem Kaiser übergeben, Letzterer aber »kommunicirte« beide Schriften einander »ad notitiam«.

Einige Jahre darauf wurden die Boten unterwegs angehalten, und die Briefpackete geöffnet und untersucht. Die kurfürstlichen Behörden hielten dies für das einzige Mittel, »den bisher vermutheten Unterschleif zu entdecken und abzustellen. Die Stadt Cöln strengte hiergegen eine »Attentatenklage« beim Reichshofrathe an, und Letzterer beschloss am 3. März 1746: Weil den Boten lediglich Briefe nach Frankfurt und nach Mastricht zu befördern erlaubt sei, dieselben aber auch Briefe nach Italien, Frankreich, Spanien, England, Holland u. A. befördert hätten, so sei die »Attentatenklage« zu verwerfen. Die Eröffnung und Untersuchung der Briefpackete sei als das einzige Controlmittel zulässig, die von Taxis gebrauchte »Vorsicht und Behutsamkeit« wurde belobt mit der Bemerkung, Pferdewechsel für die Folge den städtischen Boten nur dann zu gestatten, »wenn den Pferden unterwegs ein Unglück zustiesse, oder es die Noth sonst erfordere.« Abschrift dieses Beschlusses wurde den 4 Kurfürsten und dem Grafen Kirchberg übersandt mit der Aufforderung, gegen die »Zuwiderhandlungen« städtischer Boten mit Schärfe zu verfahren.

Selbstverständlich beruhigten sich die betheiligten Städte nicht dabei. Cöln beschwerte sich beim Reichstag in Regensburg und erklärte in einer langen »Deduction«, der Reichshofrathsbeschluss sei von Taxis erschlichen und bat, den »unschuldigen Briefwechsel« mit den Hansa- und Handelsstädten zu erlauben und zu schützen. Die Botenämter in Frankfurt einerseits und Amsterdam, Leyden, Dordrecht und Utrecht andererseits hatten das Recht nach »vielhundertjährigem Reichsherkommen«, mit Mann und Pferd umwechseln zu dürfen. In Frankfurt und in Mastricht sei die Unterstellung frischer Pferde zur Rückreise nothwendig, auch trügen die Boten keine Posthörner, sondern stracke Hörner und hätten von jeher die sämmtliche holländische Correspondenz hin und zurück besorgt. Ferner wird die Bitte ausgesprochen, Taxis ernstlich zu gebieten, diese Rechte ungeschmälert zu lassen und sich des widerrechtlichen

Aufreissens der Briefpackete unter Strafe zu enthalten. Dagegen erklärt der Rath es für statthaft, dass auf Vorschlag des kaiserl. Commissars, Grafen von Manderscheid, verdächtige Briefpackete von »deren Boten ordentlicher Obrigkeit« geöffnet werden dürfen. Was die Aenderungen betreffe, so sei das Botenamt von Rurmond 4 Meilen weiter nach Mastricht verlegt worden und infolge dessen seien zwischen Cöln und Holland 4, zwischen Cöln und Frankfurt 11 Leute und Pferde eingestellt worden. Zwischen Cöln und Mastricht finde Pferdewechsel in Linnich, zwischen Cöln und Frankfurt ein solcher in Weyerbusch statt »als das einzige Mittel, die kölnischen und frankfurter Briefe zu gehöriger Zeit in und aus Holland zu bringen.« Was die Rechtmässigkeit anbelange, so habe man schon lange vor 1615, noch ehe man an Taxis gedacht, den Gebrauch der Strassen gehabt auf Antorf (Antwerpen), Ryssel, Hamburg, nach Frankfurt über den Westerwald, sodann über Wesel nach Holland, habe auch von jeher mit Pferden umgewechselt und Posthörner getragen. Die Stadt Frankfurt habe seit »undenklichen Zeiten« das Recht, die holländischen Briefe zweimal wöchentlich nach Cöln zu senden und sie dort dem kölnischen Boten zu übergeben und in gleichem Rechte befinde sich die Stadt Cöln u. s. f. (Aus dem Weiteren geht hervor, dass die Boten den Weg von und nach Cöln in je 3 Tagen ritten und in Frankfurt 34stündige Ruhezeit hatten u. s. w. Auch trugen die Frankfurter Boten der »Rechney« Pass, Livrée, Schild und Wappen.)

Dies war eine der letzten Zurückweisungen, denn in Frankfurt änderte sich bald die Sachlage. Taxis hatte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewaltige Verbesserungen eingeführt und die Verkehrsmittel bedeutend vervielfacht, wie aus der weiter unten folgenden Zusammenstellung der Postrouten zu Anfang, Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts zu ersehen ist. Der Fürst hatte ferner mit der Stadt umfangreiche Verhandlungen geführt, das Palais auf der grossen Eschenheimergasse (zuletzt Sitz des Bundestags) gebaut und Frankfurt zum Sitz seines Hofstaats erwählt (wovon weiter unten ausführlich die Rede sein wird).

Nur eine Beschwerde der Johann Matthäi von Heyden Wittwe vom 31. März 1731 sei noch erwähnt. Die Boten kamen um diese Zeit öfters einige Stunden später an, weil der kurtrierische Ober-Amtmann von Hohenfeld ihnen die Passage in den kurtrierischen Orten Elz, Walmerod, Dietkirchen, Ober- und Niederselters versperren liess und die Boten mit Arrest bedrohte. Durch Beschwerde an den Kurfürst wurde diesem Uebel abgeholfen.

Des langen Haders müde, entschloss sich der Rath hauptsäch-

lich in Anbetracht, »dass das kaiserliche Postwesen durch grosse Verbesserungen und Anlegung neuer Poststellen eine vollständigere Verfassung bekommen, die Briefe auch viel richtiger als in vorigen Zeiten bestellt werden,« der Rath auch keine Lust hatte, in den weiteren Process zwischen Taxis und Cöln sich verwickeln zu lassen, einen Vertrag, welchen am 4. Februar 1749 der Botenmeister Johann Philipp von Heyden mit dem Fürsten von Thurn und Taxis abgeschlossen hatte, zu genehmigen. Nach vorhergegangener Anfrage bei der Schwesterstadt Nürnberg wurde der in freundnachbarlicher Weise ertheilte Rath befolgt, das Recht auf die städtische Post nach Aussterben der Familie von Heyden zu wahren und dieser Familie der Consens ertheilt (28. Mai 1749). Heyden trat darauf das Botenwerk an Taxis »gegen Erhaltung einer ansehnlichen Summe Geldes« ab, »also dass,« wie ein Zeitgenosse schreibt, »dies von altershero zwischen Cöln und Frankfurt in Uebung gewesene reitende Botenwerk, so unter den übrigen besonders allhie am längsten gedauert hatte, nunmehr völlig eingegangen ist und man von dessen wirklichen Gebrauche Nichts mehr weiss.«



VI.

Die hessen-cassel'sche Post im Hainerhof
1658—1808.

Auf einer sehr entwickelten Stufe stand im 16. und 17. Jahrhundert das Postwesen der Landgrafen von Hessen. Einer hessischen Post geschieht bereits im ersten Kapitel Erwähnung. Landgraf Philipp der Grossmüthige legte eine reitende Post von Cassel nach Speyer während der Dauer des dortigen Reichstags an (1544), und der ungehinderte Durchzug dieser Post durch Frankfurt a. M. ward ihm vom Rathe bereitwillig genehmigt. Es ist zu bedauern, dass nur wenig die hessische Post betreffende Handschriften und Urkunden vorhanden sind. Matthias erzählt in seinem Werke (Posten und Postregale 1828), dass ein vor 1806 wegen Unterschlagung und Bücherfälschung entlassener preussischer Postbeamter durch geheime Empfehlung bei der königlich westphälischen Postbehörde des Königs Jérôme in Cassel Anstellung erhielt. Dieser Ehrenmann habe in der richtigen Voraussetzung, dass die Acten in Bezug auf die Neugestaltung der Dinge doch nichts nützten, zumal seine Vorgesetzten weder Deutsch lesen konnten, noch lernen mochten, und sodann auch, um mehr Raum in den Geschäftszimmern zu gewinnen, die Acten, Urkunden und Handschriften kurzer Hand verkauft und den Erlös in die Tasche gesteckt. Man nannte dies damals Purificationssystem.

Hessen-Cassel (das spätere Kurhessen) gehörte zu jenen nord-deutschen Staaten, welche das taxis'sche Postregal nicht anerkannten. Erst im Jahre 1816 wurden die Einkünfte der hessischen Post aus Zweckmässigkeits- und Nützlichkeitsgründen an Taxis pachtweise überlassen. Ebenso wie die Landgrafen von Hessen sowohl im schmalkaldischen als im 30jährigen Krieg eifrige Vorkämpfer der protestantischen Sache und mit Schweden, Brandenburg, Braunschweig u. A. eng verbunden waren, so unterhielten sie auch im Postverkehr mit jenen gut nachbarliche Freundschaft. Als der Herzog Georg von Lüneburg am 17. November 1641 dem Röttger Hinüber

die Erlaubniss zur Anlegung reitender Posten von Cassel nach Bremen gegeben hatte, gestattete auch die Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen am 4. Juli 1642 die Ausdehnung dieser Post durch ihr Gebiet bis Frankfurt. Taxis bemächtigte sich indessen dieses Kurses zufolge Machtspruchs des Kaisers, weil bereits der kaiserliche Postmeister von den Birghden im Jahre 1616 das Durchzugsrecht einer Post durch hessische und braunschweigische Lande erlangt habe, und setzte in Cassel, Braunschweig u. a. O. taxis'sche Postmeister ein.

Die taxis'sche Post in hessischen und braunschweigischen Landen bestand nur einige Jahre. Zu Anfang 1658 fand in Hildesheim eine Uebereinkunft zwischen Schweden, Brandenburg, Braunschweig und Hessen-Cassel statt, in welcher diese Mächte beschlossen, das Postwesen in ihren Gebieten in Selbstbetrieb zu nehmen und sich gegenseitig in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Hessen dehnte seine Post bis Frankfurt a. M. aus. Während man nämlich daselbst mit den Vorbereitungen zur Wahl und Krönung Kaiser Leopolds I. beschäftigt war, erschienen am 24. März 1658 im Römer bei den Deputirten des Rathes: Otto Wittens, braunschweigischer, und Badenhäuser und von Dörnberg, hessische Gesandte. Nach Austausch der damals üblichen Höflichkeitsformen hielten diese Herren Vortrag, ihre Regierungen hätten beschlossen, »des Kurfürsten von Brandenburg Exempel nachzugehen« und kraft ihres Territorialrechts eigene Postwesen, »so wie es in den Reichsstädten von Alters Herkommen,« einzurichten. Die Posten würden bis Frankfurt ausgedehnt werden. Die Deputirten nahmen diese Mittheilung vorerst »ad referendum«. Es wurde dem Schöff Erasmus Seifert und dem Syndicus Kupferschmidt der Auftrag ertheilt, die »Difficultät und Ungelegenheiten« der Stadt zu schildern, aber Wittens stellte der Stadt kurzer Hand eine Bedenkzeit von 3 Wochen. Ein in hessische Livrée gekleideter Kurier traf auch bereits regelmässig ein, obgleich den Gesandten der Beschluss des Schöffensraths vom 15. April 1658 mitgetheilt war, dass sich die Stadt auf das »proponirte Botenwerk« nicht einlassen könne. Während der Krönungsfeier liess man diese Angelegenheit auf sich beruhen, da ja auch jeder andere Gesandte durch eigene Kuriere mit seinem Heimathland in Verbindung stand, aber wenige Monate darauf entbrannten die Streitigkeiten.

Am 26. Januar 1659 entfernte der Landgraf von Hessen den taxis'schen Postmeister Parwein in Cassel vom Amte »wegen unmanierlichen Betragens«, beschwerte sich gegen Taxis beim Reichshofrathe wegen ungewöhnlicher Erhöhung des Briefportos und will-

kürlicher Veränderung der Postkurse. Andererseits hatte Taxis wenige Tage vorher dem Kaiser Mittheilung von der Convention in Hildesheim gemacht und ihn gebeten, an die betheiligten Fürsten »poenaliter zu rescribiren, alle solche Posten zu cassiren und abzuschaffen.«

Der Kaiser befahl am 27. Januar 1659 dem Landgrafen von Hessen, das taxis'sche Postwesen unangefochten zu lassen und sich innerhalb zweier Monate wegen seines Verfahrens gegen Parwein zu rechtfertigen. Eine Antwort des Landgrafen erfolgte nicht und die Aufforderung des Kaisers wurde am 22. Februar wiederholt. Nunmehr antwortete Landgraf Wilhelm am 9. April in einem Schreiben, welches hier in seinem Wortlaut folgen soll:

»Allerdurchlauchtigster etc.

Allergnädigster Herr! Ab Eur Kayserl. Majest. an mich sub dato Wien den 27. Januar nechsthin allergnädigst abgelassenen und den 22. dieses jüngst abgewichenen Monats Februar st. vet. mir wohl gelieferten Schreiben, und dem Beyschluss, habe ich in allerunterthänigstem Respect und Gehorsam ersehen, welchergestalt bey Eur Kayserl. Majest. Dero Erb-General-Postmeister im Reich und den Niederlanden, der Wohlgebohrne Lamoral Claudius Franciscus Graf zu Thurn, Valsassina und Taxis, wieder mich von deswegen sich beschweret, dass ich wegen des hiesigen Postverwalters, Bernhard Parweins, und der Seinigen unmanierlichen Betragens und ungewöhnlichen hohen Briefports eine Aenderung bei solchem Postwesen vorzunehmen bedacht seye, und demnach Eur Kayserl. Majestät um nothdürftige Kayserliche Vorsehung in Unterthänigkeit ersucht, dieselbe mir auch darauf allergnädigst anbefohlen, meinen Bericht, worinne die gegen besagten Postverwaltern führende Beschwerden eigentlich bestehen, innerhalb den nächsten zwei Monaten nach Ueberantwortung vorerwehnter Dero Schreibens einzuschicken, und inmittelst dem angestellten Postwesen seinen Lauff zu lassen.

Nun soll Eur Kayserl. Majest. ich darauf in allerunterthänigstem Gehorsam nicht verhalten, wie dass wir zwar nicht ohne dass gegen dem hiesigen Postverwalter Parwein so lange wegen allzuübereimässigen Briefports als andern unmanierlichen Betragens von Ein- und Ausländischen eine geraume Zeithero verschiedene schwere Klagen einkommen; es ist aber an deme, dass allbereits, vor Einlangung obberührten Eur Kayserl. Majest. Schreibens zwischen meinen hiezu verordneten Bedienten und mehrerwähnten Postverwalter Parwein

wegen Abstellung solcher Gebrechen gütliche Unterredung gepflogen und nachgehends nach reifer Erwägung der Umstände, sowohl des Briefports als anderer Anstalten halber gewisse Verordnung gemacht worden, welche er, Parwein, auch selbst in der Billigkeit nicht ungemäss erachtet, auch dasselbe sobald Graf Taxis schriftlich zu erkennen geben.

Nachdem nun dadurch der Reichspostlauf durch meine Lande nach wie vor weniger nicht unverhinderlich gelassen, als denen dabey eingerissenen Gebrechen abgeholfen wird, ich auch keineswegs zweifle, Graf Taxis werde es dabei, als zur Beförderung der Reichspost nicht wenig zureichlich bewenden lassen, so achte ich überflüssig, Euer Kayserl. Majestät mit Einschickung des von mir allergnädigst erfordernten Berichts zu behelligen, sondern ersuche dieselbe in allerunterthänigstem Gehorsam, Sie wollen allergnädigst geruhen, im Fall bei Ihro Maj. Graf Taxis wider Zuversicht diesfalls gegen mich ferner einkommen sollte, denselben an die mit dem Postverwalter allhier insoweit eingerichtete Anstalt zu verweisen.

Zu Eur Kayserl. Majest. getröste ich mich dessen allerunterthänigst und thue dieselbe der göttlichen Vorsorge, zu langwürriger guter Gesundheit, Fried- und Siegreicher Regierung und allen höchst gesegneten Kayserlichen Wohlstand treulichst Dero beharrlichen Kayserlichen Hulden und Gnaden aber mich allerunterthänigst empfehlen.

Datum Cassel den 9. April 1659.

Euer Kayserl. Majestät

allerunterthänigster und treu-gehorsamster
Fürst und Diener

Wilhelm.

An die Stadt Frankfurt erging am 29. April 1659 ein kaiserliches Verbot, ausser allen Nebenposten auch ein hessisches Postamt zu dulden. Der hessische Bote traf jedoch nach wie vor regelmässig ein und stieg im Maulbeerhof in der Töngesgasse ab, bis am 8. Juni 1660 der kaiserliche Postmeister Johann Wetzels die Anzeige machte, dass ein Marburger Bote »in hochstrafbarer Kühnheit« Briefe in Frankfurt sammle und austrage und den Rath ersuchte, diesen Boten in Haft zu bringen. Man fahndete auf den Boten, verhaftete ihn noch selbigen Tags und unterwarf ihn einem Verhör. Er nannte sich Friedrich Herdes aus Braunschweig. Ferner sagte er aus, er stehe in

Diensten des Postmeisters Bödecker in Cassel, und dieser »dependire von einem Postmeister in Hildesheim, Namens Rüttger Hinüber, »so vor der Zeit daselbst in E. E. Rath's Weinkeller Schenk gewesen.« Nach einigen weiteren Fragen wurde der Bote unter dem Versprechen seiner Haft entlassen, Kaufmannsbriefe und Privatschreiben in Frankfurt nicht zu sammeln, sondern nur Briefe an und von hessischen und braunschweigischen Gesandten mit sich zu führen und seinen Weg ohne Aufenthalt direct auf Cassel zu nehmen.

Die nächste Folge dieser Verhaftung war, dass die verbündeten Fürsten ihren Boten Legimationscheine und Geleitsbriefe folgenden Inhalts mitgaben:

»Von G. G. Wir Augustus, Christian Ludwig und Georg Wilhelm Gebrüder und Vettern, Hertzogen zu Braunschweig-Lüneburg Ersuchen hiermit einen Jeden nach Standesgebühr, man wolle Vorzeigern diesses unsern und unsern angehörigen, bey sich habenten Sachen, Paggetten und Brieffen nacher Franckfurt aller Endts frey, sicher und unaufgehalten passiren und repassiren lassen und Ihnen zu seiner Bestellung umb unsertwillen allen befordersamen guten Willen erweisen, Solches seynd wir uff begebende Fälle in Gebühr zu erkennen erbietig. Zu Uhrkundt haben wir dissien Pass mit eignen Handen unterschrieben und unsern fürstlichen Secreten bekräftigen lassen.

Geben 21. September 1660.

Augustus H. z. Bschg. — Christian Ludwig. —

(L. S.)

(L. S.)

Georg Wilhelm.

(L. S.)«

Einen gleichlautenden Pass stellte Landgraf Wilhelm von Hessen aus (Cassel, 16. October 1660) für seine reitende Boten zwischen Marburg und Frankfurt.

Als weitere Repressalie für die Verfolgungen, denen die hessischen Boten in Frankfurt ausgesetzt waren, verweigerten nunmehr die verbündeten Fürsten den Durchgang taxis'scher Posten nach dem Norden. Der taxis'sche Postmeister Wetzels versuchte es, die Briefe nach Hamburg über Cöln zu leiten, aber vergebens, denn dieselben mussten von dort aus ebenfalls braunschweigisches Gebiet bei Nienburg und Celle berühren. Gegen Hamburg selbst, den dortigen brandenburgischen Botenmeister Dietrich Gerbrandt, führte Taxis am kaiserlichen Hofe Klage, ebenso wie gegen die nordischen Fürsten, erlitt

aber nicht nur jene bekannten energischen Zurückweisungen Seitens der Kurfürsten von Brandenburg und Braunschweig (17. Juni 1662), sondern der braunschweigische Postmeister Hinüber errichtete sogar eine ordinari Post zwischen Frankfurt und Hamburg (1662). Man stieg in Frankfurt ein im goldnen Löwen (jetzt württembergischer Hof in der Fahrgasse), in Friedberg im Schwanen, in Butzbach im Hirschen, in Giessen im wilden Mann, in Marburg bei Michael Weymar, in Cassel bei Reinhard Bödecker. Nach der gedruckten Postordnung im frankfurter Stadtarchiv ging diese Post ab alle Donnerstag Mittag, und zahlte die Person nach Friedberg 1 Thaler, Butzbach und Giessen je 1¹/₂, Marburg 2, Wildungen 3, Cassel 4 u. s. f. Gleichzeitig richtete auch Hinüber eine Post nach Nürnberg ein und machte mit den dortigen Boten einen Pact. Nürnberg und Frankfurt tauschten wegen dieser Angelegenheit, so wie es in früheren Zeiten der Fall gewesen war, die Meinungen aus.

Am 1. September 1663 erschien ein Erlass Kaiser Leopolds I. an die Stadt Frankfurt, die Post und Boten des Rüttger Hinüber »niederzuwerfen«. Gleichzeitig machte Postmeister Wetzels die Anzeige, der hessische reitende Bote kehre nach wie vor im Maulbeerhofe ein. Im Senat ward darauf beschlossen, dem Wirth in gedachtem Gasthaus bei »arbitrarischer Bestrafung« zu verbieten, den hessischen Boten zu beherbergen und Briefe für ihn zu sammeln und auszutheilen. Auch wurde von diesem Senatsbeschluss der hessische Resident Badenhausen in Kenntniss gesetzt, und des Boten Pferd und Wagen im goldnen Löwen mit Arrest belegt. Die hessischen Boten umgingen dies Verbot und sammelten nunmehr die Briefe in dem dem Maulbeerhof gegenüber liegenden »Losament« des Herrn Badenhausen in der Töngesgasse. Die damalige Regentin von Hessen, Landgräfin Hedwig Sophia, erliess auch dieserhalb (22. November 1663) ein Schreiben an den Rath in Frankfurt. Es heisst darin, der taxis'sche Postmeister habe sich unterstanden, ihre Boten am Einsammeln der Briefe zu hindern. Der Regierungsrath Badenhausen habe ihr dies gemeldet. Sie zweifle nicht, dass der Rath das Vorgehen des Postmeisters Wetzels in »Consideration« ziehen werde und die gut nachbarliche »Correspondenz und Commerz« zu unterhalten geneigt sei. Die Landgräfin nennt sich in diesem Briefe: »Von Gottes Gnaden Hedwig Sophia geboren aus churfürstlichem Stamb der Markgrafen von Brandenburg, zu Magdeburg in Preussen, zu Jülich, Cleve, Berg, Stettin, Pommern Herzogin, Landgräfin zu Hessen, Fürstin zu Halberstadt, Minden, Hersfeld, Gräfin von Catzenelnbogen, Ziegenhain, Diez, Nidda, Schaumburg, der Mark und Ravensberg

Fürstin von Ravenstein Wittib, Vormünderin und Regentin, und ihr Trauersiegel zeigt das Allianzwappen Hessen und Brandenburgs.«

Schärfer ist der Inhalt eines Collectivschreibens der Herzöge August, Christian Ludwig, Georg Wilhelm von Braunschweig und der Landgräfin Hedwig Sophia vom 22. November 1663 an den Rath. Der Brief ist von allen vier Fürstlichkeiten eigenhändig unterzeichnet und mit ihren vier Siegeln verschlossen. Es heisst darin:

»Wir vernehmen zu nicht geringer Befremdung, dass der taxis'sche Postmeister sich nicht entblödet, unsere Post für eine Hinüber'sche auszugeben und unsere zu besserer Commodität des reisenden Mannes angeordnete in Frankfurt ankommende und abgehende Calesche sammt Pferd und Wagen in Arrest zu legen.

Nun lassen Wir zwar vorberührtes Kayserliches Schreiben in seinem hohen Wehrt und respect billig beruhen — versehen Uns aber zu euch und erinnern hiermit wohlmeinend, Ihr wollt euch durch des dortigen Taxis'schen Postmeisters unbefugtes Nachsuchen zu einem Widrigen nicht bewegen lassen, widrigenfalls wir solches als Aufhebung der verkehrlichen Correspondenz und commerzien aufnehmen und hinwiederumb nicht geübrigt sein können, gegen die turbanten und Angehörige, so unsere Lande berühren, Gegenmittel zu ergreifen etc.

Augustus, Christian Ludwig. Georg Wilhelm.

H. z. B.

Hedwig Sophia.«

Mehrere Jahre hindurch kamen der hessische reitende Bote und die Postcalesche unangefochten in Frankfurt an. Erst im Jahre 1669, als Taxis es versuchte, durch Concurrenz mit der hessischen Post nach dem Norden durchzudringen, begann der Streit von Neuem. Der taxis'sche (oder kaiserliche) Postmeister Wetzels richtete eilende Postwagen nach dem Norden ein und vermehrte den Pferdebestand um ein Beträchtliches, auch übergab er dem Rath durch den Notar Ziegler (21. Juli 1669) ein kaiserliches Rescript vom 14. d. M. mit dem Ersuchen, die hessische Post im Maulbeerhof und die Pariser Post des maître de coches im Goldnen Engel*) in ihrem Treiben zu hindern. Die taxis'sche Schnellpost kam indessen nur bis Marburg, denn dort nahm der dortige hessische Postmeister Chr. Clemens dem

* Von dieser Post ist Cap. VII. die Rede.

kaiserlichen Postmeister H. D. Matthäi sämtliche Postsachen gegen Quittung ab. Landgräfin Hedwig Sophia verwarnte auch den Rath, die hessische Post zu belästigen, und der Rath fasste 9. August 1669 den sachgemässen Beschluss, in dem Streit zwischen Taxis und Hessen neutral zu bleiben und den Kaiser zu bitten, die Stadt Frankfurt in diesem Streit aus dem Spiele lassen zu wollen. Er sandte ferner den Schöffen Syndicus Lersner und Stenglin nach Mainz zum Kurfürsten als dem Protector des kaiserlichen Postwesens, und gab dem Agenten der Stadt Frankfurt in Wien, Praun, die Instruction, am kaiserlichen Hofe dahin zu wirken, dass Taxis nicht stets gegen die Stadt Frankfurt kaiserliche Verbote erwirke, sondern dass »höhere Stände, deren territoria als loca intermedia von dem hessischen Postwesen berührt würden, zu einer Remedirung« veranlasst werden möchten. An den Kaiser selbst schrieb die Stadt (11. September 1669) und drückte ihre Verwunderung aus, dass Taxis gegen sie geklagt, da der Graf doch vor kurzer Zeit auf der Durchreise »allergute Zuneigung« habe vermerken lassen und man nicht begreife, »wie schnell sich das geändert.« Seine Schuldigkeit, schreibt der Rath, habe er gethan dadurch, dass er das kaiserliche Patent vom 29. April 1659 habe öffentlich anschlagen lassen, sei aber nicht in der Lage, den Reichsfürsten das Eintreffen deren Boten zu untersagen. Schliesslich bittet der Rath den Kaiser, das von Taxis gegen Frankfurt ausgewirkte Rescript zu cassiren.

Die traurigen Zustände im heiligen römischen Reich deutscher Nation und die Ohnmacht des Kaisers offenbarten sich nun in vollem Lichte. Die Stadt Frankfurt, ausser Stande, den Drohungen der nordischen Fürsten Trotz bieten zu können, noch weniger Willens dem Kaiser ungehorsam zu erscheinen, liess nun die von beiden Seiten einlaufenden heftigen Drohungen, scharfen Befehle, unverdienten Strafen u. s. w. ruhig über sich ergehen, und der Kaiser, zu ohnmächtig, die verbündeten Fürsten mit Gewalt zum Gehorsam zu bringen, verlegte sich aufs Handeln. Er sandte den Freiherrn von Walderdorff nach Cassel. Auch der Postmeister Wetzel in Frankfurt schloss sich dieser Mission an, nachdem er geprahlt, dem hessischen Postwesen »fast aller Orten« ebenso wie in Frankfurt bald ein Ende zu machen. Kaiserlicher Seits schlug man vor, dass die Fürsten je 3 oder 4 Leute zu Postmeistern präsentiren sollten u. s. f. Aber die Mission endete »unfruchtbar«, und die Stadt Frankfurt erntete davon ein Strafmandat des Kaisers »wegen Ungehorsams und Abbruch des Postregals« im Betrage von 100 Mark löthigen Goldes und anderseits einen Drohbrief der vier verbündeten Fürsten von Braunschweig und Hessen.

In letzterem Schreiben (22. September 1669), welches von allen vier Fürsten, ebenso wie das obenerwähnte, unterzeichnet, und wieder mit 4 Siegeln verschlossen ist, heisst es, man habe an dem Gebahren des Postmeisters Wetzels keinen Gefallen gefunden. Die Stadt Frankfurt möge sich nicht gelüsten lassen, die hessische Post zu belästigen, »habens Euch zur Nachricht und Warnung nicht verhalten wollen und verbleiben etc.«

Weit grösseres Bedrängniss drohte der Stadt vom Kaiser. Der Agent Praun in Wien theilte bereits am 28. April 1670 dem Rathe mit, dass Massregeln im Anzuge seien und schliesst seinen Brief mit den Worten: »Allhie stehet es nun umb die Evangelische, sonderlich in Religionssachen, gefährlich.« Am 2. Mai 1670 traf denn auch ein Reichshofrathsprotocoll »in specie Taxis contra Frankfurt« ein. Nachdem Taxis um ein »mandatum poenale centum marcarum auri« gebeten, heisst es darin, sei der Reichshofrath der Ansicht, dass die Stadt Frankfurt den kaiserlichen Postpatenten »nachleben« solle bei Vermeidung der angedrohten Strafe. Die Stadt Frankfurt sei am Besten in der Lage, durch Schliessen ihrer Stadtthore die hessischen Posten zu hemmen und aufzuhalten. Obgleich man nun in Frankfurt der Ansicht war, dass diese Beweisführung nicht zutreffend sei und die Postakten sämtlichen Rechtsgelehrten in der Stadt zu »fleissiger Durchgehung« übergab, so wurde doch die Verhängung scharfer Massregeln von Seiten des Kaisers zur Gewissheit, als am 7. Mai ein Schreiben Leopolds eintraf. Der Kaiser sagte darin, dass mit den Eingriffen ins kaiserliche Postregal immerfort »fürsetzlich« verfahren werde und fährt fort:

»Als ist Unser ernster Befehl hiemit, dass Ihr ohne fernere Einred und Verzug dem Kaiserlichen Rescript alles seines Inhalts wirklich nachlebt und was den Kays. Patenten entgegen abschaffet, und, dass solches geschehen, an Unsern Kayserl. Hof innerhalb der nechsten Zweyen Monaten glaublich beibringt bei Vermeidung der in den Patenten festgesetzten Straf dazu eine Pön von 50 Mark löthigen Goldes etc.

Geben in unserer Stadt Wien am 17. Mai 1670.«

Der Rath erliess darauf eine gedruckte Bekanntmachung an die Bürger, 28. Juli 1670, ihre Briefe nur zur kaiserlichen oder zur städtischen Post aufzugeben, wandte sich auch an den Grafen Taxis mit der Bitte, bei Hofe Verwendung zu thun, damit die Stadt der Strafe überhoben werde, und berichtete an den Kaiser.

»Wehmüthig und mit Befremden,« schreibt der Rath, habe er das kaiserliche Schreiben empfangen. Es sei sonderbar, dass Graf

Taxis während seines Aufenthalts in Frankfurt am Wahltage Nichts von einer Klage gegen Frankfurt erwähnt habe. Es würde sich zeigen, wer die Urheber der Anklage seien. Wolle man dem taxischen Postamt einmal eine Rechnung abverlangen, so würde man sehen, dass Taxis »einen stattlichen nervum baaren Geldes aus hiesiger Burgerschaft und Stadt« ziehe. Ferner sei es befremdlich, dass die Stadt in den Streit des Grafen Taxis mit Hessen eingeflochten werde, da sie ja die hessischen Posten oft »scharf und bedrohlich inhibirt« habe. Wenn nun die fürstlichen Häuser nicht gehindert würden, in ihren Gebieten eigne Posten zu halten, »so sind wir vor Gott und der Welt entschuldigt, wenn wir die Unsern nicht vermeiden können. Ihro Kays. Majestät mögen wir hierauf allerunterthänigst nit verhalten, dass uns sehr leid ist, bei E. K. M. uns einer solchen Ursach willen angetragen und verklagt zu sehn, deren wir nit allein ganz unschuldig, sondern auch so viel nach allen möglichsten Fleisses fürgekehrt haben.« Der Kaiser wird gebeten, den anderen Reichsständen, durch deren Gebiet die hessische Post fahre, das Verbot zugehen zu lassen, z. B. Kurmainz, Hanau, Waldeck, Solms und der freien Stadt Friedberg. Was die Zumuthung betreffe, das Postfelleisen in Marburg den hessischen Posten abzunehmen, so leide diese an »vitio absurditatis, da uns solches gar nichts angehet.« »Schliesslichen, Allergnädigster Kayser und Herr, seynd wir glaubwürdig berichtet, dass dieses gantze bei dem Postwesen entstandene Unheil, ursprünglich allein dahero rühre, dass die nachgesetzte Postmeister sich mit den Fürstlichen Häusern verunwilligt, ihre charges zu hoch extendiret, unter Ew. Kays. May. allerhöchstgeehrtestem Nahmen allerhand praerogativen exemtiren und Freyheiten praetendiren etc.« Zuletzt berichtet die Stadt, dass Niemand anderswohin seine Briefe geben solle, als auf die kaiserliche oder die städtische (cölner) Post*) und dass sie die Landgräfin von Hessen ersucht habe, ihre Post in Frankfurt aufzuheben (28. Juli 1670).

Das hatte auch die Stadt Frankfurt gethan, sie hatte die Landgräfin Hedwig Sophia höflich aufgefordert, ihre Post in Frankfurt aufzuheben, aber die Landgräfin und die Herzoge von Braunschweig erwiderten minder höflich, sie machten »communem causam« und verübten unterm 5. Juli 1670 ein Schreiben an die Stadt in folgenden »terminis« :

»Was an die Landgräfin zu Hessen ihr wegen des im Postwesen an euch den 7. Mai jüngsthin ergangenen Kayserl.

* S. Capitel V.

Rescripti den 14. nechst abgewichenen Monats Junii in Schreiben habt gelangen lassen, dessen werdet ihr euch zweifelsohne wohl erinnern.

Nun nehmen Wir in dieser Sache einerlei Interesse und sind nicht gesinnt, dasselbe abzuschaffen, das Wir zur Fortbringung Unserer und der Unsrigen Briefen hergebrachter und befugter Massen angeordnet, Wir wollen Uns auch versehen, dass Ihr Euch dasjenige, was Graf Taxis hierunter expracticiret, zu widrigem Beginnen nicht werdet bewegen lassen, zumahlen Wir bis dahin der Gebühr nicht gehört, Ihre Kayserliche Majestät auch noch in erlittenem Jahr eine besondere Absckung an Uns gethan haben, um zu versuchen, ob diese Sache durch gütliche Handlung in gewissen Stand gesetzt werden möchte, welche aber deswegen nicht zulangen können, weil man uns gar zu verfängliche conditiones vorgeschlagen.

Dafern ihr nun bei solcher Bewanntniss, über bessere Zuversicht, gegen Unsere, der Landgräfin, bei euch subsistirende und abgehende Postbediente einige Execution verhängen werdet, so können Wir solches anderst nicht, als für eine Zunöthigung aufnehmen, und werden zu Handhabung Unserer Fürstlichen Hoheit auch Gerechtsame die erlaubten Gegenmittel nicht weniger wider euch und die eurige, als die Taxis'sche Postbediente an Hand zu nehmen gemüssigt, da ihr dann den Schaden euch selbst zu imputiren haben werdet. Wir wollen jedoch euch ein Besseres zutrauen, und dass ihr vielmehr euch angelegen sein lassen werdet, die vom Graf Taxis per sub- et obreptionem erhaltene und euch anbefohlene Execution vermittelst Einwendung der euch diesfalls zustehenden Einreden gehörigen Orts zu decliniren, sein auch des gnädigsten Erbietens, falls alsdann der Graf Taxis nicht in Ruhe stehen, sondern mit Expracticirung schärferer Processen euch zusetzen sollte, euch die Hand zu bieten und mit uns neben anderen Kur- und Fürsten und Ständen die Nothdurft darwider zu beobachten.«

Gleichzeitig verwarnten* die verbündeten Fürsten den Erzbischof von Mainz (29. Juli 1670) und theilten ihm mit, dass sie keineswegs dulden würden, dass taxis'sche Postillone durch ihre Länder gingen, und dass sie die von ihnen eingerichtete Post von Hamburg nach

Frankfurt aufrecht erhalten würden. Die Stadt Frankfurt wehrte nun auch nach der anderen Seite, und der Rath schrieb dem Kaiser, dass das, was man bei den fürstlichen Häusern nicht erlangen könne, man bei der Stadt Frankfurt durchsetzen wolle, und Hessen-Cassel that einen weiteren Schritt, es verlegte seine Post aus städtischem Bereich in das hessen-cassel'sche Besitzthum in Frankfurt, in den Hainerhof. *)

Lange Zeit nun blieb die hessische Post unbehelligt; erst als im Jahre 1696 ein hessischer Postwagenkurs von Wetzlar über Friedberg nach Frankfurt eingerichtet wurde, erliess Kaiser Leopold abermals ein Gebot an die Stadt Frankfurt, diesen Postwagen nicht zu dulden (7. Mai). Der Rath übersandte das kaiserliche Schreiben dem Landgrafen, aber der hessische Amtmann in Schwalbach, Johann Freiherr von Görz, erwiderte am 1. Juni, »über sothane Fuhre habe sich Niemand mit Fug zu beschweren,« und Landgraf Carl bedankte sich an demselben Tage für die Zusendung der kaiserlichen Botschaft, lehnte aber die Aufhebung dieses Wagenkurses ab. Ein ähnlicher kaiserlicher Erlass, schreibt der Landgraf, sei auch an ihn gelangt, aber dahin beantwortet worden, dass die Postfuhre von ihm im Interesse des Kammergerichts in Wetzlar und der an demselben »litigirenden Partheien« angeordnet worden sei und dass ihm dies Niemand verwehren könne. Solche bestimmte Sprache hatte einige Jahre lang Ruhe zur Folge; erst am 7. Januar 1702 fragte Kaiser Leopold bei der Stadt Frankfurt wieder an. Der Fürst von Taxis, schreibt Leopold, habe ihm angezeigt, dass sein Decret vom 7. Mai weder von der Stadt noch vom Landgrafen befolgt würde; solches habe er »missfällig vernommen« und erwarte nunmehr, dass

*) Der Hainerhof befindet sich auf dem Domplatz am sog. Pfarreisen. In Mitte des Hofes steht ein mittelalterlicher Ziehbrunnen und rechts von diesem auf der Ostseite eine Kapelle. Der ganze Häusercomplex steht an Stelle eines ehemaligen Cisterzienserklosters, welches dem Kloster Haina in Hessen gehörte und deswegen den Namen Hainerhof führte. Im Jahre 1146 hatte Bernhard von Clairvaux in der gegenüberliegenden Salvator-, jetzigen Domkirche den Kreuzzug gepredigt und ihm zu Ehren erbaute man die noch jetzt stehende Capelle. Im Jahre 1240 kauften Friedrich von Marburg und Conrad von Willandesdorf den beim Kirchhof gelegenen Hof (der jetzige Domplatz war früher Kirchhof) »curiam quondam in Frankenvort juxta cimiterium sitam« und vergrösserten ihn durch Ankauf. Das Kloster Haina wurde 1558 säcularisirt und zu einem Spital für Irre sinnige bestimmt, was es heute noch ist. Der Hainerhof blieb Eigenthum des Klosters Haina und war von der Gerichtsbarkeit der Stadt ausgeschlossen. Das Gebäude erhielt später ein modernes Aussehen und diente bis 1808 den hessen-cassel'schen Postmeistern zur Wohnung, in obenerwähnter Capelle war die Postexpedition. In neuerer Zeit war in der Capelle eine Restauration, jetzt beherbergt dieselbe ein Bretterlager.

die Stadt innerhalb zweier Monate bei Vermeidung kaiserlicher Ungnade seinem »Befelch« nachkommen werde. Als der Kaiser einige Zeit später (2. Mai) der Stadt auferlegte, binnen zweier Monate zu berichten, ob diese Landkutsche abgeschafft sei, liess der Rath, da er Gewalt anzuwenden nicht wagte, eine Bekanntmachung drucken, dass sich Niemand als Posthalter ausgeben solle, Niemand seine Briefe irgend wo anders aufgeben solle, als auf dem kaiserlichen Postamt u. s. w., und liess dieses Placat in den namhaftesten Wirthshäusern, sowie am Affenthor und neuen Thor anheften (29. Juli 1704).

Die Einwohnerschaft scheint dieses Verbot wenig geachtet zu haben, Fürst Taxis klagte fortwährend bei Kaiser und Reich, und die hessischen Posten kamen an und gingen ab nach wie vor. Am 21. Mai 1709 erfolgte abermals ein Senatsbeschluss, der in seiner Spitze gegen Hessen-Cassel gerichtet ist, aber das Unvermögen der Stadt deutlich erkennen lässt:

»Demnach von Ihro Kayserl. Majestät vermöge dero ohnlängsthin eingelangten höchst geehrtesten Kayserl. Rescripten Einem hochedlen Rathe dieser der heiligen Reichsstadt Frankfurt am Main allergnädigst anbefohlen worden, die Anordnung zu verfügen, dass zu Aufrechterhaltung dero Allerhöchsten Kaiserlichen Postregals die im Postwesen sich einige Zeit allhier geäusserte und eingerissene Missbräuche, Mängel und Gebrechen abgestellt und abgethan werden mögen; Als wird zu allergehorsamster Befolgung dessen alles obrigkeitlichen Ernstes hiermit anbefohlen, dass die eine Zeit hero in Gang gekommenen Ordinari-Kutschen und Wägen das Briefsammeln allerdings unterlassen, auch diejenige, bei welchen sie logiren, keine Briefe annehmen oder sonst, dass selbige von andern gesammelt werden, zugeben, wie ingleichem der Benahmung Posthalter, Postverwalter, Postmeister und dergleichen Titul sich gänzlich enthalten, die Kutscher, wie nicht weniger die, so Ross auszulehnen haben, keine Posthörner führen, zumahlen bei Ein- und Ausreiten oder Fahren bei hiesiger Stadt nicht blasen oder vor Postreiter oder Postillons sich ausgeben, auch Niemand, ohne Einwilligung des Kayserl. Postamts, mit Abwechselung der Pferde als Post fortführen, ferner die Gastwirthe, dero Hausknechte oder andere Angehörige, für welche die Gastwirth deshalb zu stehen gehalten, die Passagiers, so auf der Post wegzugehen Belieben haben, Niemandem anders, als dem kayserlichen Postamt zuzuweisen, noch übrigens jemand zu Schmählerung höchst-

gedachten Kayserlichen Postregals im geringsten etwas unterfangen solle; Alles bei sonsten erfolgender ohnnachlässiger obrigkeitlichen schweren Bestrafung, davor sich jeder zu hüten wissen wird.

Conclusum in senatu Dienstag 21. Mai 1709.

Wetzlar
Solchergestalt glaubten die Väter der Stadt den kaiserlichen Befehlen Genüge geleistet zu haben, und in der That war eine andere Erledigung schwer denkbar. Der Schutz, welchen Frankfurt vom Kaiser zu erwarten hatte, falls die Stadt Gewalt anwendete, war sehr zweifelhafter Art gegenüber der fest geschlossenen Coalition der nordischen Mächte (Preussen, Braunschweig und Hessen), andererseits musste doch auch der handeltreibenden Bevölkerung an geordneten und regelmässigen Postverbindungen nach dem Norden sehr gelegen sein, und solche bot einzig und allein das hessische Postamt. Die Postanschlüsse wurden im Einverständnisse mit Preussen und Braunschweig so eingerichtet, dass ein ununterbrochener Postenlauf stattfand von »Russland, Schweden, Königsberg, Berlin, Hamburg, Bremen etc. bis Frankfurt a. M. und umgekehrt.«

So oft Hessen-Cassel seine Postcurse vermehrte und neue Postanstalten ausserhalb seines Gebietes anlegte, entstand der Streit von Neuem. Mit dem Fürsten von Taxis liessen sich die Landgrafen gar nicht in Schriftenwechsel ein, und die Reichshofrathsbeschlüsse wurden einfach nicht beachtet. So wurde z. B. im Jahre 1714 der Stadt Wetzlar vom Reichshofrath befohlen, dem Löwenwirth und hessischen Posthalter Lemp, dessen Stiefsöhnen sowie deren Knecht das Befördern von Personen sowie das Führen von Posthörnern zu untersagen, jedoch ohne jeglichen Erfolg.

Im Jahre 1716 legte der Landgraf einen Postwagenkurs von Cassel über Hersfeld nach Fulda an. In Fulda residirte damals ein reichsunmittelbarer Abt, und Taxis nahm Veranlassung, durch seinen Anwalt Kistler beim Reich ein »rescriptum inhibitorium« an den Abt auszuwirken und gleichzeitig dem Landgrafen Gelegenheit zu geben, das kaiserliche Verbot dieses »zu Abbruch und Schmälerung des allerhöchsten Kayserlichen Postregals gereichenden Beginnens« unberücksichtigt zu lassen. Aber Taxis wurde dadurch an das »verwerfliche und anmassliche« Postwesen Hessen-Cassels in Frankfurt erinnert und brachte Veneris (Freitag) 3. Juli 1716 folgende Klagen und »resolutiones« zu Stande:

»Postwesen im Reich, in specie das anmassliche Fürstlich Hessen-Casselische Postwesen in denen Reichsstädten Frankfurt, Friedberg und Wetzlar betreffend

sive: Fürstlich Taxischer Anwalt Kistler sub praesentato
4. Junii ad conclusum de 28. Maji nuperi supplicat
humillime pro clementissime inserenda ex officio decreto
rescripto clausula,

dass der Landgraf zu Hessen-Cassel von denen gemachten
Anstalten, um durch Marburg, Wetzlar, Cöln, Coblenz und
Trier zu gehen, gänzlich abstehen solle, sodann auch dem
Magistrat in oberwähnten Städten zu Frankfurt, Friedberg
und Wetzlar und sonstigen nöthigen Orten, per rescripta
caesarea alles Ernst zu injungiren, denen anmasslichen hessen-
casselischen Posthaltern in ihren Städten und territoriis keine
stationes und Abwechselung der Pferde zu gestatten, sondern
selbige zu dessen Niederlag autoritate caesarea anzuhalten.«

Alles dies blieb erfolglos, ebenso wie eine Beschwerde des
Taxis gegen das Aushängen des hessen-cassel'schen Postschildes in
der freien Reichsstadt Friedberg. Diese »Anmassung« Hessen-Cassels
hatte das kaiserliche Postamt in Frankfurt am Main zur Anzeige
gebracht, und obenerwähnter taxis'scher Anwalt Kistler bat das Reich
»humillime«, den Rath in Friedberg zu veranlassen, »dass derselbe
das ohnlängst affigirte Hessen-Casselische Postschild abnehmen solle.«
Auch Hessen-Cassel hatte beim Reichsgericht seinen Anwalt, von
Praun, welcher ebenfalls »humillime« um einen »terminum bimestrem«
bat. Das Reichskammergericht verfügte:

»rescribatur dem Magistrat der Stadt Friedberg: Ihro Kayser-
liche Majestät hätten missfällig vernommen, wasmassen der-
selbe auf Requisition Dero Kayserlichen Postamts in Frank-
furt am Main das von den anmasslichen Hessen-Casselischen
Posthaltern neuerdings angeschlagene Postschild abzunehmen
angestanden habe; allerhöchst gedachte Ihro Kayserl. Majest.
thäten daher ihm, Stadtmagistrat, hiermit ernstlich und bei
Strafe fünf Mark löthigen Goldes anbefehlen, sothanen Post-
schild alsobald wieder abzuthun und, wie es geschehen, in
Zeit zweier Monat zu berichten.«

Von den hessen-rheinfelsischen Landestheilen (Nassau, Diez,
Catzenelnbogen, Ems, Oberlahnstein, Schwalbach) kam eine hessische
Post wöchentlich zweimal in Frankfurt an und ging ebenso oft ab.
Dieselbe beförderte Briefe nach St. Goar, Nastätten, Ems, Braubach,
Nassau, Langenschwalbach und Wiesbaden. Fürst Taxis bekam auch
wegen dieser Post mit Hessen-Cassel und Nassau-Oranien »Händel«
und beantragte beim Reichshofrath am 28. April 1718 »humillime
pro clementissimo decernendo rescripto cassatorio et inhibitorio« an

den Landgrafen, »et pro rescripto« an den Kurfürst von Trier »de non permittendo transitum nec stationes.« Der Beschluss des Reichshofraths: »Fiant petita rescripta« blieb wieder von Hessen-Cassel unberücksichtigt.

Im Jahr 1719 bestieg der Landgraf von Hessen den schwedischen Königsthron, residirte in Stockholm und liess in Cassel einen Statthalter an der Spitze der Regierung zurück. Das hessische Postwesen wurde bald darauf einer Revision unterzogen, u. A. die Kurse verdoppelt und an die Spitze der Verwaltung der Postpächter Renner aus der Lausitz als Oberpostmeister ernannt. Nachdem nun am 23. März 1733 der königlich schwedische und landgräfllich hessische Regierungsrath Calckhoff zum ausserordentlichen Vertreter in Frankfurt ernannt war, knüpfte die Stadt Verhandlungen mit demselben wegen des hessischen Postamts an. Calckhoff antwortete ablehnend. Das fürstlich hessische Haus, antwortete er, habe von uralten Zeiten her seine reitenden Boten und fahrende Posten in Frankfurt »etablirt und hergebracht.« Es seien auch solche der Stadt nicht schädlich, sondern dem »gemeinen Wesen sogar nützlich und nöthig.« Die Posten seien nunmehr verdoppelt worden seit 10 Jahren, man habe sich zwar städtischerseits dagegen verwahrt, allein man wisse in Cassel sehr wohl, »wohin die dem Herrn Fürsten von Taxis ertheilte Beilehnung zu verstehen sei, auch ist man niehmals willens gewesen, etwas zu thun oder zu prätendiren, wozu man sich gleich andern Chur- und Uralte-Fürstlichen Häusern nicht befugt weiss. Hingegen wird Ihro Majestät der König hiervon sich auch nicht das geringste entziehen lassen und haben die Mittel an der Hand, sich dabey zu schützen. Ich kann aber nicht glauben, dass dem löbl. Magistrat wegen einer Sache, die eigentlich ihn nicht sondern tertios angeht, einige Zunöthigung finde.«

Damit war die Sache für den Rath abgethan, aber Fürst Taxis versuchte fortwährend neue Angriffe auf das hessische Postwesen. Am 20. September 1735 wurde die Reichsstadt Friedberg abermals aufgefordert, der postalischen Thätigkeit der »Schäfferischen Wittib als angeblich Hessen-Casselerischer Posthalterin« nachdrücklich ein Ende zu machen und über diese Angelegenheit innerhalb zweier Monate an den Kaiser zu berichten. Der Wittwe Schäfer wurde eine Abschrift obiger Verfügung zugeschickt und ihr mit einer Geldstrafe gedroht. Es sind diesmal nur 3 Mark löthigen Goldes »puncto violati regalis postarum.«

Ein anderes »conclusum« erging am 24. Mai 1734 an die Stadt Wetzlar. Es wird darin auf das Unzulässige eines hessischen Post-

amts in Wetzlar hingewiesen. Sowohl wegen der bedeutenden Kosten, welche Taxis auf die Einrichtung »kostbarer Extrarouten und Multiplication deren Ritten und Dispositionen« veranstaltet hätte, als auch wegen »Beförderung der Correspondenzen und Staffetten für die hin und wider stehenden oder noch zu stehen kommenden Kriegsvölker« (Krieg Frankreichs und Spaniens gegen den Kaiser), sei es erforderlich, dass in Wetzlar eine andere als eine taxis'sche Post nicht gestattet werde. Nachdem solch seltsamer Beweggrund auf Hessen-Cassel keinen Eindruck gemacht hatte, ersucht (denn von einem Befehl ist in der »Resolution« Nichts zu entdecken) am 18. März 1735 der Kaiser den König von Schweden und Landgrafen von Hessen, die Posten in Wetzlar und anderwärts aufzuheben. Er setze, schreibt der Kaiser, in des Königs »belobter Aequantität« das zuversichtliche Vertrauen, er werde seinem Statthalter in Cassel gemessenen Befehl ertheilen, weder in Wetzlar noch in anderen »territoriis«, woselbst sich kaiserliche Posten bereits befänden, neue Posten einzuführen. Auch dies Schreiben blieb ohne Wirkung. Wie wenig überhaupt die Macht des Kaisers damals in Ansehen stand, zeigt eine im Jahre 1726 entstandene Streitfrage, ob ein kaiserlicher Gesandter, »oder ein anderer irgendwo in negotiis aulicis gebrauchender Kaiserlicher Minister und Rath« auf den Landposten der Reichsstände das Briefportofreithum genieße, oder ob er wie ein Privatmann zahlen müsse. Der Kaiser beanspruchte selbstverständlich das Erstere, während »ein gewisser fürnehmer Reichsstand« der Ansicht war, solche Briefe seien portopflichtig. Der Staatsrechtslehrer Moser äusserte sich darüber folgendermassen: »Trüge sich solches bei einer Landpost zu, welche dem Kaiserlichen Reservat zu nahe tritt, so lässet sich solches meines Erachtens nicht vertheidigen, und ob gleich der Kaiser zur Erhaltung einer solchen Post nichts beiträget, so ist die blossе Toleranz einer solchen Post schon so viel douceur werth.« Bei anderen Gelegenheiten würde es »prudentialiae et decori sein, den Kaiser und dessen Gesandten mit dieser Gattung von Collecten zu verschonen, zumalen da es soviel nicht ausmachen kann.« So tief war das Ansehen des Kaisers gesunken, dass über dessen Rechte in solcher Weise gefeilscht wurde, man ihm sogar die Befreiung vom Briefporto versagte oder doch sie ihm gleichsam als Almosen und nur deshalb zugestand, »weil es soviel nicht ausmachen könne.«

Die hessische Post entwickelte und vervollkommnete sich immer mehr. Im Jahre 1741 wurde in Bremen ein hessisches Postamt errichtet und die Briefe von da nach Frankfurt und umgekehrt in 3¹/₂ Tagen befördert. Auch in Giessen, Stadtberge u. a. O. entstanden hessische Postämter.

Noch ist zu erwähnen, dass im Jahre 1788 das hessische Postamt im Hainerhof wegen Verzollung der angekommenen Waaren mit der Stadt in Unterhandlung treten musste. Die hessische Regierung wünschte wegen Unterschleife und Verzollung mit derjenigen Uebereinkunft sich zu »conformiren«, welche mit Taxis darüber abgeschlossen sei. Uebrigens sei dem Vorsteher Rüppel der Befehl zugegangen, heimliches Einschmuggeln von Fleisch u. s. w. Seitens der Postillone nicht zu dulden. Was die Zölle betreffe, so sei einstweilen angeordnet, dass der Postmeister Auszüge über verzollbare Güter aus den Postkarten fertige und solche dem Bestätteramt mittheile, aber man hoffe, dass Postmeister Rüppel für solche Arbeit von der Stadt angemessen entschädigt werde, und die Visitation der hessischen Postwagen an den Thoren künftig unterbleibe. Die Stadt erklärte sich einverstanden.

Die hessische Post wurde 1808 vom Fürsten-Primas aufgehoben und es ist in Cap. IX davon ausführlich die Rede. Die Reineinnahmen dieser Post beliefen sich in 1797 auf 24,041 Thaler,

1798	„	20,364	„
1799	„	19,186	„
1800	„	25,827	„
1801	„	22,131	„
1802	„	17,455	„
1803	„	13,938	„
1804	„	10,647	„
1805	„	12,454	„
1806	„	12,810	„

Die Postbeamten wohnten im Hainerhof miethfrei, der Postmeister war nebenbei Verwalter des gesammten Häusercomplexes. Die Gehalte waren folgende im Jahre 1806:

					Gehalt	Emolumente
Oberpostmeister Rüppel	49 Jahre alt	24 im Dienst			900 fl.	920 fl.
Postcontroleur Rayd	48 „ „	30 „			630 „	609 „
Postscribent Steube	43 „ „	13 „			325 „	184 „
„ Valentin	43 „ „	16 „			186 „	584 „
Briefträger Schade	69 „ „	36 „			111 „	676 „
Wagenmeister Storck	31 „ „	12 „			21 „	910 „

Das Brennholz wurde aus dem Holzmagazin in Hanau freigeliefert, und die Briefträger bekamen freie Livrée von Cassel, nämlich blaue Röcke, rothe Westen und Hosen und silberbordirte Hüte.



VII.

Die Posten im 18. Jahrhundert.

Nebenposten. Fürst Taxis in Frankfurt. Rechtsstreit der Stadt mit dem Fürsten.

Dem Beispiele Hessens folgten bald andere Staaten und unternehmungslustige Private. Fast gleichzeitig mit der Einführung der hessischen Post benachrichtigte (3. August 1668) Abbé de Gravelle, französischer Resident am kurmainzischen Hofe, die Stadt, dass der König von Frankreich den Gebr. Benelle in Metz ein Privilegium auf die Dauer von 30 Jahren verliehen habe, Postkutschen von Paris nach Frankfurt, sowie nach Nürnberg einzurichten. Die Post ging alle 8 Tage in Frankfurt im goldnen Engel in der Töngesgasse ab, in Metz auf dem St. Jacobsplatz. Die Stadt Frankfurt hatte gegen Einrichtung dieser Post Nichts einzuwenden, und die Kaufleute begrüßten sogar die Verbindung mit Paris mit Freude, aber der Kaiser befahl (29. Juli 1682) der Stadt, diese Posteinrichtung nicht zu gestatten, weil dadurch »der Cron Frankreich der Weg gebahnt würde, sich der völligen Communication im Reich Meister zu machen.«

Bald darauf machten die sächsischen Fürsten Anstrengungen, Postverbindungen mit Frankfurt herzustellen. 1686 kam eine Coburger Kutsche über Schweinfurt, Würzburg, Aschaffenburg und Hanau, das Jahr darauf ein Postwagen vom »fürstl. sächsischen gesammten Postamt« in Jena expedirt von Leipzig über Jena, Weimar, Erfurt, Gelnhausen und Hanau in Frankfurt regelmässig an. Beide kehrten im »rothen Haus« auf der Zeil ein (jetzigem Postgebäude). Der Rath erliess zwar ein Verbot an den Wirth im rothen Haus, aber die sächsische Regierung in Eisenach nahm sich des Wirthes an (13. Juli 1687), und als Kaiser Leopold ein Verbot der in 3 Richtungen vom Postamt in Jena abgehenden Posten ins Reich erlassen hatte (9. April 1699), tröstete Herzog Johann Wilhelm von Sachsen den Rath (19. Mai) und ersuchte ihn, »die Sachen zu lassen, wie sie sind.« So kamen denn diese Kutschen nach wie vor an, bis im Jahre 1715 Hessen-Darmstadt

und Sachsen-Weimar einen Vertrag schlossen und einen hessisch-sächsischen »Sammtwagenkurs« errichteten, der seinen Weg über Friedberg, Berstadt, Grünberg, Alsfeld, Niederaula, Hersfeld nach Eisenach nahm und erst im Jahre 1808 in taxis'sche Hände überging. Die Postwagenexpedition befand sich im hessischen Palais auf der Zeil.

Ferner ist zu erwähnen gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Wormser Landkutsche, welche während des Einfalls der Franzosen in die Pfalz 1692 auf Befehl des hessen-casselschen Generals Graf zur Lippe eingestellt, aber nachdem eine genaue Controle aller Passagiere und Güter eingeführt war, wieder in Gang gesetzt wurde.*)

Vom Jahr 1686 an vermittelte eine Nürnberger Kutsche den Postverkehr zwischen Frankfurt und Nürnberg. Bischof Johann Gottfried von Würzburg versah diesen Postkurs mit Patent und kleidete den Kutscher in Livrée. Auch liess er am Wagen Schild und Wappen anbringen. In Nürnberg liess man den Kutscher 3000 fl. Caution stellen, und in Frankfurt stieg man bei Gastwirth Heybach im schwarzen Bock am Paradeplatz ein (jetzigem Pariser Hof am Schillerplatz). Dieser Heybach besass sogar die Kühnheit, das Durchgangsrecht dieser Post durch die Gebiete der Kurfürsten und Stände vom Kaiser in Wien zu verlangen.

Wichtiger als die vorigen war ein Fuhrunternehmen von Düsseldorf, der Residenz der Kurfürsten und Pfalzgrafen bei Rhein. Im Jahre 1692 errichtete ein gewisser Wilhelm Floertmann einen Postwagenkurs von Düsseldorf über Cöln, Remagen, Breisig, Andernach, Coblenz, Niederlahnstein, Braubach, Nastätten, Schwalbach, Idstein nach Frankfurt und von da nach Augsburg und München. Die Post ging wöchentlich zweimal. In Frankfurt wurde Michael Klein auf der Eschenheimergasse als Kutscher angenommen, und der Wagen kehrte in der »goldenen Gerste« in der Fahrgasse ein. Der Kutscher war mit bayerischen Patenten versehen, und der Wagen trug das pfälzische Wappen. Am 10. August 1692 zeigte Floertmann dem

*) Die Stadt Worms bat darum, weil sich dortselbst noch 220 Familien aufhielten, aber Lebensmittel nicht vorhanden seien. Am 23. Februar wurde bei Rath beschlossen, Niemand anders mit der Post befördern zu lassen, als Bürger von Worms. Der Kutscher Hanss Peter Ebert musste schwören »zu Gott dem Allmächtigen, dass er Niemand als der Stadt Worms verpflichtete Bürger, auch keinen Anderen, als den zu Worms sich Aufhaltenden gehörige Waare zuführen, noch von dort herbringen solle, auch keinen Passagier befördern wolle, der nicht mit einem von der Stadtkanzlei ausgestellten Pass versehen sei.« Der Rath theilte dies den kaiserlichen Generalen mit.

Rath an, dass er von »Ihro Königl. Mayst. in Gross-Brittannien und Ihro Kurf. Durchlaucht in Bayern, sowie von seinem Herrn, dem Kurfürsten von der Pfalz, begnadigt sei,« Postfahren anzulegen von Düsseldorf nach München und zurück. Der Rath möge ihm dieselben Vergünstigungen gestatten, welche er bereits in Cöln erhalten. Seine Postfuhr werde der »Republic« Frankfurt sehr gedeihlich sein. Am 22. August traf bereits ein Verbot des Kaisers aus Wien ein und verursachte einigen Briefwechsel zwischen Kurpfalz und Frankfurt, Frankfurt und dem Kaiser und dem Kaiser und Kurpfalz, aber die Post nahm ihren ungehinderten Lauf, und es ist wohl den damaligen Kriegswirren zuzuschreiben, wenn sie bis zum 5. September 1697 unbehelligt blieb. An diesem Tage befahl der Kaiser der Stadt Frankfurt abermals, das Floertmann'sche Unternehmen zu hindern. Floertmann aber war schlau genug, während des Aufenthalts oder Durchgangs der Post durch kurmainzisches und anderes Gebiet das pfälzische Wappen abzunehmen.

Von grösserer Bedeutung und längerer Lebensdauer war der pfälzische Postwagenkurs von Düsseldorf nach Heidelberg, welcher einige Jahre später entstand. Kurfürst Johann Wilhelm, Pfalzgraf bei Rhein, liess denselben (19. Februar 1704) durch den Commerzienrath Aussem in Mülheim einrichten. Die Postwagen gingen dreimal in der Woche, legten täglich 10 Meilen zurück und berührten die Orte Mülheim, Cöln, Siegburg, Altenkirchen, Wetzlar, Frankfurt, Heidelberg. Der Postillon trug blaue Livrée und das Posthorn, und das kurpfälzische Wappen befand sich auf der Rückseite des Postwagens. 70 Jahre lang stand diese Post in blühendem Betrieb, bis sie im Jahre 1774 käuflich an Taxis überging, nachdem die Familie Aussem in ununterbrochenem Besitz der Direction gewesen war. Die Stadt Frankfurt anerkannte zunächst dieses Unternehmen als »Post« nicht, sondern erhob, wie von jeder anderen »Landkutsche« den Eingangszoll für Waaren, Brückengeld und andere Abgaben. Kurpfalz zahlte auch willig, als aber der Hausknecht im Krachbein (jetzigem Oberlandesgerichtsgebäude in der Fahrgasse) in eine Strafe von 20 Thalern genommen war,*) entstanden Verhandlungen zwischen Kurpfalz und Frankfurt. Der Legationsrath von Weisser erschien in Frankfurt, behauptete, der Postwagen sei ein »privilegirter«, sei nothwendig wegen des Transportes von »Kisten und unserer (pfälzischen) Soldaten Monturen und Offiziersbagagen«, und man möge dem Kurfürst dasselbe Recht einräumen, wie dem Landgraf von Hessen. Vier Jahre

*) Weiter unten ist hiervon ausführlicher die Rede.

später (1714) einigte man sich zu einer von Kurpfalz jährlich zu entrichtenden Pauschsumme von 30 Gulden an die Stadt Frankfurt. Näheres kann im nächsten Kapitel nachgelesen werden.

X Seiner geographischen Lage wegen hatte wohl kein anderer Staat grösseres Interesse, in Frankfurt ein Postamt und Posthalterei zu besitzen, als Hessen-Darmstadt. Die Einrichtung einer hessischen Post vollzog sich auf listige Weise. Am 17. März 1705 miethete der kaiserliche Poststallmeister Brandt in Frankfurt von der Stadt auf die Dauer von 10 Jahren den Hospitalhof neben dem Porzellanhof in der Klappergasse. Nachdem der Contract von Brandt sowohl, als vom Hospitalamt unterschrieben war, warf Brandt, welcher bereits im Besitz der Schlüssel war, die Maske ab und trat aus kaiserlichen in hessische Dienste. Das Hospitalamt erklärte zwar nunmehr den Contract für nichtig, aber die Regierung in Darmstadt protestirte dagegen, und da weder Brandt den Hospitalhof räumte, noch städtischer Seits Zwangsmassregeln angewandt wurden, so blieb es bei fortgesetztem gegenseitigem Protest, und Brandt betrieb ungescheut Postgeschäfte, richtete u. A. einen neuen Postwagenkurs nach Darmstadt ein u. s. w. Als nun Brandt städtische Steuern (Umlagen) bezahlen sollte, beanspruchte die Regierung in Darmstadt für jenen dieselben »Immunitäten, welche andere Chur- und Fürstl. in Frankfurt wohnende Bediente« hätten. Was die Unterhaltung der neuen Postkutsche nach Darmstadt anlange, so hätten andere Fürsten ja ebenfalls ihre eignen Posten in Frankfurt, und ebenso, wie diese, sei auch Hessen-Darmstadt berechtigt. Als die Stadt den Posthalter Brandt (am 11. August) abermals zur Erfüllung seiner bürgerlichen Pflichten aufforderte, erschien der darmstädtische Regierungsrath Hülsemann in Frankfurt mit folgender Instruction:

»Als befehlen wir Euch hiermit gnädigst, dass Ihr unverzüglich die Gelegenheit nehmet, dem Magistrat zu erkennen zu geben, dass Sie sich wegen Unsers Posthalters, Brandens, eines besseren besinnen, und ihm das Prädicat, so wir ihm vorlängst zugelegt, disputirlich zu machen, sich nicht anmassen, mithin Uns nicht veranlassen möchten, diese Unsere Gerechtsame durch zulängliche Mittel zu behaupten, denn so wenig des Herrn Churfürsten von Pfalz und Herrn Landgrafen zu Hessen-Cassel Lbd. Sich durch des Fürsten von Thurn und Taxis Widerspruch an Ihrem Exemptio juris postarum in der Stadt Frankfurt hindern lassen, ebensowenig Wir es auch thun würden. Belangend aber die Befreyung Unseres Posthalters und die jurisdiction über denselben, so

haben wir zwar vermeinet, es würde der Magistrat wegen der wenig portirenden Freyheit aus einer deference gegen Unss darüber keine difficultäten machen, wenn es aber dennoch so eine grosse Sache seyn sollte, wie man von seiten des Magistrats daraus machen will, so können wir geschehen lassen, dass der Brandt sich derentwegen mit einem jährlich erträgl. Geld-Quanto abfinden, auch gegen den Magistrat in anderen Dingen, die nicht das Postwesen angehen, sich geziemend halten möge, hingegen werden Wir durchaus nicht gestatten, dass er in Postsachen einiges Geboth von dem Magistrat annehmen, sondern hat Unserer alleinigen Verordnung derselbe darinnen zu geleben. Und weil wir dieser Sache nicht länger in Ungewissheit stehen, noch in weitläufige Schriftwechselung uns einlassen auch gar nicht absehen können, unter was Schein des Rechtens Uns die Posthalterei verweigert und unser Posthalter in Bestand des Hospitalhofs nicht gehalten werden wolle, daher eine categorische Antwort mit Ja oder nein vom Magistrat verlangen, so habt Ihr Frankfurt nicht eher zu verlassen, bis Ihr selbige erhalten habt.«

Die Stadt liess sich nicht beirren und kündigte den Hospitalhof mit Ende des Jahres 1706. Die Kündigung war dahin motivirt, dass Brandt den Contract als kaiserlicher und nicht als darmstädtischer Posthalter abgeschlossen habe, mithin der Vertrag ungültig sei. Die Schlüssel habe Brandt nur zur Besichtigung des Hospitalhofs erhalten. Auch triebe Brandt Holz- und Hauderergeschäfte und zahle die Miethe nicht. Brandt rechtfertigte sich. Was das Hauderergeschäft anbelange, so führe er ausser den darmstädtischen auch die kurpfälzischen und hessen-casseler Postwagen und zwar »auf gnädigsten Befehl«, von seinen Holzgeschäften habe er Abgaben bezahlt*) u. s. w. Die Reibereien dauerten fort, Brandt ging nicht aus dem Hospitalhof und die Stadt liess es bei Drohungen bewenden. Am 21. Mai 1709 erschien ein Erlass des Magistrats an die Bürgerschaft, worin derselben befohlen wird, lediglich die kaiserliche Post zu benutzen. Der Erlass wurde an verschiedenen Stellen der Stadt angeschlagen. Als 2 Tage später ein Postknecht des Brandt eine Staffette des kurpfälzischen

*) Interessant ist ein Verbot des Magistrats an alle Bierbrauer, dem etc. Brandt ferner Bier zu verkaufen. Dies Verbot hatte ein Bierbrauer Pistorius erwirkt wegen einer streitigen Forderung. War Brandt damit etwa an empfindlicher Stelle getroffen?

Postmeisters von Aussem nach Stuttgart befördert hatte, wurde auf geschehene Anzeige des kaiserlichen Postamts der Hausknecht Wagner im Krachbein in eine Strafe von 20 Thalern genommen, und als Hessen-Darmstadt die Aufhebung dieser Strafe verlangte, antwortete der Rath, er werde Brandt »wegen seiner impertinenz und Eingriffe in das kayserl. Postamt« aus der Stadt »wegschaffen«. Darauf wieder Schriftwechsel. Die Regierung in Darmstadt schreibt: »dessen wird man eingedenk sein.« Die Schreibart des Rathes sei von solcher Beschaffenheit, »dass wir darauf gehörig zu antworten nicht unterstehen mögen,« und der Rath in Frankfurt erwidert ironisch, er sei bestrebt, die Gnade des Landgrafen Ernst Ludwig beizubehalten und wünsche, dass ihm die gegenwärtige Kur in Ems zu guter und beständiger Leibesdisposition gereichen möge (4. Juni 1709). Posthalter Brandt siedelte bald darauf aus dem Hospitalhof in das Spitalbrauhaus am Tanzplan über, während sich die Expedition im hessischen Palais auf der Zeil befand. Die hessische Post wurde mit den übrigen im Jahre 1808 aufgehoben.

Auch anderer Posten muss hier Erwähnung geschehen, z. B. einer hessen-rheinfelsischen Post von Bad Schwalbach, welche im Jahre 1677, und einer fürstlich nassauischen reitenden Post von Idstein, welche 1714 eingerichtet wurden, ebenso der landgräfllich hessen-homburgischen Posten. (S. nächstes Kapitel.)

Dass die taxis'sche Post gegen Ende des 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts solcher Concurrenz gegenüber einen schwierigen Stand hatte, erhellt aus dem vorher Erzählten zur Genüge. Bald aber machte auch sie Anstrengungen, um das Feld in Frankfurt zu behaupten und, wenn auch die Nebenposten nicht zu beseitigen, so doch mit diesen zu rivalisiren. Die Leistungen, welche die kaiserliche (taxis'sche) Post während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu diesem Zweck machte, verdienen alle Anerkennung. »Kaiserlich« nannte sich die Post und sie durfte das mit Recht, wenn auch die Einkünfte in die Kasse des Fürsten von Taxis flossen, auch trug sowohl die Posthalterei in der Friedbergergasse als auch das Posthaus in der Töngesgasse (neben der Liebfrauenkirche) den kaiserlichen Adler im Postschild, darunter ein Posthorn. An der Posthalterei prangte noch ein anderes Schild, welches einen reitenden Postillon darstellte, und das Dienstsiegel des Oberpostamts trug den kaiserlichen Adler über dem taxis'schen Wappen.

Der Kaiser bezeichnete die Post in Frankfurt ebenfalls als »kaiserliche« und als Postmeister J. A. Wetzel im Jahre 1702 gestorben, war es Kaiser Leopold I., welcher am 2. März 1702 der

Stadt die Ernennung des Freiherrn Eugen Alexander von Wetzels zum Postmeister anzeigte. Letzterer starb 1722, wurde bei den Carmelitern begraben und sein Nachfolger wurde Freiherr Georg Friedrich von Berberich, kaiserlicher wirklicher Reichshofrath. Unter Direction dieses Mannes nahm das Postwesen einen grossen Aufschwung, namentlich aber gewannen die Fürsten von Taxis an Ansehen, nachdem Kaiser Carl VI. dem Fürsten Anselm Franz von Taxis, welcher in Brüssel wohnte, »allergnädigst zu erkennen gegeben, was gestalten ihro und des ganzen Reichs Dienst erfordere, dass der Kaiserliche General Erb-Postmeister zu Beobachtung seines Amtes im Reich wohnhaft sei.«

Fürst Taxis wählte zu seiner Residenz die Stadt Frankfurt »als eine der vornehmsten kaiserlichen Poststationen«, und der Kaiser benachrichtigte hiervon die Stadt (19. September 1724). Nunmehr ward es den Vätern der Stadt klar, warum und für wen der Weinhändler Lind den sog. weissen Hof in der grossen Eschenheimergasse von Frau Oberstlieutenant Winter von Güldenborn für 30,000 Gulden erstanden. Lind erklärte auch auf Befragen, den Kauf im Auftrag und mit Mitteln des Fürsten von Taxis vollzogen zu haben, und Oberpostmeister Berberich zeigte der Stadt am 23. September 1724 officiell an, dass sich sein Herr und Fürst in Frankfurt niederzulassen beabsichtige.

Statt freudiger Erregung, welche eine solche Anzeige hätte hervorgerufen können, entstanden bei Bürgermeister und Rath Bedenken, es könnten etwa die Rechte der Bürger beeinträchtigt oder die »allergnädigst der Stadt verliehenen Privilegia« geschädigt werden, und es wurde beschlossen, »zu Bezeugung einer gegen allerhöchste kaiserl. und königl. Majestät allerunterthänigster Devotion« dem Fürsten zwar zu willfahren, jedoch wegen »der Civil- und Criminal-Jurisdiction, Exemptionen, Immunitäten und Freyheiten, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, sich zu Präcavir- und Vermeidung aller besorgenden Missheiligkeiten zu folgenden Punkten zu vereinbaren und zu vergleichen.«

- 1) Der Ankauf sämmtlicher Grundstücke in der Eschenheimergasse von Seiten des Fürsten wird genehmigt.
- 2) Taxis zahlt an die Stadt (als Ersatz der Kreis-, Türken- u. a. Steuern) 10,000 fl. und tritt einen kleinen (an das Pasquaische Haus, den Weidenhof, stossenden) Winkel an die Stadt ab.
- 3) Taxis verpflichtet sich bei Erbauung des Palais den vorgelegten Grundriss genau einzuhalten, sowie »keine fremde, sondern nur in Frankfurt verburgerte Handwerksleute« zum

Neubau zu verwenden. Die Stadt verspricht dafür zu sorgen, dass Taxis nicht übervorthelt werde, und gegen die Handwerker »etwa nöthige Zwangsmittel und prompte Justiz« zu üben.

- 4) Taxis verspricht keinem »Delinquenten oder Falliten« sein Besitzthum zum Zufluchtsort zu gestatten, auch kein bürgerliches Gewerbe »zum Nachtheil der Bürgerschaft« darin treiben zu lassen.
- 5) Kirchliche Functionen im Palais dürfen nur von solchen Geistlichen vorgenommen werden, welche in der Stadt »recipirt« sind.
- 6) »Delinquenten«, welche sich in das Haus flüchten, sind auszuliefern.
- 7) Streitigkeiten wegen »Bauirungen«, sowie solche der »Bedienten« mit den Bürgern, gehören vor das Forum von Bürgermeister und Rath.
- 8) Ebenso hat der jeweilige Hausverwalter die Obrigkeit der Stadt anzuerkennen.
- 9) Wird ein »Frankfurter Bürger« zum Hausverwalter bestellt, so kann er das Bürgerrecht beibehalten.
- 10) Wörtlich: »es stehet aber diessem Haussverwalter nicht frey, sondern ist ihm gänzlich verboten, jemanden ausser was herrschaftliche hohe Anverwandte, Post- oder andere Bediente sind, so gastfrey gehalten werden, zu beherbergen oder einen Weinschanck anzurichten, oder zum Schaden und Nachtheil der gemeinen Bürgerschaft einig Gewerbe zu treiben, oder auch wenn er kein Bürger ist, einige in der Stadt Frankfurt oder deren Gebiet liegende Güter an sich zu kaufen.«
- 11) Das zur fürstlichen Hofhaltung Nöthige kann von auswärts zollfrei eingeführt werden. Ausgenommen ist das Bier, denn es muss in Frankfurt gebraut sein, und das Mehl, denn es muss in Frankfurt gemahlen sein.
- 12) Handelt von Accis auf Wein etc. und
- 13) Von Jurisdiction der Stadt über Personen und Güter im Palais.
- 14) Wörtlich: »Wollen Ihre Hochfürstl. Durchlaucht zu Vermeidung von Seiten des Magistrats dessfalls in entstehender Willfährigkeit besorgenden Unglimpfs denselben mit denen an sie gesuchten Intercessionen und Recommandationen verschonen.«

- 15) Das Palais darf käuflich in keine andere als bürgerliche Hände übergehen.
- 16) Bei Aussterben des Fürstenhauses, »was jedoch der allmächtige Gott in Gnaden abwenden wolle«, geht das Palais »durch zu regulirenden billigmässigen Verkauf« in Besitz der Stadt Frankfurt über.
- 17) Soll gegenwärtiger Vertrag in keiner Weise die kaiserlichen Privilegien der Stadt Frankfurt alteriren.

Bei Aufstellung dieses Vertrags wirkten taxis'scherseits Simon Franc von Lichtenstein, später Freiherr von Lilie, sowie ein kaiserlicher Commissar, Graf von Schönborn, mit, und Fürst Anselm Franz von Thurn und Taxis unterschrieb ihn in Brüssel am 25. März 1729. Ein gleichzeitig abgeschlossener »Recess« handelt von Accisfreiheit der Postbeamten und, von der Gegenleistung, vom Portofreithum städtischer Behörden.*)

Der Bau des Palais nahm unterdessen seinen Fortgang und wurde nach den Plänen des italienischen Architecten de l'Opera von verbürgerten Handwerksmeistern ausgeführt. (Das Palais kennt jeder gebildete Deutsche. Der Bundestag residirte in demselben bis 1866.) Bald fehlte es jedoch nicht an Misshelligkeiten. Ein Nachbar behauptete, der Neubau nehme ihm Licht und Luft, ein anderer, der Bau habe seinen Weinstock verdorben, ein dritter sogar, sein Haus verliere durch denselben an Kaufwerth, bald arbeitete ein Schreiner zu theuer, bald wurde ein fremder Schlosser mit Arbeiten beauftragt u. s. f.; als aber das Haus fertig gestellt war, nahm der Fürst öfters längere Zeit darin seinen Aufenthalt und gab darin grosse Festlichkeiten. Müller berichtet in seiner »Beschreibung etc. 1747« pag. 34:

*) Das Personal des kaiserlichen Postamts bestand 1729 aus folgenden Personen:

Gregor Friedrich Freiherr von Berberich, Director,
Wolfgang Julius Roth, Postverwalter,

6 Officiales	{ Wolfgang Dominicus Brentner, Johannes Adami, Bernhard Georg Denker, Franz Jacob Anselm von Berberich, (zwei Stellen vacant).
3 Briefträger	{ Andreas Willemarck, Johann Adam Hohenstein, Johannes Burger.

Posthalter: Bonifacius Weiss,
ord. Conducteur: Christoph Vaeth,
Postwagenconducteur: Augustin Knecht,
Postwagenpacker: Johann Martin Praff.

X.

»Der Hochfürstl. Tour und Taxis'sche Hofsitze ist seit einiger Zeit beständig hier in dieser Stadt gewesen, weil der Fürst als General-Reichs-Postmeister sich nicht leicht einen bequemern Ort zu seinem Aufenthalt wählen kann. Das hiesige Fürstenhaus ist sehr schön und wirklich ein solcher Palast, dergleichen man nach der neuen Bauart, wenn man die innerliche und äusserliche Schönheit davon betrachtet, an wenig Orten antreffen wird. Und obgleich ein Italiäner den Grundriss gemacht, so sind dabei doch unsre Baumeister und Handwerksleut' gebraucht worden. Er ist mit kostbaren Tapezereyen, Gemälden und andern Geräthschaften ausgezieret. Dieser Herr macht in unserer Stadt einen grossen Aufwand und ist dessen Hofstaat einer der ansehnlichsten unter den Fürsten des Reichs«.

Einiger Festlichkeiten soll hier Erwähnung geschehen. Lersner berichtet: »1727. 24. April logierte im rothen Haus Prinz Alexander von Württemberg und vermählte sich am 1. Mai im taxis'schen Palais mit der Princessin Maria Augusta von Thurn und Taxis. Die Trauung vollzog der Bischof von Mainz, und waren die aneinanderstossenden Gärten des taxis'schen und rothen Hauses mit Lampen illuminirt«, und 1731 »Dienstag den 10. April sind ihre Durchlaucht Sophie Catharina Louise, Erbprinzessin von Brandenburg-Bayreuth in neun zu 6 Pferden bespannten Wagen, Postwagen und etlichen zu Pferd hier angekommen. Vor dem Wagen der Prinzessin ritten 12 blasende Postillone. Die Prinzessin stieg im taxis'schen Palais ab und hielt anderen Tages mit dem Erbprinzen von Taxis Beilager. Das taxis'sche und das rothe Haus nebst den daran stossenden Gärten war mit Lampen illuminirt. Das Wappen des durchl. Brautpaares brannte in Lampen vorne an dem rothen Haus«.

Grossen Pomp entfaltete Fürst Taxis bei Kaiserkrönungen, so z. B. bei derjenigen Kaiser Karls VII. aus dem Hause Wittelsbach. Vom Kurfürst von der Pfalz erhielt der Fürst am 25. Januar 1742 den Auftrag, sich zu dem neuerwählten Kaiser zu begeben und seines Erbgeneralpostamts zu walten. »Diesem hohen Auftrag zufolge gingen S. Durchlaucht Fürst von Thurn und Taxis am 26. Januar Vormittags mit einem Gefolge von zwei Postmeistern, zwei Postverwaltern, sechs Postofficianten und vier Couriers von hier nach Mannheim ab, um Sr. Majestät dem neuerwählten Römischen König die unterthänigste Amts-schuldige Postbedienung zu leisten. Es hatten hochdieselbe zum Zeichen dero Reichs-Erb-Amts-Verrichtung ein Posthorn anhangen, und von dero Suite waren die Post-Officianten und Posthalter in der Reichsmontur, nemlich einem gelben Rock mit schwarz-sammetnen mit Gold bordirten Aufschlägen und einer schwarzen

sammetnen ebenfalls mit Gold zierlich galonirten Weste, die Couriers aber in einem ledernen mit Gold besetzten Koller und daran hangenden Postschildern gekleidet«.

Karl VII. kam am 31. Januar hier an und wurde an der Strasse links vom Forsthaus von den Kurfürsten und den städtischen Behörden feierlich empfangen. Vor dem Wagen des Kaisers war während der ganzen Reise der Generalpostmeister »immediate« hergeritten, die Postofficianten zu beiden Seiten der kaiserlichen und anderen Kutschen. Bei Ankunft am Forsthaus ertheilte der Kaiser dem Fürsten von Taxis den Befehl, in die Stadt voraus zu reiten, dagegen mussten die »Postamtsbedienten« als Suite bei den im Zuge nachfahrenden Reisewagen bleiben. Auf dem Römerberg hatten sich 40 Postillone nebst mehreren Postmeistern »in der kaiserlichen gelben Livrée mit schwarzen Aufschlägen« postirt.*) Am Mittwoch den 28. März fand die Ausschüttung der Gnadenbezeugungen statt. Kaiser Karl ernannte den Fürsten von Taxis zum kaiserlichen Kämmerer. Auch bei der Wahl des Kaisers Franz I. waren die Postbeamten dazu bestimmt, den Reichsmarschall Grafen von Pappenheim nach Heidelberg zu escortiren. Pappenheim hatte dem neugewählten Kaiser die Nachricht von der auf ihn gefallenen Wahl zu überbringen (13. September 1745). 36 blasende Postillone ritten voraus und 6 Postmeister begleiteten den sechsspännigen Postwagen, in welchem Pappenheim sass. Die Reise von Frankfurt nach Heidelberg wurde in 6 Stunden zurückgelegt, und der Kaiser schenkte jedem Postillon einen Ducaten.

Die persönliche Anwesenheit des Fürsten in Frankfurt, sowie die Glanzentfaltung seines Hofstaates trugen wesentlich zur Ver-

*) Die Kaiserkrönungen hatten empfindliche Störungen im Postdienstbetrieb zur Folge. So konnten z. B. am 24. Februar 1742 viele Personen erst abreisen, weil »die Posten und andre Bequemlichkeiten so schwer zu bekommen waren, dass manche sich etliche Tage länger hier aufhalten mussten«. Das Vorausreiten blasender Postillone vor den Reisewagen distinguirter Persönlichkeiten gehörte zum damaligen Geschmack. Als Karl VII. mit solcher Musik einst durch die Friedberger Gasse zog, sprang Fräulein Textor, nachmalige Mutter Goethe's, aus dem Bett, in welchem sie krankheitshalber lag, und verletzte sich empfindlich am Knie. Seit dieser Zeit war ihr das Posthorn ein verhasstes Instrument. Am 24. Mai kam der preussische Generalfeldmarschalllieutenant von Schmettau mit 14 blasenden Postillonen an, um dem Kaiser Karl den Sieg der Preussen bei Czaslau (Chotusitz) über Prinz Carl von Lothringen zu melden. Der Sieg wurde mit Tedeum, Feuerwerk u. s. w. gefeiert und Schmettau mit Brüdern und 5 Vettern in den Grafenstand erhoben. Ebenso kamen mit blasenden Postillonen französische Couriere an, um den Sieg der Franzosen über die Oesterreicher bei Frauenberg und die Nachricht über Aufhebung der Belagerung von Prag zu melden. Die Sitte erhielt sich lange Zeit, und noch Kaiser Leopold II. zog 1790 mit 50 blasenden Postillonen in Frankfurt ein.

besserung des technischen Betriebs und zur Erhöhung des Ansehens des kaiserlichen Postamts bei. Die Stadt Frankfurt trat (1749) dem Fürsten die Verwaltung ihrer kölnischen Post ab, und die Postkurse vermehrten und verbesserten sich nach allen Richtungen, wie aus der Zusammenstellung in Cap. VIII. zu ersehen ist. Bald aber trübte sich das Verhältniss zwischen dem Fürsten und der Stadt, es entstand ein langanhaltender heftiger Streit zwischen Beiden, und der Fürst kehrte der Stadt den Rücken. Einige kleine Misshelligkeiten waren schon seither vorgefallen. Die Erbprinzessin von Taxis war 1733 zur katholischen Religion übergetreten, und diese ihre Handlung hatte in der Bewohnerschaft Frankfurts Missfallen erregt. Es soll sogar von den Kanzeln dagegen geeifert worden sein. Die Sachsenhäuser drohten den Fürsten, wenn er über die Brücke fahre, mit Pferd und Wagen in den Main zu werfen. Ein junger Mensch, des Notarius Stöpler Sohn, schlug, wenigstens nach Aussage von taxis'scher Seite, mit einer Flinte auf den Prinzen von Würtemberg an. Als nun aber ein taxis'scher Cavalier, von Reichling, arretirt worden war, weil er sich mit Schwalbenschüssen vor der Stadt »erlustigt«, und der taxis'sche Hoffriseur Renneau eine 18jährige Bürgerstochter entführt hatte, klagte der Fürst die Stadt beim Reichshofrath und beim Kaiser an. Kaiser Karl VI. verwarnte die Stadt. In Frankfurt, heisst es in dem Schreiben, liesse sich gegen das fürstliche Haus, den Hofstaat, sowie taxis'sche Bediente überall ein solcher Religionshass vermerken, »dass sogar einige des Volks mit öffentlichen Indulten und Schmähungen, ja sogar mit verwegenen höchst strafbarlichen Bedrohungen gegen des Erbprinzen Person bereits auszubrechen die Verwogenheit haben dürfen«. Die Stadt solle die Frevler züchtigen.

Damit schien vorerst der Conflict beseitigt, aber bald darauf entstand der Rechtsstreit wegen Ausübung der Gerichtsbarkeit über taxis'sche Beamte. In einigen kleinen Fällen wurde zwar noch durch beiderseitiges Entgegenkommen oder durch höheren Befehl an eine der beiden Partheien der Ausbruch des Streites vermieden. So hatten z. B. im Jahre 1734 7 Postillone zwei Constabler in einem Wirthshaus »mit Schippen und Stangen« durchgeprügelt. Oberpostmeister von Berberich vermittelte die Sache »dergestalt, weil bei jetzigen Kriegszeiten die Postknechte beständig zu thun hätten, als sollten dieselben 10 Gulden vor den Unfug zahlen, welches auch geschehen. Diese zehen Gulden sind denen beeden Constablern vor die Hüte, so sie bei dieser Aktion verloren, vor Barbier- und Schmerzensgeld ganz ausgetheilt worden«. Ein Postillon, welcher ein dreijähriges Kind einer auf dem »Dallesplatz um Feldarbeit sich umsehenden« Arbeiterin

im Jahre 1738 überfahren, wurde gegen eine von einem Bürger geleistete Caution aus seinem Arrest entlassen. Als in demselben Jahr grosser Holzmangel eintrat, der Rath ein ständiges »Holzamt« errichtete, und dem Oberpostamt die seitherige Befreiung von Einfuhr des Brennholzes entzogen werden sollte, befahl der Kaiser auf vorangegangene Beschwerde des Fürsten Taxis der Stadt, »dem k. O. P. A. diesfalls weder directe noch indirecte Hinderliches in den Weg zu legen, noch selbiges an den Freiheiten, Immunitäten, Exemptionen etc. in specie an der freien Einfuhr von Holz zu hemmen und zu kränken«. (2 September 1740). Später erledigten sich die Differenzen auf weniger friedliche Weise. Als der Postillon mit dem Felleisen von Darmstadt am 26 August 1758 zum Affenthor hereinreiten wollte, wurde gerade die Kuhherde der Sachsenhäuser ausgetrieben. Das Pferd stiess mit dem vorderen Buch auf eine alte Kuh, »also dass diese zur Seite gesprungen«, Pferd und Postillon aber stürzten. Zwei Sachsenhäuser sprangen herbei und bearbeiteten den Postillon mit Rechen und Hacke derartig, dass er hewusstlos liegen blieb und von 2 Soldaten in die Wachtstube getragen werden musste. Der Oberpostmeister v. Berberich sandte sofort nach Bekanntwerden dieses Vorfalles den Oberpostamtsofficial Ignatius Wolf nach Sachsenhausen, und Wolf nahm ein »visum repertum« über diesen Vorfall auf. Als der Rath der Stadt dies erfuhr, richtete er an das Oberpostamt ein »promemoria«. Es heisst darin, »es gebühre dem Postsecretario keineswegs, zum merklichen Präjudiz hiesiger Jurisdiction in der Officiersstube an dem Affenthor ein eigenmächtiges anmassliches Verhör zu führen«. Der wachhabende Officier, »so es gelitten«, sei mit einem scharfen Verweis bestraft worden. Uebrigens sei der Rath der Hoffnung, dass des Bürgers und Weingärtners J. A. Schepp Frau wegen ihrer beschädigten Kuh hinlänglich Satisfaction geschehe; aber der Oberpostmeister gab dem Stadtcanzlisten Horn, welcher wegen dieser Angelegenheit bei ihm erschien, eine gereizte Antwort.

Einige weitere Vorkommnisse, z. B. Prügeleien der Postillone unter sich,*) Klagen wegen Schwängerung gegen Postconducteure u. s. w. hatten keinen Einfluss auf den Gang der Ereignisse. Am 4. November wurde »praes. domino Schiele des Rathes« der »Mantelin

*) Der Hauptschläger war in das dem deutschen Ritterorden gehörige »deutsche Haus« in Sachsenhausen geflüchtet und von da aus in den Sandhof versteckt worden. Der »fugitivus« konnte aber nicht verhaftet werden, da der kurcölnische Kammerrath Rosalino auf 14 Tage verreist, und der Rath das »hinc inde« nicht verfügen konnte, d. h. man des Mannes nicht habhaft wurde.

auf dem kleinen Kornmarkt« eine Strafe von 5 Gulden angedroht, weil sie nach zweimaliger Vorladung auf dem Rechneamt nicht erschienen war. Frau Mantel war die Frau eines mit dem Betrage von nur 24 Gulden jährlich pensionirten taxis'schen Postconducteurs und Mutter eines kranken Sohnes. Sie ernährte sich und die Ihrigen auf kümmerliche Weise durch das Glätten alter Cattunkleider, behauptete in einer später eingereichten Rechtfertigung nur auswärtige Kundschaft zu haben und auf den taxis'schen Posten Portofreithum zu geniessen. »Weil aber diese Weibsperson eine bürgerliche Nahrung zu treiben sich unterstanden, wozu sie niemahlen einige Erlaubniss erhalten hat, mithin ihr begangenes delictum die Gerichtsbarkeit eines hochedlen Rathes hinlänglich begründet, das Cattunglätten auch gar kein Geschäft ist, welches unter die von dem Postamt hergebrachten Immunitäten gerechnet werden könne«, so wurde zwar keineswegs dem wohlwollenden Berichte des Oberpostamts, wohl aber dem Gnadengesuch der Mantelin willfahrt und beschlossen, ihr »ex mera gratia für ihre Person und ohne alle Folgen auf andere Fäll zu willfahren«. Auch noch in anderen Fällen wurde taxis'scher Seits das Jurisdictionsrecht der Stadt anerkannt, so z. B. in einer Nachlassregelung des Vermögens des Briefträgers Ringelmann und dem Diebstahl von 120 dänischen Ducaten von Seiten eines Postillons. Letzterer hatte den Freiherrn von Görz mit Extrapost nach Friedberg gefahren. Unterwegs war dessen Chatouille vom Wagen gefallen und vom Postillon ihres Inhalts theilweise beraubt worden. Die Ducaten fanden sich bei einem Juden in der Judengasse vor. Ferner wurden (1783) zwei Postillone verhaftet, welche einen Postschaffer (sic!) schwer verwundet hatten, eine Dirne von Falkenstein mit einer Schwängerungsklage gegen einen Postconducteur abgewiesen und ein Postsecretär zur Zahlung eines Wechsels an einen Juden verurtheilt. Die eigentlichen Fälle aber, welche zur Klage bei Kaiser und Reichshofrath führten und die damalige bezopfte Diplomatie in Bewegung setzten, waren folgende:

Am 20. Juli 1778 starb der bei Metzgermeister Gruber wohnhafte 80 Jahre alte Onkel und pensionirte Wagenmeister Heinrich G. Die städtische Gerichtsbehörde, welche die Feststellung des Nachlasses vornehmen wollte, fand die Amtssiegel des Oberpostamts an den Effekten bereits angelegt. Metzger Gruber hatte zwar protestirt, Hofrath und O.-P.-Commissarius Haynault aber sich auf den zwischen Taxis und der Stadt abgeschlossenen Vertrag berufen. Da nun in dem Vertrage von einer solchen Gerichtsbarkeit Nichts zu finden war, so wurde bei Schöffenrath beschlossen, die Oberpostamtssiegel

ab- und zu den Acten zu nehmen, die Stadtsiegel dafür anzulegen und an das Oberpostamt einen Protest abzuschicken. Wie beschlossen, so geschah es. Taxis verklagte aber nunmehr die Stadt am 18. Februar 1779 beim Reichshofrath, und Letzterer befahl dem Fürsten eine »Besitzstands-Bescheinigung« beizubringen. Die Untersuchung dauerte lange und endete mit einem Mandat Kaiser Josephs II. an die Stadt am 26. Januar 1786. Der Kaiser erklärte darin das Verfahren der taxis'schen Behörde für correct. Die »Personal-Jurisdiction über die gesammten Kaiserlichen Reichs-Post-Bedienten« stehe nach den Decreten Rudolfs II, auch seinem eignen vom 28 November 1768, dem Fürsten von Taxis zu. Die Stadt habe in früheren Fällen dies anerkannt, d. h. »ruhig und ungestört nach vorhergängigen wiederholten öffentlichen Bekanntmachungen in Zeitungsblättern« von Taxis ausüben lassen, z. B. 1766 bei des Postofficials Denkert Wittwe, 1768 bei Postsecretär Krebs, in den folgenden Jahren bei den Officialen Licinius und Bolz, Wittwe Rihm, Sailer, Schüssler, Thorhorst und zuletzt bei dem Tode des Oberpostmeisters von Berberich. Es sei das Entfernen der Postsiegel von den Gruber'schen Effecten von Seiten der Stadt »anmasslich und widerrechtlich.« Dann wörtlich:

»Wir gebieten, bei der in Unseren Kaiserl. Patenten ausgedrückten Strafe etc. etc., dass Ihr die über die Gruberische Erbschaft gemachte Verfügungen als null und nichtig aufhebt und zurücknehmt und dem dortigen Oberpostamt die Vorkehrung frei und ungehindert überlasset, als Euch lieb ist, obbestimmte Pön zu vermeiden. Wir heischen auch, dass Ihr innerhalb zween Monate Anzeige machet, dass diesem Unserm Gebote seines Inhalts allergehorsamst gelebt worden sei, wo nicht, etc.

Geben Wien, 26. Jänner 1786.

(L. S.)

Joseph m. p.

vdt. Fürst Colloredo m. p.«

Unterdessen hatte sich ein weiterer Fall ereignet. Am 2. December 1785 starb im Hause des Oberpostmeisters von Berberich, welches von Taxis zur Briefpost gemiethet war (jetzt Zeil 31), der pensionirte Postconducteur Alix aus Brüssel.

Da Alix auswärtige Erben hinterliess, beauftragte der Schöffenthath den »Gerichtssubstituten« Wagner, die Amtssiegel an die Effecten des Verstorbenen anzulegen. Als aber Wagner in das Posthaus kam, untersagte ihm Hofkammerrath Handel diese amtliche Handlung »im privilegirten Posthaus«. Wagner wurde nunmehr vom Rath beauftragt, zwei Zeugen und einen Notar zuzuziehen, sich abermals ins

Posthaus zu begeben und die Effecten des Alix auf den Römer zu bringen. Wagner nahm darauf im Beisein von Hofkammerrath Handel und Hofrath Hainault in Gemeinschaft mit Jost ein »instrumentum notariale« auf, welches mit den Worten beginnt: »Im Namen Gottes!«. Handel weigerte sich, die Effecten herauszugeben und behauptete, diese »Jurisdictionsausübung sei ein Eingriff in die vom Kaiser der Post verliehenen Privilegien«. Wagner und Jost durchsuchten unter fortwährendem Protest Handels das Haus, liessen sich auch einen Verschlag öffnen, gingen in die Küche und stiegen auf den Boden etc., jedoch ohne Etwas zu finden.

Der dritte Streitfall wurde mit dem vorigen gleichzeitig zur Beschwerde des Fürsten von Taxis beim Kaiser benutzt. Am 1. October 1785 hatte ein Postillon einen Schneider nahe der Constablerwache überfahren. Die Wache verfolgte zwar den Postillon, stellte jedoch seinen Namen nicht fest, sondern gab sich zufrieden, als ein »Officiant« des Postamts erklärte, der Postillon könne sich der Behörde erst morgen stellen, da er heute Abend die Post nach Darmstadt zu reiten habe.

Der Postillon erschien aber nicht, sondern zahlte nach gütlichem Uebereinkommen dem nur wenig verletzten Schneider 10 fl. 36 kr. Schmerzensgelder. Posthalter Held, vom zweiten Bürgermeister zur Audienz aufgefordert, erklärte, diese Sache gehe ihn Nichts an und verweigerte den Namen des Postillons zu nennen. Als er nun »wegen seines gegen seine Obrigkeit bewiesenen Ungehorsams« in eine Strafe von 2 Thalern genommen war, hielt dies Fürst Taxis für einen »Eingriff in die Postgerechtsame«, und Kaiser Joseph II. erliess am 26. Januar 1786 ein zweites »mandatum«, worin wegen der Alix'schen Sache dem Fürsten Recht gegeben und verfügt wurde, dem Poststallmeister Held die »wegen dessen billigen Nichterscheins, in Gestalt einer unbefugten Execution, abgepressten 2 Thaler anmassliche Contumacialstrafe« zurückzuzahlen, »als Euch lieb ist, Unsre Kaiserliche Ungnade zu vermeiden.«

Im vierten Fall hatte am 2. Ostertage (28. März) 1785 der Expeditor der Reichsoberpostamtszeitung Franz Kessel die Absicht, in der Domkirche seine Andacht zu verrichten. Am Eingange zur Kirche stahl ihm ein Taschendieb, Wiedemann aus Wettin in Preussen, die goldene Uhr. Kessel bemerkte den Diebstahl sofort, der Dieb liess die Uhr fallen, wurde aber verhaftet. Vom »peinlichen Verhör-amt« wurde Kessel vernommen, ebenso ein Zeuge, der Bediente des Oberstlieutenants von Klettenberg. Als sich aber die Verhandlung hinzog, und Kessel in Ermangelung weiterer Zeugen schwören sollte,

verweigerte er den Eid, erklärte das Verhöramt für nicht competent, ihm einen solchen abzufordern, sondern behauptete, nur seinem Vorgesetzten Eid leisten zu dürfen, erbierte sich auch dies im Beisein eines Gerichtsbeamten zu thun.

Auf eine weitere Vorladung erschien Kessel nicht und wurde in eine Strafe von 10 Thalern genommen. Es wurden nun von beiden Seiten »memoria« »pro memoria« u. s. w. verfasst, in der Privatwohnung Kessels Effecten gepfändet und Gerichtssiegel angelegt. Das Oberpostamt riss die Siegel ab, gab die Effecten dem Kessel zurück, und es erfolgte darauf städtischerseits eine abermalige Pfändung, bis schliesslich die Angelegenheit von Kaiser Joseph abermals zu Gunsten des Fürsten von Taxis und seines Oberpostamts entschieden wurde. Der Kaiser verfügte, dass die »spoliative« dem Kessel abgenommenen Sachen sogleich wieder »ad locum unde restituit« werden sollten und inskünftige nicht mehr des »Kayserl. Oberpostamts Gerichtsbarkeit« verletzt werde, bei Vermeidung einer Strafe von 50 Mark löthigen Goldes. Noch weitere Streitfälle kamen hinzu. Sonntags 22. Juli 1786 gingen Postpacker Müller und dessen Sohn »Conducteurgehülfe« Müller mit mehreren Collegen und deren Frauen etwas angeheitert nach Hause. Die Schildwache am Comödienhaus (Stadttheater) gebot Ruhe, und es kam zu Wortwechsel, Kolbenstössen und Stockschlägen. Müller junior wurde verhaftet und zu 6 Tagen Arrest, 8 Tagen Gefängniss bei Wasser und Brot und »Abnehmung der Urphede de non vindicando carcerem« belegt. Das kaiserliche Oberpostamt hielt dies natürlich wieder für einen Eingriff in die »Exemptionsprivilegien der Postbedienten« und erliess einen Protest. Ferner segnete am 7. October 1786 Rosalie Cremer, Kammermädchen bei Frau Oberpostmeister von Berberich Wittwe, im Posthaus das Zeitliche. Der aus der Alix'schen Affaire bekannte »substitutus« Wagner hatte diesmal das gleiche Schicksal, wie damals; denn Oberpostmeister von Vrints-Berberich (Schwiegersohn des Oberpostmeisters von Berberich) verweigerte jedwede Auskunft. Diesmal beschwerte sich der Magistrat beim Fürsten von Thurn und Taxis selbst, und die Beschwerdeschrift ist zu originell, als dass sie nicht wenigstens stückweise hier mitgetheilt werden soll:

»Ew. * * sehen Wir uns abermals genöthigt, einen höchst widerrechtlichen Eingriff des dahiesigen löblichen Oberpostamts in unsre obrigkeitliche Territorialrechte beschwerend unterthänigst anzeigen und um desselben baldmöglichste Abstellung um so zuversichtlicher gehorsamst bitten zu müssen, als die Umstände desselbigen von der Beschaffenheit

sind, dass Wir uns fest davon überzeugt halten können, dass besagtes Oberpostamt dabei selbst gegen die Intention Eurer etc. Höchstdero Uns vielfach erprobten billigen Gesinnung verfahren seye.«

(Folgt nun eine narratio, tractatio etc., welche darin gipfeln, dass besagtes Mädchen kein Postbeamter gewesen sei.)

»Je grösser aber unsere tiefeste Devotion gegen Eure etc. jederzeit seyn wird, desto angelegentlicher ist unsere unterthänigste Bitte, durch eine baldige gnädigste Resolution in den Stand gesetzt zu werden, alle unangenehmen Weiterungen umgehen und Höchstdenenselben auch in dem gegenwärtigen Falle bethätigen zu können, wie wir mit der unumschränktesten Verehrung stetshin verharren

Euer hochfürstl. Durchlaucht
unterthänigste

Dat. 12. Oct. 1786.

Bürgermeister und Rath der Stadt
Frankfurt.«

Fürst Taxis lehnte jede fernere Auseinandersetzung ab (17. Jan. 1787), stützte sich auf seine »Gerechtsame eines kaiserlichen Postregals« und sagte, weiter könne er nicht gehen. Auch fehlte ihm der Schutz des Kaisers nicht. Joseph II. gab seinem Gesandten in Frankfurt, Grafen von Schlick, den Auftrag, auf die Stadt einzuwirken. Schlick liess den Stadtschultheiss von Stalburg zu sich (in's Hotel zum römischen Kaiser) entbieten und erklärte ihm, der Kaiser wünsche die Erledigung des Streites angelegentlich, umsomehr, als er gesonnen sei, »die Gerechtsame des Postregals zu manutenuiren.« Die Stadt Frankfurt war keineswegs gewillt, ihre Rechte aufzugeben und hatte bereits Gegenmassregeln ergriffen. Stadtsyndicus Seeger hatte eine lange »Deduction« verfasst, worin die Streitfrage rechtlich erörtert und der Sachverhalt umständlich erzählt ist. Das Werk ist 52 Bogen stark, wurde zunächst in 526 Exemplaren an benachbarte Fürsten, hervorragende Staatsmänner und Diplomaten u. s. w. vertheilt und später von vielen Seiten begehrt. Der Titel lautet: »Vollständige Darstellung der Gründe, womit in Sachen Herrn Fürsten von Thurn und Taxis wider Herren Bürgermeister und Rath der heil. Reichsstadt Frankfurt die etc. »»Exceptionshandlungen«« ausgeführt und die Frage, ob kaiserl. Postofficianten eine Befreiung von der ständischen Territorialgerichtsbarkeit anzusprechen befugt seien, erörtert worden.« Die Schrift verneint obige Frage: 1) aus der Natur des Postregals, 2) aus der Bewilligung der gesetzgebenden Gewalten Deutschlands, 3) aus dem Vertrag zwischen Taxis und Frank-

furt und 4) aus dem althergebrachten Besitzstand. Ferner werden die kaiserlichen Patente, die Wahlkapitulationen, das westphälische Friedensinstrument etc. und die Ausführungen vieler Rechtsgelehrten (v. Hörnigk, Wildvogel, Beust, Akold, Merinus, Fritsch, Stieler, Moser u. A.) als Beweisstücke angeführt.

Vier Universitäten wurden von der Stadt um ein Rechtsgutachten ersucht, und die Juristenfacultäten in Tübingen, Göttingen, Heidelberg und Erfurt äusserten sich günstig. Die Facultät in Tübingen schreibt (23. Februar 1787): »Nach allem deme also, was wir bissher rechtlich erörtert haben, sind wir der einhelligen rechtlichen Meynung in Beantwortung der uns vorgelegten rechtlichen Frage: »dass von der Reichsständischen Territorialobrigkeit« die Postbeamten »weder anders noch weiter befugt seyen«, als taxis'scher Seits eine obrigkeitliche Gewalt über dieselben durch Vertrag oder »einen unfürdenklichen und ununterbrochenen und ruhigen Besitzstand verjährt und hergebracht wäre«. Die Facultät in Göttingen schreibt (April 1787): »Solchem Allem zufolge gehet demnach auf obige Frage unsre rechtliche Meynung dahin, dass die Postofficianten in einer Reichsstadt weiter als in ihren Amtsverrichtungen keine Befreyung von der Gerichtsbarkeit des Wohnorts zu behaupten befugt seyen«. Die Heidelberger*) Facultät schreibt (April 1787): »Es gehet demnach unsre rechtliche Meinung dahin, dass unverbürgerte Kaiserliche Postofficianten in denen ihr Amt und Dienst nicht betreffenden Angelegenheiten eine Befreyung von der Gerichtsbarkeit des Wohnorts und Territorii anzusprechen nicht befugt seien«. Erfurt antwortete fast gleichlautend.

Von benachbarten Fürsten versprochen Schutz der Landgraf von Hessen, der Kurfürst von der Pfalz, der Herzog von Würtemberg u. A. Der Landgraf schrieb (10. August), er habe seiner Gesandt-

*) Tübingen forderte 43 fl. 59 kr., Göttingen 65 Thlr. 28 gr., Erfurt 17 Thlr. 23 gr. und Heidelberg 32 Carolinen für Ausfertigung ihrer Rechtsgutachten. Auf eine Anfrage des Magistrats bei der Juristenfacultät in Heidelberg, ob der Ansatz von 32 Carolinen nicht auf einem »Schreibfehler« beruhe, da die 3 andern Facultäten zusammen »unter $\frac{2}{3}$ weniger an Gebühren« gefordert hätten, antwortet Letztere gereizt: »Wir können und wollen unsre Handlungen andern Facultäten nicht zur Norm setzen, aber wir werden uns auch nicht die ihrigen aufdringen lassen.« Es wurde nunmehr im Senat beschlossen (4. Juni 1787):

»Mittatur das anverlangte honorarium von 32 Stück neue Louisd'or. Zugleich aber ist der Inhalt dieses Schreibens in der fernerweiten Antwort gehörig zu erwidern.«

In der Antwort heisst es: »Man wird sich diese gemachte Erfahrung in künftig ähnlichen Fällen zu benutzen bedacht sein.«

schaft in Wien Auftrag gegeben, sich zu Gunsten Frankfurts beim Kaiser und beim Fürsten in Regensburg zu verwenden, der Kurfürst von der Pfalz bot seine Vermittlung zu einem Vergleich mit Taxis an u. s. f. Die Stadt Hamburg schickte die Abschrift ihres Vertrags mit Dänemark wegen der Stellung der dänischen Postbeamten in Hamburg (von 1736), dem preussischen Staate jedoch habe sie die Jurisdiction über die preussischen Postbeamten in Hamburg zugestanden. In einem Schreiben der Regierung in Berlin an die Stadt Frankfurt vom 18. Juni 1787 heisst es:

»Ausser einem gütlichen Vergleich oder der Wendung an die allgemeine Reichsversammlung lässt sich kein Hülfsmittel gedenken. Eine solche Verwendung Seiner Königlichen Majestät, Unsers Allergnädigsten Herrn am kaiserl. Hofe, als die Herrn verlangen, würde des Endzwecks verfehlen, auch in mannigfaltigem Betrachte bedenklich seyn. Da aber Höchstdieselbe den Herrn und Dero Stadt in allen Vorfällen Merkmale Dero Huld und Gnade zu geben und Dero Schutz angedeyhen zu lassen, geneigt sind, so erhält die Königl. Gesandtschaft am Kayserl. Hofe die Anweisung, demselben erkennen zu geben, dass Höchstdieselbe wünschen, dass die Herrn mit der Exemption nicht übereilet, vielmehr denselben Zeit gelassen werden möge, einen gütlichen Vergleich zu erzielen, wozu das General-Reichs-Postamt geneigt sey, auch die Hände zu bieten um so mehr Ursache habe, je weniger die Gründe der Reichshofrätlichen Erkenntnisse sich den Beyfall des versammelten Reichs versprechen könne«. Bei einem Recurse an die Reichsversammlung würde Seine Königl. Hoheit die »ächten Grundsätze der reichsständischen Gerechtsame gegen die bedenklichen Anmassungen« der Taxis standhaft behaupten.

Unterschrieben ist das Schriftstück:

»Königl. Preussische verordnete Wirkliche
Geheime Etats-Räthe
Finkenstein. Hertzberg.«

Eine weitere Macht, welche der Stadt Frankfurt zu Hülfe kam, war die Presse. Als aber in Nr. 141 der »Allgemeinen Literaturzeitung« in Jena vom 13. Juni 1787 die »Deduction« der Stadt Frankfurt in einem für die Stadt freundlichen Sinne recensirt war und daran einige allerdings schwer verletzende Beleidigungen gegen taxis'sche Wirthschaft geknüpft waren, entzog die »Generalintendanz der Kaiserl. Posten« in Regensburg dieser Zeitung den Postdebit auf allen taxis'schen Posten (11. August 1787).

Von allen Seiten zu gütlicher Beilegung des Streites gedrängt, hatte die Stadt dem Fürsten von Taxis am 25. Mai 1787 einen

Vergleich angeboten. Fürst Carl (1. Juni) gab seine Bereitwilligkeit zu einem solchen kund. Hofrath und geh. Referendar Welz in Regensburg wurde taxis'scher Seits und jener oben erwähnte Syndicus Seeger städtischer Seits zu Bevollmächtigten ernannt, das Consistorialzimmer im Römer zu den Conferenzen bestimmt und hergerichtet, aber Welz kam nicht. Seeger hatte schon einen Entwurf zum zukünftigen Vertrag ausgearbeitet, als aber Welz endlich ankam, konnten sich beide Männer nicht einigen, und Welz reiste nach Brüssel weiter, um anderweitige Verhandlungen mit dem grossbritannischen Generalpostintendanten daselbst zu führen. In dem Entwurf zu einem »Postrecess«, welchen Seeger ausgearbeitet, hatte sich die obligatorische Annahme des Bürgerrechts von Seiten der Postbeamten befunden, aber Fürst Carl lehnte, ebenso wie Welz, dies Verlangen höflich ab. Der Kaiser in Wien, an welchen sich die Stadt wandte, that desgleichen. Von nun an wurden weitere Verhandlungen gepflogen, jedoch auf schriftlichem Wege zwischen Welz in Regensburg und Seeger in Frankfurt. Ein weiteres »Project« des Letzteren ward von Welz abermals abgelehnt (22. März 1788). Man könne nicht, schrieb Welz, nachgeben, da man die »Nachgiebigkeit erschöpft und man diesseits obsiegliche Reichshofrätbliche Urtheile« besitze. Auch die Verhandlungen, welche Comitialgesandter von Fischer in Regensburg mit Welz führte, hatten kein Resultat. Welz erklärte, Taxis sei in seinen Vorschlägen weiter gegangen, als die Stadt ursprünglich verlangt habe. Mit Cöln habe man einen viel vortheilhafteren Vergleich, und die Hansestadt Hamburg gestehe dem König von Preussen »weit mehreres in Ansehung Seines Postamts« zu, als man taxis'scher Seits von Frankfurt verlange.

Der Cardinalpunkt, um welchen es sich handelte, war die Frage, wer das Recht der Ausübung der Gerichtsbarkeit über die Postbeamten habe. Fürst Taxis beanspruchte dies ganz entschieden als ein »kaiserliches Reservatrecht«, benachrichtigte sogar den Rath am 4. October 1788, dass er mit dem Kaiser deswegen »schuldige Rücksprache« nehmen werde. Beiderseits mühte man sich ab, einen modus vivendi zu schaffen, die Vergleichsprojecte wurden immer umfangreicher, es folgten auf dieselben von beiden Seiten »Bedenken«, »argumenta«, »unmassgebliche Erinnerungen« u. s. f., bis schliesslich die Stadt Frankfurt den Syndicus Seeger nach Regensburg schickte und ihn mit weitgehenden Vollmachten versah, einen Vertrag endgültig zum Abschluss zu bringen. Der Vergleich kam auch zu Stande. Da er aber nicht werth ist, im vollen Wortlaut hier mitgetheilt zu werden, so mag ein kurzer Auszug genügen.

- 1) In dinglichen Klagen stehen die Postbeamten unter Jurisdiction der Stadt.
- 2) In persönlichen Klagen und zwar in solchen, welche den Postdienst betreffen, hat Taxis allein zu erkennen, in persönlichen Klagen, welche andere Sachen betreffen, steht es dem Kläger frei, sich entweder an Taxis oder an die Stadt Frankfurt zu wenden.

(Es folgt nun eine Menge einzelner Bestimmungen in Haupt- und Nebenabtheilungen gesondert mit a, b, c, aa, bb, cc, u. s. fort.)

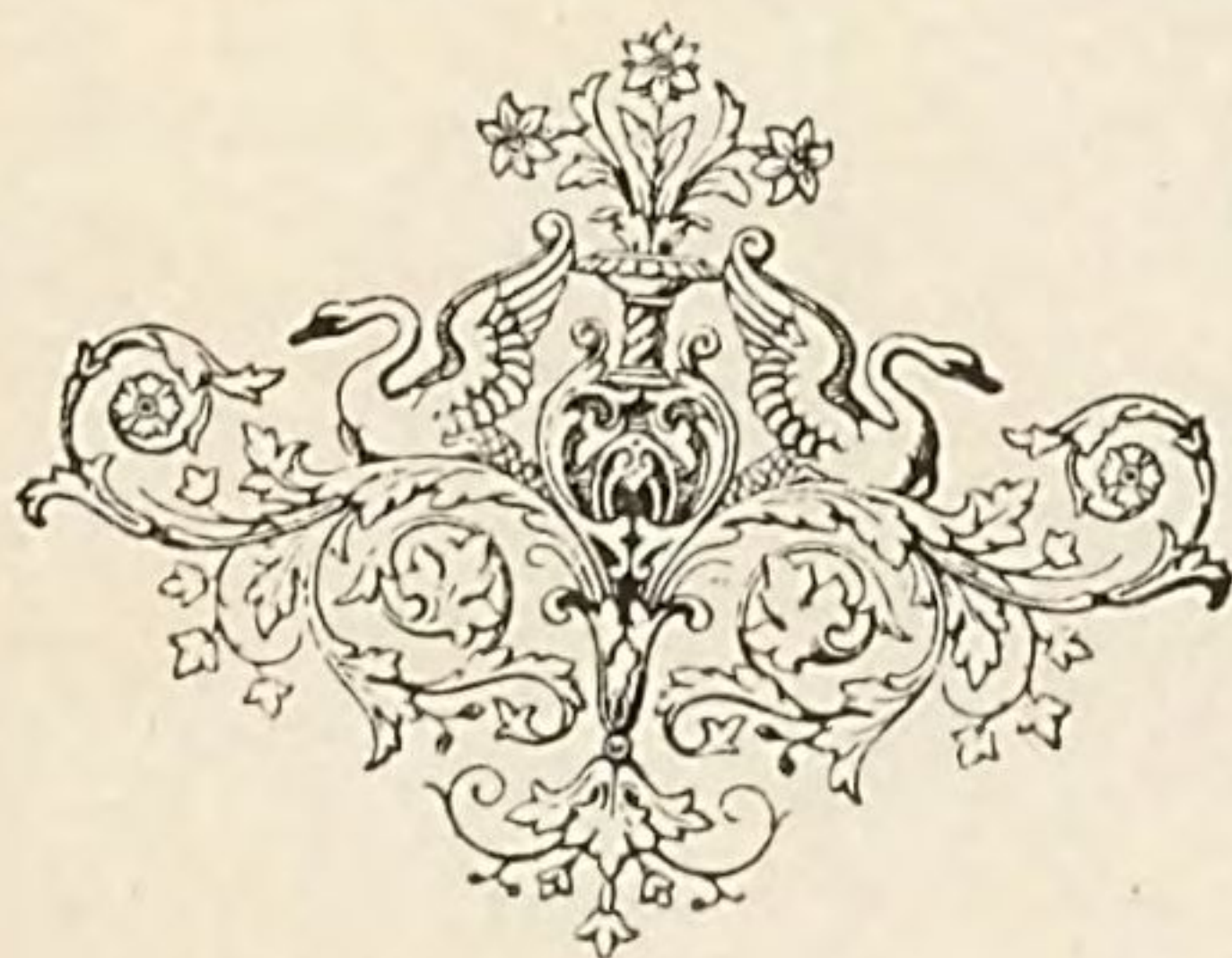
- 3) In peinlichen Fällen a) im Dienst begangen nach Befinden und nach erfolgter Entlassung des Betreffenden die städtische Gerichtsbarkeit, b) bei Verbrechen ausser Dienst behält sich Taxis die Dienstentlassung vor, c) wenn das Verbrechen den Postdienst nicht angeht, jedoch während der Dienstzeit geschieht, kann städtischerseits die Verhaftung vorgenommen werden, jedoch ist sofort Anzeige zu erstatten.
- 4) Bei Verbrechen ausser Dienst ist die Verhaftung erst dann vorzunehmen, wenn dem Reichsoberpostamt Nachricht gegeben ist, und von dieser Behörde anderweitige Verfügung getroffen wurde.
- 5) Bei Sterbefällen der Postbeamten, welche im Posthause wohnhaft sind, regulirt Taxis den Nachlass, bei anderen die Stadt.
- 6) Die Postbeamten sind den Polizei-Verordnungen unterworfen,
- 7) betr. Wittwenangelegenheiten,
- 8) Vormundschaftssachen.
- 9) Die Familien der Postbeamten gehören zum Gerichtsstand der Männer.
- 10) Das Gesinde steht unter Gerichtsbarkeit der Stadt
- 11) ebenso Pensionäre und nicht angestellte Postbeamte.
- 12) »Den bisherigen Verabredungen geschieht durch diesen Vertrag kein Eintrag.«

Dieser Vertrag wurde am 11 Juli 1789 vom hochfürstlich Thurn und Taxis'schen Geheimen Rath Welz und vom Syndicus und der Reichsstadt Frankfurt Consulent Carl Friedrich Seeger j. u. d. unterschrieben, vom Fürsten Carl von Taxis am 22 August 1789 genehmigt, und somit war der langersehnte Frieden hergestellt.

Für die Stadt Frankfurt hatte dieser Friedensvertrag ein Nachspiel. Seeger hatte in Regensburg einen ausserordentlichen Credit aufgenommen von 150 neuen Thalern (in Regensburg bei Dittmar,

in Frankfurt bei Metzler), der Frankfurter Agent am Wiener Hofe, Bittner, sowie der taxis'sche Agent daselbst, Stubenrauch, forderten für das Zustandekommen »dieses Friedensinstruments« je 1000 Gulden »wegen der im Reichscanzleytaxamt zu entrichtenden Gebühren«, und bei Revision der Rechneiamtsabrechnung pro 1789 wurden die Reisekosten Segers mit 1630 Gulden 48 kr. von den bürgerlichen Collegien als zu hoch beanstandet. Als nun aber gar dieser mühsam entstandene Vertrag in seinem Wortlaut in Zeitungen veröffentlicht wurde, beschwerte sich Fürst Taxis, weil er befürchtete, der Vertrag könne anderen Städten zur Richtschnur dienen, Frankfurt entschuldigte sich u. s. f.

Solche Streitigkeiten dauerten fort noch im Jahre 1792, und solche Angelegenheiten beschäftigten die Diplomatie des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, als Cüstine mit seinen Sanscülotten an die Thore Frankfurts pochte, den Einlass erzwang, der Stadt zwei Millionen Gulden, dem kaiserlichen Oberpostamt, sowie der Judenschaft je 200,000 Gulden Kriegscontributionen auferlegte und 7 der angesehensten Bürger als Geiseln nach Paris abführte.



VIII.

Der Postenlauf und das Postwesen in Frankfurt zu
Anfang, Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts.

Abgang und Ankunft der Posten zu

Anfang	Mitte	und Ende
	des vorigen Jahrhunderts.	
1700	1750	1800

I. Kaiserliche (taxis'sche) Posten.

Vorsteher.

<i>Eugen Alexander Freiherr von Wetzel</i> , kaiserl. Rath und Oberpostmeister, geb. 1653, von Kaiser Karl VI. 19. Juni 1713 zum kaiserl. Residenten ernannt, starb 21. Sept. 1722 und liegt bei den Carmelitern begraben.	<i>Georg Friedrich von Berberich</i> , Freiherr, kaiserl. winkl. Reichs-Hof-Rath und hochf. Thurn und Taxis'scher winkl. Geh. Rath und Oberpostamtsdirector. (Starb, 81 Jahre alt, 28. September 1768.)	<i>Franz Ludwig Freiherr von Berberich</i> , Reichshofrath und Oberpostmeister (starb Januar 1784).
		<i>Alexander Freiherr von Vrints</i> (Sohn des taxis'schen Oberpostmeisters in Bremen), vermählt 1786 mit Frl. von Berberich, Tochter des Obigen, weshalb er den Namen »Vrints-Berberich« annahm, wurde 1797 als »dirigirender Rath« nach Regensburg versetzt, siedelte aber 1811 mit der Generalpostdirection nach Frankfurt über und feierte am 10. Juli 1835 sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Nach Battonn stand in der Töngesgasse H 164 ein einziges Haus an Stelle des damaligen Eysischen und Schlosserschen Hauses (drittes Haus auf der Nordseite von der Fahrgasse aus), worin sich im Jahre 1697 die kaiserliche Post befand, und das »die alte Post« genannt wurde. Das Haus wurde mit noch 451 anderen durch den grossen s. g. Christenbrand am 26. Juni 1719 eingeäschert. Im Anfang des 18. Jahrhunderts (nach Lersner bereits 1706) »ist das Posthaus anjetzo im Predigerkloster (Prediger-gasse) hat sonst kein gewisses Haus, als wo der Herr Post-Meister hinziehet; die Pferd zu den Couriren, zu Pferd und mit Kutschen seynd in der Schnurgassen anjetzo zu finden.« Das Posthaus lag, nach Battonn, »im Klosterhofe, Eckgebäude gegen der Pforte über, so den Garten des Klosters Rosenberg hinter sich liegen hat.« Im Jahre 1722 befand sich die Briefpost bereits abermals in der Töngesgasse Lit. G 24 im Hause Löwenberg, d. h. im dritten Hause vom Schärfengässchen ab. Neben und hinter dem Posthaus war der berühmte Scharffsche Saal, bekannt durch die musikali-

schen und sonstigen Genüsse, welche man in ihm darbot, und in welchem auch u. A. der 7jährige Mozart am 30. Aug. 1763 ein Concert gab. Im Jahr 1766 siedelte die Briefpost in das Haus Zeil 31 über und befand sich darin bis zum 30. August 1838, an welchem Tage die noch heute benutzten Räumlichkeiten im rothen Haus (jetzigem Posthaus) fertiggestellt waren. Die Briefschalter im Hause Zeil 31 befanden sich im Vordergebäude nach der Zeil, die Zeitungsexpedition nach dem Holzgraben zu. Das Haus war Eigenthum des Oberpostmeisters Freiherrn von Berberich und Taxis zahlte die Miethe.

Die Fahrpost war, wie oben erwähnt, »in der Schnurgassen zu finden«, im Jahre 1747 jedoch im weissen Schwan (jetzt Hotel Schwan, am Eck des Theaterplatzes, bekannt durch den Friedensschluss im Jahr 1871). »Die kaiserliche fahrende ordinaire Posten haben ihre Ab- und Einfuhr in dem weissen Schwanen, zu dieser und denen Extraposten aber ist das große Post-

haus zum guldenen Schwan auf der Friedburger-Gasse bestellt, allwo man Post-Kutschen, Pferde und Wagen nach Verlangen haben kann.« (Müller, Beschreibung etc. pag. 234.) »Dienstags und Sonntags sind die stärkste Posttage, an welchen beinahe in alle Reiche und Lande Posten von hier abgefertiget werden. Also verhält sichs auch mit den ankommenden Posten; indem alle Tage, die meisten aber Montags, Donnerstags und Samstags in Frankfurt ankommen (ib. pag. 234 u. 235). Der weisse Schwan wurde 1791 abgerissen und neu gebaut, und die Fahrpost siedelte in das taxis'sche Palais in der Eschenheimergasse über. Das Palais wurde im Jahre 1806 vom Fürsten Primas, laut Uebereinkunft mit Taxis, zum Wohnsitze erwählt, und die Fahrpost in den Rahmhof verlegt, der zu diesem Zwecke restaurirt wurde. Der Rahmhof stand an Stelle der neuen Börse und des Platzes vor derselben. Im Jahre 1842 war das rothe Haus auf der Zeil so weit umgebaut, dass es auch die Fahrpostexpedition aufnehmen konnte.

Anfang	Mitte	und Ende
1700	1750	1800

I. Abgehende und ankommende Posten bei kaiserlichem Postamt. *)

Schweizerischer Cours.		Schweizer Cours.	
B. Abgang	B. Ankunft	B. Abgang	B. Ankunft
Dienstag, Samstag	Sonnt., Mont.	Mont., Dienst.	Sonnt., Mont.
Schweiz.	Mittw., Donnerst.	Freit., Samst.	Mittw., Donnerst.
	früh um 8.	Abends 5 Uhr.	Morgs. 8—9 Uhr.
Ankunft aus der Schweiz:		F. Mont. u. Donnerst.	F. Sonnt. u. Donnerst.
Sonntag und Mittwoch Nachmittags.		Mittag 12.	Abend.
	Nach Chambéry, Lausanne, Solothurn, Aarau, Lugano, Neufchâtel, Genf, Zürich, Glaris, Luzern, Arbon, Bischofszell, Frauenfeld, Turin und ganz Savoyen, Piemont und die ganze Schweiz.	Nach Schaffhausen, Chamberg, Lausanne, Solothurn, Aarau, Lugano, Neufchâtel, Genf, Zürich, Glarus, Luzern, Arbon, Bischofszell, Frauenfeld, Turin und ganz Savoyen, Piemont und die ganze Schweiz.	
	B. Kommt an:	B. Kommt an:	
	Sonnt., Dienst.	Sonnt., Dienst.	
	Donnerst., Samst.	Donnerst., Samst.	
	früh 8 Uhr.	Morg. 8—9 Uhr.	
	Nach Basel, Pruntrut, Müllhausen, Mühlheim B., Freyburg, Altbreisach, Laehr, Offenbourg, Appenweyer, Biehl, in die ganze Vorder-Oesterreichische Lande und den gantzen Breysgau.	Nach Basel, Pruntrut, Mühlheim, Freiburg i. B., Altbreisach, Laehr, Offenbourg, Appenweyer, Biel, in die ganze vorderösterreichische Lande und den ganzen Breisgau, auch in die Ober-Marggräfl. Baden-Durlachsche Lande.	

Bayrisch-Schwäbisch und Bergstrasser
Cours.

Abgang
Dienstag und Samstag
nach Bayern, Schwaben.
Ankunft:
Sonntags:
aus Franken und Schwaben
Mittwoch Nachm.: die schwäbische Post.
Donnerstag früh: die Fränkische.

B. Alle Abend B. Alle Morgen
um 5 Uhr. um 8 Uhr.
Nach München, Freysingen, Braunau,
Augsburg, Ulm, Lindau, Memmingen,
Mindelheim, Kempten, Wangen, Bre-
gentz, Mörsspurg, Wurzach, Ravens-
burg, Ueberlingen, Stockach, Güntz-
burg, die ganze Marggrafschaft Burgau,
Cannstatt, Tübingen, Ludwigsburg, Stutt-
gart, Heilbronn, Sintzheim. Heydelberg,
Weinheim, Heppenheim und Darmstadt.

Mont., Mittw., Sonnt., Dienst.,
Donnerst., Samst. Donnerst., Samst.
Abends um 5 Uhr. Morgens 8 Uhr.
Nach Speyer, Germersheim etc.

Schwäbisch-Bayrisch und Bergstrasser
Cours.

Fahrpost: Fahrpost:
Sonntag Mittag u. Sonntag früh und
Donnerstag früh Mittwoch Nach-
6 Uhr. mittag.

B. Alle Abend B. Alle Morgen
um 5 Uhr. 8—9 Uhr.
Nach Lindau, Memmingen, Mindel-
heim, Kempten, Leutkirch, Wangen,
Bregenz, Meersburg, Wurzach, Wolfegg,
Ravensburg, Sallmannsweil, Ueberlingen
und Stockach.

Nach München, Freising, Braunau,
Augsburg, Ulm, Günzburg und die ganze
Marggrafschaft Burgau, Cannstatt, Stutt-
gart, Tübingen, Ludwigsburg, Heilbronn,
Schw. Hall, auch in die Hohenlohe-
Langenburg- und Oehringischen Lande,
Sinzheim, Wiessloch, Heidelberg, Wein-
heim, Heppenheim und Darmstadt, Mann-
heim, Worms und die Pfälzischen Lande.

Mont., Dienst., Mittw., Sonnt., Dienst.,
Freit. u. Samstag Donnst. u. Samst.
Abends 5 Uhr. Morgs. 8—9 Uhr.
Nach Speyer, Germersheim etc.

*) Anmerkung: B. bedeutet Briefpost,
oder »reitende Post«. | F. Fahrpost,
oder »ordinari Post«.

Des 18. Jahrhunderts

Anfang
1700

Mitte
1750

und Ende
1800

Dienstag: Nach Elsassische und Französische Lande. Samstag: In Elsassische Lande. Ankunft: Sonntags aus Frankreich und Elsass, Mittwoch Nachm.: Elsässische und Frantzösische Posten.	Sonnt., Dienst., Dienst. und Samst. Donnerst., Samst. Morgens 8 Uhr. Abends 5 Uhr. Nach Saltzburg und das gantze Ertz-Bisthum.	Mont., Dienst., Donn., Dienst. u. Samst. Samst. Abends 5 Uhr. Morgens 8—9 Uhr. Nach Saltzburg und in das ganze Erzbisthum.
	Französischer Cours. Alle Tage um Alle Tage Morgens 5 Uhr Abends. um 8 Uhr. Nach Paris, Bordeaux, Marseille, Strassburg, und alle französische Lande item nach Bruchsal, Carlsruh, Durlach, Rastatt und in die Marggräflich-Baaden- Baadische und Durlachische Lande.	Französischer Cours. F. Mont. u. Donnst. F. Sonnt. u. Donnst. Mittag 12. Abend. B. Alle Abend B. Alle Tage Mor- gens 8—9 Uhr. Nach Paris, Bordeaux, Marseille, St. Louis, Mülhausen, Hüningen, Strass- burg und alle Französische Lande. Item nach Madrid, Cadix und ganz Spanien und Andalusien, item nach Bruchsal, Carlsruh, Durlach, Rastatt, auch die Marggrafl. Baden-Badische Durlachische Lande.
		F. in letztere Donners- F. ausletzteren Ge- tag, Samstag Mittag genden Dienst., 12 Uhr. Donnerst. Nach- mittag.

Westlicher Cours.

Mittwoch u. Samstag Montag u. Freitag
Mittag 11 Uhr. Morgens 7 Uhr.

Nach Zweybrücken, Saarbrücken,
Bergzabern, Saarbockenheim, St. Ingbert,
Homburg, Ottweiler, Kusel, Meisenheim,
Sobornheim, Oppenheim, Odernheim,
Daun, Spiesheim, Alzey, Kirchheim,
Nierstein.

Dienstag u. Samstag Abend 5 Uhr
nach Obermoschel, Creuznach, Bingen,
Kirn und den ganzen Hunsrück, Lorch,
Oberwesel, St. Goar, St. Goarshausen,
Popart (Boppard), Ober- und Nieder-
lahnstein.

Odenwälder Cours.

Dienst. u. Samst. Sonnt., Mittw.
Mitt. 12 Uhr. Mitt. 12 Uhr.

Nach Oberroda (Oberrodten), Die-
burg, Lengfeld, in die ganze Grafschaft
Erbach, Habizheim, Umstadt, Reichels-
heim, Fürth, Erbach, Fürstenau, König,
Ozberg, Breuberg.

Westlicher Cours.

Mittwoch u. Samst. Montag u. Freit. früh
11 Uhr. 7 Uhr.

Nach Zweybrücken, Saarbrücken,
Bergzabern, Bliescastell, Saarbocken-
heim, Homburg, Ottweiler, Cussel,
Meissenheim, Sobornheim, Marxheim,
Kyrn, Oppenheim, Odernheim, Daun,
Allzey, Kirchheim, Nierstein, Ober-
moschel, Creuznach und den gantzen
Hunsrück.

Odenwälder Cours.

Dienst. u. Samst. Sonnt. u. Mittw.
Abends um 4 Uhr. um 11 Uhr Morg.

Nach Oberroda (b. Langen), Die-
burg, Lengfeld, Grafschaft Erpach,
Fürstenau, Michelstadt, Umstadt,
Reichelsheim und Fürth.

Montags geht ab die Creutzmacher, Kirn,
Meisenheim etc. zu Mittag.

Freitag Mittag gehen ab: Trier, Metz,
Kirn, Creutzenach.

Montag Vormittag kommen an die Brieff
von Creuznach.

cf. Englischer, Holländischer, Nieder-
ländischer und Westerwalder Cours.

Des 18. Jahrhunderts		u n d E n d e	
A n f a n g	M i t t e		
1700	1750	1800	
Dienstag und Samstag: In Fränkische und Österreichische Lande.	Ab Alle Tage um 5 Uhr.	Reichs-Cours. Ab Alle Abend 5 Uhr.	An Alle Morgen 8 bis 9 Uhr.
Freitag zu Nachmittag: Nach Nürnberg, Würzburg und Aschaffenburg alleine.	Nach Pressburg u. gantz Ungarn, Brünn i. Mähren, Wien, Linz, Ober- und Niederösterreichische Lande, Passau, Straubingen, Regensburg, Parsberg, Neumark, Eichstädt, Pappenheim, Ellingen, Erlangen, Bamberg, Nürnberg, Emskirchen, Neustadt a. Aisch, Kitzingen, Ochsenfurt, Anspachische Lande, Würzburg, Wertheim, Aschaffenburg und in den gantzen Spessart.	Fahrpost Donnerstag 6 Uhr früh. Fahrp. Mittwoch Nachm.	
		Nach Pressburg u. in ganz Ungarn, Brünn i. Mähren, Wien, St. Pölten, Linz u. Ober- und Niederösterreichische Lande, Passau, Straubingen, Regensburg, Parsberg, Neumark, Eichstädt, Pappenheim, Ellingen, Erlangen, Bamberg, Nürnberg, Emskirchen, Neustadt a. Aisch, Kitzingen, Ochsenfurt, Anspach und dortige Lande, Würzburg, Aschaffenburg und in den ganzen Spessart.	
		Alle Tage Morgens 11 Uhr u. Abendes 5 Uhr.	Alle Tage Morgens 8 Uhr, Mitt. 11 Uhr.
		Nach Hanau.	

Ankommende Posten:
Sonntags: Aus Österreich und denen angrenzenden Landen, von Franken.
Donnerstag Nachmittag: die Österreichische, die Fränkische, Regensburg- und Nürnbergische Post.

Alle Morgen um 11 Uhr und alle Abend um 5
Nach Hanau.

F. Donnerstag früh 6 Uhr, F. Sonntag früh, Sonnt., Mittw., B. Mont., Dienst., B. Donn. u. Samst. Morgens 8 bis Abends 5 Uhr. 9 Uhr.

Nach Bayreuth, Cronach, Vorchheim, Hildburghausen, Coburg, Saalfeld, Meiningen und in die Herzogl. Sachsen-Hildburghausen-Coburg- und Meiningischen Lande item nach Schweinfurt.

Dienst. u. Samst. Mont. u. Donnerst. Abends 5 Uhr. Morgens 8—9 Uhr.

Nach Prag, Teutschbrod, Collin, Töplitz, Aussig, Breslau, Zaslau, Ollmütz, in ganz Mähren und Schlesien, nach Pilsen, Tabor und sämtliche Kreise des Königreich Böhmen, item nach Amberg, Sulzbach, Neuburg und der Oberrhein-Pfalz.

Fahrpost Sonnt. An Sonnt. früh. 2 12 Mittag.

Über Hanau, Dettingen, Aschaffenburg, Obernburg, Miltenberg, Amorbach, Hundheim, Bischofsheim, Mergentheim, Würzburg.

Des 18. Jahrhunderts

A n f a n g
1700

M i t t e
1750

u n d E n d e
1800

Dienstag :
die Nordische Briefe.
Samstag gehen ab :
die Brief nach Hessen-Cassel, Bremen,
Minden, Hildesheim, Hannover, Braun-
schweig, Danzig, Rostock u. Lübeck.
Montags Vormittag kommen an: Brief
von dero Orten Hessen - Cassel,
Braunschweig, Bremen, Hannover,
Berlin, Hamburg und denen Nordi-
schen angränzenden Landen als
Pohlen, Schweden etc.
Donnerstags früh: die hessen-casselsche,
Braunschweigische, Bremen, Han-
nover, Berlin, Hamburg- und Nor-
dische Brief.

Nordischer Cours.

Mont., Dienst., Mont., Mittw.,
Samst. u. Freitag Donnerst., Samst.,
Abend 5 Uhr. Morgens 8 Uhr.
Nach Stockholm, Coppenhagen,
Lübeck, Hamburg, Bremen, Oldenburg,
Emden, Ostfriesland, Nach Petersburg,
gantz Moscau und Curland, nach Jüt-
land, Hollstein, Hannover, Zell und Lüne-
burg, nach Cüstrin, Eutin, Stettin, Danzig,
Königsberg, nach Braunschweig, Halber-
stadt, Gosslar, Wernigeroda, Claussthal,
Zellerfeld, Osterode, Hildesheim, Duder-
stadt, Nordhausen, Heiligenstadt, Mühl-
hausen, Göttingen, Nordheim, und Ein-
beck; Nach Danzig, Berlin, Frankfurt
a. Oder, Magdeburg, Halle, Aschers-
leben, Münden und in die sämtliche
Dänisch-Schwedische - Russisch - Preus-
sisch- auch Churbrandenburgisch und
Hannoversche Lande.

Sächsischer Cours.

Mont., Dienst., Mont., Mittw.,
Freit., Samst. Donnerst., Samst.
Abend 5 Uhr. Morgens 8—9 Uhr.

Nordischer Cours.

Mont., Dienst., Montag, Mittw.,
Samst. u. Freitag Donnerst., Sonnab.,
Abend 5 Uhr. Morgens 8—9 Uhr.
Nach Stockholm, Coppenhagen, Ham-
burg, Bremen, Oldenburg, Emden und
Ost-Friesland, Lübeck; nach Petersburg,
Moskau u. ganz Curland nach Jütland,
Hollstein, Hannover, Zell u. Lüneburg,
nach Küstrin, Eutin, Stettin, Königsberg,
nach Braunschweig, Halberstadt, Gosslar,
Wernigeroda, Clausthal, Zellerfeld, Oster-
roda, Hildesheim, Duderstadt, Nordhausen,
Heiligenstadt, Mühlhausen, Göttingen,
Nordheim, Einbeck; nach Danzig, Berlin,
Frankfurt a. Oder, Magdeburg, Halle,
Aschersleben, Minden und in die sämt-
liche Dänisch - Schwedisch - Russisch -
Preussisch- auch Churbrandenburgisch-
und Hannoversche Lande.

Sächsischer Cours.

Mont., Dienst., Montag, Mittw.,
Freit., Samst. Donnerst., Samst.
Abends 5 Uhr. Morgens 8—9 Uhr.

Dienstag u. Freitag Mittag:
 Die Sächsische Brief
 kommen an:
 Sonntag u. Donnerstag.

Nach Dressden, Chemnitz, Bautzen, Wurtzen, Torgau, Bresslau, Lauban, Meissen, Wittenberg, Merseburg, Eisen, Schneeberg, Schmiedeberg, nach Cracau, Warschau, und ganz Pohlen; nach Leipzig, Lützen, Weissenfels, Weissensee, Naumburg, Auerstett, Buttelt, Weimar, Jena, Altenburg, Erfurt, Gotha, Langensalza, Eisenach, Vacha, Rothenburg, Hünfeld, Fulda, Schlichtern, Salmünster und Gelnhausen.

Nach Dresden, Chemnitz, Bauzen, Zittau, Görlitz, Töpliz, Torgau, Freyberg, Ober- und Nieder Lausnitz, Wurzen, Bunzlau, Bresslau, Lauban, Meissen, Düben, Wittenberg, Mörseburg, Eissleben, Annaberg, Schneeberg, Belzig, Schmiedeberg; nach Krakau, Warschau und ganz Polen; nach Leipzig, Lützen, Rippach, Weissenfels, Weissensee, Naumburg, Auerstedt, Buttelt, Weimar, Jena, Altenburg, Erfurt, Gotha, Langensalza, Eisenach u. in die sämtliche Chur- und Fürstl. Sächsische Lande, nach Rothenburg, Hünfeld, Fulda, Schlüchtern, Saalmünster, Gelnhausen.

Voigtländischer Cours:

wie nebenstehend.

Voigtländischer Cours.

F. Donnerstag früh F. Sonntag früh,
 6 Uhr, Sonnt., Mittw.,
 B. Sonnt., Mittw., B. Donn. u. Samst.
 Donn. u. Samst. Morgens 8 bis
 Abends 5 Uhr. 9 Uhr.

Nach Berneck, Streitberg, Hof, Gera, Zeitz, Schleiz und ins ganze Voigtland.

Des 18. Jahrhunderts

A n f a n g
1700

M i t t e
1750

u n d E n d e
1800

Dienstag gehen ab:
die Italiänische Brief
kommen an:
Sonntags über die Schweiz,
Donnerstag Nachm. über Augsburg.

Italiänischer Cours.

Mont. u. Freit. Sonnt. u. Mittw.
Nachm. 1 Uhr. Morgens 10 Uhr.
Nach Rom, Neapel, Genua, Turin,
Mantua, Meyland, Venedig, Florenz,
Brixen, Bozen, Trient, ganz Italien und
Tyrol.

Italiänischer Cours.

Mont. u. Freit. Sonnt. u. Mittw.
Nachm. 1 Uhr. Morg. 10 Uhr.
Nach Rom, Genua, Neapel, Mantua,
Mayland, Venedig, Florenz, Brixen,
Bozen, Trient, Inspruck; ganz Italien
u. Tyrol. Item nach Turin. (NB. die
Turiner Briefe gehen Montags beson-
ders gut über Mantua, wohin selbe einen
kürzeren Curs nehmen, als durch die
Schweitz, und müssen bis Mantua fran-
kirt werden. Dienstags, Freytags und
Samstags aber können solche ohne
Franco durch die Schweiz dahin-
laufen.)

Item nach Augspurg, Dillingen,
Ellwangen, Öttingen, Nördlingen, Dün-
kelspiel, Crailsheim, Mergenthal, in die
Hochfürstl. Hohenlohe-Bartensteinische
Lande und Gräfl. Weickersheimische,
Bischoffsheim, Königsheim, Kulsheim,
Miltenberg und Obernburg.

Item nach Augsburg, Dillingen,
Ellwangen, Öttingen, Nördlingen, Waller-
stein, Dünkelspiel, Crailsheim, Mergen-
thal, in die Hochfürstl. Hohenlohe-
Bartensteinische Lande, Bischofsheim an
der Tauber, Königsheim, Kulsheim,
Miltenberg und Obernburg.

Westphälischer Cours.

Sonnt. u. Mittwoch
um 11 Uhr. Sonnt. u. Mittwoch
früh 8 Uhr.

Nach Hamburg, Bremen, Münster, Bückenburg, Dettmold, Rheda, Rittberg, Warendorf, Osnabrück, Paderborn, und ganz Westphalen, nach Corvey, Pirmont, Rinteln, Warburg, Minden an d. Weser, Lippstadt, Cassel, Arolsen, und Waldeckische Lande, Mengringhausen, Fritzlar, Wildungen, Amönenburg, ganz Ober- und Nieder-Hessen, Dietz, Dillenburg, Siegen, Wetzlar, Weilburg und Giessen.

Westphälischer Cours.

Dienst. u. Samst. Sonnt. u. Mittw.
Abends 6 Uhr. Morgens 8—9 Uhr.

Nach Münster, Bückebug, Detmold, Rheda, Rittberg, Warendorf, Osnabrück, Paderborn und in ganz Westphalen, nach Huxar (Höxter), Corvey, Pymont, Rinteln, Bodenwerder, Warburg, Minden a. d. Weser, Lippstadt, Cassel, Arolsen, und in die Hochfürstl. Waldeckischen Lande, Mengringhausen, Fritzlar, Wildungen, Marburg, Amöneburg, in ganz Ober- und Niederhessen, Dillenburg, Siegen, Wetzlar und Giesen.

Sauerländischer Cours.

B. Mont. u. Donnerst. B. Mittw., Samst.
11 Uhr. früh 8 Uhr.

Nach Hamburg, Bremen, Münster, Osnabrück, Paderborn, Brilon, Menden, Büren, Stadberg, Winterberg, Hallenberg und Meschede; nach Arnsberg, Bilstein, Attendorn, Olpe und ganz Sauerland, nach Siegen, Dillenburg, Herborn, Wetzlar u. Giessen.

Sauerländischer Cours.

F. Sommers Samstag F. Sonntag
5 Uhr früh. Abend.

B. Sonnt. u. Mittw. B. Mittw. u. Sonnt.
Abends 5 Uhr. Morgens 8—9 Uhr.

Nach Münster, Osnabrück, Paderborn, Brilon, Minden, Büren, Stadberg, Winterberg, Hallenberg, u. Meschede, nach Arensburg, Bilstein, Werl, Attendorn, Olpe u. ganz Sauerland, nach Dillenburg, Siegen, Herborn, Wetzlar und Giessen.

Des 18. Jahrhunderts
Mitte
1750

Anfang
1700

und Ende
1800

Donnerstag gehen ab die Brieff über Cölln in gantz Niederland und Engeland.	Wetzlarischer Cours. Alle Tage um 11 Uhr, Alle Morgen ausser Dienstag, Freytag 8 Uhr. u. Samstag Abends um 5 Uhr. Nach Wetzlar, Butzbach und Friedberg.	Wetzlarer Cours. F. Sommers Samstag F. Sonntag 5 Uhr früh. Abend. B. Tägl. 5 Uhr Abends. B. 8—9 Vorm. Nach Wetzlar, Butzbach, Friedberg und in die ganze Wetterau.
	NB. Ein holländischer Cours findet sich 1750 nicht, scheint vielmehr mit dem nachfolgenden vereinigt gewesen zu sein.	Holländischer Cours. Sonnt. u. Donnerst. Mont. u. Freit. Abends 5 Uhr Abends 5 Uhr. u. Mont. Mitt. 11 Uhr. Nach Amsterdam, Rotterdam, in den Haag, Leiden, Utrecht, Dortrecht, Harlem, Herzogenbusch, Arnheim, Zwoll, Nimwegen, ganz Holland.
Dienstag gehen ab die Briefe ins Ringau. Sonntags gehen ab die Cölln, Münster, Osnabrück, Mastrich, Aachen, gantz Holl- und Engeland, Spanische Niederlanden, Pariss, Metz, Trier,	Niederländischer Cours. F. Montag und (seit) Dienstag und Donnerst. früh $\left(\frac{23}{3} \frac{1736}{1736} \right)$ Sonnabend 6 Uhr. Mittag. B. Täglich 11 Uhr. Täglich 5 Uhr N. Nach Amsterdam, Rotterdam, in den Haag, Utrecht, Dordrecht, Leyden und gantz Holland; nach Brüssel, Antwerpen,	Niederländischer Cours. F. Mont. u. Donn. Dienst., Samst. früh 6 Uhr. Abend. B. Tägl. 11 Uhr Vorm. 5 Uhr Abends. Nach Bruxelles, Antwerpen, Mecheln, Löwen, Mons, Rüremond, Mastricht, Törlemont, Tongern, Lüttich, Verviers, Elberfeld, Aachen, Jülich, Düren und

Lutzenburg, Coblentz und nach dem gantzen Westerwald.

Montag Nachmittag im Sommer kommen die Cöllnische, Niederländische und englische Briefe. Im Winter aber kommen sie erst Dienstag frühe.

Dienstag Abend auss dem Ringau Bingen, Coblentz, Bachrach etc., im Winter aber kommen diese Briefe Mittwochs zu Morgen.

Donnerstag frühe kommen Briefe an über Metz, Lutzenburg, Trier etc.

Freitag im Sommer zu Abends, die Englische und Niederländische über Cölln.

Samstag zu Morgens im Winter kommt an die Post über Cölln, item Abends im Sommer die Coblentzer, Bachrach, Bingen und dem Ringau: wie am Dienstag oder (Winters) Mittwochen, und zwar über Mayntz beyde mal.

Mecheln, Löwen, Mons, Rüremond, Mastricht, Türlmont, Tongern, Lüttich, Vervier, Elberfeld, Aachen, Jülich und Cölln; Nach Bonn, Linz, Neuwied, Andernach, Coblentz, Nassau, Bad Ems, Nastätten, Wiesbaden u. Höchst. Schwalbach, Wiesbaden u. Höchst.

Englischer Cours:

wie nebenstehend in 1800.

Westerwalder Cours:

wie nebenstehend im Jahr 1800.

Cölln; item nach Bonn, Sinzig, Linz, Neuwied, Andernach, Coblenz, Nassau, Bad Ems, Nastätten, Schwalbach, Wiesbaden u. Höchst; item nach Worms, Frankenthal u. Grünstadt.

Englischer Cours.

Sonntag Abend 5 Uhr, Montag u. Freitag Mittwoh Mitt. 11 Uhr. Abend 4—5 Uhr.

Nach London, in ganz England, Schottland und Irland.

Westerwalder Cours.

F. Mont. u. Donn. F. Dienst. u. Samst. früh 6 Uhr, Mittag,

B. Sonnt. u. Donn. B. Montag u. Freitag Abends um 5 Uhr. Abends 4—5 Uhr.

Nach Königstein, Würges, Camberg, Limburg, Selterser Brunnen, Schaumburg, Runkel, Dierdorf, Diez, Hachenburg, Freylingen, Coblenz, Gillroth, Walleroth, Altenkirchen, und sämmtl. Gräfl. Saynische Lande. Item nach Düren, Sittart, Linnich, u. in die Herzogl. Gellderisch u. Jülichische Lande; sodann gehen abermals mit diesem Cours unter Begleitung eines Conducteurs bis Cölln, die Briefe nach Cölln, Maseyk, ganz Holland und Brabant.

Des 18. Jahrhunderts

Anfang
1700

Mitte
1750

und Ende
1800

Moselstromer Cours.	Moselstromer Cours.
Sonnt. u. Donnerst. Dienstag u. Samst. Abends 5 Uhr. Abends 5 Uhr. Dienst. 11 Uhr Vorm.	F. Montag früh 6 Uhr. Freitag Mittag. Sonntag Nm. 1 Uhr. F. Dienstag Mittag. B. Sonnt. u. Donnerst. B. Dienst. u. Samst. Abends 5 Uhr. Abends 5 Uhr. Dienstag u. Mittw. Vorm. 11 Uhr.
Nach Luxemburg, Metz, Reims, Trarbach, Berncastell und den ganzen Moselstrom.	Nach Trier, Luxemburg, Mez, Reims, Trarbach, Berncastell und den ganzen Moselstrom.
Alle Tage um 11 Uhr. Alle Morgen 7 Uhr. Dienstag u. Samstag Dienst. u. Samst. 6 Uhr Abends. Abends um 5 Uhr. Nach Mayntz.	F. Sonnt. Dienst. F. Sonnt. Mittw. Donnerst. Samst. Freyt. Mittags. B. Alle Tage 7 u. 11 Uhr B. Alle Tage Morgens, Nachm. 1. Morgens 7 Uhr. F. Sonnt. Nachm. u. F. Freitag u. Dienst. Freit. um 1 Uhr. Mittag. Nach Maynz und Worms, Höchst, Hattersheim Pfalz bis Mannheim, Elsass bis Strassburg, Paris, Belfort etc. Dienst. u. Samst. Dienst. u. Samst. Nachm. 1 Uhr. Morgens 8 Uhr. Nach Usingen, Werheim u. Bonames.
	Fulder Cours. Nur FP. Mittw. früh 8 Uhr. Mont. Mittag.

II. Städtische berittene Botenpost zwischen Frankfurt a. M. und Cöln.

✕

Vorsteher:

Dominikus von Heyden, Schöff und des
Raths zu Frankfurt a. M.

Post-Lokal:

„Das Post-Hauß ist auff dem Kornmarck
im Gold-Stein.“

»Durch reitende Boten werden Brieff
ordentlich spedirt:

Sonntags und Mittwochen Nachmittags
zwischen 2 und 3 Uhr auff Cöln
und in gantz Holland, wie auch
Braband und Flandern, England u.
Frankreich.

Dienstag und Samstag in Winterszeit
kommen diese Posten zu Morgens
beim Thor auffmachen wieder an,
in Sommerszeiten aber kommen sie
den Tag zuvor bei Abend, in
währender Meß aber kommet auch
eine extraordinari den Donnerstag
an.«

Die Geschichte nebenstehender Post ist in den Cap. II bis V einschl. zu
finden. Die Post ging durch Kauf im Jahre 1749 in taxis'schen Besitz über. Das
Postlocal befand sich seit 1659 in dem Hause Paulsgaße 2 hinter dem jetzigen
Stadtgerichtsgebäude. Das Haus brannte 10 Jahre darauf ab. »1669 den 23.
(13.) November Abends ist um 7 Uhr in der Cöllnischen Post ein ohnversehenes
Feuer ausgegangen, welches biß zu Mitternacht gewähret. (Theatrum europ.
part 10 pag. 173.)« Die Post wurde in den grossen Goldstein auf den Korn-
markt verlegt, der heute noch im Munde des Volks »die cölnische Post«
genannt wird.

Im Anfange des 17. Jahrhunderts war die cölnische Post mehrmals, wenn
auch nur kurze Zeit, mit der kaiserlichen Post vereinigt (siehe Cap. II bis V),
von dem Jahre 1635 an aber, seit der Rath die Direction dem Mathäus Heiden
übergeben, blieb das Vorsteheramt bei der Familie Heiden.

Stationen der Postroute waren: Königstein, Würges, Dietkirchen (b. Limburg
a. Lahn), Walmerod, Freylingen, Gilroth, Weyerbusch (b. Altenkirchen), Uckerath,
Siegburg, Wahn und Cöln.

III. Hessen-casselsche reitende und fahrende Posten. (B bedeutet reitende, F fahrende.)

Vorsteher:	
Postmeister <i>Bödicker</i> . später Capitain <i>Kunckel</i> .	Postmeister <i>Arstenius</i> . (starb 1773)
Geh. Finanzrath und Ober-Postmeister <i>Simon Rüppel</i> .	
Post-Lokal:	
Wie 1700.	
Im Haynerhof, siehe Capitel VI.	

Abgehende und ankommende Posten.

Casseler Cours.	
B. Dienst. u. Samst. Abends 5	B. Montag u. Donn. früh 7 Uhr.
F. Sommer: Mont. Mittw. Freitag Nachm. 2.	F. Sommer: Mont. Mittw. Freitag Nachm.
Winter: Dienst. Donn. Sonnab. 11 Uhr V.	Winter: Dienst. Freit. u. Sonntag.
wie 1800.	
Casseler Cours.	
B. Dienst. u. Samst. Abends 8 Uhr.	B. Mont. u. Donnerst. Morgens 7 Uhr.
F. im Sommer: Mont., Mittw. u. Freitag,	F. im Sommer: Mont., Donnerst., Samstag,
im Winter: Mont. u. Donnerst. früh.	im Winter: Dienst. u. Freit. Nachm.
Nach Friedberg, Nauheim, Butzbach, Giessen, Wetzlar u. da herum gelegene Orte, Treysa, Ziegenhain, Jesberg, Nieder- aula, Hersfeld, Wetter, Frankenberg,	

Kerstenhausen, Gilserberg, Wildungen,
Corbach, Arolsen, Homberg i. Hessen,
Werkel, Gudensberg, Fritzlar u. Cassel.

Leipziger Cours.

B. wie Cassel. B. wie Cassel.
F. Sommer: Mittw. F. Sommer Freit.
Freit. 2 Uhr Nm. Mont.
Winter: Dienst. Donn. Winter: Dienst.
u. Samst. u. Freit. Mittag.

Nach Eschwege, Wanfried, Was
bis Leipzig passirt, zahlt bis Wanfried
und Mühlhausen, Langensaltz, und Leip-
zig franco tout.

Berliner Cours.

B. wie Cassel. B. wie Cassel.
F. Sommer: Mont. u. F. Sommer: Mont.
Freit. 2 Uhr Nm. u. Freit.
Winter: Donnerst. Winter: Freit. u.
Samst. 11 Vorm. Sonntag Mittags.

Nach Halberstadt, Magdeburg,
Berlin u. s. w.

Sächsischer Cours.

B. wie oben. B. wie oben.
F. im Sommer: Mittw. F. im Sommer:
u. Freit. früh. Mont. u. Dienst.
im Winter: Mont. u. im Winter: Dienst.
Donnerst. früh. u. Freit. Nachm.

Nach Dresden, Leipzig, Chursachsen,
Halle, Merseburg, Naumburg, Weimar,
Jena, Weisenfels, Langensalza, Schlesien
u. Polen.

Berliner Cours.

B. wie oben. B. wie oben.
F. im Sommer: Mont. F. im Sommer
u. Freit. früh. Mont. u. Samst.
im Winter: Mont. im Winter Dienst.
u. Donnerst. früh. u. Freit. Nachm.

Nach Moskau, Chur- und Liefland,
Preussen, Königsberg, Danzig, Berlin,
Magdeburg, Halberstadt, Churbranden-
burg.

DieHochfürstlich Hessen-casselsche reitende Post kommt an Morgens des Montags und Donnerstags um 8 Uhr, gehet widerum ab Dienstags und Samstags zu Nachmittags um 4 Uhr, mit dieser Post werden nicht nur allein alle Brieff in Hessen, sondern auch in Westphalen, ins Braunschweig-Lüneburgisch, Bremen, Hamburg, Schweden, Dänemark, ingleichen über das Eichs-	Thüringer Cours. B. Dienst. u. Samst. B. Mont. u. Donn. Abends 8 Uhr. Morgens 7 Uhr. F. im Sommer: F. im Sommer: Mittw. früh. Donnerst. im Winter: Mont. im Winter: Freitag früh. Nachm. Nach Erfurt, Gotha, Eisenach, Mühlhausen, Wanfried, Treffurt, Creuzburg, Bischhausen, Sontra, Eschwege, Waldkappel, und Lichtenau.	Nürnberg Cour. B. wie oben. B. wie oben. F. im Sommer: F. im Sommer: Mont. früh. Donnerst. im Winter: im Winter: Donnerst. früh. Freit. Nachm. Nach Coburg, Hildburghausen, Meiningen, Schmalkalden, Salzungen, Barchfeld, Vacha, Philippsthal, Hersfeld, Bebra, Rotenburg, Spangenberg, Morschen u. Wildungen.
Nürnberg Cour. B. wie bei Cassel. B. wie bei Cassel. F. Sommer: Freitag. F. SommerMittw. Winter: Donnerstag. Winter: Freit. Mitt. Nach Rotenburg, Hersfeld, Vacha, Schmalkalden Meinungen u. Hildburghausen, über Cassel franco tout.	Nürnberg Cour. B. wie bei Cassel. B. wie bei Cassel. F. Sommer: Freitag. F. SommerMittw. Winter: Donnerstag. Winter: Freit. Mitt. Nach Rotenburg, Hersfeld, Vacha, Schmalkalden Meinungen u. Hildburghausen, über Cassel franco tout.	Nürnberg Cour. B. wie oben. B. wie oben. F. im Sommer: F. im Sommer: Mont. früh. Donnerst. im Winter: im Winter: Donnerst. früh. Freit. Nachm. Nach Coburg, Hildburghausen, Meiningen, Schmalkalden, Salzungen, Barchfeld, Vacha, Philippsthal, Hersfeld, Bebra, Rotenburg, Spangenberg, Morschen u. Wildungen.

feld in die Chur- Marck Brandenburg, Magdeburg, Berlin, Pommern und Preussen richtig und gar geschwind gestellet und spediret.

Bremer und Hamburger Cours.

B. wie bei Cassel. B. wie bei Cassel.
F. Sommer: Mittw. F. Sommer Mittw.
2 Nachm.
Winter: Dienst. Winter: Freit.
11 Vorm. Nachm.

Nach Carlshafen, Pymont, Rinteln, Minden, Bremen, Hamburg p. Nienburg u. s. w.

Hannoverscher Cours.

B. wie bei Cassel. B. wie bei Cassel.
F. Sommer: Freit. F. Sommer: Freit.
Nachm. 2 Uhr.
Winter: Donnerst. Winter: Sonntag
11 Vorm. Mittag.

Nach Münden, Hannover, Hamburg.

Eine ordinari Postfuhr von Cassel kommt an Sommers am Samstag, Winters: Montags, Mittags, gehet ab Donners- tags 10 Uhr im Haynerhof.

Hamburger u. Hannover Cours.

B. wie oben. B. wie oben.
F. wie die Berliner. F. im Sommer: Donnerst.
u. Samst. Nachm.
im Winter: Dienst. u. Freit.

Nach Hamburg, Altona, Stade, Verden, Braunschweig, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holstein, Mecklenburg, Schwedisch Pommern, Hannover, Celle, Lüneburg, Hildesheim, Einbeck, Osterrode, Gandersheim, Nordheim, Göttingen, Münden, Goslar, Clausthal und auf den Harz.

Bremer Cours.

B. wie oben. B. wie oben.
F. im Sommer: F. im Sommer:
Mittw. früh. Donnerst.
im Winter: im Winter:
Donnerst. früh. Freit. Nachm.

Über Cassel, Grebenstein, Hofgeismar, Trendelburg, Helmarshausen, Carls- hafen, Beverungen, Höxter, (Bodenwer- der, Holzminden) Pymont (Hameln), Bösingfeld, Lemgo, Rinteln, Obern- kirchen, Stadt- u. Sachsenhagen, Roden- berg, das Schaumburgische, Oldenburg, Bückeburg, Minden, Uchte, Bastum (Freu- denberg), Bremen, Oldenburg, Delmen- horst, Jever, Ost- und Westfriesland.

Die ordinari- Botten von St. Goar kommen auch an, alle Dienstag u. Samstag Vormittag um 9 Uhr, werden wieder abgefertigt denselben Tag, Nachmittag um 1 Uhr, mit welchen die Briefe nach	Holländisch u. Westphälischer Cours. B. wie Cassel. B. wie Cassel. F. Sommer: Mittw. F. Sommer: Mont. u. Freit. 2 Nachm. u. Mittw. Winter: Dienst. u. Winter: Dienst. Donn. 11 Vorm. u. Freit. Nach Paderborn, Münster, Bocholt, Zwole, Amsterdam u. s. w.	Holländisch und Münster Cours. B. wie oben. B. wie oben. F. im Sommer: F. im Sommer: Mittw. u. Freit. früh. Mont. u. Dienst. im Winter: Mont. im Winter: Dienst. u. Donnerst. früh. u. Freit. Nachm. Nach Westuffeln, Warburg, Ollendorf, Paderborn (Detmold), Rittberg, Warendorf, Osnabrück, Münster u. ganz Westphalen; nach Bockhold, Arnheim, Gelderland, ins Cölln-Jülich- u. Bergische, Düsseldorf, Mastricht, Antwerpen, Brüssel, ganz Flandern, über Zierenberg, Wolfhagen, Arolsen (Mengringshausen), Stadtberge, Büren, (Arnsberg) Brilon, Lippstadt, Hamm, Dortmund, Lünen, Wesel, Cleve, Emmerich, Nimwegen, Utrecht, Amsterdam, Harlem, Rotterdam, Leyden, i. Holland u. England. Nach Rheinfels und den hessischen Besitzungen. B. Mittw. u. Sonnt. B. Mittw. u. Sonnt. Nachm. 3 Uhr. Vorm. 8 Uhr. In die Niedergrafschaften Catzenelnbogen, Diez, in das Nassauische, und die da herum liegenden Herr-
	Hessische Besitzungen am Rhein. B. Mittw. u. Sonnt. B. Mittw. u. Sonnt. Nachm. 2 Vorm. Nach der Niedergrafschaft Catzenelnbogen, Diez Nassauisch- auch da herumliegenden Graff- und Herrschaften	

St. Goar, Nastett, Embs, Braubach, Nassau, Langen-Schwalbach, und Wiesbaden richtig bestellet werden.

als: Idstein, Wissbaden, Kemel, Nastätten, Schwalbach, St. Goar u. Rheinfels.

St. Goärer und Idsteiner (Boten) Post kommt Mittwoch und Samstags früh an, gehet Nachm. wieder zurück, nimmt Briefe mit nach Nastätten, Ems, Schwalbach und Wissbaden. Die Bestellung ist auf der Hessischen Post im Hayner Hof.

St. Goarer Bott kömmt alle Dienstag und Samstag Vormittag und geht selbige Tage Nachmittags um 1 Uhr ab; mit welchem Briefe nach Nastätten, Ems, Langen-Schwalbach, Wiessbaden &c. bestellet werden auf der Casselischen Post im Haynerhof.

IV. Hessische (Darmst.) reitende Post im Darmstädter Hof auf der Zeil.

Postmeister *Wunderlich*.

Postverwalter *Rohr*.

Darmstädter Postillon kommt Montags, Dienstags, Donnerstags u. Samstags Morgens um 8 Uhr und gehet die Tage um 1 Uhr wieder weg. Die Spedition geschiehet im Landgräfl. Hof auf der Zeil.

Giesser Postillon kommet an Dienstag u. Samstag 8 Uhr, gehet ab Nachm. 1, logiret im Landgräfl. hess. Hof auf der Zeil.

Postmeister *Klees* seit Anfang 1749.

Darmstädter Postillon kommt Montags, Dienstags, Donnerstags u. Samstags früh um 9 Uhr an, und gehet selbige Tage um 3 Uhr Nachmittags ab; die Bestellung geschiehet im Darmstädter Hof auf der Zeil.

Giesser Postillon kommt Montags u. Donnerstags früh um 8 Uhr im Darmstädter Hof an, gehet Dienstags u. Samstags um 3 Uhr Nachmittags wieder ab.

Postverwalter *Gern*.

Reitende Post.

Geht ab Mont. u. Donnerstag früh 7 Uhr, Dienst. u. Samst. Nachm. Sommers um 5, Winters um 4 nach Darmstadt und die ganze Ober- und Niedergrafschaft.

Dienst. u. Samst. im Sommer um 5, im Winter um 4 Uhr Nm. über Oberrosbach nach Butzbach u. Giessen, das ganze Oberfürstenthum und Hessens-Cassel, kommt an von Darmstadt Dienst. u. Samst. Nachm. um 2, von Giessen Mont. u. Donnerst. früh um 7 Uhr.

Darmstädter »Giesser Cammer Bott«
kommt an Dienstags u. Samstags Morgens
und geht Nachmittags ab.

1729 »geschwinde ordinari Post« ab
Darmstadt 4 Uhr früh, ab Frankfurt
3 Nachm., fuhr während der Messe
täglich, ausserhalb derselben Montag
Mittwoch u. Freitag an und Tags darauf
in Frankfurt ab.

Das alte Gebäude zum Darmstädter Hof wurde 1747 abgerissen, und Prinz Georg von Hessen legte 1754 den Grundstein zu dem jetzt stehenden Gebäude. Vermuthlich während der Bauzeit führte der hessen-darmstädtische Posthalter Klees einen langen Bau aus Ställen und Heuboden am Klapperfeld zwischen Kreutz- und Stelzengasse auf. Die Besetzung an der Zeil, auf welcher das jetzige Palais steht, war 1627 durch Tausch am Klapperfeld in hessischen Besitz gekommen. Die Posten wurden am 8. Nov. 1806 vom Fürsten Primas Dalberg aufgehoben.

V. Herzoglich Sachsen-Eisenachisch und Fürstlich Hessen-Darmstädtischer Sammt-Postwagen
im Darmstädter Hof auf der Zeil.

Unter dem Namen	Unter dem Namen	Vorsteher: Hofrath <i>Purgold</i> .
»Leipziger Postwagen« logirt im Darmstädter Hof und kommt an Montags Morgens 7 Uhr u. Donnerstag Nachm. 4 Uhr, fährt ab Montags 10 Uhr und Freitags 9 Uhr.	»Leipziger Postwagen« Gehet ab Montags früh um 6 und Frei- tags Morgens um 8 Uhr über Friedberg, Grünberg, Alsfeld, Hersfeld, Eisenach, Gotha, Erfurt, Jena, Naumburg, Weissen- fels u. Leipzig. Kommt an Sonntags u. Donnerstags Abends, logirt im Darmstädter Hoff.	Geht ab: Kommt an: Mont. u. Freit. Montag u. Donnerst. Morgen 6 Uhr Abend. im Sommer. im Winter: 7 Uhr früh. Nach Friedberg, Berstadt, Grünberg, Alsfeld, Niederaula, Hersfeld, Berka, Eisenach. Von da: Gotha, Erfurt, Buttelsädt, Auerstädt, Naumburg, Rippach, Leipzig, Dresden, ganz Sachsen, Schlesien und

Gegen Ende des Jahrhunderts vermittelte diese Postverbindung den Briefwechsel zwischen Frau Aja mit ihrem Sohn, sowie mit Karl August in Weimar etc. (S. Brief des Herzogs an Frau Rath datum Mainz 20. Jan. 1787.) Die Post wurde 8. Nov. 1806 aufgehoben.

Polen, imgleichen Naumburg über Merseburg, Halle, u. v. Leipzig über Wittenberg, Potsdam, Berlin, Frankfurt a. O. die ganze Mark, Pommern u. Preussen, von Hersfeld über Vacha, Salzungen, Schmalkalden Meiningen, Ferner von Erfurt über Weimar, Jena, Gera, ins Voigtland, von Gotha über Langensalza, Mühlhausen, Nordhausen, Sondershausen, Halberstadt, Braunschweig, Arnstadt, Rudolstadt und Saalfeld.

VI. Hessen-Homburgische Reit- und Fahrposten.

Homburger Kutsche kommt an Montag u. Donnerstag Morgens, geht ab Nachmittags, logirt bei Herrn Obrist-Lieut. Winter auf der Eschenheimer Gassen.
Homburger Fuss Bott kommt an Dienstag u. Samstag, geht ab Nachmittags 2 logirt ebendasselbst.

Homburger Kutsche kommt Montags und Donnerstags an, gehet allezeit Nachmittags wieder ab, logiret in den drey schwedischen Cronen auf der Friedburger Gass.
Homburger Fuss Bott kommt Montags, Dienstags, Donnerstags u. Samstags früh im Viehhof an, gehet Nachmittags 3 Uhr wieder ab.

Post - Lokal:
bis 1789 »schwarze Bock« (jetzt Pariser Hof), von da »Stadt Ulm« in der Schäfergasse.

Reitende Post (seit 1773) kommt an Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitags um 1 Uhr, geht ab 3 Uhr. Sie nimmt Briefe und Packete mit nach Homburg, Friedrichsdorf, Dornholzhäusen, Ober- u. Niedereschbach, Gönzenheim, Seulberg, Köppern, Kirdorf u. dortige Gegend.

Fahrende Post von Homburg kommt an Mittw. u. Samst. Winters Vorm. 9 Uhr u. geht ab 3 Uhr Nachm. Im Sommer kommt sie an 8 Uhr, geht ab 4 Uhr.

VII. Churpfälzische Postwagen.

Vom 19. Febr. 1704 an. *F. H. Rink*, Postverwalter des churpfälzischen privilegierten Postwagens.

Am 29. Sept. 1705 wurde durch das »Journal« bekannt gemacht, dass der churpfälzische »privilegierte« Postwagen die Woche dreimal (Sonntags, Dienstags u. Donnerstags) über Wetzlar nach Köln abgehe u. zwar im Gasthaus zum Krachbein (in der Fahrgasse, später »König von England«, jetzt provisorischer Sitz des Oberlandesgerichts). Dieser Postwagenkurs war vom Commerzienrath H. von Ausem in Mülheim a. Rhein u. zwar als »ordinari Eilfuhrwerk oder sogenannte Diligence« errichtet, der Lauf des Wagens ging über Siegen, Dillenburg u. Wetzlar. Friedberg nach Frankfurt. Taxis beschwerte sich bei Kurpfalz in Düsseldorf vergeblich: »puncto violati regalis postarum.«

Die hiesige Behörde nannte sich: »Chur-Pfälzisches Erb-Ober-Post-Directorium«.

Aus dem Gasthaus »König v. England« vorher: »Krachbein« geht der chur-pfälzische Postwagen:

3 mal wöchentlich nach Heidelberg kommt an

Dienst.	Sommer: Montags
Donnerst. u.	Mittw.
Samstags früh.	Freit.

Winter: Sonntag
Mittw. Freit.

Dienstag und Samstags früh hat dieser Postwagen Anschluss nach Stuttgart und kommt zurück Sommer: Mont. und Freit., Winter: Mittw. u. Freit. Abends.

Dienstag u. Donnerstag Anschluss nach Strassburg u. kommt zurück Mont. u. Freit.

Churpfälzischer Postwagen nach Köln, und weiter in ganz Niederlande und Brabant,

Im »Frag- und Anzeigungsblatt« macht die Chur-Pfälz. Post-Wagenspedition unterm 21. Aug. 1762 dem »publico« bekannt, dass die Postwagenspedition aus dem »König von England« in den sog. »Langengang« auf die Allerheiligengasse verlegt worden sei. (Lange Gang hiess später »Römischer König«, jetzt ist das Eisengeschäft von Marburg darin) »von wannen 3 mal wöchentlich der chur-pfälzische Postwagen über Darmstadt, Auerbach, Weinheim nach Mannheim und Heidelberg, und weiteres per combination über Durlach und Strassburg und ganz Frankreich item über Heilbronn nach Stuttgart, ins böhmische Reich und in die ganze Schweiz gehet, und Personen, Gelder, Postgüter &c. können hinbefördert werden«.

»Imgleichen wird daselbst ein Churpfälzischer Postwagen über Friedberg, Wetzlar, Dillenburg, Siegen nach Cölln und Düsseldorf spedirt, durch welchen Personen, Gelder, Postgüter &c. auf Aachen in ganz Brabant, item auf Cleve,

Die pfälzischen Postwagen wurden später »Rückische« genannt und gingen im Spenerschen Hause auf der Allerheiligengasse ab.

Im Jahre 1756 wurde die Expedition aus dem goldenen Löwen, in welchem sie seit 1752 gewesen, in das Gasthaus zum König v. England verlegt.

geht ab:	kommt an:	
Sommer:	Sommer:	
Dienst.	{	Sonnt.
Donnerst.		Mittw.
Samst.		Freit.
		Abends.
	früh.	
Winter:		Winter:
Mittw.	{	Mont.
Samst.		Donnst.
	Mittag.	Mittag.

Wesel und in ganz Holland können gebracht und versandt werden«.

Im Jahre 1774 wurde der kurpfälz. Postwagenkurs nach Wetzlar-Cöln etc. durch Vergleich an Taxis abgetreten, nachdem dies Unternehmen 70 Jahre lang in Händen der Familie von Aussem gewesen. Von 1774 an fuhr ein kaiserlicher (taxis'scher) Wagen auf dieser Strecke. Der letzte kurpfälzische Beamte war J. M. Cölsch, Bürger in Frankfurt und Postsecretarius von Kurpfalz.

VIII. Ankommende und abgehende Landkutschen.

Büdingen Kutsch kommt Montag
Abends in dem Maulbeerhof (Töngesgasse) an und fährt Dienstag Mittags wieder ab.
Erbacher Wagen kommt Freitags an, gehet Samstag wieder weg, nimmt Packeter mit auf Babenhausen, Fürstenau und Michelstadt, logirt im Maulbeerhof.

Büdingen Kutsche kommt Montags
Abends an und fährt Dienstag Mittags wieder ab, logirt im Maulbeerhof.

Erbacher Wagen kommt Freitag Mittags an und fährt Samstags um 12 Uhr ab, mit welchem Packeter u. Briefe nach Babenhausen, Michelstadt, Fürstenau befördert werden, logirt im Maulbeerhof in der Töngesgasse.

Friedberger Kutschè kommt an Montags u. Donnerstags, geht ab Diens- tags u. Freitags, in den Messen alle Tage; logirt in der Karthaun auf der Friedberger Gassen.

1700

1750

1800

Ankommende und abgehende Landkutschen.

Hanauer Kutsche kommt alle Vormittags an, geht Nachmittags ab, logirt im Krachbein in der Fahrgasse.	Hanauer Kutsche gehet alle Tag einmal, in der Mess aber zweymal, hat die Einkehr in dem Maulbeerhof in der Döngesgassen.	Hanauer Kutsche kommt alle Tage gegen Mittag hier an, fährt Nachmittags wieder ab, logirt im goldnen Löwen in der Fahrgasse.
Heidelberger ordinari Kutsche kommt an Dienstag u. Freitag und geht ab Mittwochs und Samstags im schwarzen Adler in der Fahrgasse. Am 4. Aug. 1705 wird durch das extraordinari Postblättlein bekannt gemacht, dass den 6. t. auf den Donnerstag früh eine fahrende Post nach Lindau angehen soll. Wer sich dieser Gelegenheit bedienen will, soll sich im güldnen Engel allhie melden. Mannheimer Kutsche kommt an Dientags, geht ab Mittwochs 9 Uhr früh in der goldnen Gerste Fahrgasse.		Hanauer Diligence kommt alle Morgen hier an und fährt gegen Abend ab, logirt ebendasselbst.

Frankenthaler Kutsche kommt an Montags, geht ab Dienstag Vorm. logirt im Nürnbergerhof.

Wormser Kutsche kommt an Dienstags und Donnerstags, geht ab Mittwochs und Freitags logirt im Nürnbergerhof.

Coburger Landkutsche kommt an alle 14 Tage, gehet wieder ab ein Paar Tage, nachdem sie gekommen, logirt im Weidenhof (auf der Zeil).

Weinheimer Kutsche kommt an Dienstags und fährt denselben Tag 9 Uhr ab in der goldnen Gerste in der Fahrgasse.

Wetzlarer Kutsche, allwo das Kayserl. Cammergericht, kommt an Dienstags, fährt ab Mittwochs, logirt im Nürnbergerhof. Die andere, so in Sommerszeit in einem Tag von Wetzlar bis Frankfurt fährt und wiederum von F. nach W., logirt im Krachbein.

Metzer Kutsche über Saarbrücken u. Zweibrücken, Kaiserslautern und Oppenheim kommt an Freitag Mittag, fährt Samstag früh wieder ab, logirt im Nürnbergerhof.

Strassburger Kutsche kommt an Sonntag u. Donnerstags Mittags, und gehet die erste Dienstags früh über Frankenthal, Worms, Speyer, die andre aber Samstag früh über Worms u. Landau wieder dahin ab, logiren im Nürnbergerhof.

Die Kutsche auf Würzburg nach Coburg kommt alle 14 Tage einmahl Sonntags Nachmittags hier an, fährt Dienstags früh mit dem Thoraufmachen wieder ab, kehret ein im Weidenhof auf der Zeile.

Metzer Kutsche über Oppenheim, Kayerslautern, Zweibrücken, Saarbrücken u. Metz kommt an Freitag Mittags, fährt ab Samstag früh logirt im Nürnbergerhof.

Strassburger Kutsche kommt Sonntags Mittags an über Worms u. Speyer und geht ab Dienstag früh, die andere über Worms, Neustadt a. H., Landau, Zweibrücken u. Strassburg kommt an Donnerstag Mittag und geht ab Sonnabend, logiren beyde im Nürnbergerhof.

Coburg und Würzburger Kutsche kommt alle 14 Tag einmal Sonntag Nachmittags hier an, fährt Dienstag früh mit dem Thoraufmachen wieder ab, kehrt ein im Weidenhof auf der Zeil.

IX. Abgehende und ankommende Boten.

Birsteiner Bott kommt Dienstags an, geht ab 1 Uhr, logirt im Maulbeerhof in der Döngesgasse.	Babenhäuser Bott kommt Dienstags und Freitags, geht ab Mittwochs und Samstag um 11 Uhr zu Sachsenhausen in der Sonne und bey Herrn Lehr in der Fahrgasse.
Braunfelser Bott kommt an und gehet Samstag, kehrt ein im goldnen Löwen in der Fahrgasse.	Birsteiner Bott kommt Dienstags und Samstag an, gehet um 12 Uhr wieder ab, nimmt Briefe mit nach Langendiebach, Ronnenburg und Wenings, kehrt im Römischen Kaiser ein.
Büdingen Bott kommt an Dienstags und Samstag, geht ab 2 Uhr, logirt in der Krone auf der Friedberger Gasse nimmt Briefe mit nach Marienborn.	Braunfelser Bott kommt Dienstags und Samstag Vormittags, geht selbigen Tag um 12 Uhr ab, bei Herrn Gebrüder Holzmann unter den neuen Krämen.
	Büdingen Bott kommt Dienstags und Samstag Vormittags, geht Nachmittags ab, bey Herrn Heeser in der Schnurgasse.
	Creuznacher Bott in der Bockgasse bei Herrn Adam im Bock.

s. »Offenbacher Bott.«

Dieburger Bott kommt Dinstags u. Samstags Abends im Paradeis in Sachsenhausen an, gehet den andern Morgen wieder ab.

Diezer Bott kommt Dienstags an, kehrt bei Herrn Fischer in der Grabengass ein, gehet den Mittwoch wieder zurück.

Dieburger Bott kömmt alle Dienstags und Samstags Abends hier an, und gehet den andern Tag um 9 Uhr wieder ab, logirt im Paradeis zu Sachsenhausen.

Diezer Bott kömmt alle Dienstag, geht über Königstein, logirt in der Graubengass bey Herrn Fischer.

Eckardtshauser Bott kommt Dienstag und Samstag an, nimmt Bestellung mit auf Hochstadt, Wachen- und Mittelbuchen und angrenzenden Ortschaften, logirt im Maulbeerhof.

Dillenburger Postillon kommt alle Freytag an, gehet Samstags um 2 Uhr wieder weg mit Brieffen auf Herborn, Siegen, Hachenburg Berleburg und Gegend, logirt in der Graubengasse.

Erbachischer Bott, so nacher Michelstadt geht, kommt an Dienstag 8 Uhr, geht ab 12 Uhr logirt in der Stadt Hamburg St. Antonigassen (Töngesgasse).

Erbacher Bott, so nach Umstadt, Höchst, Fürstenau, Michelstadt gehet, kommt Dienstag und Samstags an, gehet Dienstags um 1 Uhr u. Samstag 11 Uhr ab, logirt Maulbeerhof.

Fulder Bott, kommt alle 14 Tage des Freytags bei Herrn Peters in der Fahrgasse an, gehet Samstags wieder ab.

Erbacher Bott, so nach Michelstadt, Umstadt, Fürstenau geht, kommt Dienstags und Samstags früh an und geht Dienstags um 1 Uhr, Samstags aber um 11 Uhr ab im Maulbeerhof.

Fulder Bott kommt alle 14 Tag des Freitags und gehet Samstags wieder ab, logirt im Reifenberg.

Abgehende und ankommende Boten.

Hanauer Bott kommt alle Tage, geht ab 1 Uhr, logirt im Nürnbergerhof.	Hanauer Bott kommt täglich an und geht 1 Uhr wieder ab, kehrt in der Schnurgass im Eckhaus zum Nürnberger Hof ein.	Hanauer Bott gehet alle Tage um 1 Uhr, logirt in der Bockgasse im Rehbock.
Idsteiner Bott kommt alle Dienstag und Samstag an, logirt im schwarzen Bock an der Hauptwache (Pariser Hof).		Heldenberger oder Helferinger Bott kommt alle Dienstags und Samstags, geht ab selbige Tage, logirt im schwarzen Bock (Pariser Hof).
Laubacher Bott kommt alle Dienstag 9 Uhr, gehet ab um 12, logirt bei Herrn Morgenbaum in der Schnurgassen.	Laubacher Bott kommt Montags Abends bey Herrn Stöcklein unter den neuen Krähen an, gehet Dienstags Mittags wieder ab, nimmt Briefe mit nach Fauerbach, Berstadt, Utphe, Hungen u. Ruppersberg.	
Lauterbacher Bott kommt an und gehet ab Samstags, logirt im Judenbrücklein.		

Offenbacher Bott kommt täglich an und gehet ab bei Herrn Freythof Zuckerbäcker in der Schnurgassen.

Merholzer Bott kommt Dienstags an, geht Mittags 1 Uhr ab logirt im goldnen Löwen in der Fahrgass.

Fürstl. Löwensteinscher Bote von Grosszimmern, geht auf Oberroden, Eppertshausen, Münster, Dieburg, Reinheim, Breunsbach, logirt im Landsberg bei Herrn Frera. Kommt Freitags an, geht Samstags Vorm. ab.

Offenbach u. Philippseicher Botten kommen Dienstags Donnerstag u. Samstag an gehen um 12 Uhr wieder ab, der erste nimmt Samstags die Briefe mit nach Langendiebach, Ronnenburg, Birstein und Wenings; der andre nimmt die Briefe nach Isenburg, Sprendlingen und Dreieichenhain mit. Die Bestellung geschieht im Hutter- modo Jägerschen Buchladen auf dem Pfarreisen (Domplatz).

Meerholzer und Wächtersbacher Bott kommt an Dienstag und Samstags Vormittags bei Herrn Malss auf der Zeil, geht Nachmittags wieder ab.

Der Bott nach Oppenheim u. Gunterblum kommt Dienstags früh an, geht um 1 Uhr wieder ab nimmt Briefe mit ins Alzeyische Amt, logirt in der Stadt Darmstadt.

Offenbacher und Birsteiner Bott kommt an alle Dienstag u. Samstag 11 Uhr und geht sogleich ab über Offenbach, Langenselbold, Langendiebach, Wenings. Der Dreieichhainer Amtsbott kommt nemliche Tage und geht ab 11 Uhr. Es kommt auch Donnerstags 11 Uhr ein Bott von Offenbach, geht aber nicht weiter, die Bestellung geschieht bei Herrn Agent Weidner im weissen Schwan. Die Botten logiren bei Bierbrauer Müller gegen der Mehlweg über.

Meerholzer Bott kommt an Dienstag und Samstag Vormittag 8 Uhr, geht Mittags 12 Uhr ab bei Herrn Rittmeister Herzog in der Windmühle (Untermainquai).

Oppenheimer Bott kommt Dienstags früh, geht Nachmittags um 1 Uhr ab, nimmt Briefe mit nach Gunterblum und Alzeyische Amt, in der Fischergass.

Abgehende und ankommende Boten.

s. Offenbach.	Philippseicher Bott kommt an Diens- tags u. Samstags früh, geht Nach- mittags ab, bei Herrn Müller neben der Gerst in der Fahrgasse.
Rödelheimer Bott kommt alle Tage Mittags im Solmsischen Hof an.	Rödelheimer Bott kommt und geht alle Tage, bei Herrn Kammerrath Geismer in der Töngesgasse.
Rosbacher Bott (b. Friedberg) kommt an Dienstags u. Samstags und gehet Nachmittags ab, logirt im Darm- städter Hof.	
Schaumburgische Brieff an die Fürstl. Herrschaft und Regierung werden bei Herrn Rath Eichhorn bestellt.	Schaumburgsche Briefe an die Hoch- fürstliche Herrschaft, Regierung und ganze Hofhaltung werden bei Herrn Agent Weidner im weissen Schwan bestellt.
Stolberg-Geuderner Bott. kommt alle Dienstag an, gehet 12 Uhr wieder ab, bestellt Brief nach Alt- stadt, Closter Engelthal, Höchst u. Orteburg, logirt im Schuchhauss auf dem Marckt. Die samstäglichen Briefe aber nimmt der Büdinger Bott mit.	Stolberg Gedernscher Bott kommt alle Dienstag früh und geht Nach- mittag um 1 ab, bestellt Briefe nach Altenstadt, Kloster Engelthal, und Ortenberg im Maulbeerhof.

Umstädter Bott kommt Freitags an, gehet Samstags ab, kehrt im Reiffenberg ein.

Wächtersbacher Bott kommt an und geht ab Dienstags logirt in der Reichskrone (Schäfergasse).

Umstädter Bott kommt Freitags an, gehet Samstags wieder ab, logiret in der Gerste.

s. Meerholz.

Usinger Bott kommt an Dienstags und Samstags früh, gehet um 1 Uhr wieder ab, logiret im Maulbeerhof.

Wallauer Bott kommt an Dienstags und Samstags frühe, gehet um 12 Uhr wieder ab, nimmt Briefe mit nach Wiessbaden, Catzenelnbogen, Braubach, Ems; Die Bestellung ist in Darmstädter Hof auf der Zeil.

Wiessbader Bott kommt Dienstags an, gehet Donnerstags ab logirt in der Neugass im Affen.

Umstädter Bott kommt Mittwoch u. Samstags früh, geht Nachmittags ab, nimmt Briefe mit nach Forst im Odenwald, in der Gerste in der Fahrgasse.

Wächtersbacher Bott kommt alle Dienstag und Samstag Morgens um 8 Uhr und geht um 12 Uhr Mittags ab, nimmt Briefe mit nach Selbold, Rothenbergen, Breitenberg, Hessel-dorf, Helstein, neue Schied, Schlierbach, bei Herrn Mals in der Buchgasse.

Wallauer Bott kommt Dienstags und Samstags Vorm. 8 Uhr geht 11 Uhr zurück, nimmt Briefe mit nach Wallau, Wiessbaden, Catzenelnbogen, Braubach u. Ems und in die ganze Herrschaft Eppstein logirt im Darmst. Hof.

Wiessbader Bott kommt Dienstag, geht Donnerstag ab, logirt im Affen in der Neugass.

Vorstehendes sind die Postverbindungen der Stadt Frankfurt im vorigen Jahrhundert. In ihrer bunten Mannigfaltigkeit gibt diese Zusammenstellung ein treues Abbild der damaligen Zustände im heiligen römischen Reich, welche mit anbrechendem 19. Säculum ein Ende mit Schrecken fanden.

Was das Sachliche anbelangt, so kann es zunächst auffallend scheinen, dass keine einzige Post von der »Diligence« an bis herunter zum »Fussboten« bei Nacht abging oder ankam. Es findet dies aber einfach seine Erklärung darin, dass Abends die Stadtthore geschlossen und erst mit Tagesanbruch wieder geöffnet wurden. Diese Einrichtung dauerte bis 1837. Es ist davon bei anderer Gelegenheit eingehender die Rede. Oft mussten sogar die Postämter den Gang der Posten anderen Ereignissen anbequemen, so z. B. bei der Wahl Kaiser Karls VII. aus dem Hause Wittelsbach. Die Kurfürsten hielten ihr Conclave am 24. Januar 1742 ab, und der Kurfürst von Mainz verlangte, dass sämtliche Stadtthore um 4 Uhr Nachmittags geschlossen und dass ihm die Schlüssel in's Compostell abgeliefert würden. Der Magistrat wünschte zwar die Stadtthore erst um 8 Uhr Abends zu schliessen, weil »heute der stärkste Reichsposttag einfiele,« indessen vereinigte man sich in Güte dahin, die Thore um 5 Uhr zu schliessen. Den kaiserlichen und hessen-casselischen Postämtern wurde davon Mittheilung gemacht und ihnen anempfohlen, »sich mit ihren Expeditionen zu beschleunigen.« Dies versprachen auch beide Postämter und schickten ihre Abendposten einige Stunden früher ab.

Zur Charakteristik des Postverkehrs im vorigen Jahrhundert sollen nun einige Einzelheiten folgen, welche besonders dem postalischen Leser von Interesse sein werden.

Die kaiserliche oder taxis'sche Post bestand bis zu ihrem Ende im Jahre 1867 aus zwei getrennten Postämtern, dem Briefpostamt (früher reitende Post) und dem Fahrpostamt, und wo in obiger Zusammenstellung ein merkbarer Unterschied nicht gemacht wurde, ist dies lediglich der Kürze und besseren Uebersicht halber unterlassen worden. Die Annahmeschalter waren geöffnet von 8—12 und 2—7 Uhr. Wegen der Schlusszeiten »dienet nachrichtlich« oder »sei zu wissen,« dass die Briefe $\frac{1}{2}$ Stunde vor Abgang der Post abgeliefert sein müssen, wenn sie noch »mitgehen« sollen, sowie, dass auf denjenigen Briefen, »so nach kleinen Flecken, Dörfern, Schlössern oder sonst nicht allzubekannten Oertern gehen,« die nächstgelegene grössere Stadt namhaft gemacht werden muss u. s. w. Personen und Packete, welche mit den Frühposten befördert werden sollen, müssen bis Abends 7 Uhr des vorhergehenden Tages eingeliefert resp. ein-

geschrieben sein. Stücke über 80 Pfund werden nur 14 Tage vor und nach, sowie während der Messe angenommen, in der übrigen Zeit bleiben sie von der Beförderung ausgeschlossen. Ueber Werthsachen wurde, wie heute, ein Schein ausgestellt, der aber nur 3 Monate Gültigkeit hatte, und die Ersatzpflicht trat für die Verwaltung nur dann ein, »wenn durch Verschulden der Postbeamten und Bedienten etwas verloren gehen sollte.« Für »Zollcontrebande« ist der Aufgeber »responsable«. Für Schaden, welcher durch mangelhafte Verpackung entsteht, »kann und wird die Postverwaltung nicht haften,« ebenso ist sie nicht »responsable« für Sachen, welche dem Verderben ausgesetzt sind. »Grosse und lange, obschon leichte Verschlüge und Päckereyen werden nicht nach dem Gewicht, sondern nach Massgabe der Grösse bezahlt«, — also derselbe Gesichtspunkt, von dem aus unser heutiges »Sperrgut« behandelt wird. Briefe, welche bei zollamtlicher Behandlung in Packeten gefunden werden, unterliegen der Confiscation, und die »ordonnanzmässige Strafe fällt dem Aufgeber zur Last.« 50 Pfund Passagiergepäck sind frei; aber auf kleine Reise geräthschaften, Degen, Stöcke, Mäntel u. s. w. hat der Passagier bei »Um- und Abpackung die nöthige Obsicht zu tragen.« Das Tabakrauchen im Postwagen, sowie das Mitführen grosser Hunde im Postwagen ist untersagt; demnach durften Bologneser, Möpse, Affenpintscher und dergleichen Schosshündchen mitgenommen werden. Nehmen die Conducteurs einen blinden Passagier mit, so sind die (eingeschriebenen) Passagiere verpflichtet, »dergleichen Leute, so zur Gesellschaft honneter Passagiers nicht gehören, aus dem Postwagen hinauszweisen« und Anzeige zu machen. Bescheidenheit ist Pflicht der Conducteurs und Postillone und »sollte ein solcher Postbediente dagegen fehlen, oder sich im Trunke übernehmen,« so verspricht das K. R. Postcommissariat dem beleidigten Theil volle Genugthuung, dagegen ist es nicht gestattet, »denen Conducteurs und Postillons schimpflich zu begegnen oder gar sie zu misshandeln.«

Auf welche Weise vor hundert und mehr Jahren Beschwerden gegen die Post ihre Erledigung fanden, kann hier aus einigen Beispielen ersehen werden. Im Jahre 1761 beschwerten sich 25 Firmen in Amsterdam, dass sie für Briefe aus Frankfurt neuerdings das doppelte Porto zahlen müssten. Die taxis'sche Postverwaltung schob die Schuld auf die holländische, und Oberpostmeister Berberich liess die Fensterabhängige (Taxen) entfernen. Die Frankfurter Kaufmannschaft, an ihrer Spitze D. & J. de Neufville, Remy Bansa, J. F. Gontard, Ohlenschlager u. A. verklagten das Oberpostamt beim Kaiser. Es kam nunmehr eine Convention zwischen der taxis'schen und hollän-

dischen Postbehörde zu Stande, der Kaiser befahl auch am 9. Juli 1766, dass ihm die neue Convention vorgelegt werde. Bald darauf aber wurde der Referent am Reichshofrath krank, und die Angelegenheit war im Jahre 1785 noch nicht erledigt.

Um dem in Verfall gerathenen Münzwesen wieder aufzuhelfen, war die Bestimmung getroffen, die Postwagen etc. an den Thoren nach verbotenen und »verrufenen« Münzsorten zu visitiren. Das kaiserliche Postamt weigerte sich, seine Wagen untersuchen zu lassen, und die Kutschen mit »kaiserlicher gelber Livrée« passirten ungehindert die Thore. Um jedoch die »betrügerische und wucherhafte Einfuhr geringhaltiger Münzsorten« zu controliren, erging ein Gebot an alle Kaufleute, bei Einfuhr solcher Waare Anzeige zu machen. Der Kaiser verfügte am 4. März 1760: »dass auf den Posten kein gemünztes und ungemünztes Gold und Silber zur Versendung angenommen werden soll, ausgenommen, es werde dann dabei obrigkeitliche Passierscheine vorgezeigt, oder aber das Geld selbst vor der Verpackung vorgezeigt.« Wenn in dem Gelde keine verbotene und verrufene Münze sich befände, oder aber letztere zur Hälfte durchschnitten sei, wenn ferner ungemünztes Metall mit Probe und Schmelzzettel versehen und nicht an eine verbotene Münzstätte adressirt sei, so sei die Postbeförderung gestattet. Bei Ankunft solcher Sendungen sei ebenso zu verfahren, d. h. die Sendungen im Beisein der Empfänger zu öffnen und zu prüfen. Bei Zuwiderhandlungen sei die Postsendung dem Magistrat auszuliefern. Am 10. Februar 1761 ereignete sich nun folgender Fall. An die Kaufleute Werner und Hassel kam ein Geldfass aus Augsburg an. Das Postamt öffnete das Fass, weil der Passierschein unterwegs verloren gegangen war. Der Reichshofrath ertheilte wegen dieser Unregelmässigkeit dem Fürsten von Taxis und seinem Postamt folgenden Verweis:

»I. K. M. hat der Rath zu Frankfurt angezeigt, wie das Kaiserl. Reichspostamt allda die Eröffnung eines zu Augsburg mit obrigkeitlichem Passirschein zwar aufgegebenen, zu Frankfurt aber aus Verschulden der Post ohne solchen Schein angekommenen Fässels mit Geld im Beisein der Adressaten Werner und Hassel vorzunehmen und berechtigt zu sein meine, über Verabfolgung des Gutes oder nicht zu entscheiden.« Das Abhandenkommen des Passirscheines erheische eine strenge Untersuchung, diese »Fahrlässigkeit« verdiene um so mehr Bestrafung, als dadurch grosse »Weitläufigkeiten und Beschwerung des Commerci« entstünden. Die Untersuchung sei sofort anzuordnen und an Kaiserliche Majestät zu berichten,

zugleich auch zu verfügen, dass solche »Irregularitäten« künftig unterblieben. Das Kaiserliche Postamt in Frankfurt habe kein Recht gehabt, das Geldfass zu öffnen und dem Adressaten zu übergeben, sondern es hätte dasselbe nach den Bestimmungen der Kaiserlichen Patente dem Magistrate übergeben müssen, weil »ein Passirschein nicht dabei gewesen sei.« »Es haben daher Herr Generalerbpostmeister hiernach die gesammten Postofficianten zu bescheiden und auf die genaue Befolgung beiderlei Patenten nachdrücklich zu verweisen, zugleich aber zu verfügen, dass die mit der Post anlangenden obrigkeitlichen Passirscheine in gutem Gewahrsam künftig aufbehalten werden, damit man sich erforderlichen Falls daraus der Nachricht erholen könne.«

Dem Rathe wurde von diesem Verweise Kenntniss gegeben, und auf seine Anfrage, ob nicht besser die Post die Passirscheine an das Rechneiamt abliefern könne, wurde ihm erwidert, dass die Post solche aufzubewahren habe, damit man sie in vorkommenden Fällen jederzeit einsehen könne.

Auch soll hier seinen Platz finden, was von »der Stättigkeit und Ordnung derer Juden« in den zwei vergangenen Jahrhunderten hierhergehört. Es wird als bekannt vorausgesetzt, welche Einschränkungen der Judenschaft auferlegt waren. Sowohl fremde als hiesige Juden und Jüdinnen mussten nach der Judenordnung von 1616 drückende Abgaben zahlen und durften nirgend anders als in der Judengasse wohnen. Verliessen sie diese Gasse, so mussten sie runde gelbe Ringe an ihren Kleidern tragen bei Vermeidung etc. Bei Nacht und an christlichen Sonn- und Feiertagen waren die Thore der Judengasse verschlossen u. s. w. Erst durch Rathsedict vom 14. Februar 1756 wurde den Juden das Verlassen ihrer Gasse an Sonn- und Feiertagen jedoch nur in dringenden Fällen, z. B. zum Holen von Hebammen, Aerzten oder Barbieren gestattet, vorausgesetzt, dass sie den geradesten Weg gehen und sich dabei ruhig, still und sittsam betragen. Sodann fährt das Edict wörtlich fort:

3) Gleichwie, was die Ablangung derer Briefen von der Post anbetrifft, ein hiesiger Schutzjude hiezuhin eigends bereits bestellet ist, also wird zwar denen Juden, welche Briefe abzugeben haben, die Beschickung derer Posten und Marktschiffen an bemeldten Sonn- und Feiertagen erlaubt, gleichwohl aber anderst nicht, als dass sie in Besuchung der Kaiserlichen Post des Ausgangs an dem Thor an der Bornheimerpforte durch die Töngesgasse (bis zum kaiser-

lichen Postamt) und zu dem Marktschiff gleiches Wegs und über den Liebfrauenberg durch die neuen Krähme über den Samstagsberg und dem Fahrthor hinaus und keines andern Wegs hin und her bedienen.

- 4) Hiernächst wird denen Juden ferner die Beschickung dererjenigen Postwägen, so auf den Montag ganz früh abgehen, und weswegen die Karten schon Abends zuvor geschlossen und hernach keine Briefe und Päckleins mehr angenommen werden, auf die Sonntage dergestalt verstattet, dass sie damit den graden Weg die Zeil hinauf, an der Hauptwache vorbei bis an die Bockenheimergasse (zur Fahrpostexpedition im weissen — jetzt Hôtel — Schwan), sodann zu dem Hessen-casselischen Postwagen den Weg hinter denen Predigern her nach dem Haynerhof zu halten und sonst weder zur rechten noch zur linken Hand auszuschweifen haben.«

Ferner sollen sich Juden und Jüdinnen des Spazirengehens in der Allée auf dem Rossmarkt »zu allen Zeiten schlechterdings« enthalten, keinen Tabak rauchen etc. Dieser Senatsbeschluss wurde am 15. Januar 1765 und am 2. September 1779 erneuert.

Während des siebenjährigen Krieges hielten die Franzosen unter Duc de Broglie Frankfurt von 1759—1762 besetzt. Broglie wohnte im Hause Zeil 27 (früher D 214), der Königslieutenant Graf Thorane in Goethe's Vaterhaus, später im Junghof. Die Franzosen brachten auch ihre Feldpost mit und legten deren Sitz in oben erwähntes Haus auf der Zeil. Der kaiserlichen (taxis'schen) Post thaten sie indess keinen Abtrag und das Obercommando erliess am 30. Januar 1759 folgende Bekanntmachung:

Avis au Public.

Sa Majesté Très-Chrétienne ayant trouvée indispensable, d'établir en cette ville un Bureau des Postes pour le Service de Son Armée commandée par S. A. Mons. le Maréchal Prince de Soubise, et Son Intention n'étant pas de porter la moindre atteinte aux droits de la Généralité des Postes de S. M. Imper. Le Public est averti que les Lettres, qui seront remises au dit Bureau par d'autres Personnes, que celles attachées au Service de l'Armée couront risque, d'être mises au rebut.

Fait à Francfort le 25 Janvier 1759.

Par Ordre de S. A. Monseign.
le Maréchal Prince de Soubise.

Was die hessische Post anbetrifft, so kannte dieselbe schon unsere jetzige Einrichtung, kleinere Packete mit der Briefpost zu schicken (sog. Fauststücke). Für »Bücher und Victualien« hatte sie ermässigte Taxen und Actenpackete wurden nach einem geringeren »besonderen Regulativ« taxirt. Das Gewichtsmaximum der Packete betrug 200 Pfund (also doppelt soviel als heute). Für angegebenen Werth wurde voll und ganz Ersatz garantirt, aber die Aufgabescheine hatten auch nur 3 Monate Gültigkeit. Falsche oder zu niedrige Werthangabe unterlag im Entdeckungsfall einer Strafe »à 10 pro cento«.

Es wurde entweder ein Porto nach dem Gewichte oder nach dem Werthe bezahlt und zwar das grössere von Beiden. Das Werthporto richtete sich wieder entweder nach einer Taxe für Silber oder nach einer solchen für Gold. Edelsteine, Spitzen u. dergl. wurden nach letzterer bezahlt. Ein Brief mit 5 Thalern beschwert kostete das 1½fache, im Werth bis zu 20 Thalern das doppelte Briefporto u. s. f.

»Bei starken Summen von mehreren 1000 Thalern, auch bey häufigen und fortdauernden Versendungen von vielem Geld und Waaren-Rimessen wird dem Befinden nach einiger Nachlass gestattet.« Also die hessische Post gewährte Rabatt — das war bis jetzt wohl noch nicht wieder da!

Man kam mit der hessischen fahrenden Post in Berlin am 9., in Bremen am 8., in Hannover am 6., in Hamburg am 9., in Leipzig über Cassel am 7. Tage an. Das Personengeld betrug für die Meile 6 Groschen ausschliesslich Postillonstrinkgeld etc. Nach Berlin zahlte die Person 14¾, nach Bremen 9½, nach Hannover 8, nach Hamburg 11⅔, nach Leipzig 9⅙, nach Cassel 4½ Thaler.

Die Preise der kaiserlichen Post können aus nachfolgender Taxe von 1698 ersehen werden.

Kaiserliche Reichs-Posttaxa 1698.

Nach welcher sich alle und jede dem Kaiserlichen Reichs-Ober-Post-Amt Frankfurt untergebene Posthalter, wie auch die Couriers und andere sich der Post bedienende Personen zu regulieren, und was vor das Pferd von einer Station zur andern zu zahlen seye Alles nach dem unterm 18. October 1698 ausgegangenen, und von Ihro Kayserl. Majestät allergnädigst approbirten Post-Tax-Ordnung eingerichtet.

	Posten	fl. kr.		Posten	fl. kr.
Cöllnische Strass.			Mannheim . . .	1	1. —
von Frankfurt			Worms . . .	1	1. —
bis Königstein . . .	1	1. —	» Heidelberg . . .	1 ³ / ₄	1. 45
» Würges . . .	1		» Sinsheim . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
» Dietkirchen . . .	1	1. —	» Heilbronn . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
Coblenz . . .	2	2. —			
» Walmerod . . .	1	1. —	von Heidelberg		
» Freylingen . . .	1	1. —	nach Neckarelz . . .	2	2. —
» Gilroth . . .	1	1. —	Sinsheim . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
» Weyerbusch . . .	1	1. —	Adelsheim . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
Uckerath-Wahn-			Schweigern . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
» Siegburg . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	Grünsfeld . . .	1	1. —
» Cölln . . .	2	2. —	Würzburg . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
Paderborner Strass.			Leipziger Strass.		
von Frankfurt			von Frankfurt		
bis Friedberg . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	nach Hanau . . .	1	1. —
Wetzlar . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	» Gelnhausen . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
» Giessen . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	» Salmünster . . .	1	1. —
» Amönburg . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	» Schlüchtern . . .	1	1. —
» Gilserberg . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	» Neuhof . . .	1	1. —
» Fritzlar . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	» Hünfeld . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
Cassel . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	» Vach . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
» Volkmarsen . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	» Eisenach . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
» Scherfede . . .	1	1. —	» Erfurt . . .	3	3. —
» Paderborn . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	Landauer Strass.		
Heilbronner Strass.			von Heidelberg		
von Frankfurt			nach Rheinhausen . . .	1 ¹ / ₂	1. 30
bis Darmstadt . . .	1 ¹ / ₂	1. 30	» Germersheim . . .	1	1. —
» Heppenheim . . .	1 ³ / ₄	1. 45	» Landau . . .	1	1. —
Weinheim . . .	1	1. —	Niederotterbach	1	1. —
			Cronweissenburg	1 ¹ / ₂	— 30

	Posten	fl. kr.		Posten	fl. kr.
Nürnberger Strass.			bis Emskirchen . . .	1	1. —
von Frankfurt			» Fahrenbach . . .	1	1. —
bis Hanau	1	1. —	» Nürnberg	1	1. —
» Dettingen	1	1. —			
» Strassbessenbach .	1 ^{1/2}	1. 30	von Frankfurt		
» Rohrbrunn	1	1. —	bis Mainz	2	2. —
» Esselbach	1	1. —	» Creuznach	2	2. —
» Kemlingen	1	1. —	» Oppenheim	1	1. —
» Würzburg	1	1. —	» Bobenheim	1 ^{1/2}	1. 30
» Kitzingen	1 ^{1/2}	1. 30	» Maudach (?)	1	1. —
» Possenheim	1	1. —	» Rheinhausen	1 ^{1/2}	1. 30
» Langenfeld	1	1. —			

NOTANDUM.

1) Bei Entwerfung dieser Tax ist noch zu erinnern, dass hierunter das Trinkgeld, vor die Postillons nicht inbegriffen, sondern von denen Couriers und zwar von einer einfachen Post 5 Groschen, und also nach Proportion von anderthalb und doppelten Posten, zu bezahlen seye. So sollen auch die Couriers, wo über Flüsse zu setzen ist, das Schiff- und Brückengeld zu bezahlen schuldig sein.

2) Da ein oder ander Courier an einigen Orten lieber fahren, als reuten wolte, soll er, über die gewöhnliche Rittgelder, vor die Postchaise 10 (sc. leichte) Groschen von einer einfachen und von anderthalb Posten 15 Groschen à parte zahlen.

3) Weillen durch Aufladung grosser Truchen und schwerer Felleisen auch ungewöhnliches Überreuten der Posten, die Pferde krumm, untüchtig und öfters zu Boden geritten werden; so soll keinem Courier noch anderer der Post zu Pferd sich bedienender Person, über dreissig höchstens 40 Pfund schwer mitzuführen, noch weniger die von voriger Post gehabte Pferde weiters, als bis auf die nächst gelegene Post, zu gebrauchen erlaubt sein.

4) Bleibet es bei dem uralten Herkommen, und der Universalordnung, dass nemlich, so oft einer, er sei, was er wolle, auf einer Postcalesche ankommt, derselbe alsdann nach Anzahl der bey sich habenden Personen, und über dies vor dem Postillon apart (ungehindert die Postcalesch nur mit 2 Pferden bespannt wäre) das im Reich gewöhnliche Rittgeld, i. e. von einer Person 1 Gulden, als z. E., wann zwei auf einer mit zweien Pferden bespannten Postchaise sich befinden, für die 2 Personen und den Postillon 3 Gulden auf einer einfachen Post; auf anderthalb 4^{1/2}, auf doppelter 6 Gulden zahlen. Wenn aber wegen des bösen Wogs, oder üblen Wetters, mehr Pferde eingespannet werden

müssen, als Personen da sind, so soll jetzt specificirtes Rittgeld nach Anzahl der Pferde genommen, auch nicht mehr als 50 Pfund schwer von einer Person frei passirt, das übrige aber nach advenant, und zwar von 50 Pfund auf einer Post $\frac{1}{2}$ Gulden bezahlt werden.

5) Weilen einige Couriers, die Postpferde verlangen, selbige vor den Wirthshäusern öfters 2, 3 und mehrere Stunden warten lassen, wodurch dann die Pferde müde und zum Reuten und Fahren untüchtig werden; so soll kein Posthalter mehr als eine halbe Stunde zu warten verbunden sein.

6) Soll hergegen alle und jede Posthalter sich mit guten, und sowohl zum Reuten als Fahren tüchtigen Pferden versehen, die auf der Post ankommenden Couriers und Personen wohl bedienen, und selbigen mit aller Höflichkeit und gutem Willen (dessen man sich von Seiten der Couriers gleichfalls versieht) aufs möglichste begegnen, auch diese Posttax zu Jedermanns Wissen und Regulirung öffentlich aushängen.



IX.

**Die Post in Frankfurt unter französischer Fremdherrschaft
1806—1813.**

Im Hauptdeputationsbeschluss von 1803 war die Erhaltung der taxis'schen Posten garantirt, »soweit sie constituirt sind und in der Ausdehnung, in welcher sie sich zur Zeit des Luneviller Friedens befanden.« Wie vieles Andere, so wurde auch dieser Beschluss von vielen Staaten nicht befolgt, und als nach dem Pressburger Frieden (1805) Baiern, Würtemberg und Baden die Souveränität erlangt hatten, die Territorien der einzelnen Staaten sich verschoben, und nachdem gar Kaiser Franz II. die deutsche Kaiserwürde niedergelegt hatte, fiel auch das »kaiserliche Regal« der Reichspost, und die Rechte des Postlehens gingen an die einzelnen Souveräne über. Fürst Taxis verstand es, durch Verträge das Erblandpostmeisteramt in einzelnen Staaten sich zu sichern. Es entstanden Lehensverträge mit dem Landgrafen von Hessen (28. April 1804), mit dem König von Bayern (14. Februar 1806), mit dem Grossherzog von Baden (25. September 1806), mit dem Grossherzog von Würzburg (22. November 1806) u. A., und Taxis rettete auf diese Weise seine Posten in die neue Ordnung der Verhältnisse hinüber. Der König von Würtemberg, der Herzog von Berg (Murat) u. A. richteten in ihren Landen eigne Posten ein.

In der Stadt Frankfurt bestanden nach Auflösung des deutschen Reichs und Errichtung des Rheinbunds jene Posten, deren in vorigen Capiteln Erwähnung geschehen. Man glaubte in Frankfurt, dass der Selbständigkeit der Stadt keine Gefahr drohe. Bestärkt wurde die Vermuthung dadurch, dass Augereau der Stadt eine grosse Kriegskontribution auferlegte, und dass Napoleon im Juli 1806 befahl, französische Postämter in Hamburg und Frankfurt einzurichten. Der französische Resident Hirsinger zeigte dem Rath am 22. Juli 1806 an, dass »son altesse sérénissime le prince Joachim, Duc de Berg et de Cleves« ein Postamt in Frankfurt zu errichten beabsichtige, »qui présente des très grandes avantages pour la sûreté de la correspon-

dance française.« Kurze Zeit darauf meldete auch der bergische Finanzminister Agar, dass »Mr. Godet, directeur des postes de la ville de Cologne« zum Postmeister in Frankfurt ernannt sei, und der Rath beschloss (27. August) eine Commission zu ernennen, welche mit Godet über diese Angelegenheit zu verhandeln habe. In Senatskreisen war man freudig erregt (nur Senator Müller protestirte); denn, so urtheilte man, wolle Napoleon nur ein französisches Postamt, so denke er nicht daran, die Selbständigkeit der Stadt anzutasten. Bald jedoch sollte sich diese Hoffnung als Täuschung erweisen. Godet war zwar bereits angekommen, logirte im Weidenbusch und zeigte dem Rath an (1. September 1806), »que l'établissement serait ouvert au premier jour. Un local est arrêté à cet effet, le chef-directeur et d'autres officiers de poste sont arrivés, le travail commencera incessamment,« aber inzwischen hatte sich das Schicksal der Stadt entschieden, und der französische Generalcommissär Lambert war eingetroffen, um Frankfurt dem Fürsten-Primas Carl Theodor von Dalberg, vormaligem Kurfürsten von Mainz, zu übergeben. Der Senat antwortete Godet, er möge sich an jenen wenden, und Dalberg richtete zwar kein französisches Postamt ein, belehnte aber den Fürsten von Taxis mit dem Erblandpostmeisteramt in Frankfurt und in allen seinen neuen Landestheilen.

Die Lehen-surkunde ist vom 10. August 1806 datirt, die Hauptlehen-verträge (ein Hauptvertrag und ein geheimer) kamen am 7. December zu Stande zwischen dem Grafen von Beust, primatischem Gesandten in Paris und Freiherrn von Vrints, österr. Kammerherrn und taxis'schen Generalpostdirector. Eine kurzgefasste Inhaltsangabe der einzelnen Bestimmungen ist folgende:

§ 1. S. Hoheit der Herr Fürst Primas des rheinischen Bundes ertheilen die Würde und das Amt eines Erblandpostmeisters im ganzen Umfang ihrer Staaten Sr. Fürstlichen Gnaden Carl Alexander Fürsten von Thurn und Taxis und seinen männlichen Nachkommen als Thronlehen.

§ 2. Die Lehenstaxe beträgt 50 fl. Rheinisch und die Stempeltaxe für den Lehnbrief ebenfalls 50 fl.

§ 3. Das Thronlehen wird vom Fürsten persönlich empfangen; Stellvertretung ist auf Ersuchen zulässig.

§ 4. Die Rechte des Lehens geniesst »der Fürstliche Herr Vasall mit vollkommener Unterordnung.«

§ 5. Bei den Taxen jeder Art wird es belassen, und ohne Genehmigung des Fürsten Primas darf keine Veränderung vorgenommen werden.

§ 6. Es werden 2 Oberpostämter errichtet, je eines zu Frankfurt und zu Regensburg. Dem ersteren sind alle in primatischem Gebiet liegenden Postanstalten untergeordnet.

§ 7. Klagen in reinen Justizsachen gegen das Oberpostamt in Frankfurt sind beim Schöffengericht anzubringen.

§ 8. Sämmtliche Postbeamte sind der primatischen Gerichtsbarkeit unterworfen. In Obsignationsfällen jedoch wird der Oberpostmeister mit einem gerichtlichen Commissär gemeinschaftliche Siegel anlegen.

§ 9. Die Postbeamten in Frankfurt gehören in Justizsachen vor das Forum des Schöffengerichts, in anderen Städten vor die dortigen Gerichtsstellen.

§ 10. Bei Besetzung von vacanten Stellen schlägt Taxis dem Fürsten Primas 2 »Subjecte« vor, aus welchen »Höchst Sie« eines wählen.

§ 11. Ausgenommen von § 10 sind die Posthalter.

§ 12. Taxis ertheilt das Bestallungs-, Primas das Bestätigungsdecret.

§ 13. Der Oberpostmeister wird vom Staatsminister, die übrigen Postbeamten von den betr. Landesstellen vereidigt.

§ 14 handelt vom schriftlichen Verkehr zwischen taxis-chen und primatischen Behörden.

§ 15, 16 und 17 desgl.

§ 18. Taxis hat die Disciplinargerichtsbarkeit über seine Beamte auszuüben.

§ 19. Diese Strafen bestehen in Verweisen, Geldstrafen, Suspensionen und Entlassung. Bei Personalarrest hat das Oberpostamt bei der Landespolizeibehörde nachzusuchen.

§ 20. Bei Suspensionen und Entlassungen hat das Oberpostamt dem Staatsministerium Anzeige zu erstatten.

§ 21. Bei »peinlichen Dienstverbrechen« hat Taxis die Untersuchung einzuleiten, den Thatbestand festzustellen etc., die weitere Verfolgung jedoch liegt den Justizstellen ob.

§ 22. Ausserdienstliche Vergehen von Postbeamten fallen unter die Gerichtsbarkeit der staatlichen Behörden. Bei Verhaftung ist dem Oberpostamt Anzeige zu machen.

§ 23. Der Postbeamte kann Rekurs gegen Strafen im Dienst binnen 10 Tagen beim Schöffengericht einreichen. Das Schöffengericht darf die Acten einfordern. Ein Rekurs gegen den Beschluss des Schöffengerichts findet nicht statt.

§ 24. Benennung der Poststellen: 1) Generaldirection der hochfürstlich primatischen Posten. 2) Hochfürstlich primatisches Postamt u. s. f.

§ 25. An Postbüreaux, Postställen etc. wird das primatische Wappen, unter diesem das taxis'sche angebracht.*)

§ 26. Amtssiegelbezeichnung wie § 24.

§ 27. Die Farbe der Postlivrée ist grau mit rothem Kragen und Umschlägen. Ueber Rangabzeichen ergeht besondere Bestimmung.

§ 28 handelt von Befreiung der Postbeamten von Territorial- und Gemeindediensten, ebenso der Postpferde.

§ 29. Die Posthäuser sind von Einquartirung befreit.

§ 30. Vom Milizdienste sind die Postbeamten befreit. Bei Postillonen jedoch ist den Posthaltern Frist zu geben, sich erst mit andern »tüchtigen Subjecten« vorzusehen.

§ 31. Die Posthalter sollen bei überhäuften Dienstgeschäften mit Pferden gegen posttaxmässige Bezahlung von den Ortsobrigkeiten unterstützt werden.

§ 32. »Den Wirthen, Hauderern und anderen Fuhrleuten wird untersagt, Passagiers, welche mit der Post ankommen, von dem Orte der Poststation weiterzuführen; es wäre denn, dass sich dieselben 2 Tage daselbst aufgehalten hätten.**)

§ 33. Das Postlehen soll nicht beeinträchtigt werden.

§ 34. Ein Transit fremder Posten durch primatisches Gebiet darf nicht stattfinden.

§ 35. Die Postwagen sind von Transitzoll befreit.

§ 36. Ueber Portofreithum wird ein Nebenvertrag abgeschlossen.

§ 37. Fürst Primas behält sich wegen Uebertragung des nutzbaren Eigenthums dieses wichtigen Regals einen Lehens-Canon vor.

*) Das Wappen des Fürsten Primas bestand in dem sechsspeichigen silbernen Rad in rothem Felde des Bischofs Willigis, dem Wappen des seitherigen Kurfürsten von Mainz.

**) Diese in heutiger Zeit sehr sonderbar erscheinende Bestimmung wurde auf Antrag des O. P. A. am 25. December 1807 dahin abgeändert, dass die Zeit auf 48 Stunden festgesetzt wurde. Viele Hauderer, namentlich der vormalige hessen-darmstädtische Posthalter Klees, hatten die Bestimmung zu umgehen gewusst dadurch, dass sie Reisende, welche vor Mitternacht ankamen, schon andern Tags weiter beförderten und auf polizeilichen Vorhalt behaupteten, dem Gesetze Genüge geleistet zu haben.

§ 38. Dieser Vertrag wird durch landesherrliche Verordnung bekannt gemacht.

Der gleichzeitig abgeschlossene »geheime« Hauptvertrag enthält nur 9 Paragraphen, von denen die wichtigsten hier folgen sollen:

§ 2. »S. Fürstl. Gnaden der Herr Fürst von Thurn und Taxis überlassen den Genuss des Ihnen eigenthümlichen Palais in Frankfurt als einen Bestandtheil des unten § 3 und § 4 bestimmten Lehens-Canons zur Residenz Sr. Hoheit des Herrn Fürsten Primas.

§ 3. Der Lehenscanon wird dahin von beiden Seiten festgesetzt, dass ausschliesslich des Genusses des eben benannten Palais annoch von Seiner Fürstl. Gnaden dem Fürsten von Thurn und Taxis in die Staatscasse Sr. Hoheit des Herrn Fürsten Primas jährlich zwölftausend Gulden abzutragen sind.*)

§ 4. Der freie Genuss des fürstlichen Palais wird einstweilen auf 15 Jahre festgesetzt.

§ 5. Der Lehenscanon beginnt am 1. September laufenden Jahres (1806).

§ 6. Die fahrende Postwagenexpedition wird aus dem Palais entfernt und in den Rahmhof verlegt. Da aber der Rahmhof in schlechtem Zustande sich befindet, so wird dem Fürsten von Taxis die Summe vom 1. September 1806 bis 1. April 1807 erlassen, um den Rahmhof herstellen zu können.

§ 7. Primas übernimmt die Unterhaltung der Möbel im taxis'schen Palais, sowie die Instandhaltung des Hauses selbst in Dach und Fach.

§ 8 handelt von den Lasten und Abgaben.

§ 9. Dieser Vertrag soll geheim gehalten werden.

Fürst Primas ernannte zu Decernenten im Postwesen seinen Minister von Eberstein, den Polizeidirector von Itzstein, sowie den aus dem Rechtsstreit zwischen Taxis und Frankfurt her bekannten Stadt-syndicus Seeger; aber diese Männer konnten sich von den veralteten Rechtsanschauungen und Verwaltungsgrundsätzen, an welchen das ehemalige deutsche Reich krankte und zu Grunde ging, ebensowenig lossagen wie ihr Gebieter, und die grossen Hoffnungen auf postalische Verbesserungen und Vervollkommnungen, welche man in Frankfurt hegte, sollten sobald noch nicht in Erfüllung gehen.

Am 18. August 1807 hatte Napoleon in den Tuileries die Errichtung des Königreichs Westphalen decretirt und seinen Bruder

*) Diesen Betrag von 12,000 fl. bestimmte der Fürst Primas zu milden Zwecken.
X.

Jerome zum König ernannt. Fürstprimas Carl befand sich damals in Fontainebleau, und als ihm Graf Beust meldete, dass das hessen-casselsche Postamt im Hainerhof in Frankfurt sich jetzt königlich westphälisch nenne, befahl Fürst Carl (14. October), dass das Postamt seine bisherige Benennung als hessisches vorerst beizubehalten, die Einkünfte aber an das primatische Postamt abzuliefern habe, bis Napoleon selbst hierüber entschieden haben würde. Ein ebensolcher Befehl erging nach Wetzlar wegen des dortigen hessischen Postamts. Wie befohlen, so geschah es. Der Polizeidirector Itzstein liess das hessische Personal, den Oberpostmeister Rüppel, den Cassierer Raydt, die Scribenten Steube und Valentin sowie 3 Postpacker am 23. October protocollarisch von obigem Decret Kenntniss nehmen. Auch das hessen-darmstädtische Postamt sollte aufgehoben werden. Als aber Hessen-Darmstadt erklärte, dass es den Durchgang westphälischer Postwagen durch sein Gebiet nicht dulden werde, die hessen-casselschen Postämter in neu erworbenem Gebiet aufhob (in Giessen und Stadtberge) und sogar die hessen-homburgische Post im schwarzen Bock am Paradeplatz in Frankfurt (jetzt Pariser Hof) mit der seinigen vereinigte, fand die primatische Regierung diese »Purificationsmassregeln für befremdend« und gab der hessen-darmstädtischen und sachsen-weimarischen Regierung zu verstehen, dass die Posten in Frankfurt bis zum 1. December aufgehoben werden müssten. Hessen-Darmstadt machte darauf wieder Schwierigkeiten wegen des Transits der Briefe nach dem Süden und der Schweiz durch hessisches Gebiet u. s. f. Fürst Primas mag nun bei Napoleon Vortrag über diese Angelegenheit gehalten haben, wenigstens erschien ein fürstliches Decret aus Paris, 21. November 1807, die Aufhebung sämmtlicher fremden Postanstalten im primatischen Gebiet betreffend, welches hier in seinem Wortlaut folgen soll:

»Wir Carl von Gottes Gnaden des heiligen Stuhles zu Regensburg Erzbischof und Primas der Rheinischen Conföderation, Souverainer Fürst von Regensburg, Aschaffenburg, Frankfurt und Wetzlar etc.

Thun andurch kund:

Unsre Regentenpflicht fordert Uns auf, die dem Uns durch die Rheinischen Bundesacte anvertrauten Primatialstaate zustehenden Souverainetäts-Rechte in Ausübung zu bringen und zu behaupten. Einen wesentlichen Theil derselben, sowie der obersten Polizei macht das Postwesen aus.

Wir können demnach nicht länger mehr anstehen, Uns in den Besitz aller fremden, in Unserm Primatial-Staate bisher

noch bestandenen Postanstalten zu setzen, nachdem Wir die Verwaltung der Posten Unserm Erb-General-Landes-Postmeister, dem Fürsten von Thurn und Taxis, allein anvertraut haben.

Unserer fürstlichen General-Commission zu Frankfurt sowie Unserm Directorio zu Wetzlar geht demzu Folge der Auftrag zu, unverzüglich zur Besitznahme aller fremden Postanstalten um so mehr zu schreiten, als diese Unsre Besitzergreifung durch neuerliche fremde, dem Rheinischen Bundes-Vertrag zuwiderlaufende Einsprüche und Behauptungen dringend geworden ist.

Gegeben zu Paris, den 21. November 1807.

Carl.

(L. S.)

vdt. Frh. v. Eberstein.

ad mandatum

Em^{mi} principis proprium.

Egerer.

Dieses Schriftstück, welches lebhaft an die Erlasse der deutschen Kaiser erinnert, erschien zugleich in französischer Sprache und ist dort mit »Charles« unterschrieben. Das Siegel trägt noch das alte Wappen der Bischöfe von Mainz und die Umschrift: Carolus D. G. Archiep. S. R. J. Archicanc. Princ. Elector Ratisb. Comes Wetzl. In Frankfurt zögerte man, diesen Befehl sofort auszuführen aus Furcht vor dem Zorn des neuernannten Königs von Westphalen. Erst als Jerome auf seiner Reise von Stuttgart nach Cassel am 30. November die Stadt Frankfurt verlassen hatte, fand Tags darauf am 1. December die Ueberrumpelung der fremden Postämter statt. Polizeidirector Itzstein begab sich zuerst in den Hainerhof, liess alle Beamten und Unterbeamten des hessen-cassel'schen Postamts antreten und eröffnete ihnen protocollarisch, dass ihre Thätigkeit ein Ende erreicht habe. Darauf wurden die Postschilder mit dem hessischen Wappen abgenommen, 3 Dienstsiegel, die Postmonturen, Posthörner etc. abgefordert, die Postcasse versiegelt, die Postwagen, Felleisen etc. in den Rahmhof gebracht und die Acten versiegelt und zur Generalkanzlei geschickt. Der Oberpostmeister, geh. Finanzrath Rüppel, protestirte und erklärte den fürstlichen Anordnungen zwar Folge leisten zu wollen, er habe indessen keine anderen Befehle auszuführen als die vom »Gouvernement Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen« in Cassel. Als Itzstein diese Aeusserung in das Protocoll aufnehmen wollte, verweigerte Rüppel die Unterschrift und schickte einen Courier nach Cassel. Dort war gerade der primatische Staatsminister von Albini

im Begriff, den König Jerome wegen dessen Thronbesteigung zu beglückwünschen. Albini wurde nicht vorgelassen und durfte sein Schreiben nicht abgeben. Der westphälische Minister Jollivet eröffnete ihm: »Le roi est furieux, je n'ose pas vous annoncer.« Jerome schrie ein über das anderemal: »On a commencé la guerre, et nous saurons la faire. L'affaire sera décidée le sabre à la main.« Weiter äusserte der König, er werde Truppen auf Kosten Frankfurts marschieren lassen und daselbst die Posten zu »souteniren« wissen. Keine Post, kein Brief solle von Frankfurt durch westphälisches Gebiet gehen. Zu Albini sagte Jollivet, er werde wohl thun, bald abzureisen, und Albini berichtete, dass, wenn er nicht selbst gesagt hätte, dass er bald abreise, man ihn wohl ausgeboten haben dürfte, »und diese Ehre wollte ich nicht haben.« Damit schien der Krieg unvermeidlich, und ein Krieg brach auch aus zwischen den jungen Staaten, von welchen der eine einige Wochen, der andere einen halben Tag alt war. Aber statt der Schlachten auf blühenden Gefilden wurden nur solche auf schnödem Papier geschlagen, und statt des Herzblutes der Krieger floss nur gewöhnliche Tinte. Den Schaden hatte die Geschäftswelt zu tragen, deren Briefe durch beide Gebiete oder nur durch eines derselben zu befördern waren.

Weniger geräuschvoll vollzog sich die Aufhebung der anderen Postämter. Der primatische Commissär Mulzer hob am 1. December das hessen-cassel'sche Postamt in Wetzlar auf. Dort befand sich die Direction des Postamts seit 22 Jahren in Händen einer Vertreterin des schönen Geschlechts. Demoiselle Kreyling wurde pensionirt, und der primatische Postmeister Ohl zu ihrem Nachfolger ernannt. Gleichzeitig mit Itzstein begab sich der Vorsteher des taxis'schen Oberpostamts, Herrfeld, in den darmstädtischen Poststall des Posthalters Klees. Klees hatte sein Postschild bereits in das darmstädtische Palais abgeliefert. Als Herrfeld dort erschien, erklärte der Vorsteher des sächsischen Sammtwagens, Purgold, diesen Wagen für Privateigenthum des Hofraths Dr. Krumm in Eisenach, der ihn 1777 für 18,750 Thaler gekauft habe, und der darmstädtische Postverwalter Gern erklärte, die Gelder seit 1. Juli an den Fürsten von Thurn und Taxis abgeliefert zu haben. Gern trat zum taxis'schen Postamt in Frankfurt über und wurde dort eine brauchbare Arbeitskraft.

Wegen der Streitigkeit mit dem Königreich Westphalen hatte man sofort an »Serenissimus« nach Paris berichtet, und Fürst Carl gab schon am 7. December Verhaltungsmassregeln. Er befahl, das hessische Postamt solange »in statu quo« zu lassen und das Geld an die französische Behörde nach Cassel abzuliefern, bis Napoleon darüber

entschieden habe. Wenn aber die Regierung in Cassel ausdrücklich auf Besitznahme des Postamts bestehe, so solle man Protest einlegen. Wenige Tage darauf kam eine reitende Post von Cassel, stieg im Hainerhof ab, und Rüppel liess die angekommenen Briefe austragen. Als er wegen dieser unbefugten Amtshandlung zur Rede gestellt wurde, entschuldigte sich Rüppel, er habe geglaubt, die Dinge hätten eine andere Wendung genommen. Es wurde ihm für den Wiederholungsfall eine Strafe von 500 Thalern angedroht. Am 18. December kamen aus Paris weitere Verhaltungsmassregeln. Primas schreibt, er glaube nicht, dass König Jerome eine gewaltthätige Besitzergreifung des Postamts beabsichtige, auch militärische Gewalt nicht gebrauche, seine Drohungen aber seien mit »anständiger Mässigung aber mit nicht minderer Festigkeit« zu beantworten. König Jerome andererseits behauptete von Napoleon den Auftrag zu haben, von Cassel eine Staffettenpost nach Castel am Rhein einzurichten zum Anschluss an den optischen Telegraphen nach Paris, und die westphälische Regierung trat mit Nassau in Verbindung wegen dieser Post. Der Herzog von Nassau verhielt sich jedoch ablehnend und verwies die westphälische Regierung an Taxis. Als die westphälische Regierung Schwierigkeiten wegen des Transits der Briefe von Frankfurt nach dem Norden machte, wusste man sich in Frankfurt dadurch zu helfen, dass man die Briefe nach dem Nordwesten über Cöln und Düsseldorf, die nach dem Nordosten mit dem neuen Postwagen über Vacha leitete. Die Streitigkeiten wurden noch verwickelter, als Hessen-Darmstadt es »zur Aufrechterhaltung seiner Postgerechtsame« für nöthig erachtete, alle Posten nach und von Cassel und nach und von Frankfurt in Giessen umzuspediren. Die Posten sollen damals 8 Stunden Versäumniss gehabt haben. Oberpostmeister Vrints-Berberich wurde sofort mit Vollmachten versehen und nach Darmstadt geschickt. Es gelang bald, ein befriedigendes Uebereinkommen zu treffen, ebenso wie am 21. August 1808 Friede geschlossen wurde zwischen Westphalen und der primatischen Regierung. Taxis'scherseits wirkte dabei mit Oberpostmeister Diez, westphälischerseits Generalpostdirector Pothou.

Nunmehr unternahm die primatische Regierung die Regelung der Personal- und anderer Verhältnisse, welche seither nur für provisorisch galten. Nachdem der Nettoertrag der aufgehobenen Postanstalten der 3 hessischen Mächte sowie derjenige des sächsischen Postwagens zusammen auf 12,000 Gulden jährlich festgestellt war, Taxis zwar diese Summe Anfangs für zu hoch gegriffen erklärte, der kurhessische Oberpostmeister Rüppel aber sich bereit erklärt hatte, die obigen Posten für diese Summe weiterzuführen, wurde

endlich am 2. April 1808 dem Fürsten von Taxis eine neue Lehen-surkunde ausgestellt.

Taxis verpflichtete sich, weitere 12,000 Gulden jährlich zunächst auf die Dauer von 15 Jahren zu zahlen, und Fürst Carl schrieb eigenhändig daneben, »der Ertrag ist und bleibt bestimmt für das zu errichtende Krankenhaus der in Frankfurt einzuführenden Soeurs de la Charité.« Von dem Personal wurden pensionirt Oberpostmeister Rüppel mit einem Gehalt von 1200, Postscribent Valentin mit 300, Briefträger Schade mit 400, Hofrath Purgold mit 300 Gulden. In taxis'sche Dienste gingen über von der kurhessischen Post: Postcontroleur Raydt mit 1039, Postscribent Steube mit 509, Wagenmeister Stock mit 931 Gulden; von der hessen-darmstädtischen Post: Postverwalter Gern mit 1400, Briefträger Supp mit 984 und Postpacker Rückert mit 232 Gulden. Raydt verweigerte es, sich dem jüngeren taxis'schen Duswald unterzuordnen, starb aber kurze Zeit darauf. Von nun an bestand in Frankfurt ausser der taxis'schen keine andere Post, Fürst Taxis blieb in alleinigem Besitz des Postregals bis 1867.

Veränderungen in einem mechanischen Organismus erzeugen Störungen und Unregelmässigkeiten. Man hatte mehrere Postämter zu einem einzigen vereinigt und auch verschiedene Postkurse umgeändert. Bald folgten Beschwerden. Von einer sehr umfangreichen der Börsenvorsteher sei hier Einiges erwähnt. (3./3. 1808.) Die Beschwerde beginnt mit Klagen über unzweckmässige Verlegung einiger Postkurse, z. B. desjenigen nach Hanau. Als in Hanau noch ein hessisches Postamt gewesen sei, seien die Briefe in Frankfurt früh angekommen und bis Abends beantwortet worden. Nach Aufhebung der hessischen Post kämen sie Mittags um 12 und gingen um 1 Uhr ab. Es fehle an Posttabellen über Abgang und Ankunft der Posten. Es beständen viele Ungleichheiten in den Taxen; Briefe nach Hamburg seien 50 Procent theurer geworden als früher, und es koste ein Brief dahin ebensoviel als ein solcher nach Frankreich. Das Postamt*) sei unpraktisch eingerichtet. Die Räume seien so beengt, dass anstössiger Unfug dadurch entstehe. Die beiden Schalter müssten vergrössert werden, so dass von aussen 4 Personen nebeneinander stehen könnten. Die Schalter müssten von 11—1 und von 4—6 Uhr, der Hauptaufgabezeit, offen bleiben und mit Glasfenstern versehen werden, damit man nicht zu klopfen brauche. Die »boîte« dürfe nicht neben den Schaltern, sondern müsse in möglichster Entfernung von diesen angebracht und durch

*) Zeil 31.

Aufschrift kenntlich zu machen sein. Weitere Uebelstände bestünden darin, dass oft, z. B. während der Messen, Weiber, Mädchen und Knaben zum Briefaustragen verwendet würden. Dies verstosse gegen Anstand und Sitte. Es komme oft vor, dass die Taxzahlen auf den Briefen gefälscht würden, dass aus einer 1 eine 2, aus einer 2 eine 4 mit »Röthel« gemacht werde. Es seien daher nur vereidete Briefträger zu verwenden. Die Briefe würden zwar gestempelt, aber nur beim Abgang. Es wird gefordert, dass sie auch bei Ankunft auf der Rückseite gestempelt würden, sodann wörtlich:

»Eine weitere Beschwerde, deren Nachtheil sich bei jeder Handlungs-Conjunctur deutlich zeigt und um deren Abhilfe wir zu ersuchen haben, ist, dass dem Judenbriefträger der Zutritt in das Postbureau und Briefträgerzimmer gestattet ist, während die Briefe ausgesucht und rangirt werden. Der Judenbriefträger kommt dadurch in Kenntniss jeden Briefs an christliche Handelshäuser. Er weiss nicht nur, woher die Briefe kommen, und wer sie erhält, sondern kann auch, wenn er darauf abgerichtet wird, durch Siegel und Handschrift der Adressen ausspähen, welches auswärtige Handelshaus jeden Posttag mit diesem oder jenem hiesigen correspondirt hat, sodass die hiesigen jüdischen Handelshäuser eine ziemlich genaue Controle des christlichen Geschäftsverkehrs zu erhalten im Stande sind. Dieser Nachtheil ist indess nicht so evident, als derjenige, dass die Juden ihre Briefe gewöhnlich früher erhalten als die Christen, indem der Judenbriefträger sich die geschwindere Austragung schon um desswillen angelegen sein lässt, weil er von jedem Brief 2 Kreuzer erhält; überdies liegen aber auch stets eine Menge Juden-Pursche vor dem Postamt auf der Lauer, die, wie eine Post ankommt, zu den angesehensten jüdischen Comptoirs laufen und davon Anzeige machen, sodass alsobald die jüdischen Ausläufer nach der Post eilen, und die für ihre Herrschaft bestimmten Briefe dem Judenbriefträger gleichsam aus der Hand reissen, ehe und bevor noch die Christenbriefträger ihre Briefe berechnet und sortirt haben. Sollte es nun noch überdies dem Judenbriefträger gelingen können, in der Mittagszeit oder in den Abendstunden, wo die angekommenen Briefe nicht mehr ausgegeben werden, durch den Zutritt im Postbureau die Briefe früher zu erhalten, so dringt sich der Schaden, welcher den Christen daraus erwachsen muss, jedem unpartheiischen Beurtheiler doppelt auf.«

Diese Beschwerde, welche hier des culturhistorischen Interesses halber mitgetheilt wird, zeigt, dass es in Frankfurt in postalischen Angelegenheiten doch nicht so schlecht aussah. In anderen Orten bestand gar keine Post. Während in Heddernheim schon im 18. Jahrhundert ein Postamt war, entbehrten Städte wie Höchst a. M., Offenbach u. a. gänzlich eines solchen Instituts. Offenbach bekam damals seine Briefe von Hanau oder Frankfurt, und als der Herzog von Nassau dem Bürger Bertina in Höchst gestattete, eine Diligence nach Frankfurt anzulegen, weil sich Taxis nicht dazu verstand, eine Post einzurichten, wurden diesem Manne alle möglichen Schwierigkeiten gemacht. Obgleich Serenissimus verfügte, dieses Unternehmen zu gestatten (»ohne Nothwendigkeit und wechselseitige Beschwerden ist und bleibt es zweckmässig, sich in gutem Einverständniss mit den Nachbarn zu halten,« decretirte Carl), wurde doch der Wirth Kirchner in eine Strafe von 5 Thalern genommen. Fürst Taxis behauptete, der § 33 seines Lehensvertrags sei durch diese Höchster Diligence verletzt und bewies dadurch, dass er noch in den Rechtsanschauungen des weiland römischen Reiches befangen war. Das Fuhrunternehmen ging bald darauf ein, dagegen entstand eine »Landkutsche« nach Offenbach.

Im Jahre 1810 wurde Frankfurt mit Aschaffenburg, Hanau, Fulda und der Stadt Wetzlar von Napoleon zu einem Staat verschmolzen, und dieser Staat erhielt den Namen: »Grossherzogthum Frankfurt«. Der Fürst Primas erhielt den Titel »Königliche Hoheit« und erliess ein Organisationspatent unterm 16. August, worin es heisst:

»Des Kaisers Napoleon kaiserl. königl. Majestät haben Uns den 19. Februar d. J. gegen Abtretung des Fürstenthums Regensburg und des Rheinschiffahrts-Octrois auf der rechten Rheinseite den grössten Theil der Fürstenthümer Fuld und Hanau unter der Bedingniss abzutreten geruht, dass diese Länder nebst dem Fürstenthum Aschaffenburg und der Stadt Frankfurt das neue Grossherzogthum Frankfurt bilden und nach unserm tödtlichen Hintritte an des Vicekönigs von Italien kaiserl. Hoheit (Eugen Beauharnais) übergehen sollen etc.«

Es wurden nun Präfecten, Maires etc. ernannt, das neue Reich in 4 Departements eingetheilt (Frankfurt, Aschaffenburg, Fulda, Hanau), der Code Napoleon sowie die Civilstandesregister eingeführt, die Kirchenbücher als bisheriges Surrogat der Register erklärt, die Post unter das Finanzministerium gestellt, die Continentsperre verhängt und sämtliche Zeitungen unterdrückt. Nur eine einzige officielle Zeitung erschien unter Redaction des Polizeiministers unter dem

Titel: »Gazette du Grand-Duché de Francfort« in beiden Sprachen. Der Oberpostdirector Vrints-Berberich erhielt den Character als »Staatsrath«, und als die thurn und taxis'sche Generalpostdirection nach Frankfurt verlegt wurde (1811), wurde er zum Generalpostdirector ernannt.

Eine weitere »Purificationsmassregel« bestand in der Aufhebung der Bolzischen Stiftung. Der Oberpostamtscassierer Bolz hatte am 27. October 1769 im Testament bestimmt, dass er in der Liebfrauenkirche begraben werde. Die bedürftigen Wittwen und Waisen der zum District des Oberpostamts in Frankfurt gehörigen Postbeamten hatte er zu Erben seines Vermögens eingesetzt. Der jeweilige Oberpostamtsdirector hatte die Rechnung zu führen und die Zinsen des Capitals nach bestem Ermessen auszutheilen. Ferner hatte Bolz dem Armenkasten am Dom 1000 fl., den englischen Fräulein 1000 fl., dem katholischen Bürgerkasten 100 fl. vermacht u. s. w. Das ganze für die Postbeamten und deren Angehörige bestimmte Capital hatte 18,900 fl. betragen. Fürst Primas nahm die Verwaltung des Vermächtnisses an sich und liess die Zinsen nicht in Frankfurt a. M. allein, sondern in allen seinen Staaten vertheilen.

Durch Gesetz vom 14. August 1811 (Aschaffenburg) setzte Fürstprimas Carl von Dalberg eine einheitliche Briefportotaxe fest:

»In Erwägung, dass die Briefporto-Taxen, welche bisher in den verschiedenen Provinzen und Städten Unseres Grossherzogthums bestehen, keine Uebereinstimmung haben und auf keine festen Grundsätze gestützt sind etc., haben Wir auf den umständlichen Vortrag Unsers Erbland-Postmeisters, Fürsten von Thurn und Taxis, die Einführung einer auf Billigkeit gegründeten systematischen allgemeinen Briefporto-Taxe mit Rücksicht auf den innern Verkehr beschlossen.«

Die Taxe der Briefe wurde nach der Entfernung in geographischen Meilen nach den geradesten Postcoursen berechnet und zwar für die Entfernung von 2 Meilen = 2 Kr., von $2\frac{1}{4}$ —6 = 4 Kr., von $6\frac{1}{4}$ —12 = 6 Kr., von $12\frac{1}{4}$ —18 = 8 Kr., von $18\frac{1}{4}$ —24 = 10 Kr., von $24\frac{1}{4}$ —30 = 12 Kr., von $30\frac{1}{4}$ —36 = 14 Kr., von $36\frac{1}{4}$ —48 = 16 Kr., von $48\frac{1}{4}$ —60 = 18 Kr., von $60\frac{1}{4}$ —72 = 20 Kr. Die Taxe für die schwereren mehr als einfachen Briefe stieg »von ein halb zu ein halb Loth«; die über 8 Loth schweren Aufgaben durften nur für jedes weitere volle Loth um die Hälfte des einfachen Briefes höher taxirt werden. Briefe an grossherzogliche (frankfurtische) Behörden mussten frankirt werden. Drucksachen unter Kreuzband waren bis zum Gewicht von einem Pfund zulässig und kosteten die Hälfte der Taxe

für Briefe, und für das weitere Gewicht den vierten Theil des Briefportos. Dieselben unterlagen dem Frankirungszwang. Ebenso wurden Waarenproben bezahlt, nur wurde, wenn ihnen ein Brief beigeschlossen war, die einfache Brieffaxe dazu erhoben statt der halben. Recommandirte Briefe zahlten 4 Kr. »Einschreibgebühr« und man vergütete im Falle des Verlustes dem Aufgeber oder dem Adressaten 25 Gulden. Schluss für Briefe war eine Stunde vor Abgang der Post etc.

Nach einem damaligen Taxverzeichniss, in welchem 118 Postanstalten aufgeführt sind, erhöhte sich das Briefporto nach 22 Orten um je 2 Kreuzer, ermässigte sich bei 19 um denselben Betrag und blieb bei 77 dasselbe wie vorher.

Um diese Zeit wurde Postcommissar von Heysdorf zum Vorsteher der Expedition der fahrenden Posten in Frankfurt ernannt und in »landesherrliche Pflichten genommen«.

Unterdessen nahm die Weltgeschichte ihren Verlauf bei Moskau, an der Beresina, und später an der Katzbach und der Elbe.

Am Geburtstage des eben in verschanztem Lager in Dresden auf den Wiederausbruch der Feindseligkeiten wartenden Napoleon, am 15. August 1813, stiftete Dalberg »zur Belohnung ausgezeichneten Verdienste« den »grossherzoglich frankfurtischen Concordienorden«, um »den Gott gefälligen Geist der Eintracht und wohlthätigen Menschenliebe bestmöglichst zu befördern«. Dies war eines seiner letzten Regierungsgeschäfte; er selbst befand sich seit geraumer Zeit in Aschaffenburg, machte später, als der Stern Napoleons mehr und mehr erblich, vergebens Vermittelungsversuche zwischen jenem und den Verbündeten und verschwand bald ganz von der Bildfläche, um den Rest seines Lebens in Regensburg in Zurückgezogenheit zu verleben.

Sein Beschützer und Gönner Napoleon kam am 31. October auf seiner Flucht nach Frankfurt, nachdem wenige Tage vorher bayerische Truppen und Kosaken daselbst erschienen waren. Trotzdem die Bayern Tags zuvor bei Hanau geschlagen waren, hatten sie dennoch Sachsenhausen und das linke Mainufer besetzt und unterhielten mit den auf dem rechten Ufer stehenden Franzosen lebhaftes Artilleriefeuer. Napoleon wurde von Aubin, Oberstlieutenant des 2. Bataillons der frankfurter Nationalgarde, empfangen und über die Pfingstweide zur Villa Bethmann geleitet, wo er sein Hauptquartier nahm. Mit den Worten: »Berthier, faites cesser le feu!« befahl er, dem unnützen Schiessen Einhalt zu thun. Dem Polizeiminister des Hauptquartiers, Lelorgne d'Ideville, welcher in seinem Eifer sämtliche Briefe auf

dem Oberpostamt mit Beschlag belegt hatte, befahl er, dieselben uneröffnet zurückzugeben. Ein Verzeichniss der auf dem Oberpostamt in den letzten Wochen durchpassirten Staffetten verglich er mit einer andern Liste und rief von Zeit zu Zeit das Wort »cosaquée« (d. h. durch Kosaken aufgefangen) aus. Am 1. November empfahl er sich mit der Drohung: »Mais conduisez vous bien!« kam aber nicht wieder.

Andern Tags bereits erschien die Vorhut der Verbündeten. Die Oesterreicher kamen über Fulda und durch das Kinzigthal, und die Russen durch das Saal- und Mainthal. Am 5. November kam bereits Kaiser Alexander I. Mittags um 1 Uhr an der Spitze von etwa 10,000 Mann russischer und preussischer Cavallerie in Frankfurt an und nahm sein Hauptquartier im Schweitzer'schen Hause auf der Zeil (jetzigem Russischen Hof).

Franz I. von Oesterreich zog in Frankfurt, die Stadt, in welcher er als letzter deutscher Kaiser, als Franz II., gekrönt worden war, am 6. November ein. Sein Hauptquartier war im thurn und taxis'schen Palais in der Eschenheimergasse. Zuletzt am 13. kam König Friedrich Wilhelm III. von Preussen und nahm sein Hauptquartier im Darmstädter Hof auf der Zeil, nachdem der Kronprinz mit dem Staatskanzler Hardenberg bereits am 8. eingetroffen waren. Am 11. November kamen Erzherzog Ferdinand, am 13. die Grossherzoge von Baden und Hessen und König Max Joseph von Baiern. Am 15. trafen der Herzog von Nassau und Fürst Blücher und am 19. der König von Würtemberg ein. Der Grossfürst Constantin wohnte im englischen Hof. Besonders populär unter diesen fürstlichen Personen wurde durch seine Einfachheit Friedrich Wilhelm III., welchen man täglich mit seinem Sohne, dem Kronprinzen, in einfache Uniformsüßerröcke gekleidet, an der Mütze das Landwehrkreuz, nach der Parade durch die schlimme Mauer (jetzige Stiftstrasse) nach den Anlagen vor dem Eschenheimer Thor gehen sah. Unser Kaiser Wilhelm, welcher durch Krankheit abgehalten war, seinem königlichen Vater zu folgen, traf, nachdem er zum Kapitän befördert, am 13. November in Frankfurt ein und ging mit dem Osten-Sacken'schen Corps am 1. Januar über den Rhein.

Am 6. November 1813 brachte Prinz Philipp von Hessen-Homburg, österreichischer General-Feldmarschall-Lieutenant, zur Kenntniss, dass er zum Generalgouverneur des Grossherzogthums Frankfurt ernannt sei und forderte sämtliche Beamten auf, ihre Dienstgeschäfte einstweilen weiter zu versehen. Frankfurt und Umgegend glich damals einem grossen Heerlager, und um die Störungen zu beseitigen, welche nothwendigerweise dem Postdienst hieraus erwachsen mussten, erliess Feldmarschall Schwarzenberg folgende Armeebefehle:

»Da es sowohl der allerhöchste Militärdienst der gesamten alliirten Armeen, als das allgemeine Beste durchaus erfordern, dass der Postdienst und die Verbindungen der Correspondenzen möglichst befördert, beschleunigt und auf alle thunliche Weise sowohl von allen Militär- als Civilautoritäten gesichert sein mögen; so wird hiermit nachdrücklichst und bei Vermeidung unfehlbarer Bestrafung anbefohlen, dass die Posten, Estaffetten, Couriere, sowie leer rückgehende Postpferde, durchaus frei und ungehindert passiren, und denselben auch aller mögliche Schutz und Vorschub erforderlichen Falls geleistet werden soll.

Gegeben im Hauptquartier zu Frankfurt a. Main
den 5. November 1813.

Der Oberbefehlshaber der verbündeten Armeen
Schwarzenberg, Feldmarschall.«

Ferner:

»Da die richtige, ununterbrochene und pünktliche Besorgung des Postdienstes in den von den alliirten Armeen besetzten Staaten von der grössten Wichtigkeit ist, und durchaus keine Stockung oder Störung desselben stattfinden darf, die auf den Militärdienst selbst von der nachtheiligsten Zurückwirkung sein würde; so wird in Beziehung auf die Besorgung des Postdienstes hiermit verordnet wie folgt:

1) Die Posthäuser und Postställe sollen von militärischer Einquartierung befreit sein.

2) Es ist allen Militärpersonen, von welchem Rang sie auch sein mögen, sowie allen bei der Armee angestellten Individuen, verboten, sich in die Posthäuser und Postställe einzuquartieren, und Pferde und Fourage daraus hinwegzunehmen.

3) Die Postpferde müssen nach den verschiedenen Tarifen bezahlt werden und die Postmeister sind berechtigt, diese Postpferde zu verweigern, wenn das Postgeld dafür nicht für die Station bis zur nächsten vorausbezahlt worden ist.

4) Unter keinem Vorwande und in keinem Falle dürfen die Postpferde weiter als die gewöhnliche Poststation gehen.

5) Es ist bei strenger Ahndung verboten, die Pferde, die von ihrer respectiven Station ledig zurückkehren, auf der Strasse anzuhalten, und solche zu irgend einem Dienst zu verwenden.

6) Die Postmeister haben diejenigen Individuen, die sich dieser Anordnung nicht fügen, namentlich und mit Angabe der Art ihrer Widersetzlichkeit dem Armeecommando anzuzeigen.

Gegeben im Hauptquartier zu Frankfurt a. Main
den 5. November 1813.

Schwarzenberg.«

Schwarzenbergs Hauptquartier befand sich im Belli'schen Hause gegenüber der Hauptwache.

Das fernere Schicksal Frankfurts war in Dunkel gehüllt. Franz I. hatte in einem geheimen Artikel des Vertrags von Ried vom 8. October die Stadt Frankfurt dem Könige von Bayern zugesagt. Aber Freude erregte die Bekanntmachung des Prinzen von Hessen-Homburg vom 14. December, dass auf Beschluss der verbündeten Mächte die Stadt Frankfurt a. M. aus dem Verband des Grossherzogthums auszuscheiden und in die vormalige Municipalverfassung zurückzutreten habe.

Inzwischen hatten sich die Verhandlungen mit Napoleon zerschlagen, es erschien am 1. December das Manifest der Verbündeten, die sogen. »Declaration de Francfort«, das Hauptquartier mit sämtlichen Monarchen und Prinzen begab sich nach dem Süden, und Blücher überschritt in der Neujahrsnacht den Rhein bei Caub.

Mit dem Jahre 1814 ging die Civilverwaltung an den Fürsten Heinrich XIII. von Reuss-Greiz über. Der Prinz von Homburg reiste zur Armee ab.

Am 18. October 1814 fand zur Feier des Jahrestages der Schlacht bei Leipzig ein grosses militärisch-kirchliches Volksfest statt und Freudenfeuer wurden auf allen Bergen angezündet. Goethe, welcher um diese Zeit in seiner Vaterstadt weilte, wohnte der Feier bei. Am 9. Juni wurde die Wiener Congressacte unterzeichnet, am 9. Juli übergab Fürst Reuss die Regierungsgewalt an den Senat und am 17. und 18. Juli 1816 wurde eine neue Verfassung, die sog. »Constitutionsergänzungsacte« angenommen und publicirt.



X.

Neuere Zeit.

1815—1866.

Die Stadt Frankfurt wurde den Beschlüssen des Wiener Congresses zufolge ein selbständiges Glied des deutschen Bundes als »freie Stadt«, und man beeilte sich, der Stadt eine ihrer Vergangenheit entsprechende Verfassung zu geben. Diese Verfassung, die sog. »Constitutionsergänzungsacte« genannt, besagte im Allgemeinen, dass die Verfassung Frankfurts, wie sie auf Privilegien, kaiserlichen Resolutionen, reichsgerichtlichen Entscheidungen u. s. f. gegründet sei und bestanden habe, in allen ihren Theilen wieder eingeführt werden solle.

Scheinbar damit in Widerspruch befand sich zunächst das taxis'sche Postwesen. Fürst Taxis war durch die Neugestaltung der Dinge weder Souverain, noch kaiserlicher Reichspostmeister geblieben, sondern bayrischer Standesherr und Unterthan geworden; aber es war ihm durch den Artikel 17 der Bundesacte der seitherige Besitzstand gewährleistet. Der Artikel 17 lautet:

»Das fürstliche Haus Thurn und Taxis bleibt in dem durch den Reichs-Deputationsbeschluss vom 25. Februar 1803 oder durch spätere Verträge bestätigten Besitz und Genuss der Posten in den verschiedenen Bundesstaaten solange, als nicht etwa durch freie Uebereinkunft anderweitige Verträge abgeschlossen werden sollten. In jedem Falle werden demselben in Folge des Art. 13 des erwähnten Reichs-Deputations-Hauptschlusses seine auf Belassung der Posten, oder auf eine angemessene Entschädigung gegründeten Rechte und Ansprüche gesichert. Dieses soll auch da stattfinden, wo die Aufhebung der Posten seit 1803 gegen den Inhalt des Reichs-Deputations-Hauptschluss geschehen wäre, insofern diese Entschädigung durch Verträge nicht schon definitiv festgesetzt worden ist.«

Nun waren seit jenem Hauptdeputationsbeschluss im Jahre 1803 in Frankfurt nicht nur nicht taxis'sche Posten aufgehoben, sondern sogar die taxis'sche Generalpostdirection von Regensburg nach Frankfurt verlegt, sowie jedwede Concurrrenz beseitigt worden. Das Bedürfniss nach einer vertragsmässigen Regelung der Verhältnisse zwischen der Stadt und dem Fürsten war somit in vollem Masse vorhanden, und bereits im Frühjahr 1816 trat der Senat durch Commissarien mit dem Fürsten in Unterhandlung.

Das taxis'sche Postgebiet umfasste damals die Länder Würtemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau, einen Theil der thüringischen Staaten, Hohenzollern, Lippe, Frankfurt u. A. Baiern hatte während der Regierung des Fürsten Primas seine Posten in eigene Verwaltung genommen, dagegen gewann der taxis'sche Poststaat an Abrundung durch den am 29. Juli 1816 erfolgten Uebergang der kurhessischen Post, sowie denjenigen der sachsen-weimarischen in taxis'sche Verwaltung. Anstatt nun in Frankfurt einen Vertrag zwischen Taxis und einem solchen Staate zur Richtschnur bei der Neuregelung der Verhältnisse zu nehmen, scheint man sich von den Gesichtspunkten des Vertrages vom 11. Juli 1789 sowie der Lehensurkunde vom 10. August 1806 nicht haben lossagen zu können. Dies fühlte man im »Bürgercolleg«. Einige Mitglieder desselben legten mit Recht grosses Gewicht darauf, dass die Souveränität des freien Staates Frankfurt in den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit dem Fürsten zur Geltung gelange, andere bestrebten sich, das finanzielle Interesse der Stadt zu wahren. Ein Vertrag mit dem Fürsten wegen des Oberpostamts, ein weiterer wegen der Generalpostdirection, sowie noch besondere Erläuterungsartikel u. s. f., welche zunächst entstanden, wurden vom Bürgercolleg in der Sitzung vom 12. Mai 1817 verworfen, weil das finanzielle Interesse der Stadt nicht gewahrt sei, und der Senat brachte am 4. November 1817 den Gegenstand als Dissensfall zur Entscheidung der Versammlung.

Eine Commission, welche aus den Herren Grunelius, Metzler-Heyder, Schöff v. Guaita, Dr. Claus und Dr. Jassoy bestand, trug auf Ablehnung der zur Sanction vorgelegten Verträge und Anknüpfung neuer Unterhandlungen an, da der Fürst von Thurn und Taxis weder Mitglied des deutschen Bundes, noch Souverain, sondern Unterthan eines solchen sei, also nicht das Recht habe, eine unabhängige Gewalt inmitten der Freistadt zu bilden, das in der Bundesacte diesem Haus eingeräumte Recht aber nur als Privatgerechtsame denkbar bleibe. Die Postverantwortlichkeit innerhalb der Grenzen Frankfurts stehe der Stadt in vollem Umfange zu, deren

Sicherung sei nicht nur Befugniss, sondern Pflicht, die Stadt habe namentlich die unbeschränkte Gerichtsbarkeit in allen Postsachen über das Postpersonal und das Oberpostamt unveräusserlich in Anspruch zu nehmen, und es erscheine dringend nothwendig, alle hierher gehörigen Fragen über Instanzenzug, Urtheilsvollstreckung, Verhaftung des Oberpostamts für seine Mitglieder und Beamten u. s. w. so deutlich als möglich im Vertrage selbst zu entscheiden; auch sei die Oberpostdirection lediglich als Privatbehörde zu betrachten, und die Stadt habe nur vom Oberpostamt Notiz zu nehmen. Das Personal der Oberpostdirection solle indessen als »vorzüglich gut und gern aufgenommene Fremde« zu betrachten sein, deren Verhältniss zum Fürsten und hiesigen Postamt dürfe jedoch durchaus in keinem Punkte die Gerechtsame der Stadt auf das Postwesen in Frankfurt schwächen.

Diesen Ausführungen der Commission trat die Versammlung am 7. Februar 1818 in allen Punkten bei und ersuchte den Senat, neue Verhandlungen mit dem Fürsten anzuknüpfen und dabei die Unabhängigkeit der freien Stadt sowie deren Hoheitsrechte zu wahren. Geh. Rath von Gerning gab ein Separatvotum zu Protocoll.

Neue Verhandlungen wurden nunmehr eingeleitet, aber erst am 4. Januar 1821 war der Senat in der Lage, dem Bürgercolleg neue unter einigen Modificationen und Zusätzen genehmigte Vertragsprojecte vorzulegen. Der Senat empfahl zugleich dringend die Sanction dieser Verträge, damit der äusserst ungewöhnliche Fall der Nichtgenehmigung von *salva ratificatione* abgeschlossenen Verträgen nicht nochmals eintreten möge. Die Commission erkannte die grossen Schwierigkeiten, welche dabei zu besiegen gewesen, an und empfahl beide Entwürfe in ihrer jetzigen Gestalt, jedoch mit dem Abänderungsantrage, dass Fürst Taxis die jährliche Entschädigungssumme von 10,000 fl. für Ausübung des Postregals in Frankfurt von Juli 1815 an nachzahle. Die Versammlung trat am 12. Mai 1821 dem Antrag der Commission bei. Aenderungen erlitten der Artikel 11 des Vertrags (Privilegirter Gerichtsstand für Frauen und Glieder der bei der Generalpostdirection Angestellten) sowie Artikel 12 (Gerichtsbarkeit der Stadt über das Gesinde des Postpersonals), und Artikel 6 erfuhr eine redactionelle Aenderung.

Fürst Taxis nahm den Vertrag an. Er erbot sich zu einer Nachzahlung von 66,000 fl. binnen 3 Jahren, ebenso zu einer Pachtvergütung für Benutzung der Räumlichkeiten im Rahmhof mit Nachzahlung von 1815 ab, stellte aber die Bedingung, dass der Vertrag mit dem 1. Januar 1822 in Kraft trete. Die Versammlung beschloss auf

Mittheilungen des Senats vom 8. December 1821 am 12. d. M. den Vertrag zu genehmigen und alle Verhandlungen definitiv zu Ende zu führen.

Der Wortlaut dieses Vertrags, welcher bis 1867 in Kraft war, soll hier folgen.

Am 22. März 1822 brachte die Gesetz- und Statutensammlung der freien Stadt Frankfurt folgende Bekanntmachung:

»Auf Verordnung Eines hohen Senats werden nachstehende, zwischen der hiesigen freien Stadt und des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht abgeschlossenen Verträge zu Jedermanns Kenntniss und Nachachtung gebracht.

Stadt-Canzley.«

Zu Regulirung der gesammten Verhältnisse des Postwesens in der freien Stadt Frankfurt a. M. ist, unter Zugrundelegung des Art. 17 der deutschen Bundes-Akte, nachfolgende Uebereinkunft von den hierzu ernannten Commissarien, als nämlich von Seiten der freien Stadt Frankfurt:

Der Schöff und Senator, Syndicus primarius und Appellations-Gerichts-Rath J. U. Dr. Johannes Büchner
und

Der Herr Schöff und Senator Georg Friedrich von Guaita,
und von Seiten des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht:

Der Herr Geheimerath und General-Post-Director Alexander Freiherr von Vrints-Berberich, kaiserlich königlich österreichischer Kammerherr, Grosskreuz des kurhessischen Löwen-, des grossherzoglich hessischen Ludwigs- und des grossherzoglich sachsen-weimarischen Falken-, Commandeur des königlich ungarischen St. Stephans- und Ritter des Maltheser-Ordens
und

Der Herr Hof- und Generalpostdirections-Rath Friedrich von Epplen-Härtenstein,
salva ratificatione, abgeschlossen worden.

§ 1.

In der freien Stadt Frankfurt sollen ferner nur Fürstlich Thurn- und Taxis'sche Posten bestehen, andere reitende oder fahrende Posten und Postinstitute sollen so wenig in der Stadt errichtet, auf- und angenommen werden, als denselben der Transit verstattet werden soll.

Es bleiben daher auch die während der deutschen Reichsverfassung ausser den Fürstlich Thurn und Taxis'schen Posten in der Stadt bestandenen sonstigen reitenden und fahrenden Posten jetzt und künftig mit jenen vereinigt oder bleiben denselben einverleibt.

§ 2.

Das von dem Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht für den ausschliesslichen Genuss und die Alleinbenutzung der Posten in hiesiger Stadt zu entrichtende Recognitions-Quantum wird auf die Summe von Zehntausend Gulden im Zwanzig-Gulden-Fuss jährlich festgesetzt. Die Bezahlung dieser jährlichen Recognitions-Summe beginnt von und mit dem Jahre 1822. — Für das Vergangene ist man über die Nachzahlung einer Aversional-Summe von Sechzig sechstausend Gulden des Vier- und zwanzig Gulden Fusses übereingekommen, welche fürstlicher Seits nach der besonders festgesetzten Weise an die freie Stadt Frankfurt werden bezahlt werden.

Für die bisherige Benutzung des Locals in dem der Stadt Frankfurt gehörigen Rahmhof, wird eine besondere Abfindung getroffen, und wegen dessen künftiger Beibehaltung ein eigener Miethvertrag abgeschlossen werden.*)

§ 3.

Des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht übernehmen im Allgemeinen die Verpflichtung, das reitende und fahrende Postwesen in der Stadt Frankfurt nach allen Abtheilungen und in jedem Betrachte so einzurichten, zu unterhalten und durch die Angestellten verwalten zu lassen, wie dieses das Beste des Publikums überhaupt und die Erhaltung und Beförderung des Commerzes insbesondere erheischen, und wird dabei jederzeit obrigkeitlich geschützt werden.

§ 4.

In Gemässheit der der freien Stadt Frankfurt als selbstständigem Staate und Mitglied des deutschen Bundes zustehenden Hoheit und der Obereigenthumsrechte an dem gesammten Postwesen in dem Umfange der Stadt und deren Gebiets wird der Senat dieser freien Stadt zur Ausübung dieser Rechte der Oberaufsicht sowohl, als zu

*) Diese »Postrecognitions-gelder« wurden zum Bau der Stadtbibliothek bestimmt und verwendet.

Manutenirung des Postwesens aus seiner Mitte eine ständige Commission, deren Mitglieder nach Gutfinden des Senats abwechseln, ernennen.

§ 5.

Mit dieser Commission hat die Fürstliche Oberpostamts-Direction in allen denjenigen Fällen zu communiciren, wo es auf die Handhabung der der freien Stadt Frankfurt zustehenden Oberaufsicht oder auf Erhaltung der Postalgerechtsame ankommt, auch ist diese Commission in fortwährender Kenntniss aller zu ihrem angedeuteten Wirkungskreise gehörenden Aufklärungen und Bestimmungen zu erhalten. Diese Commission ist überhaupt als das Organ des Senats der freien Stadt Frankfurt zu betrachten, durch welche alle Geschäftsmittheilungen in Beziehung auf das Postwesen gemacht werden, mit welcher sich die Oberpostamts-Direction jederzeit in das erforderliche Vernehmen zu setzen und von daher die geeigneten Rückäusserungen zu erhalten hat, so zwar, dass von jeder den Postdienst betreffenden neuen Einrichtung, womöglich noch vor deren Ausführung der Commission alsbaldige Anzeige zu machen ist.

§ 6.

Besagter Commission sind die gegenwärtigen Post-Tarife und Taxen vorzulegen, welche darüber an den Senat berichten wird. Insofern die Commission oder der Senat Erinnerungen dabei zu machen hat, verpflichten sich des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht diesfalls rechtfertigende Aufklärung zu geben. Ebenso soll es bei jeder Abänderung der Posttarife gehalten werden, und werden des Fürsten Durchlaucht überhaupt auf die möglichste Erleichterung des correspondirenden und commercirenden Publikums Rücksicht nehmen, auch verordnen, dass von Seiten der Postanstalt der Zeitungsdienst mit der grössten Pünktlichkeit dergestalt besorgt werde, dass alle fremde, nicht gesetzlich dahier verbotene öffentliche Blätter, nicht nur ohne die geringste Zurücksetzung hiesigen Platzes gegen andere Städte, folglich mit allem möglichen Fleisse spedirt, sondern auch in der Bedienung hiesigen Publikums mit der grössten Unparteilichkeit und gleichförmiger Bereitwilligkeit verfahren werde.*)

*) Wegen angeblicher Nichterfüllung einiger in diesem Paragraphen eingegangenen Verpflichtungen entstanden in späteren Jahren Streitigkeiten zwischen Taxis und der gesetzgebenden Versammlung, dem Frankfurter Journal u. A., wovon weiter unten die Rede sein wird.

§ 7.

Dem Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht bleibt überlassen, die bei dem hiesigen Postwesen angestellten Personen die Fürstlich Thurn und Taxis'schen Farben und das Fürstliche Wappen tragen zu lassen, so wie an der Briefpost und fahrenden Post und an der Poststallmeisterei ein Schild mit dem Fürstlich Thurn und Taxis'schen Wappen und zwar mit der Umschrift respective:

Fürstlich Taxis'sches Oberpostamt,
Fürstlich Taxis'sche Hauptexpedition fahrender Posten,
Fürstlich Taxis'sche Poststallmeisterei
aufstellen zu lassen.*)

§ 8.

Die freie Stadt Frankfurt will die in- und ausgehenden Postwägen mit den dazu gehörigen Beiwägen, sowie die Diligencen weder an den Thoren noch an sonst einem Orte wegen der auf denselben etwa befindlichen Güter und Effecten, welche dem Zoll oder andern öffentlichen Einrichtungen unterworfen sein möchten, anhalten und visitiren lassen, insolange nicht besonderer Verdacht eines Unterschleifes eine entgegengesetzte Massregel zur Sicherheit der Stadt-Intraden nothwendig macht, oder besondere Zeitumstände und Fälle diese Visitation erheischen.

Dagegen müssen

§ 9.

a) Was die in die Stadt gehenden Postwägen mit den dazu gehörigen Beiwägen sowie die Diligencen betrifft, der Frankfurtischen Verwaltungsbehörde beglaubte Extracte der Postkarten, aus welchen der Name des Empfängers, das Gewicht und soweit es thunlich ist, auch die Eigenschaft des eingehenden Gutes, es sei in Kisten, Ballen, Packeten oder dergleichen, ersehen werden kann, während der Messen alle vierzehn Tage (wenn nicht von den betreffenden Behörden wechselseitig nach Convenienz ein anderer Zeitraum nöthig

*) Taxis machte von dieser Erlaubniss wenig Gebrauch. Ausser den Posthausschildern gab es nur für Unterbeamte Uniformen, die Beamten trugen in Frankfurt a. M. keine. Die Uniform der Briefträger, Conducteure etc. bestand in einem dunkelblauen Waffenrocke mit messingenen Knöpfen, auf welchen ein Posthorn eingeprägt war, einer Mütze von ebensolcher Farbe nach dem Schnitte der österreichischen Militärmützen mit einem metallnen Posthörnchen an der Stirnseite. Die Conducteure hatten ausserdem noch eine lederne Umhängetasche mit Verzierung von messingenen Kettchen. In den taxis'schen Postgebieten von Hessen-Darmstadt, Nassau, Kurhessen etc. trugen die Beamten und Unterbeamten die landesherrlichen Uniformen.

gefunden wird) mitgetheilt werden; die zu entrichtenden öffentlichen Gebühren werden sodann von Seiten jener Frankfurterischen Verwaltungsbehörde selbst bei den Empfängern eingenommen und erhoben, ohne dass das Fürstlich Thurn und Taxis'sche Oberpostamt hierbei einzustehen hat.

§ 10.

b) Die in dem nächstvorhergehenden Paragraphen benannten beglaubten Extracte aus den Postkarten werden von Seiten des Oberpostamts gefertigt und mitgetheilt.

§ 11.

c) Soviel die Postwägen nebst den dazu gehörigen Beiwägen und die Diligencen belangt, welche aus der Stadt gehen, so wird es zwar bei der bisherigen Observanz, jedoch mit dem Vorbehalt desfallsiger künftig nöthig gefunden werdender Abänderung belassen. Ehe jedoch zu einer solchen Veränderung vorgeschritten wird, soll eine vorgängige Communication mit der Postbehörde stattfinden, damit der Gang des Postwesens dadurch keine Hemmung oder Störung erleide.

§ 12.

Sämmtliche aus- und eingehende Briefposten und Estaffetten sind befreit von Entrichtung des Chaussee- und Thorsperrgeldes. Gleiche Befreiung haben auch die leer retourgehenden Postpferde zu geniessen.

Hinsichtlich der Entrichtung des Chausseegeldes von den Postwägen wird man sich zum Vortheil des reisenden Publikums über ein Aversional-Quantum vergleichen.*)

§ 13.

Der hiesige Poststall soll jederzeit die erforderliche Anzahl von Pferden nebst den dazu gehörigen Knechten, Wägen, Chaisen und Geschirr unterhalten, und nur unter dieser Voraussetzung will man von Seiten der hiesigen Staatsbehörden in ganz ausserordentlichen Fällen, und wenn der Drang des Dienstes auf der fahrenden Post so gross ist, dass das sonst erforderliche Schiff und Geschirr des Postalles zur Bestreitung nicht hinreicht, die hiesigen Lohnkutscher und Landbewohner zur Aushülfe und Unterstützung gegen posttaxmässige Bezahlung zu vermögen sich angelegen sein lassen.**)

*) Bezüglich des Thorsperrgeldes s. Anmerkung zu § 15.

**) Taxis hatte somit keine Verpflichtung, eine gewisse und genau bestimmte Anzahl von Pferden etc. zu halten, wie dies in den heutigen Contracten für Posthalter etc. ausdrücklich vorgesehen wird.

Den Hauderern, Fuhrleuten, Wirthen und Anderen soll untersagt sein, Reisende, welche mit Extrapost kommen, gegen Bezahlung weiter zu fahren, wenn sich dieselben nicht 24 Stunden in der Stadt aufgehalten haben.*)

§ 14.

In Rücksicht der Befreiung von dem Porto auf der reitenden Post (Briefpost) ist man dahin übereingekommen:

- a) Diejenigen Briefe und für die reitende Post geeigneten Packete, welche Stadtangelegenheiten betreffen und, mit dem Stadt- oder einem städtischen Amtssiegel versehen, auf die Post gegeben werden, sind vom Porto befreit.

Diejenigen Acten, Packete und andere Fertigungen in Stadtsachen, welche auf der reitenden Post wegen ihrer Schwere nicht angenommen werden können, sollen nur auf der fahrenden Post frei befördert werden, wenn deren Gewicht zwei Pfund nicht überschreitet. Hiervon bleibt jedoch die Versendung baaren Geldes oder anderer Effecten, sowie in Verschlügen oder Schachteln ausgeschlossen.

Gleiche Freiheit geniessen auch diejenigen Briefe und Packete, welche in Stadtangelegenheiten von andern Orten eingesendet werden.

Alles, was in Privatangelegenheiten auf die Post gegeben wird, und jedesmal mit p. S. bezeichnet werden soll, sowie Alles, was in Privatangelegenheiten ankommt, bleibt der Portoentrachtung unterworfen.

- b) Von Entrichtung des Briefportos sollen hiernächst auch, was die Privat-Correspondenz, jedoch mit ausdrücklicher Ausnahme aller etwaigen Handlungs-Correspondenz, betrifft, befreit sein:

- 1) die zeitigen beiden regierenden Herrn Bürgermeister und der jedesmalige Stadtschultheiss oder dessen Stellvertreter;
- 2) die drei ältesten Glieder der ersten Ordnung des Senats; ferner das zum Polizeiamt verordnete Mitglied der zweiten Ordnung;
- 3) die zeitigen beiden ältesten Herrn Syndicer — es wird jedoch der dermalige dritte Herr Syndicus bei derjenigen Freiheit, welche derselbe bisher genossen hat, auch ferner belassen.

*) Ein Commentar zu dieser seltsamen Verordnung findet sich bereits im Cap. IX, Anmerkung.

- c) Diese Lit. a und b bestimmte Befreiung erstreckt sich auf den ganzen Umfang aller unter Fürstlich Thurn und Taxis'scher Direction und Administration stehenden Posten, diese begreift jedoch nicht dasjenige Auslage- oder Transit-Porto, welches Fürstlich Thurn und Taxis'scher Seits selbst an andere oder dritte Posten bezahlt werden muss, welches letzterer vielmehr als Auslage jedesmal zu entrichten ist.
- d) Von Seiten der freien Stadt Frankfurt bedarf es der ausdrücklichen Zusage nicht, dass bei dieser Befreiung kein Unterschleif geduldet, und in nicht zu vermuthenden Fällen sogleich Abhülfe geleistet werden soll.

§ 15.

Was die öffentlichen Lasten, Abgaben und Prästationen, oder was dahin in weitläufigerem Sinne gerechnet werden kann, betrifft, so sind diesen alle und jede Oberpostamts-Individuen ebenso gut, wie jeder hiesige Bürger, Beisass oder Schutzverwandte in dem Masse unterworfen, wie sie in ihrer Eigenschaft als Bürger, Beisassen oder Staatsangehörige, nach den Bestimmungen des betreffenden Gesetzes dazu verbunden sind, und nur folgende Befreiungen werden hierdurch ausnahmsweise festgesetzt:

- a) Die wirklich bei der Post angestellten Individuen sind von persönlichen Leistungen des Wacht-, Landwehr- und Landsturmdienstes gegen Reluition befreit; diese Befreiung erstreckt sich jedoch nicht auf deren im Staatsschutz stehende Familienglieder.
- b) Das Haus, in welchem das Oberpostamt und die Hauptexpedition fahrender Posten ihren Sitz haben, sowie das Poststallhaus sind zwar von militärischer Natural-Einquartirung befreit, es muss aber dagegen in allen Fällen, wenn andere Häuser und Einwohner bequartirt werden, ein billigverhältnissmässig von den städtischen Behörden zu bestimmender Geldbeitrag an das städtische Quartier- und Billettenamt entrichtet werden, womit denn auch die Einquartirungslast des in dem Posthaus wohnenden Oberpostamts-Directors oder seines Stellvertreters abgefunden wird. Bei Regulirung dieses billigmässigen Beitrags für obgenannte Localitäten, sollen die Verhältnisse, dass die Einquartirung wegen des Postdienstes nicht aufgenommen werden kann, der Dienst selbst aber den bedeutendsten Raum des Posthauses erfordert, stets berücksichtigt werden.

Diese Nachsicht erstreckt sich jedoch nicht auf andere, bei der Post nicht angestellte Personen, welchen etwa in diesen Posthäusern Wohnungen eingeräumt oder vermietet wurden, massen diese zur Uebernahme der Natural-Einquartirung und zur allenfallsigen Verlegung derselben auf ihre Kosten ebenso verpflichtet bleiben, wie das ausser den Posthäusern wohnende sämtliche Post-Personale jedes Ranges und jeder Classe zur Uebernahme der Natural-Einquartirung verbunden ist.

- c) Den jetzt lebenden Postindividuen, welche bereits 1813 dahier angestellt gewesen, wird diejenige Befreiung von städtischen Abgaben, welche sie im Jahre 1813 besessen, auch noch fernerhin für ihre Lebenszeit durch besondere Reverse zugesichert.
- d) Der jedesmalige Oberpostamts-Director geniesst Freiheit von Chaussee- und Thorsperrgeld. *)

§ 16.

Keinem Individuum des Oberpostamts oder dessen Angehörigen ist verstatet, Handelsschaft oder bürgerliches Gewerbe und Geschäfte irgend einer Art zu treiben, wenn nicht das einem solchen Individuum zustehende Bürgerrecht oder die Schutzverwandtschaft nach den bestehenden Verordnungen dazu berechtigen.

In Erwägung der besonderen Verhältnisse des Postinstituts und der dabei Angestellten wird jedoch der Senat in Ertheilung des Bürgerrechts an Postbeamte unter Erlassung der Antrittsgelder möglichst willfährig sich bezeigen, wenn sie verfassungsmässig dazu befähigt zu sein sich ausweisen.

§ 17.

Einem Individuum des Oberpostamts soll ein Copulationsschein eher nicht ertheilt werden, als bis dasselbe den dienstherrlichen Consens beigebracht hat.

*) Das Thorsperrgeld wurde vom 24. Aug. 1724 an an den Thoren von den nach eingebrochener Dunkelheit Einlass Verlangenden erhoben und zu Gunsten der Stadtarmen verwendet. Als der Fürstprimas durch seinen Maire Guiollett im Jahre 1811 die Festungswälle in Promenaden verwandeln liess, wurde trotzdem die Thorsperre beibehalten. 1820 beantragte Dr. Jassoy erfolglos die Aufhebung. Am 24. Oct. 1832 kam es wegen der Thorsperre am Allerheiligenthor zu einem Zusammenstoss zwischen dem Militär und Civil. Ersteres feuerte scharf. Es blieb 1 Mann tod und 2 wurden verwundet. Erst mit dem 1. Januar 1837 kam das Sperrgeld in Wegfall.

§ 18.

In Polizeisachen hat das städtische Polizeiamt sowohl als der Senat in seiner Eigenschaft als oberste Polizeibehörde einzuschreiten und die nöthigen Verfügungen zu treffen, wovon jedoch, insoweit sie auf den Dienst der Post Einfluss haben könnten, dem Oberpostamte alsbaldige Nachricht ertheilt werden soll; jedoch soll in diesen, sowie in anderen Fällen, wo die Stellung eines Postbeamten vor Gericht, vor der Polizei oder einer sonstigen öffentlichen Behörde nothwendig werden sollte, dem Oberpostamt von der Sistirung zeitige Nachricht gegeben werden.

§ 19.

Sämmtliche Postbeamten und übrige Postindividuen sind den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit der Stadt unterworfen, jedoch unbeschadet ihrer ausschliesslichen Abhängigkeit von des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht und der Generalpostdirection in allen Dienstsachen, und unter folgenden auf dieses Dienstverhältniss sich beziehenden Beschränkungen:

- a) Auf den Gehalt oder Besoldung eines Postbeamten kann zur Sicherstellung einer gerichtlich zu betreibenden Forderung oder zur Vollziehung eines rechtlichen Erkenntnisses nur bis auf den dritten Theil ein gerichtlicher Arrest angelegt werden.
- b) Wenn das Vermögen oder der Nachlass eines Postbedienten (sic!) gerichtlich versiegelt wird, so ist dabei ein vom fürstlichen Oberpostamte bestellter Bevollmächtigter zuzulassen, um die Amtspapiere, Amtsrechnungen und sonstige etwa zum Amt gehörige Effecten abzusondern, und solche entweder sogleich nach einer Designation oder gegen Quittung in Empfang zu nehmen, oder sonst diese Papiere und Effecten unter beigesetztem Postsiegel vorerst noch beizubehalten. Dieser Bevollmächtigte kann auf Verlangen auch der Inventur beiwohnen und eine Abschrift des Inventars gegen Gebühr begehren.
- c) Mit Verabfolgung des in gerichtlichen Gewahrsam gekommenen Vermögens oder Nachlasses eines Postbeamten wird so lange Anstand genommen, bis von Seiten des Postamtes oder der Generalpostdirection erklärt sein wird, dass das fürstliche Postärar daran keine Ansprüche habe, wobei jedoch die vom Gericht dieserhalb anzuberaumenden Termine einzuhalten sind.

- d) Von einer criminellen Untersuchung gegen einen Postbediensteten, sowie von der gegen denselben zu verhängenden Haft, wird dem fürstlichen Oberpostamte sofort vom Gericht die Anzeige gemacht, um hinsichtlich der Dienstgeschäfte das Erforderliche verfügen zu können.

§ 20.

In Folge des Dienstverhältnisses des Angestellten zu des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht und zu der Generalpostdirection und nach dem bestimmten Inhalte der demselben ertheilten Dienstbestellungen bleibt :

- a) Die Erledigung solcher Klagen und Beschwerden gegen Individuen des fürstlichen Oberpostamts, welche lediglich den Postdienst betreffen, der fürstlichen Generalpostdirection, als Sache der Verwaltung überlassen.

Sollte jedoch der Beschwerdeführer, sofern er zum fürstlichen Postinstitute nicht gehört, durch eine Verfügung im Verwaltungswege seine Privatrechte verletzt oder aus den Handlungen und Verpflichtungen des Oberpostamts selbst zur Regressforderung an das fürstliche Postärar sich rechtlich befugt halten, oder auch sonst die bei der Generalpostdirection nachgesuchte Verfügung verzögert werden, so kann auf richterliches Erkenntniss provocirt werden, und ist die Sache alsdann als Justizsache vor den Gerichten der freien Stadt Frankfurt zu verhandeln, und von denselben mit Beobachtung des vorgeschriebenen Instanzenzuges zu entscheiden. Diese Berufung auf den Weg Rechtens gegen eine administrative Verfügung der Generalpostdirection wird jedoch auf den Präclusiv-Termin von vier Wochen, vom Tag der Insinuation an gerechnet, beschränkt, nur muss zu dem Behufe in dem Erlass selbst auf diese Beschränkung hingewiesen sein. Die an die Generalpostdirection ergehenden richterlichen Verfügungen werden derselben verschlossen zugesendet.

- b) Sollte ein Angestellter bei dem Oberpostamte in Frankfurt in Concurs gerathen, so genießt das fürstliche Postärar wegen der an den Cridar habenden Forderungen aus Dienstverhältnissen ein Vorzugsrecht vor allen chirographarischen Gläubigern.
- c) Lassen Angestellte des fürstlichen Oberpostamts in Frankfurt sich Dienstvergehungen zu Schulden kommen, so bleibt

der Generalpostdirection im Verwaltungswege die Ahndung mittelst Abzugs vom Gehalt, temporärer Suspension vom Dienste und Dienstentlassung.

- d) Bei Dienstverbrechen hingegen, wie in allen sonstigen Criminalsachen, gebührt die peinliche Untersuchung und Bestrafung den Criminalgerichten der freien Stadt Frankfurt, welchen zu dem Ende von dem fürstlichen Oberpostamte und der Generalpostdirection die zur Sache gehörigen Schriftstücke und Verhandlungen zu behändigen sind, letzterer bleibt sodann, wie jede den Dienst betreffende Veranstaltung, so auch namentlich die Verfügung einer einstweiligen Suspension vom Dienste überlassen.

§ 21.

Wenn die Dienstleistung eines Individuums des Oberpostamts, es sei nun durch Ableben oder aus anderen Gründen aufhört, so hört die in diesem Vertrag festgesetzte Befugniss zum Aufenthalt in der Stadt in dem Masse auf, dass das Individuum selbst, wenn es in Ehren des Dienstes entlassen wird, oder, im Falle des Ablebens, die nachgelassene Wittwe und Kinder, sofern die letzteren bei Lebzeiten der Mutter keine besondere Haushaltung anfangen, diese Befugniss zum hiesigen Aufenthalt noch zwei Jahre lang geniessen.

Nach Ablauf dieser zwei Jahre müssen aber die gedachten Individuen entweder einen andern Wohnsitz wählen, oder um die Erlaubniss zum Aufenthalt bei dem Senat der freien Stadt Frankfurt gegen Uebernahme aller, einem Schutzverwandten obliegenden Verbindlichkeiten, nachsuchen.

Der Senat der freien Stadt Frankfurt wird sich in Gewährung eines solchen Gesuchs so willfährig bezeigen, als es die Umstände und Verhältnisse gestatten. Wegen der Befreiung von Abzugsgeldern im Falle der Veränderung des Wohnsitzes ist bereits oben Vorsehung geschehen, sowie auch schon oben festgesetzt ist, dass den Angehörigen eines Individuums des Oberpostamts, welches nicht Bürger oder Schutzverwandter der freien Stadt Frankfurt ist, bürgerliches Gewerbe oder Geschäfte zu treiben untersagt ist.

§ 22.

Des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht werden dem Senate der freien Stadt Frankfurt ein Namensverzeichniss aller bei dem hiesigen Postinstitute angestellten Individuen mit Bemerkung

ihres tragenden Amtes mittheilen, auch die sich von Zeit zu Zeit ereignenden neuen Dienststellungen jedesmal sogleich anzeigen lassen.

§ 23.

Da auch die hiesigen Krankenhäuser und andere milde Stiftungen nur hiesige Beisassen und Bürger oder deren Gesinde statutenmässig auf ihrer Fonds Kosten aufnehmen, so hat das Oberpostamt und alle bei demselben angestellten Personen dafür zu sorgen, dass die bei ersterem als Conducteurs, Postillons und sonst angestellte, auch deren Gesinde, sowie jenes sämmtlicher höheren Postofficianten nur auf deren Kosten gegen billigmässige Vergütung verpflegt und unterhalten werden, welchenfalls solche unweigerlich aufgenommen werden sollen.

§ 24.

Das im § 2 für den ausschliesslichen Genuss und die Alleinbenutzung der Posten in hiesiger Stadt festgesetzte, von dem Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht jährlich zu entrichtende Recognitionsquantum von zehntausend Gulden im zwanzig Guldenfuss bleibt auch für die Zukunft also bestimmt und festgesetzt.

Urkundlich dessen ist gegenwärtige Uebereinkunft salva ratificatione abseiten der beiderseitigen Herren Committenten in duplo ausgefertigt, unterschrieben und besiegelt worden.

So geschehen zu Frankfurt den ein und dreissigsten December des Jahrs Eintausend achthundert ein und zwanzig.

(L. S.) Dr. J. Büchner,
Syndicus primarius,
Schöff und Senator.

(L. S.)^{*} Alex. Freiherr
von Vrints-Berberich,
Geheimerath und General-
postdirector.

(L. S.) G. Fr. v. Guaita,
Schöff und Senator.

(L. S.) Fr. v. Epplen-Härtenstein,
Hof- und Generalpost-
directionsrath.

Wir Carl Alexander Fürst von Thurn und Taxis, Fürst zu Buchau, Fürst zu Krotoszyn, gefürsteter Graf zu Friedberg-Scheer, Graf zu Valsasina, auch zu Marchtall und Neresheim, Herr der Herrschaft Eglingen, Herr zu Ostrach und Schemmerberg, Demmingen, Dischingen, Ballmertshofen, auch zum Bussen etc., Ritter des goldenen Vliesses, auch Erblandpostmeister etc.

Genehmigen vorstehenden Postvertrag nach seinem vollen Inhalte und versprechen, denselben in allen Punkten genauest zu halten und von den Unsrigen aufs pünktlichste vollziehen zu lassen.

Zur Bekräftigung dessen haben Wir gegenwärtige Ratifications-Urkunde eigenhändig unterschrieben, Unser fürstliches Insiegel beiducken, auch solche visiren und contrasigniren lassen.

So geschehen: Regensburg den 2. Februar 1822.

(L. S.)

Carl Alexander

Fürst von Thurn und Taxis.

vdt. Graf von Westerholt.

Auf seiner Durchlaucht ausdrücklichen Befehl:

F. A. Poppele.

Der Vertrag ist für Taxis günstig zu nennen. Ausser dem »Recognitionsquantum« von jährlich 10,000 Gulden und dem seit 1815 nachzuzahlenden Betrag von 66,000 Gulden sowie der Miethe für die Räumlichkeiten im Rahmhof hatte Taxis fast gar keine Verbindlichkeiten zu erfüllen. Es konnte sich keine andere Post neben ihm in Frankfurt niederlassen. So wie es der § 13 im Unklaren lässt, welche Anzahl von Beförderungsmitteln vorhanden sein mussten, so ist auch im § 3 von einer Verpflichtung, wie viele, wie oft, wann, in welcher Weise und in welchem Umfang Postverbindungen zu unterhalten sein sollten, Nichts im Vertrage zu finden. Wo war bei etwa eintretenden Streitigkeiten die Instanz, welche hätte entscheiden müssen, ob Taxis durch seine Postverbindungen den Bestimmungen des Vertrags genüge, ob er seine Posten »nach allen Abtheilungen und in jedem Betrachte, wie es das Beste des Publikums und die Erhaltung des Commerzes erheische,« eingerichtet habe? Der § 6 handelt von Tarifen und Taxen, aber dazu rechnete Taxis z. B. nicht die 1840 eingeführte Neuerung der »Bestellkreuzer«, wovon weiter unten die Rede sein wird. Zu dem Oberaufsichtsrecht des Staates Frankfurt hätte auch z. B. die Beschlagnahme von Postsendungen u. A. gehört. War der Vertrag auf »ewige Zeiten« abgeschlossen oder »kündbar«? Dagegen ist von der vermögens- und staatsrechtlichen Stellung der »Individuen«, »Personen«, »Postbediensteten«, »Postbedienten«, »Postbeamten«, »Officianten« in ängstlicher und ausgiebiger Weise die Rede, und der peinlichen Befürchtung, es möge ein solches »Postindividuum« ein Gewerbe oder Geschäft treiben und dadurch die Rechte der Autochthonen schädigen,

ist zweimal Ausdruck gegeben (§ 16 und 21). Ganz dieselben Gesichtspunkte, d. h. lediglich die bürgerliche Stellung der bei der Generalpostdirection beschäftigten »Individuen« innerhalb der Commune des Staates Frankfurt sind in dem am gleichen Tag abgeschlossenen Vertrag zwischen Frankfurt und Taxis zu Grunde gelegt, dessen Wortlaut weniger des Interesses, als der Vollständigkeit dieser Darstellung halber dahier folgen soll:

»Nachdem des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht den Wunsch geäussert haben, dass die unter der grossherzoglichen (primatischen) Regierung von Regensburg nach Frankfurt verlegt wordene Generaldirection (es geschah dies 1811) sämmtlicher Fürstlich Thurn und Taxis'scher Posten ferner in der freien Stadt Frankfurt ihren Sitz behalten möge, man auch von Seiten der freien Stadt Frankfurt diesem Wunsch zu entsprechen keinen Anstand nehmen wollen (sic!), als sind, um die desfallsigen Bedingnisse und Modificationen, mit Zugrundlage der desfallsigen Exemptions-Verwilligungen des vormaligen Grossherzogs festzusetzen zu Commissarien ernannt worden:

Der Schöff und Senator, Syndicus primarius und Appellations-Gerichts-Rath J. U. Dr. Johannes Büchner
und

Der Herr Schöff und Senator Georg Friedrich von Guaita,
und von Seiten des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht:

Der Herr Geheimerath und General-Post-Director Alexander Freiherr von Vrints-Berberich, kaiserlich königlich österreichischer Kammerherr, Grosskreuz des kurhessischen Löwen-, des grossherzoglich hessischen Ludwigs- und des grossherzoglich sachsen-weimarischen Falken-, Commandeur des königlich ungarischen St. Stephans- und Ritter des Maltheser-Ordens,
und

der Herr Hof- und Generalpostdirections-Rath Friedrich von Epplen-Härtenstein.

Art. 1.

Die freie Stadt Frankfurt a. M. bewilliget des Herrn Fürsten Durchlaucht die Exemption Ihrer sämmtlichen dermaligen und künftigen Mitglieder und Angestellten der nach Frankfurt verlegten General-Direction sämmtlicher fürstlich Thurn und Taxis'scher Posten von der Gerichtsbarkeit, insbesondere bei Verlassenschafts-Obsignationen, Verlassenschafts-Abhandlungen und Theilungen, Bestellung

und Entlassung der Vormünder, Abhörung und Justification vormund-schaftlicher Rechnungen.

Art. 2.

Zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über die genannten Mitglieder und Angestellten der Generalpostdirection in diesen benannten Fällen der sowohl streitigen als nicht streitigen Gerichtsbarkeit wird von Seiten seiner Durchlaucht des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis eine, aus der Mitte der General-Post-Directions-Mitglieder zu ernennende Deputation als erste Instanz ernannt und bevollmächtigt, gegen deren Erkenntnisse der Weg der Berufung an das Plenum der General-Post-Direction als zweite Instanz eröffnet sein soll und nur dann erst, wenn der succumbirende Theil bei diesem, in der zweiten Instanz ergehenden Erkenntnisse sich nicht zu beruhigen geneigt wäre, demselben in letzter Instanz die Appellation an das hiesige Schöffen- und Appellationsgericht, als für diese Fälle und Personen bestehendes oberstes Gerichtstribunal, unter Beobachtung der bei demselben eingeführten Fatalien und Solennien zu ergreifen freistehen soll; doch mit der weiteren Bestimmung, dass, wenn der bei dem hiesigen Appellationsgericht succumbirende Theil ein Dritter, das heisst kein bei der fürstlichen General-Post-Direction Angestellter wäre, demselben, daferne die Klagsumme nach der hiesigen Rathsordnung vom 8. Februar 1820 zu einem Rekurs an das gemeinschaftliche Ober-Appellationsgericht der vier freien Städte geeignet erscheint, freistehen soll, auch noch des Rechtsmittels der Ober-Appellation nach Lübeck nach Massgabe jener Verordnung, zu gebrauchen.

Art. 3.

Wenn jedoch ein zu der General-Post-Direction gehöriges Individuum Wechselbriefe ausstellt oder indossirt, so ist dasselbe auf die daraus entstehenden Wechselklagen, sich bei dem Stadt-Frankfurtischen Wechselgerichte einzulassen und den wechselrechtlichen Gesetzen und Verfahren desselben sich zu unterwerfen schuldig.

Art. 4.

Wenn ein Individuum der General - Direction in Zahlungs-unvermögenheit geräth, dergestalt, dass der Concurs der Gläubiger, wenn kein freiwilliger Stundungs- oder Nachlassvertrag zu Stande kommt, erkannt werden muss, so hat die General-Direction alle diejenigen Verfügungen zu treffen, welche respective zur vorläufigen Erhaltung und Eruirung der Activ- oder Passivmasse erforderlich sind; dieselbe ist auch berechtigt, alle sich vorfindenden Dienst-

Scripturen, Dienst-Literalien und Dienst-Effecten, zu einem besonderen Protocoll verzeichnet, von der Masse abzusondern und an sich zu nehmen; sobald dieses aber bewerkstelligt ist, und es muss die Erlassung einer öffentlichen Vorladung ergehen, werden die verhandelten Acten sammt der Masse an das Concursergericht der freien Stadt Frankfurt zur weiteren gerichtlichen Verhandlung, Entscheidung und endlichen Erledigung der Sache abgegeben.

Das Fürstlich Thurn und Taxis'sche Postärarium genießt in Concursen dasjenige Vorzugsrecht, welches in dem besonderen Verträge wegen des Oberpostamts vom heutigen Tage festgesetzt ist.

Art. 5.

Die General-Post-Direction wird bei ihren rechtlichen Erkenntnissen und Verfahren sich nach den Stadt Frankfurtischen Gesetzen richten und nach diesen Recht sprechen.

Wenn jedoch Klagen und Reclamationen gegen fürstlich Thurn und Taxis'sche Postbedienstete in andern deutschen Bundesstaaten über Postdienstsachen bei der obgedachten fürstlich Thurn und Taxis'schen ersten und zweiten Gerichtsinstanz anhängig gemacht und zu entscheiden sein werden, so können bei der Entscheidung die Gesetze des Staates, von dessen Posten dabei die Frage ist, zu Grunde gelegt werden.

Art. 6.

Würde ein zu der General-Post-Direction gehöriges Individuum aus Diensten entlassen, so hört dessen privilegirter Gerichtsstand vor der angeordneten fürstlich Taxis'schen Behörde sofort auf, und die General-Post-Direction hat vor der Entlassung eines solchen Individuums der Stadt Frankfurtischen Behörde sogleich die Anzeige zu machen, damit diese das Erforderliche verfügen könne.

Art. 7.

Die zu der General-Direction gehörigen Individuen sind der städtischen Polizei und den Polizeigesetzen unterworfen; in eiligen Fällen, oder wo Gefahr der Entweichung vorwaltet, werden solche von der Polizei arretirt, jedoch hiervon dem Vorstande der General-Direction alsbald die Anzeige gemacht, eilt aber die Arretirung nicht, oder ist überhaupt keine Arretirung nöthig, so hat die Polizeidirection in solchen Fällen von der geschehenen Vorladung des betreffenden Individuums der General-Post-Direction zu gleicher Zeit Kenntniss zugehen zu lassen, damit dieselbe nöthigenfalls wegen des Postdienstes des Citirten, die zweckmässige Vorsehung treffen könne.

Art. 8.

Zu Bestrafung häuslicher Vergehen bleibt des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht unbenommen, die Straffälligen in dem für die General-Post-Direction bestimmten Gebäude in bürgerliche Verwahrung zu nehmen.

Art. 9.

Bei etwaigen Haussuchungen solcher zur General-Post-Direction gehörigen Individuen, welche Amtspapiere haben könnten, wird nicht nur ein Abgeordneter der erwähnten Stelle beigezogen, sondern auch die zu nehmende Einsicht keineswegs auf Papiere, so die Postgeschäfte betreffen, ausgedehnt werden.

Art. 10.

In peinlichen Fällen gehört die Sache an das Criminalgericht der freien Stadt Frankfurt. Es kann jedoch die General-Post-Direction, wenn dieselbe früher Kenntniss von dem Verbrechen erhält, das erste summarische Verhör der Gravirten vornehmen, und falls sich dadurch das Vergehen bestätigt, so ist alsdann der einschlagenden städtischen Criminal-Gerichtsbehörde davon die Anzeige zu machen, die verhandelten Acten und Protocolle an dieselbige abzugeben, und derselben die weitere rechtliche Verfügung zu überlassen.

Art. 11.

Die Frauen und Kinder der Mitglieder und Angestellten der General - Post - Direction geniessen gleichfalls den in den vorigen Artikeln bestimmten eignen privilegirten Gerichtsstand erster und zweiter Instanz; die Kinder jedoch nur so lange, als sie nicht eine eigne abgesonderte Haushaltung anfangen, oder nicht eine Dienst-anstellung anderswo, als bei der General-Post-Direction, erhalten.

Art. 12.

In Ansehung des Privat-, Haus- und Dienstgesindes des zur General-Post-Direction gehörigen Personals findet keine Exemption von der städtischen Gerichtsbarkeit statt, sondern sie bleiben der letzteren ausschliesslich untergeben.

Art. 13.

Diejenigen zur General-Post-Direction gehörigen Individuen, welche keine liegende Gründe zu Frankfurt besitzen, und sich nicht in bürgerlichem nexu daselbst befinden, sind von allen Lasten und Abgaben, welche auf der Person, dem Vermögen oder Einkommen haften, befreit.

Auf Befreiung von Accise-, Chaussee-, Thorsperre- und anderen Abgaben können die Mitglieder der General-Direction keinen Anspruch machen. Doch bleibt der General-Post-Director oder dessen Stellvertreter von Entrichtung der Chaussee- und Thorsperre befreit.

In Ansehung des Erwerbs liegender Güter und deren Besteuerung sind dieselben den bestehenden desfallsigen Gesetzen unterworfen.

Art. 14.

In Fällen, wenn Kriegsvölker bei den Einwohnern einquartirt und verpflegt werden müssen, müssen auch die zu Frankfurt wohnenden, wenn schon keine eigenthümlichen Häuser besitzenden Mitglieder der General-Post-Direction jedesmal diese Einquartirungslast mittragen.

Dasjenige Haus, in welchem der Sitz der General-Post-Direction sich befindet, soll mit Naturaleinquartirung verschont werden.

Die in diesem Gebäude wohnenden Individuen ohne Unterschied aber sind in den erwähnten Fällen wegen des auf sie fallenden verhältnissmässigen Antheils an dieser Last sich durch einen angemessenen, an das Quartier- oder Billetenamt zu entrichtenden Geldbeitrag abzufinden verbunden.

Art. 15.

Wenn in Kriegszeiten zu Brandschatzungen und Kriegsprästationen für feindliche Armeen, Geldbeiträge, von welchen Niemand ohne Ausnahme befreit ist, sollten geleistet werden müssen, so haben sich die Mitglieder und Angestellten der General-Post-Direction dem ortsüblichen Ausschlage, wie alle anderen Einwohner, zu unterwerfen.

Art. 16.

So lange ein Individuum der General-Direction am Leben ist, haben dessen Frau und dessen Kinder, während die letztern ohne sonstige Anstellung oder besondere Haushaltung den Unterhalt bei den Eltern geniessen, ebendenselben oben bestimmten Gerichtsstand. Mit Beendigung der Dienstleistung, es sei nun durch Ableben oder aus anderen Gründen, hören alle in diesem Vertrage festgesetzten Befreiungen in dem Masse auf, dass das Individuum selbst, wenn es in Ehren des Dienstes entlassen wird, oder im Falle eines Ablebens, dessen nachgelassene Wittve und Kinder noch zwei Jahre lang dieselben geniessen; insoweit solche, respective dem Zwecke und ihrer Natur nach, auf sie anwendbar sind; nach Verlauf dieser zwei Jahre müssen dieselben entweder einen anderen Wohnsitz wählen, oder um Beibehaltung des Aufenthaltes bei dem Senate der freien Stadt

Frankfurt, gegen Uebernahme aller einem Schutzverwandten obliegenden Verbindlichkeiten nachsuchen. Der Senat der freien Stadt Frankfurt wird sich in Gewährung eines solchen Gesuches so willfährig bezeigen, als es die Umstände und Verhältnisse gestatten.

Art. 17.

Keinem bei der General-Post-Direction angestellten Individuum oder dessen Angehörigen ist — wenn solches nicht im bürgerlichen nexu hiesiger freien Stadt steht — erlaubt, Handelsschaft oder Gewerbe zu treiben.

Art. 18.

Durch Annahme des bürgerlichen Verbandes und Ansässigmachung, wie auch durch Annehmung anderer Dienste (worunter auch die gleichzeitige Dienstleistung und Anstellung bei dem hiesigen Postamte zu verstehen ist), als jener bei der General-Post-Direction, hören die Begünstigungen und Freiheiten auf, welche den Mitgliedern und Angestellten der General-Post-Direction durch gegenwärtige Uebereinkunft verwilligt sind.

Art. 19.

Wenn für eines oder das andere der bei der General-Post-Direction angestellten Individuen oder deren Angehörige und Gesinde, bei sich ereignenden Fällen körperlicher oder Gemüthskrankheiten derselben, sich an eine der zu Frankfurt bestehenden wohlthätigen Anstalten gewendet werden sollte; so muss sich hierüber der billigmässig festzusetzenden Kosten halber mit den Behörden verstanden, solche aber alsdann unverweigerlich angenommen werden.

Art. 20.

Des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht werden unter den bei der General-Post-Direction angestellten Individuen nur denjenigen den zur Vereheligung ausser den übrigen gesetzlichen Vorschriften nothwendigen Consens ertheilen, welche hinlängliches Vermögen zusammenbringen, oder deren Pensionsfähigkeit keinem Anstande unterliegt.

Diesen dienstherrlichen Consensschein hat der Pfarrer, indem er von der städtischen Behörde der allgemeinen Verordnung gemäss den Copulationsschein verlangt, daselbst vorzuzeigen und sodann, falls keine gesetzliche Hindernisse obwalten, mit der priesterlichen Einsegnung zu verfahren.

Art. 21.

Seine Durchlaucht der Herr Fürst von Thurn und Taxis werden das Namensverzeichniss der bei der General-Post-Direction angestellten Individuen, auf welche sich die gegenwärtige Uebereinkunft bezieht, an den Senat der freien Stadt Frankfurt einsenden, wie auch die sich von Zeit zu Zeit bei der General-Post-Direction ereignende neue Dienstanstellungen jedesmal sogleich anzeigen lassen.

Art. 22.

Diese Uebereinkunft ist a dato ratificationis auf fünf und zwanzig Jahre verbindlich. Sollte eines oder des anderen Theiles Convenienz eine Abänderung erfordern, so muss zwei Jahre vor Ablauf dieser Zeit davon Nachricht gegeben werden, widrigenfalls diese Convention als erneuert und verlängert angesehen werden soll.

Zu dessen Bekräftigung ist gegenwärtige Uebereinkunft in duplo ausgefertigt und unter Vorbehalt der Ratification von beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

So geschehen zu Frankfurt den ein und dreissigsten December des Jahrs Eintausend achthundert ein und zwanzig.

(L. S.) Dr. J. Büchner,
Syndicus primarius,
Schöff und Senator.

(L. S.) Alex. Freiherr
von Vrints-Berberich,
Geheimerath und General-
postdirector.

(L. S.) G. Fr. v. Guaita,
Schöff und Senator.

(L. S.) Fr. v. Epplen-Härtenstein,
Hof- und Generalpost-
directionsrath.

Wir Carl Alexander Fürst von Thurn und Taxis, Fürst zu Buchau, Fürst zu Krotoszyn, gefürsteter Graf zu Friedberg-Scheer, Graf zu Valsasina, auch zu Marchtall und Neresheim, Herr der Herrschaft Eglingen, Herr zu Ostrach und Schemmerberg, Demmingen, Dischingen, Ballmertshofen, auch zum Bussen etc., Ritter des goldenen Vliesses, auch Erblandpostmeister etc.

Genehmigen vorstehenden Postvertrag nach seinem vollen Inhalte und versprechen, denselben in allen Punkten genauest zu halten und von den Unsrigen aufs pünktlichste vollziehen zu lassen.

Zur Bekräftigung dessen haben Wir gegenwärtige Ratifications-Urkunde eigenhändig unterschrieben, Unser fürstliches

Insiegel beiducken, auch solche visiren und contrasigniren lassen.

So geschehen: Regensburg den 2. Februar 1822.

(L. S.)

Carl Alexander

Fürst von Thurn und Taxis.

vdt. Graf von Westerholt.

Auf seiner Durchlaucht ausdrücklichen Befehl:

F. A. Poppele.

Dieser Vertrag weicht von dem vorigen darin ab, dass er kündbar und nur auf die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen ist. Aber die juridischen Vorthelle, welche Taxis durch denselben für das Personal seiner General-Post-Direction und für sich selbst in Frankfurt erwirkte, dürften in keinem anderen Staate in Deutschland gefunden werden können. Taxis wurde durch diesen Vertrag gleichsam Staat im Staat. Seine von ihm eingesetzte: »Fürstlich Thurn und Taxis'sche General-Post-Directions-Gerichts-Commission« versah ihre Functionen in voller Unabhängigkeit von den staatlichen Behörden. Nur ein Beispiel aus dem Jahre 1839 sei hier erwähnt. Am 23. Mai machte obige Behörde in öffentlichen Blättern bekannt, dass der General-Post-Directions-Oberrevisor R. gestorben sei, und forderte alle Personen, welche Ansprüche oder Forderungen an den Nachlass des Verstorbenen zu machen vermeinten, auf, sich innerhalb dreier Wochen bei der taxis'schen Gerichts-Commission zu melden. Es ergab sich eine bedeutende Ueberschuldung des Nachlasses und nach § 4 des Vertrags übergab die taxis'sche Gerichtsdeputation, nachdem das Interesse des taxis'schen Hauses gewahrt war, die gesammte Materie zur weiteren Behandlung dem Stadtgericht, welche Behörde ihrerseits unterm 7. August eine neue Edictalladung ergehen liess.

Diesen Verträgen zufolge waren ferner die Postbeamten in Frankfurt keine Staatsbeamten der freien Stadt, sondern Privatbeamten des Fürsten von Thurn und Taxis, während in allen Staaten, in welchen taxis'sche Posten bestanden, in beiden Hessen, in Nassau, in den thüringischen Fürstenthümern u. s. f. die Beamten Staatsdiener des betreffenden Landes sein mussten, die Anstellung derselben vertragsmässig den Souveränen zustand, und lediglich Landeskinder in den etatsmässigen Stellen angestellt wurden. Es bedurfte zur Anstellung als Postbeamter in Frankfurt nicht der Bedingung, Frankfurter zu sein, sondern die Nationalität hatte in Frankfurt keinen Einfluss auf die Qualification des Betreffenden.

Die Erfindungen unseres raschlebenden Zeitalters, die des Dampfes und der Electricität, warfen schon frühzeitig ihre Schatten voraus. Dem Handelsstand der Stadt Frankfurt, welche der berühmte Geograph Karl Ritter (1819) in einem Briefe »die Kreuz-, Post- und Querstrasse von Mitteleuropa und Mercurii beliebter Transito-Mittelpunkt« nannte, genügte der alltägliche Verkehr der gewöhnlichen Postwagen nicht mehr. Bereits 1805 waren Diligencen, 1817 Eilwagen eingeführt worden, bestimmt zur beschleunigten Beförderung von Personen. Der taxis'schen Verwaltung gebührt das Verdienst, diese Einrichtungen nach dem Muster der französischen *célérières* zuerst ins Leben gerufen zu haben, und die Postverwaltungen anderer Länder folgten bald diesem Beispiele nach. Diese Neuerung wurde mit Freuden begrüsst und ein Zeitgenosse berichtet darüber:

»Wo man sonst im Sande langsam dahin schlich, fährt man jetzt in raschem Lauf; was sonst eine Ewigkeit dünkte, ist jetzt fast Augenblick. So verändert sich die Zeit, die Alles verbessert, auch die Wege, so rücken die Räume einander näher, so verschwinden fast die Entfernungen. Auch die Wagen selbst, mit denen die Posten die Fremden wegschaffen, haben wohlthätige Veränderungen erfahren. Vor Zeiten hatten nur Landkutschen, die zu bestimmten Tagen zwischen grossen Städten auf und abfuhrten, Verdecke von Leder; die anderen Postwagen waren ohne diesen Schutz und prüften auch durch die andern mit ihnen verbundenen Uebel die Geduld der Reisenden.«*)

Auf grössere Entfernungen wurde eine entsprechende Anzahl von Pferden verwandt. So wird gegen Ende der 20er Jahre von einem vierspännigen Eilwagen berichtet, der den Weg von Lübeck nach Frankfurt in fünf Tagen zurücklegte. Auch von der Schnelligkeit der Estaffetten kann man sich heutzutage kaum noch einen Begriff machen, z. B. dass in Frankfurt schon am 7. Mai 1839 Abends die Nachricht von dem am 5. Mai Morgens in Hamburg ausgebrochenen Brande ankam, und am 10. Abends 5 Uhr die Nachricht einging, dass das Feuer am 8. Morgens gelöscht sei.

Der taxis'schen Postverwaltung gereicht es zu unbestrittenem Verdienst, die Postverbindungen Frankfurts mit anderen grossen

*) In der »Kayserlichen Reichs-Oberpostamtszeitung« wird aus Hamburg am 5. December 1766 berichtet, dass die Postwagen zwischen Hamburg und Berlin künftig ein Verdeck haben würden. Nach Moser hatten bereits 1752 sämtliche Postwagen in Frankfurt Verdecke.

Handelsplätzen fortwährend vervollkommen zu haben. Neben den gewöhnlichen Postverbindungen nach Paris wurde vom 1. Januar 1837 an eine Mallepost nach dorten eingerichtet. Dieselbe ging täglich Abends 10 Uhr aus Frankfurt ab über Mainz, die Pfalz, Saarbrücken und Forbach und traf in Paris nach 50 Stunden, d. h. am zweiten Tag Mitternachts ein. Es konnten nur 2 Passagiere mit dieser Post Beförderung finden mit je 25 Kilo Freigepäck. In Frankfurt kam diese Post allabendlich um 8 Uhr an und hatte Anschlüsse an die Abendposten nach allen Gegenden. Die Briefe erhielten eine Beschleunigung zwischen Paris und Frankfurt um 24 Stunden.

Weil aber die Briefe Abends nicht mehr ausgegeben wurden, sondern erst am nächsten Vormittag, dagegen diejenigen nach dem Norden noch den Anschluss an die Abendposten erreichten, warf man dem Fürsten von Thurn und Taxis vor, dass er den Handel Frankfurts schädige und den Artikel 6 des Vertrags verletzt habe. Man verlangte von der taxis'schen Verwaltung, sie solle zuerst die Briefe für Frankfurt vertheilen lassen und dadurch den Kaufleuten Gelegenheit geben, den Handel nach dem Norden zu vermitteln. Berechtigter, wiewohl ebenso erfolglos, war die Beschwerde des »Frankfurter Journals« und einiger Mainzer Zeitungen. Die Oberpostamtszeitung erhielt nämlich sofort nach Ankunft der Pariser Post ihre Correspondenzen und war dadurch in der Lage, ihren Lesern schon andern Tages in aller Frühe die Pariser Neuigkeiten zu bringen, während das Journal vergebens um gleiche Vergünstigung zu erhalten kein Mittel unversucht liess. Das Journal bekam nach wie vor seine Briefe erst andern Tags.

Am 15. September 1839 wurden 3sitzige Mallepostwagen eingestellt und am 13. October wurde der Abgang derselben von 10 Uhr Abends auf 1 Uhr Nachts verlegt, ohne dass diese Post später in Paris eintraf.

Dampfschiffe befuhren schon 1825 den Rheinstrom. Am 13. April 1839 machte die General-Post-Direction bekannt, dass die in Frankfurt um 2 Uhr Früh und 6 Uhr Morgens abgehenden Mainzer Eilwagen Anschlüsse an die von Mainz abgehenden Dampfschiffe hätten, und dass directe Billets von Frankfurt bis Basel einerseits und bis London andererseits, sowie nach allen zwischenliegenden Stationen in der Fahrpostexpedition im Rahmhof gelöst werden könnten.

Wie hieraus erhellt, hatte die taxis'sche Postverwaltung ein offenes Auge für die bevorstehende Umwälzung der Verkehrsmittel durch die Dampfkraft, und ihr Pressorgan, die Oberpostamtszeitung forderte die Bürger Frankfurts bereits im Jahre 1833 auf, bei der zu Tage tretenden Baulust von Eisenbahnen sich die Gelegenheit nicht

entgehen zu lassen, Frankfurt zu einem Knotenpunkt der deutschen Eisenbahnen zu machen. Statt diese klarsehende Mahnung beherzigt zu sehen erntete die Oberpostamtszeitung nur Spott. Die »Frankfurter Jahrbücher« bemerkten in No. 9 höhnisch:

»Originell ist das Project einer Anlage von Eisenbahnen in unserm zollreichen und handelsarmen Deutschland. Der dornenvolle Weg der Zollstrasse wird fortan nicht mehr krumm und rauh, er wird gerade, glatt und lockend sein.«

Als die Oberpostamtszeitung diese Bemerkungen als »schale Witzeleien über die wichtigsten für die Folgezeit einflussreichsten Gegenstände« kennzeichnete, erwiderten die Jahrbücher: »Der Bund der Völker für Gewerbe und Handel« sei nur Träumerei und Schwindel und das Project zur Anlage von Eisenbahnen in Deutschland eine »Absurdität«. Und als ferner die Tagesblätter in ängstlicher Besorgniss, Frankfurt möge mit Eisenbahnen umgangen werden, den Vorschlag machten, Frankfurt mit allen grösseren Handelsstädten, mit Hamburg, Leipzig, Augsburg, Nürnberg, Basel, Mainz u. A. zu verbinden, und eine Zeitung die Bemerkung zufügte, durch solches Eisenbahnsystem könne Frankfurt zehnmal mehr gewinnen, als es seither durch seine Politik verloren habe, erklärten die »Frankfurter Jahrbücher« den Verfasser dieses Artikels für ein »Muster der Ignoranz, Arroganz und Ideenverwirrung, für behaftet mit einer beispiellosen Eisenbahn-Idiosynkrasie,« und fragten, ob der Verfasser denn wirklich glaube durch solche »Schwindeleien und Rodomontaden Frankfurts hellsehende Bürger zu reformiren und zu dressiren.«

Unterdessen war der Bau der Taunusbahn bereits in Angriff genommen. Die Taunusbahn war die siebente aller deutsch-österreichischen Bahnen ihrer Anlegung nach; beschlossen war der Bau derselben schon unmittelbar nach Eröffnung der Nürnberg-Fürther Bahn. Der Bau der Bahn verzögerte sich, weil Hessen-Darmstadt Schwierigkeiten machte wegen der Durchfahrt durch die Festungswerke von Castel, weil in Frankfurt ein Expropriationsgesetz nicht existirte, und weil der Fürst von Thurn und Taxis Entschädigungsansprüche erhob. Der Paragraph 11 der nassauischen Concessionsurkunde vom 14. Juni 1838 regelte die Verhältnisse zwischen dem Fürsten und der Bahngesellschaft wie folgt:

»Die Taunuseisenbahngesellschaft hat sich mit der fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltung zu benehmen und vorbehaltlich Unserer Landes- und Lehensherrlichen Genehmigung zu vereinigen, auch soll die Eröffnung der Taunus-Eisenbahn für das Publikum nicht früher gestattet werden,

als bis die früheren Verhältnisse zu der erwähnten Postverwaltung entweder durch Vertrag oder durch Entscheidung des betreffenden Gouvernements regulirt sind.«

Auf Grund dieses Paragraphen wurde im November durch Verordnung aus Wiesbaden das Verhältniss der Post zur Taunusbahn folgendermassen geregelt:

Die Taunusbahn hat ihren Fahrtenplan so viel als möglich mit den regelmässigen Postkursen in Einklang zu bringen. Sie darf Briefe, Gelder, sowie Packete unter 25 Pfund nicht befördern. Die Bahn befördert sämtliche Postsendungen unter $\frac{1}{2}$ Pfund unentgeltlich. Postsendungen über $\frac{1}{2}$ Pfund schwer zahlen die Hälfte der für den Waarentransport der Taunusbahn bestehenden Taxe. Mit jedem Zuge hat die Bahn einen Packwagen der Post unentgeltlich zu stellen, in welchem ein Postconducteur, welcher die Postsachen begleitet, unentgeltlich freie Fahrt geniesst. Die Taunusbahn hat alle Reisende, welche mit der Post ankommen, und solche, welche sich über den Endpunkt der Eisenbahn haben einschreiben lassen, mit dem betreffenden Zuge und zwar 2. Classe mit 40 Pfund Freigepäck zu befördern. Die Postverwaltung erhebt den vollen Betrag und vergütet denselben nach Abzug von 25% an die Taunusbahn. Dagegen werden die Reisenden vom Posthof*) bis zum Bahnhof unentgeltlich gefahren. Staffetten sind kostenfrei von der Bahn zu befördern. Die im Dienst reisenden Postbeamten erhalten Freikarten. Bei Unterbrechung des Betriebes auf der Bahn hat die Postverwaltung sofort für die nöthige Postverbindung zu sorgen. Uebersteigen dabei die Ausgaben die Einnahmen, so hat die Taunusbahn der Post den Minusbetrag zu ersetzen.

Nachdem nunmehr das Recht des Fürsten von Thurn und Taxis hinlänglich gewahrt zu sein schien, wurde an der Vollendung der Bahn rüstig gearbeitet. Schon am 5. September 1839 fand die erste Probefahrt nach Höchst am Main statt. In 13 Wagen, welche von der Locomotive »Blitz« gezogen wurden und in welchen sich die Mitglieder des Eisenbahncomité's nebst Damen, sowie die 4 Chefs der Weltfirma Rothschild (Anselm, Carl, Salomon und James) befanden, wurde die Fahrt nach Höchst in 12 Minuten zurückgelegt. Am 11. September fand eine zweite Probefahrt bis Hattersheim statt, diesmal in 24 Minuten hin, in 28 zurück. Der Ingenieur wollte noch

*) In Frankfurt vom Rahmhof.

schneller fahren, aber man wünschte es nicht. Es nahmen daran Theil die zwei regierenden Bürgermeister, sämtliche Rathsmitglieder, die Commandanten der Linie und der Stadtwehr, das Comité u. A. Am 13. April 1840 wurde die Taunusbahn dem Verkehr übergeben.

Am Schlusse des ersten Betriebsjahres sollte Abrechnung stattfinden zwischen der taxis'schen Verwaltung und der Taunusbahn. Letztere verlangte eine Summe von beinahe 12,000 Gulden. In der Zeit vom 20. April bis 31. December 1840 behauptete die Taunusbahn für Rechnung der Postverwaltung befördert zu haben:

2,257 Personen	=	3127 fl. 12
23,679 Pfund Ueberfracht	=	381 » 53
424,048 Pfund Postgut	=	7617 » 52
181 zweite Conducteure bei solchen Zügen, bei welchen sich bereits erste Conducteure befanden		140 » 48

Beide Verwaltungen konnten sich über Forderung und Gegenforderung nicht einigen, und es musste der Processweg beschritten werden. Die Streitigkeiten zwischen beiden gingen so weit, dass die taxis'sche Verwaltung die Briefsäcke in Höchst a. M. abholen und von Frankfurt dahin bringen lassen musste. Namentlich erlitten die Pariser Posten dadurch erhebliche Verspätungen, und es entstanden zahlreiche Beschwerden. Erst im März 1845 wurde die Differenz zwischen beiden Verwaltungen durch gütlichen Vergleich beigelegt.

Die Einrichtung einer Stadtpost kennt man in Frankfurt seit 1832. Ein Briefkasten hing schon 1808 im Postgebäude (s. Cap. IX). Am 19. August 1830 wurde ein solcher ausserhalb desselben angebracht und selbstverständlich, weil man Briefmarken noch nicht kannte, nur für unfrankirte Briefe bestimmt. 1836 gab es weitere Briefkasten am Allerheiligenthor und in der Mainzergasse, in der Nähe des Untermainthores, und im Jahre 1843 gab es deren schon 6 in der Stadt. Im Jahre 1844 beschwerten sich die Sachsenhäuser, dass sie wegen jedes einzelnen Briefes über die Brücke gehen müssten und baten um Anbringung eines Briefkastens. Die seither zum Bedrucken der Briefe in Gebrauch gewesenen Tagesstempel wurden am 15. Mai 1836 durch Stundenstempel ersetzt. Weitere Verbesserungen entstanden durch die am 1. August 1839 erfolgte Einrichtung von Landbotenposten. Briefe und Packete bis zum Werthe von 25 Gulden nach den Gartenhäusern wurden täglich zweimal, Morgens und Abends, bestellt. Die Landbriefträger gingen täglich Morgens nach Eckenheim, Eschersheim, Heddernheim, Seckbach, Bergen, Enkheim

und Isenburg, und Nachmittags nach Berkersheim, Preungesheim und Fechenheim, sammelten auch dort Briefe und stellten Interims-Postscheine für Werthsachen aus. Nach Bockenheim und Rödelheim blieb es bei seitheriger Postverbindung, auch gingen Boten nach Bornheim, Ginnheim, Hausen, Niederrad, Oberrad und Praunheim.

Die Einführung des Bestellkreuzers mit Anfang des Jahres 1840 rief einige Debatten in der gesetzgebenden Versammlung hervor. Der Vicepräsident Scharff beantragte die Erhebung des Briefkreuzers für vertragswidrig zu erklären, jedoch erfolglos. Dagegen tauchten in 1836 und in den folgenden Jahren mit Einführung der Eisenbahnen auch Reformprojecte im Postwesen auf. Man machte Vorschläge zur Aufhebung des Transitportos, für Einführung eines Weltportos, zur Nachahmung der englischen Pennypost u. s. f., als praktische Ergebnisse dieser Anstrengungen sind jedoch zunächst nur ein Postvertrag mit Oestreich (1843) (nach diesem Lande bestand seither Frankirungszwang für Briefe, vom 1. Mai an wurde zwischen beiden Postverwaltungen Frankirungsfreiheit verabredet), sowie der Beitritt Frankfurts zum Zollverein (1837), die Errichtung einer Zollrevisionsstelle bei der Fahrpostexpedition im Rahmhof und die Aufhebung der seitherigen Abrechnung mit dem Bestätteramt, zu verzeichnen.

Schon lange Zeit her hatte man die Unzulänglichkeit der Diensträume im Posthaus (Zeil 31) sowohl für die Beamten als für das Publikum in Betracht gezogen und war auf Abhülfe bedacht. Im Jahre 1834 hatte man von Seiten der taxis'schen Verwaltung das Gasthaus zum Weidenhof auf der Zeil als geeignet zum Posthaus ins Auge gefasst, allein kurz nachher wurde der Gasthof zum grossen rothen Haus käuflich vom Fürsten erworben und zum neuen Posthaus bestimmt (s. Cap. XI). Am 30. August 1838 öffneten sich die Postschalter in diesem Haus zum erstenmale.

Die Aenderungen im Betrieb des Postdienstes, welche durch die Eröffnungen der Eisenbahnen entstanden, müssen als bekannt vorausgesetzt werden.*) Als weitere Verbesserungen im Postwesen seien hier erwähnt (29. Januar 1850) die Einführung von Baarzahlungen auf Briefe, wozu die Genehmigung des Senats auf die Dauer von zwei Jahren erforderlich erachtet wurde (vom 1. Januar 1866 zahlt man Geld nach dem jetzt gebräuchlichen Modus ein), sowie die

*) Eröffnet wurden: 16. Juli 1846 Main-Neckarbahn, 10. September 1848 Hanauer Bahn, 15. November 1848 Offenbacher Bahn, 15. Mai 1852 Main-Weserbahn, 17. Januar 1859 Verbindungsbahn und 3. Januar 1863 Hessische Ludwigsbahn.

Einführung von Briefmarken am 1. Juli 1853. Die ersten Briefmarken wurden mit Schwarzdruck auf farbigem Papier hergestellt: die zu 1 kr. auf blassgrünem, zu 3 kr. auf blauem, zu 6 kr. auf rosenrothem und zu 9 kr. auf gelbem Papier.

Die Vertragsverhältnisse zwischen dem Fürsten und der Stadt bedurften einer Neuregelung durch den Beitritt der taxis'schen Verwaltung zum deutsch-österreichischen Postverein. Am 31. März 1851 kam ein Vertrag, sowie ein Nebenvertrag und ein Schlussprotocoll zu Stande zwischen dem Schöff und Syndicus von Harnier und dem Senator Cöster einerseits und dem Generalpostdirectionsrath Dr. Bang andererseits, worin die Stadt den Beitritt der taxis'schen Verwaltung zum deutsch-österreichischen Postverein genehmigte, das Chausseegeld und Portofreithum geregelt wurde, und die Benutzung der Eisenbahnen, soweit sie städtisches Eigenthum waren, unter billigen Bedingungen eingeräumt wurde. Sodann wörtlich:

»Sollten die Posten in Folge der von der Fürstlichen Postverwaltung zugestandenen Porto-Moderation einen Reinertrag für das Fürstliche Haus Thurn und Taxis nicht gewähren, so wird die freie Stadt Frankfurt den etwa nothwendig erscheinenden Zuschuss für die Dauer dieses ungünstigen Verhältnisses baar oder durch Nachlass an den vertragsmässigen Leistungen und Abgaben der Postanstalt an die Staatscasse decken.«

Im Uebrigen wurde festgesetzt, dass der Vertrag vom 31. December 1821, »insofern er nicht durch den gegenwärtigen modificirt worden,« fortdauernd in Kraft bleiben solle.

Der geheime »Separatvertrag« besteht aus 2 Artikeln.

Art. 1.

Die von Taxis jährlich zu entrichtenden 10,000 fl. sind auch für die Folge zu zahlen.

Art. 2.

Die freie Stadt Frankfurt gewährt dafür völlige Befreiung von Chaussee- und Brückengeld und sonstigen Abgaben für Unterhaltung der Strassen u. s. w. Es sind alle diesbezüglichen Bestimmungen des Vertrages von 1821 aufgehoben.

Im Schlussprotocoll steht:

»Die Stadt Frankfurt sichert angelegentliche Verwendung bei den Regierungen von Hessen-Darmstadt und Kurhessen behufs Einräumung der Main-Weserbahn, Main-Neckarbahn und der Offenbacher Bahn zum Transport von Postsendungen zu.«

Nach den Ereignissen des Jahres 1866 fand mit der Selbständigkeit des Staates Frankfurt auch das 350jährige thurn und taxis'sche Postwesen ein Ende. Nach dem am 16. Juli 1866 erfolgten Einmarsch preussischer Truppen in Frankfurt wurde die gesamte taxis'sche Post in königliche Verwaltung genommen, und Geheimer Postrath Stephan (jetziger Reichspostmeister) zum königlichen Administrator der thurn und taxis'schen Posten mit dem Wohnsitze in Frankfurt ernannt. Mit dem Glockenschlage der Mitternachtsstunde vom 30. Juni auf den 1. Juli 1867 ging die Post in Frankfurt definitiv in preussische Verwaltung über.



XI.

Geschichte des rothen Hauses (des jetzigen Posthauses).

Obgleich Frankfurt Wahl- und Krönungsstadt der deutschen Könige und somit Hauptstadt des heiligen römischen Reiches deutscher Nation war, besaßen doch die Kaiser seit dem vierzehnten Jahrhundert in dieser Stadt keine Pfalz, sondern wohnten während ihres Aufenthalts in Frankfurt in verschiedenen Häusern. Auch das neuerstandene deutsche Reich besitzt eine kaiserliche Pfalz in Frankfurt nicht, und Kaiser Wilhelm pflegt in Ermangelung einer solchen seine Wohnung in den im ersten Stock des Posthauses befindlichen Gemächern zu nehmen, in denselben, in welchen seiner Zeit König Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1716 und König Friedrich Wilhelm II. in den Jahren 1792 und 1793 wohnten. Wohl mag dieser Umstand die Ursache sein, dass unser greiser Monarch diesen bescheidenen Räumen im Posthaus vor prunkvolleren Gemächern stolzer Paläste den Vorzug gibt.

Dieses Posthaus hat einen Ausgang nach der Zeil und seit 1857 einen solchen nach der kleinen Eschenheimergasse, grenzt mit seinen Hintergebäuden an die Liegenschaften des hessischen Palais und des thurn und taxis'schen Palais auf der Eschenheimergasse und beherbergt in seinem Hauptbau, seinen Seitenflügeln, Querbauten u. s. w. ausser jener Kaiserwohnung die Geschäftszimmer der Oberpostdirection, des Postamts I., des Telegraphenamts, des Fernsprechamts, sowie mehrere Dienstwohnungen. Es hat seine Hauptfront nach der Zeil, der belebtesten Strasse Frankfurts und der Pulsader des Verkehrs.

Im Mittelalter und bis ins 17. Jahrhundert diente die Zeil zur Abhaltung von Viehmärkten, und diesem Umstand verdankt die Strasse ihre jetzige Breite. An Stelle der jetzigen palastähnlichen Gebäude standen zu beiden Seiten in früheren Jahrhunderten viele kleine Häuser, welche ihre Giebelseite der Strasse zukehrten. Meistens waren es Wirthshäuser mit Stallungen und Höfen, den Viehhändlern und deren Vierfüsslern zum Aufenthalt bestimmt. An Stelle des jetzigen Posthauses standen deren sechs, wovon eins den

Namen »rothes Haus« führte. Nach Battonn kommt dies rothe Haus bereits 1329 urkundlich vor: »curia et tota habitatio dicta der Roden hob sita prope curie dicte der S. weben hob.« Herbordus gen. Tronre versetzt dieses Haus dem Happlo de Alsfeld.

Zu 1631 berichtet Lersner: »Hat Hr. Johann Porsch das rothe Hauss auf der Zeil bauen lassen, so Ihn über 32,000 fl. gekostet, zuvor stunden auf diesem Platz sechs feine Wohnhäuslein, die kauffte Hr. Porsch umb 7000 fl. an sich.« Seit dieser Zeit war das rothe Haus der vornehmste Gasthof Frankfurts, bis ihm der »römische Kaiser« (gegen 1745), der »englische Hof« (1798) und der seit dem Aufenthalt des Kaisers Alexander I. in 1813 nach diesem benannte »russische Hof« den Rang abliefen. Ein Besitzer des rothen Hauses, der hiesige Bürger und Gastwirth Johann Jacob Günther, zeichnete sich durch ein sehr bewegtes Leben aus, das reich an sonderbaren Vorfällen aller Art war. Ihm gehörte auch das noch jetzt nach ihm benannte Gut »Günthersburg«. Im Jahre 1684 vom Churfürst Karl von der Pfalz zum Agenten ernannt, ward er 1688 württembergischer Kriegscommissarius und 1692 kaiserlicher und herzoglich sachsen-gothaischer Resident und Oberkriegscommissarius in den Militärangelegenheiten »ihrer dermalen zum Dienst des gemeinen Wesens gestellten Truppen.« Intriguen, Processsucht, sowie zuletzt der Verdacht des Falschmünzerverbrechens brachten ihn von bedeutendem Wohlstand in bittere Armuth. Sein Haus und Gut wurden mit Arrest belegt, und das »rothe Haus« kam in Besitz der Familie Dick.

Von hohen und höchsten Herrschaften, welche in früheren Jahrhunderten im rothen Hause einkehrten, sollen nach Lersner u. A. hier Erwähnung finden.:

1647 starb hier »im Porsischen Haus auf der Zeil« Anselm Casimir von Wamboldt, Erzbischof von Mainz, dessen Leiche nach Mainz übergeführt wurde.

»1682 Julii 25 kommt an Hertzog Alexander von Parma und Placentz, Grand d'Espagne, gewesener Gouverneur der Spanischen Niederlanden, logirte im rothen Haus, verreisst 28. Juli nach Italien.«

»1685 8/18. April Kommen an Prinz de Conty und sein Herr Bruder Prince de la Roche Sur-Yon, beyde des Königs von Frankreich natürliche Söhne von der Madame de Montespan, Prince de Turenne, des Feldmarschalls Sohn, Marquis d'Alincourt, des Duc de Villeroy Sohn, Marquis de Louvoy, des Marquis de Louvoy zweyter Sohn, die Grafen de Roye und de Lanzin etc., logiren im Rothen Hauss, gingen als Volontairs nach Hungarn.«

»1691 kommt am 31. Jan. Chur Bayern incognito auf einem Schlitten, worauf eine Kutsche gestanden, allhier an, gabe sich vor einen Grafen aus, verreisete sogleich wiederum nach dem Haag zur Conferentz, logirte im Rothen Hauss.«

»1694. 27. Februar kommt der Churfürst von Cölln zu Schiff von Aschaffenburg incognito hier an, logierte im rothen Hauss, verreiset den andern Tag auf Lüttich zur Wahl.«

»1699. Den 14. (24.) Februar. Als auf diesen Tag Ihre Römische Königliche Majestät dero Beylager mit Wilhelmina Amalia, geborenen Hertzogin von Hannover, in Wien gehalten, haben auf eben diesen Tag ihre hochgräfl. Excellenz, Reichshofrath Herr Graf von Boineburg, damaliger Kaiserlicher Plenipotentarius ein grosses Gast-Mahl im Rothen Hauss dessen zu Ehren gehalten, das gantze Hauss liessen sie illuminiren mit 52 Wachs-Fackeln, Tractirten die damals anwesenden Gesandten, liessen rothen und weissen Wein durch den gewöhnlichen hölzernen Adler (welche an den Wahl- und Krönungstagen auf dem Römerberg aufgerichtet wurden und deren zwei noch jetzt im städtischen Museum aufbewahrt werden), so zwischen dem rothen Haus fest gemacht und gezieret gewesen, springen, Gold auswerfen und bey jeder Gesundheit drey Gestücke lösen. Den andern Tag ware E. E. Rath gleich den vorigen Tag wie die Gesandten tractiret, dritten Tags gegen Abend seynd die ledige Geschlechters Söhne und Töchtertractiret worden.«

Ein Kupferstich, welcher diese Festlichkeit darstellt, ist auf die Nachwelt überkommen. Er stellt das rothe Haus festlich beleuchtet und alle seine Nebengebäude überragend dar. Drei Giebelerker zieren die Façade. Auf der Zeil brennt man die Kanonen ab, und eine Menge Volks zu Wagen und zu Fuss belebt die Strasse.

1704 d. 4. Januar kam Prinz Louis von Baden, Kaiserlicher Generallieutenant, incognito an und logirte im rothen Hauss. Ebenso wohnte er 31. October und 1. November 1705 daselbst und hielt mit dem Herzog von Marlborough Kriegsrath.

1705. Kaiser Joseph ernannte den Grafen Friedrich Ernst von Solms-Tecklenburg, des heil. Röm. Reichs Cammer-Gerichts-Präsidenten, zum Bevollmächtigten bei Abnahme der Huldigung der Stadt Frankfurt. Am 24. October Samstags hielt Solms unter Lösung von 100 Kanonenschüssen seinen feierlichen Einzug durch das Friedberger Thor bis auf die Zeil ins rothe Haus. Die bewaffnete Bürgerschaft hatte zu beiden Seiten der Strasse Spalier gebildet und gab vor dem rothen Haus mehrere Gewehrsalven ab. Am 26. wurde Solms mit grosser Feierlichkeit aus dieser seiner Wohnung zum Römer abgeholt.

1706. »Seynd der Republicque Venedig beede Extraordinarii Gesandten an die Gross-Britannische Majest. Königin Anna, nemlich Herr Nicolaus Erizzo und Hr. Aldusius Pisani allhier ankommen, mit einer bey sich habenden grossen Suite, kehrten im rothen Hausse ein, haben am 4. das Merkwürdigste gesehen und sind mit einer Collation auf dem Römer tractiret worden, verreisen den 6. dito zu Schiff von hier wiederum weg.«

Im Jahr 1707 logirte »Churfürstl. Durchlaucht von Hannover« mit Gefolge im rothen Haus und traf mit dem Churfürst von Mainz und dem Herzog von Marlborough zusammen. (Zwei Jahre später, 30. November 1709, kam auch Prinz Eugen von Savoyen in einer mit 6 Pferden bespannten »Post-Caleschen« unter Lösung der Kanonen hier durch, setzte aber seinen Weg, ohne auszusteigen, nach Wien fort.)

1709. 2. März »Sind der Bischof von Osnabrück mit Dero Hr. Bruder, dem Printzen von Lothringen, hier ankommen, im rothen Hauss eingekehrt, nachdem sie die Zeughäuser, Bibliothek und Rathhauss besichtigt, am 4. hujus wiederum abgereist.«

1715 den 16. December »kommen Chur-Cölln unter Lösung der Stücken (Kanonen) allhier an, logiren im rothen Hauss, verreisen den andern Tag wiederum unter Lösung der Stücken auf München.«

1716. 8. Juni »Sind Ihro Majest. der König von Preussen (Friedrich Wilhelm I.) gantz incognito mit drey dero Generals allhier gewesen, haben im rothen Hauss logiert und sind zu Wasser nach dem Clevischen gereiset.« *)

1718. »4. Mai gegen Abend kommt der Kurprintz von Bayern mit seinem Bruder Herzog Ferdinand per posta hier an unter Lösung der Stücke, logieren im rothen Hausse und verreisen des folgenden Tags unter abermaliger Lösung zu Wasser.«

*) Von dem späteren Aufenthalt des Monarchen in Frankfurt nach entdecktem Fluchtversuch des Kronprinzen, nachmals Friedrich II., sagt Lersner's Chronik II. 301:

»1730 Dienstag den 8. August kamen Ihro Königl. Majestät von Preussen mit Ihro Königl. Hoheit dero Cron-Printzen und übrigen Suite früh Morgens um 7 von Darmstadt an, stiegen an des Herrn geheimde Raths Hechts Behausung ab, erhuben sich zu Fuss in den Junghof zu der Frau Rauhgräffin (einer Tochter des Kurfürsten Carl Ludwig von der Pfalz und der Baronin Degenfeld), von da ferner zu Fuss auf den Römer, besahen die goldne Bulle und fuhren in Hochged(achten) Frau Rauhgräffin Kutsche von da um 8 Uhr an den Main, begaben sich zu Schiffe und setzten Allerhöchstdieselben Dero Reise nach Wesel fort. Das sonsten gewöhnliche Städtische Ceremoniel mit Lösung der Canonen u. a. m. ist auf expresse Königliche Ordre unterblieben.«

1718. »21. Juni ist per posta der Fürst von Fürstenberg hier angekommen, logirte im rothen Hauss und ging am 23. als Kammerrichter unter Lösung der Stücke nach Wetzlar.«

1722 kam am 23. September der Churfürst von Cölln mit 80 Postpferden nach Wien hier durch.

1724. »11. Mertz Cardinal von Sachsen-Weitz, von Lüttich kommend, logirt im rothen Hauss.«

In demselben Jahre, 29. Juli, kam »Ihro Königl. Sardinische Hoheit, Polixena Christina, geborene Prinzessin von Hessen-Rheinfels« Mittags zwischen 12 und 1 Uhr hier an, wurde von zwei Magistratsmitgliedern zu Pferd mit einer Standarte, zwei Trompetern und einer Bürgercompagnie zu Pferd an der Friedberger Warte empfangen und unter Kanonendonner ins rothe Haus geleitet. Dort standen 6 Bürgercompagnien in Gewehr »bei Trompeten-, Waldhörner-, Hautbois-Schall und fliegenden Fahnen.« Montag, den 31. reiste die Dame mit der Post unter ebensolchen Ehrenbezeugungen über Darmstadt etc. nach Sardinien ab.

1727 den 24. April logirt Prinz Alexander von Württemberg im rothen Haus. Er vermählte sich am 1. Mai im taxis'schen Palais mit Prinzessin Maria Augusta von Thurn und Taxis. Die Trauung vollzog der Bischof von Mainz, und es waren die aneinanderstossenden Gärten des taxis'schen Palais und des rothen Hauses mit Lampions illuminirt.

1731. Dienstag, den 10. April »seynd ihre Durchlaucht Sophie Catharina Louise, Erbprinzessin von Brandenburg-Bayreuth in neun zu 6 Pferden bespannten Wagen, Postwagen und etlichen zu Pferd hier angekommen. Vor dem Wagen der Prinzessin ritten 12 blasende Postillone. Die Prinzessin stieg im taxis'schen Palais ab und hielt andern Tages mit dem Erbprinzen von Taxis Hochzeit. Das taxis'sche und das rothe Haus nebst den zu beiden gehörigen Gärten waren zur Feier des Tages mit Lampen illuminirt. Das Wappen des durchl. Brautpaares war durch bunte Lampen an der Façade des rothen Hauses dargestellt.

Während der Kaiserkrönungen war die Stadt bekanntlich in Quartiere eingetheilt, und ein jeder Kurfürst hatte mit seinem Gefolge je eines der Quartiere inne. Das rothe Haus gehörte zum kurbaierischen Quartier. Während der Wahl und Krönung Karls VII. aus dem Hause Wittelsbach (am 25. Mai 1742) logirten im rothen Haus Baron von Gerdorff und Baron von Trest, während Karl VII. selbst im Barkhausischen Hause auf der Zeil drei Jahre lang residirte.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurde im rothen Hause den Musen Euterpe und Thalia fleissig gehuldt und zu Ende des vorigen und im jetzigen Jahrhundert gesellte sich auch der Terpsichorecultus dazu. Von den verfeinerten Genüssen sollen hier nach dem Frag- und Anzeigeblatt (nunmehrigem »Intelligenzblatt«) des vorigen Jahrhunderts einige angeführt werden.

3. October 1747:

»Künfftigen Freytag Abends precis um 5 Uhr wird der Violinist Müller ein Concert im grossen Saale des rothen Hauses aufführen, worinnen die berühmte Virtuosa la signora santa im singen und auf der Violin zu hören sein wird, als welche er entschlossen zu dem Winterconcert zu engagiren, und sind desfalls die Billets à 40 kr. bey ihm im Wildemann zu haben.«

17. Mai 1754:

»Demnach unterschiedliche Herrschafften dem Bildhauer Schnorr anbefohlen, ehe er das durch ihn und seine Angebung verfertigte ins Rheingau gehörige Altar und Kantzel von hier wegbringen thäte, um solches in Augenschein zu nehmen, zu notificiren. Als thut er hiermit schuldigst berichten, dass er künfftigen Montag den 20. Mai in aller Frühe abgeholt wird, und also nur Morgen und Uebermorgen Nachmittag von 2—4 Uhr im rothen Hauss auf der Zeil besehen werden kann.«

Am 20. September 1766 meldete derselbe, dass das Klettenbergische Epitaphium vollendet sei und im rothen Haus besichtigt werden könne.

Im Jahre 1769 kaufte der Besitzer J. A. Dick das »schwarze Lamm« neben dem rothen Haus an und führte an Stelle der alten Gebäude einen dreistöckigen Bau im Renaissancestil auf. Die Façade hatte einen mit 3 Blumenvasen verzierten Frontgiebel in der Mitte und zeigte 13 Fenster in jedem Stockwerke. Die Farbe des Hauses war rothbraun, der Farbe der fränkischen Sandsteine nicht unähnlich. Neben der Eingangsthür in der Mitte wurden 2 Statuen aufgestellt und vor dem Hause standen Abweissteine, welche mit Ketten untereinander verbunden waren. Ueber dem Haupteingang befand sich ein eiserner Balcon mit den in Schnörkeln verschlungenen Buchstaben J. A. D., und über demselben statt eines Schildes die genaue Abbildung des Hauses, wie es früher ausgesehen, darunter auf bandartigem Streifen die Inschrift:

»Gasthof zum grossen Rothen Hauss.«

Die Einfahrt befand sich an der Stelle, wo sie noch jetzt ist. Im Hofe rechts und links wurden Nebenbauten aufgeführt und hinter

denselben je ein Stall. Nach der kleinen Eschenheimergasse zu wurde der Hof von einem kleinen Pavillon mit geschweiftem Dach (an der Stelle, auf welcher das jetzige Postzollamt steht) abgeschlossen. Vor demselben war ein kleiner Ziergarten angelegt, in dessen Mitte ein Springbrunnen plätscherte.

Der Gastwirth Dick liess eine Abbildung des neuen Etablissements verfertigen und empfahl sich in deutscher, französischer und englischer Sprache dem Publikum. Die Empfehlung in Ersterer lautete:

»Der vor Zeiten so sehr berühmte Gasthof zum grossen rothen Hauss auf der Zeil als einer der schönsten Strassen in Frankfurt a./Mayn, welcher kürzlich nebst zweyen Seitenflügeln von Johann Adam Dick ganz neu erbauet und so eingerichtet, dass alle diejenige, welches Stands sie auch seyn mögen, die ihn allda mit ihrer Gegenwart zu beehren belieben, alle möglichen Bequemlichkeiten finden werden. Nebst schönen Stallungen, Kutschen-Remisen und übrigen zu einem Gasthof nöthigen Erfordernissen ist dieser Gasthof mit einem auf die neueste Art eingerichteten Garten und dieser mit einem Lustsaal gezieret. Ermelter Eigenthümer hat demnach die Ehre, sich gehorsamst zu empfehlen und zu versichern, was sowohl nützliche und angenehme Auszierung der Zimmer als die Speisen und Weine betrifft, fürnehmlich die Rhein-Weine, womit er ausserdem eine beträchtliche Handlung führt und folglich die besten und reinsten vorzustellen vermögens ist, wie er jederzeit die billigsten Preise machen, auch überhaupt sich solchergestalt die Gewogenheit aller dererjenigen, welche ihn mit ihrer Gegenwart begünstigen, zuzueignen suchen wird, dass er sich zu hoffen untersteht, niemand von sich wegreisen zu sehen, der mit ihm und seiner Bedienung nicht vollkommen zufrieden seyn sollte.«

Bauliche Veränderungen, welche in späteren Zeiten am rothen Haus vorgenommen werden sollten, brachten den Besitzer in Verwicklungen mit den Nachbarn. Während im Jahre 1733 die Mauer zwischen dem rothen Haus und dem taxis'schen Palais noch gemeinschaftlich war,*) musste im Jahre 1776 der Gastwirth Dick, um eine Remise erbauen zu können, den Fürsten von Thurn und Taxis um

*) Am 6. März 1733 legte Junker von Stalburg bei Schöffentrath Verwahrung ein im Namen der Creditoren des zur Günther'schen Concurssmasse gehörigen rothen Hauses, weil Fürst Taxis die gemeinschaftliche Mauer in den an dem Garten des rothen Hauses stossenden Garten abbrechen und neubauen lassen wollte.

die Erlaubniss bitten, Tragsteine in die Scheidemauer einsetzen zu dürfen. Ferner begab sich Dick im Jahre 1784 des Fensterrechts nach dem hessischen Palais zu, und als er in demselben Jahre seinen Gartenpavillon erhöhen und mit italienischer Verdachung versehen wollte, protestirte Fürst Taxis, weil man vom Pavillon aus Einblick in seinen Garten gewinnen könne. Es kam zum Rechtsstreit, den der Fürst zwar in allen Instanzen verlor, als aber der Fürst den Process durch Appellation an das Reichsgericht in Regensburg bringen wollte, liess sich Dick so sehr in die Enge treiben, dass er einen Revers unterschrieb mit der Verpflichtung, das Gartenhaus ohne Einwilligung des Fürsten nicht erhöhen zu wollen. Ausserdem verpflichtete sich Dick, die Zwischenmauer zwischen beiden Besitzungen über seine neu zu errichtenden Stallungen hinaus erhöhen zu lassen und auf seine bereits stehenden zweistöckigen Stallungen keinen neuen Stock zu setzen. Auf diese Weise entstanden Servitute, welche bei einem späteren Process (1818) eine wichtige Rolle spielten. Weiter unten wird davon die Rede sein.

Von den Concerten, welche im grossen Saale des rothen Hauses stattfanden, sollen hier einige namhaft gemacht werden.

Am 6. September 1774 zeigten »Mons. Carlo Terrary, Virtuos bey Ihro Königlichen Hoheit des Herzogs von Parma und Mons. Righetti, Virtuos bey Ihro Durchlaucht des Herzogs von Würtemberg« an, dass sie mit gnädiger Erlaubniss »Eines Hoch-Edlen und Hochweisen Magistrats« die Ehre haben, Sonntags den 11. September im gewöhnlichen Concertsaal des grossen rothen Hauses auf der Zeil ein grosses vollständiges Instrumental- und Vocal-Concert zu geben. Billets waren im rothen Haus zu haben und kosteten $\frac{1}{2}$ Conventions-thaler. Anfang war »mit dem Schlag 6 Uhr.«

Den 2. April 1776:

»Mit Hochobrigkeitlicher gnädiger Bewilligung wird auf dem Heil. Charfreytag in dem Concertsaal des rothen Hauses ein Passions-Oratorium der Tod Jesu von denen bereits sich schon hier befindenden und noch weiter dazu beschriebenen Virtuosen aufgeführt werden. Die Worte sind von dem grossen Ramler und durch den fürtrefflichen Königlich Preussischen Capellmeister Graun in Musik gesetzt. Schon diese Namen vor sich müssen Kenner und Freunde der Dicht- und Ton-Kunst dazu einladen, ohne dass man etwas weiter zu sagen nöthig hätte, und dass die Aufführung dieses Stückes aller Erwartung entsprechen werde. Der Anfang ist präcis halb 6 Uhr, die Entrée kostet einen Conventions-

Gulden, und sind die Billets, wie auch der Text in dem rothen Haus zu haben.

Zugleich hat man einem gelehrten Publico hierdurch anzuzeigen ohnermangeln wollen, dass das diesen Winter über dahier im rothen Haus gehaltene Concert, in welchem sich die Herrn Höfelmeyer, Dersch und Freyhold, Cammer-Virtuosen von Ihro Churfürstlichen Gnaden von Mainz, und Herrn Wöckel, Cammer-Virtuosen von Ihro Hochfürstlicher Durchlaucht dem Herrn Marggrafen von Baaden-Durlach, mit ausnehmender Kunst und allgemeinem Beifall bishero producirt haben, auf hohes Verlangen unter Beybehaltung erstgedachter Virtuosen den 2. Oster Feyertag und die 2 erste Sontäge in der Messe um den nemlichen Zutritts-Preiss continuirt werden solle.«

Den 18. November 1777:

»Der gütige Beyfall, mit dem das hiesige geehrte Publicum einige meiner Vorlesungen der Messiade begünstiget haben, ermuntert mich, heute Dienstag den 18. November, um 3 Uhr Nachmittags, den 7. Gesang derselben Ihnen im rothen Hause vorzulesen.

J. L. Biel.«

Biel las später zu Gesängen der Messiade Bürger's »Leonore« als Zugabe.

Den 21. November 1777:

»Mit gnädigster Erlaubniss wird Montag den 24. November 1777 Mademoiselle Reiner Strinasachi, ein Italienisches Frauenzimmer von Mantua, 15 Jahre alt, und dessen Bruder, ein Knabe von 14 Jahren, ein grosses Concert aufführen; man wird anfangen mit einer Symphonie von dem bekannten Guhlielmi. Mademoiselle Strinasachi gibt darauf ein Concert auf der Violine von Demachi, alsdann folgt eine Symphonie von Anfoffi, weiter wird ein Trio von Suhniani gehöret. Der kleine Strinasachi gibt ein Concert von Puhniani, und Mademoiselle Strinasachi eine Sonata à solo von Puhniani. Das ganze Concert endigt mit einem angenehmen Duetto von Madame Sirmien. Der Anfang ist Abends präcis 6 Uhr im grossen rothen Hauss, wo man bei dem Directeur jederzeit Billets haben kann, die Person zahlt 1 fl. 12 kr.«

Den 18. April 1778:

»Nächsten zweiten Osterfeiertag als den 20. dieses wird im Concertsaal des Gasthofes zum rothen Hauss ein grosses

Vocal- und Instrumental-Concert gehalten werden, worunter sich besonders die hier mit allgemeinem Beifall sich producirte Sängerin Mademoiselle Webern*) von Mannheim und der ebenso geehrte churmainzische Tenorist Herr Dersch benebst einem von Würzburg hierher gekommenen Clarinettist Herr Blum auf eine distinate Art werden hören lassen. Die Entrée kostet 1 fl. 12 kr. Der Anfang ist präcis 6 Uhr.«

Von Paris aus, das damals, wie zum Theil noch heute, in Mode und Vergnügungen massgebend war, wurde auch in der Herbstmesse 1777 das »Vauxhall« im rothen Haus in Frankfurt eingeführt. Unter diesem Namen verstand man Räumlichkeiten, in welchen Orchester, Logen, Springbrunnen, Statuen, Speise- und Ballsäle, festliche Beleuchtung und Sonstiges die Sinne entzückten, und welche zu anständigen Vergnügungen alle Art bestimmt waren. Der Eintritt kostete 1 fl., dabei war der Thee frei. In der Ostermesse 1778 las man im Intelligenzblatt:

»21. April 1778. Einem Hoch- und vielgeehrten Publico hat man bekannt zu machen nicht ohnermangeln sollen, wie das in letztverwichener Herbstmesse mit Hochgeneigtem Beifall aufgenommene Einrichtung einer Art einer Vauxhall Dienstag den 21. April wieder eröffnet, und die Messe über, Sonntage ausgenommen, in dem Concertsaal des Gasthofes zum rothen Hauss continuirt werden wird.«

»28. August 1778. Nächsten Sonntag den 30. dieses Monats um 6 Uhr wird die bekannte grosse Sängerin Mara**) von Berlin im Saale des grossen rothen Hauses sich mit einigen Arien hören lassen, Herr Mara aber, ein nicht weniger berühmter Violoncellist, auf dem Violoncell einige Concerte spielen.«

Auch der Muse Terpsichore ward im rothen Haus gehuldigt. Dass die Bälle im rothen Haus nicht unbedeutend gewesen sein müssen, beweist eine Anzeige im »Frag- und Anzeigeblatt« vom 12. Januar 1779:

»Wegen dem grossen Ball im rothen Hauss ist heute die Comödie ausgesetzt.«

*) spätere Gattin Mozarts.

**) Gertrude Elisabeth Schmehling war Hofsängerin am Hofe Friedrich II. in Berlin und wurde dort nach ihrer Verheirathung mit Mara entlassen.

Fast zu derselben Zeit, als der berühmte Zauberkünstler Philadelphia, der uns in Schillers: »Laura am Clavier« vorgestellt wird, in Frankfurt im Gasthaus zum Weidenbusch Vorstellungen gab und »wie aus tausend Nervgeweben Seelen forderte«, hatte ein musikalischer Tausendkünstler, Ritter Esser, am 26. April 1781 für 1 fl. 12 kr. à Person vorzutragen die Ehre: eine Symphonie, eine Arie, ein Violinconcert und ein Solo auf der »Viola de Amore«. Ferner imitirte er die Harmonica auf der Violine, spielte statt des Fiedelbogens mit einem Stock auf der Violine, ahmte auf der »Viola de Amore« die Harfe nach, spielte ein Solo auf der G Saite, piff eine Sonate mit dem Munde und »accompagnirte pizzicatirend« dazu auf der Violine u. dergl. mehr.

Sonntag den 16. September 1781 gab die »allhier befindliche vortreffliche Sängerin Madame Todi« im grossen Saal des rothen Hauses ein Concert. Es wirkten »zum doppelten Vergnügen des Publici« der »genugsam bekannte« Virtuos Herr Fräntzel nebst dessen 13 jährigem Sohn aus Mannheim auf der Violine mit«.

Ferner wurde am Palmsonntag, 23. März 1782, ein »noch nie gehörtes Oratorien-Concert« im rothen Haus aufgeführt: »Adams Verbannung aus dem Paradiese, so von dem Grafen von Spauer in Poesie gesetzt, von dem Churfürstl. Maynzischen Herrn Concertmeister Kreuser in Musik gebracht worden«.

In den folgenden Jahren war die Stadt Frankfurt in Erregung ob der neuen Erfindung der Luftballons. Am 13. September 1784 liessen die Gebrüder Enslen aus Stuttgart einen Ballon im Rahmhof aufsteigen, dessen Luftfüllung aus Eisenfeile und Vitriol gewonnen wurde. Zuvor war dieses Wunderding im rothen Haus gegen Entrée zu besehen.

Mittwoch den 5. April 1786 gab »Hieronymus August Bridgetown, Sohn eines Mohren und gewesenen Kammerdieners bey Ihro Durchlaucht Fürst Esterhazy, 7 Jahre alt und Schüler des würdigen Haiden,*) welcher die Gnade gehabt vor Sr. Majestät dem Kaiser etc. mit Beifall zu spielen« im Concertsaal des grossen rothen Hauses ein Violinconcert. Eintrittspreis 1 fl. 12. Anfang 6 Uhr. Und im Jahre 1789 concertirte der Knabe Clement zweimal im rothen Haus auf der Violine.

Dieses genussreiche Stilleben wurde empfindlich getrübt durch das Erscheinen der französischen Revolutionsarmee vor den Thoren

*) Joseph Haydn.

Frankfurts am 21. October 1792. Am folgenden Tag besetzte Neuwinger, Unterbefehlshaber unter Cüstine, Frankfurt, ohne Widerstand zu finden, und am 27. erschien Cüstine selbst, nahm sein Hauptquartier im rothen Haus, legte der Stadt eine grosse Kriegscontribution auf (2 Millionen Francs) und forderte vom Reichsoberpostamt 200,000 fl. und ebensoviel von der Judenschaft. Als diese Forderungen auf Widerstand stiessen, nahm er 5 der angesehensten Bürger und 2 Juden als Geiseln gefangen, liess sie im rothen Haus bewachen und schickte sie später nach Paris. Am 28. October feierte er diesen seinen Sieg durch ein Bankett im rothen Haus.

Bald darauf aber erschienen hessische und preussische Truppen vor der Stadt. Nachdem am 28. November vergeblich die Uebergabe gefordert worden war, stürmten die Hessen unter den Augen Friedrich Wilhelms II. von Preussen am 2. Dezember mit schweren Verlusten die Stadt durch eine Bresche am neuen Thor (Friedbergerthor). König Friedrich-Wilhelm hielt in Begleitung des Herzogs von Braunschweig unter dem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in die wiedereroberte Stadt und nahm seine Wohnung im rothen Haus. Die Bewohner Frankfurts begrüßten warm ihren Befreier, und ein Zeitgenosse schreibt darüber:

»Zu jeder Stunde des Tages trifft man dort (vor dem rothen Hause auf der Zeil) eine Volksmenge, die auf Ihn, den Gütigen harrt, bis er am Fenster sich sehen lässt. Auch ich habe Ihm schon mehr als einmal mein Vivat! aus vollem Herzen entgegengerufen. Friedrich Wilhelm erwiedert die Liebe der guten deutschen Bürger mit königlichem Wohlwollen. So etwas, mein Lieber! hat für den deutschen Mann unendlich grösseren Werth als alle Afterfreiheit der Franken. Hier in Frankfurt ist alles wie neugeboren.«

Und an anderer Stelle:

»Nie blieb die Strasse gegenüber dem rothen Hause leer. Immer harrete die Menge auf den gütigsten, besten König, und er befriedigte die stillen Wünsche der Harrenden oft, indem er sich auf dem Altane zeigte. In der Nacht des neuen Jahres sogar (1793) hatte sich eine Menge Bürger daselbst versammelt und riefen ihm mit dem Glockenschlage Zwölf ein herzliches Vivat zum neuen Jahre, und auch jetzt erschien er am Fenster und dankte«.

Um den tapferen Hessen, welche bei dem Sturme auch einen Prinzen von Geblüt verloren, seine Achtung zu zollen, befahl Friedrich

Wilhelm die Errichtung eines Denkmals. Dasselbe, das Hessen-denkmal genannt, wurde nach dem Modell von Oberhofbaumeister Langerhans in Berlin im Jahr 1793 errichtet. Ende April 1793 verliess der König, nach beinahe 5 monatlichem Aufenthalt im rothen Hause, die Stadt.

Auf das Geklirr der Waffen folgten wieder liebliche Concert-melodien.

20. Februar 1795:

»Künftigen Montag den 23. Februar d. J. werde ich mit gnädigster Erlaubniss gemeinschaftlich mit Demoiselle Schwachhöfer im Rothen Hauss ein Concert geben — das jedoch von den bisherigen Concerten der Herrn Masonneau, Stumpf, Heroux, Kallmus und Welsch ganz verschieden und unabhängig seyn wird.

Eunicke.« *)

Den 18. März 1796:

»Künftigen Sonntag den 20. März 1796 werden wir mit gnädigster Erlaubniss die Ehre haben in dem Saal des grossen Rothen Hauses das berühmte Miserere von Sarti, das in Italien und aller Orten mit grösstem Beifall aufgenommen worden ist, aufzuführen. Wir schmeicheln uns mit diesem Meisterstück musikalischer Kunst ein verehrungswürdiges Publicum angenehm zu unterhalten.

Josepha Woralek, **)

Catharina Dornaus.«

Nachdem die Franzosen in diesem Jahr abermals in Frankfurt erschienen und die Stadt erheblich gebrandschatzt hatten, zogen sie am 8. September wieder ab, und bald begannen auch wieder die Vergnügungen. Im Januar 1797 gaben die obenerwähnten Heroux, Woralek, Lux und Gebrüder Welsch acht Vocal- und Instrumental-Concerte im rothen Haus, und am 11. April gab daselbst der kurfürstlich-mainzische »Hof- und Cammer-Musicus« Scheidler »ein grosses Vocal- und Instrumental-Concert auf der Laute.«

Den 13. März 1798:

»Ich habe die gnädigste Erlaubniss, morgen als am 14. dieses im Saal des grossen Rothen Hauses ein grosses Vocal- und Instrumental-Concert geben zu dürfen, und wollte deshalb

*) Erster Gatte der Hendel-Schütz.

**) Spätere Fürstin von Isenburg.

einem verehrungswürdigen Publicum hierdurch anzeigen, dass die Entrée-Billets in den beiden Caffeehäusern bey Herrn Langenberger und Herrn Fries, ingleichen in den beiden Gasthäusern, im weissen Schwan und im Weidenhof, wie auch an der Casse für einen halben Laubthaler zu haben sind.

Theresia Heinemann.

Den 15. März 1799:

»Künftige Woche auf grünen Donnerstag, als den 21. habe ich die gnädigste Bewilligung, im Saal des Rothen Hauses ein Vocal- und Instrumental-Concert zu geben, welches ich einem verehrungswürdigen Publicum schuldigst anzuzeigen die Ehre habe.

Lux.«

Den 20. December 1799:

»Concertanzeige.

Künftigen Sonntag den 22. Dezember wird Unterzeichneter mit gnädigster Bewilligung eines Hochedlen Magistrats ein grosses Vocal- und Instrumental-Concert im Saal des Rothen Hauses geben, wozu er seine Hohen Gönner und Freunde ergebenst einladet.

Carl Demmer,
Sänger und Schauspieler bey dem
hiesigen Theater.«

Den 25. März 1800:

»Concertanzeige.

Ich nehme mir die Freiheit, ein verehrungswürdiges Publicum zu benachrichtigen, dass ich mit obrigkeitlicher Erlaubniss künftigen Freitag d. 28sten dieses Monats die Ehre haben werde, im Rothen Hause ein grosses Vocal- und Instrumental-Concert zu geben.

Maurer, Sänger beym hiesigen
National-Theater.«

16. Februar 1802:

»Concertanzeige.

Mad. Lang*) wird mit gnädigster Erlaubniss eines Hochedlen Magistrats die Ehre haben, nächsten Freitag den 19. Februar ein grosses Vocal- und Instrumental-Concert im Saal des Rothen Hauses zu geben.«

*) Mozart's Schwägerin.

In dem Winter von 1802 auf 1803, sowie im folgenden fanden jeden Monat grosse Bälle im rothen Haus statt. Am Ostermontag 1804 zeigte der Bauchredner Fitz James im Saal des rothen Hauses seine Künste. Er stellte erst als Dorfzahnarzt verschiedene Personen vor und veränderte 40mal seine Stimme. Darauf hielt er in seinem Bauch die »Volksversammlung von Nanterre« und ahmte 20 Stimmen nach u. s. w.

Aber nicht nur heiterer Unterhaltung und sinnbestrickender Musik, sondern auch ernsten Wissenschaften wurde im rothen Haus gehuldigt. Am 4. Juni hielt der berühmte Phrenolog Dr. Gall aus Wien den ersten Vortrag über seine Schädellehre. Die Ankündigung lautet:

»Auf Verlangen mehrerer Hiesigen Freunde der Wissenschaften hat sich Dr. Gall entschlossen, Mittwochs am 4. Juny im Saal des rothen Hauses einen Cours über Gehirn- und Schädellehre für Personen beyderley Geschlechts zu eröffnen, wenn sich hierzu eine Hinreichende Anzahl bey ihm meldet, er wird täglich Abends von 6—8 Uhr, oder wenn in der ersten Versammlung die Majorität es wünscht, während anderen Stunden lesen und in zehen Tagen endigen. Das Honorar ist zwey Carolin. *) Billèts werden in seiner Wohnung im rothen Haus abgeholt.«

Es meldeten sich zu diesen Vorträgen 60 Personen.

Eine andere, aber traurige Berühmtheit: Elise Bürger, des Dichters dritte Frau, welche sich diesem in einem Gedicht zur Gemahlin angeboten, aber nach zweijähriger Ehe wieder hatte scheiden lassen, hielt am 20. April 1808 eine »musikalisch-declamatorische Academie« im Saal des rothen Hauses ab. Ausser den Gedichten des von ihr geschiedenen Mannes, las sie solche von Schiller, A. W. Schlegel und Tiedge vor. Sie starb 1833 in Frankfurt.

Am 12. Januar 1809 hielt Alexander Gontard zur Feier seiner goldenen Hochzeit im rothen Haus einen grossen Ball. »Die halbe Stadt nahm Theil an dem Erlebnisse dieses ehrwürdigen hochgeschätzten Paares.«

Concerte, wie sie damals im rothen Haus stattfanden, beschreibt Rahel in einem Briefe an Varnhagen vom 16. December 1815 in wenigen aber wohl treffenden Worten:

»Ich komme aus einem Concert aus dem rothen Haus; ein grosser, hoher, leerer Wirthshaussaal mit uneleganten,

*) 37 Mk. 71 Pf. nach heutigem Geld.

gestiefelten Leuten; Flötenspieler, Vater und Sohn, maltrairten das arme Hirteninstrument; es ist zu kleinen Gesängen geschaffen, und sie setzen es zu Convenienz-Concerten. Der Saal weisse, freie Wände. Die hiesigen Diplomaten und eine alte Princess Stollberg, wie eine Fee, alle auf einem Klumpen.«

Am 2. December 1816 starb Bankier Städel, nachdem er 1½ Millionen Gulden zur Gründung des jetzt blühenden Kunstinstituts vermacht hatte. Schon in dem folgenden Jahre war die Administration darauf bedacht, dem Institut ein Unterkommen zu verschaffen und trat mit dem Gastwirth Dick wegen Ankaufs des rothen Hauses in Unterhandlung. Dick forderte Anfangs 250,000 fl., aber man einigte sich schliesslich am 30. December 1817 zu folgenden »Punktationen«:

»Dick und Frau verkaufen der Administration des Städel'schen Instituts das rothe Haus (Lit. D No. 25) für 230,000 fl. im 24 fl. Fuss.

Dick und Frau behalten sich ihre Wohnung sowie die Keller noch auf die Dauer von 1½ Jahren unentgeltlich vor.

Der Verkäufer erklärt, dass ausser den gewöhnlichen Lasten und zwei Grundzinsen von circa 8 fl. keine Servitute auf dem Hause ruhen.«

Als der Kauf ruchbar wurde und die Käufer das rothe Haus in allen Theilen und Dimensionen vermessen liessen, verliessen sämtliche Gäste ihre Wohnungen in demselben, u. A. auch die Gattin Königs Joseph von Spanien, welche unter dem Pseudonym einer Gräfin von Survilliers sich darin aufgehalten.

Als der Hauptkaufbrief gemacht werden sollte, machte das Institut die Bedingung, neue Gebäude hinten im Garten zu beiden Seiten gegen das taxis'sche und gegen das hessische Palais aufzuführen zu dürfen. Nachdem aber die Administration die Bauamtsprotocolle vom 12. Juli 1776, 22. August 1808, 12. September 1808, 7. und 19. December 1808, 20. Januar und 13. März 1809 eingesehen und von den oben erwähnten Reversen Kenntniss erlangt hatte, erklärte sie am 31. Januar 1818 dem Gastwirth Dick, dass der Verkauf als nicht geschehen betrachtet werde, weil das rothe Haus nach dem taxis'schen und dem hessischen Palais zu mit lästigen Servituten behaftet, die Aufführung von Neubauten an dieser Stelle nur von dem guten Willen und Einverständniss der Nachbarn abhängig sei, und weil Dick diese lästigen Servitute bei dem Verkaufe verschwiegen habe. Dick klagte am 14. Februar 1818 beim Stadtgericht, erwarb auch in den Jahren 1819—1821 die seiner Sache günstigen Rechts-

gutachten der Juristenfacultäten in Jena, Landshut und Göttingen, während dasjenige der Facultät in Heidelberg dem Städel'schen Institut Recht gab. Schliesslich kam es zu einem Vergleich und das rothe Haus blieb vorerst noch Gasthof.

Dem Rufe als Gasthaus war dieser Process nicht vorthellhaft gewesen, auch hatten dem rothen Hause der »römische Kaiser«, der »englische Hof« und der »russische Hof« längst den Rang abgelaufen. Dick war daher fortwährend bemüht, einen Käufer zu finden. Am 5. November 1829 fand im rothen Haus die erste Sitzung der neu-constituirten Museumsgesellschaft statt. Die Gesellschaft hegte die Hoffnung, sich im rothen Hause häuslich niederlassen und ihre Sammlungen darin aufstellen zu können, aber im Jahre 1832 kündigte Dick der Gesellschaft die Miethe, weil er das rothe Haus an den Kurfürsten von Hessen verkauft hatte. Dick starb im Jahre 1856, nachdem er 200,000 fl. zu wohlthätigen Zwecken vermacht.

Die politischen Ereignisse in Kurhessen, welche den Kurfürsten Wilhelm II. bewogen, mit der Gräfin von Reichenbach Cassel zu verlassen und seinen Aufenthalt ausserhalb des Kurstaates, in Frankfurt, zu nehmen, müssen als bekannt vorausgesetzt werden. Von Ereignissen während des Aufenthaltes der Gräfin von Reichenbach im rothen Haus ist nur Weniges zu melden. Sie hielt einen grossen Hofstaat in demselben, der Kurfürst baute das Mausoleum auf dem Kirchhof, und am 25. December 1832 brach um Mitternacht ein Feuer im rothen Hause aus, welches jedoch bald gelöscht wurde, u. A. m. Bald darauf ging das rothe Haus in den Besitz des Fürsten von Thurn und Taxis über. Die taxis'sche Verwaltung hatte schon lange den Ankauf eines Gebäudes beabsichtigt, welches die Geschäftsräume der Briefpost-Expedition im Hause Zeil 31, der Fahrpost-Expedition im Rahmhof, sowie der Generalpostdirection im goldenen Schwan in der Friedbergergasse vereinigen sollte, und es war zu diesem Zweck eine besondere Commission niedergesetzt worden, welche Vorschläge zu unterbreiten hatte. Im Jahre 1834 kaufte Generalpostdirector von Dörnberg das Gasthaus zum Weidenhof, damals eine bedeutende Fuhrmanns-Herberge; und weil man in der Stadt der Ansicht war, dass die Post in dieses Haus verlegt werden solle, war man froh darüber, weil man glaubte, dass nunmehr der stets vor diesem Hause auf der Zeil haltende Fuhrmannspark, die vielen Waaren, Fässer und Ballen und der Geruch nach Käse und Anderem verschwinden würden. Der Weidenhof scheint indessen nicht geeignet befunden worden zu sein, dagegen entsprach das rothe Haus den postalischen Bedürfnissen besser.

Zunächst waren umfassende bauliche Veränderungen nothwendig. Am Montag den 20. August 1838 öffneten sich im rothen Haus zum erstenmale die Briefpostschalter, und die Oberpostamtscasse sowie die Zeitungsexpedition begannen in demselben ihre Thätigkeit. Die in Arbeitsräume aus Pferdeställen, Remisen u. s. f. im Hofe umgewandelten, sowie die daselbst erbauten neuen Räume konnten die Fahrpostexpedition aus dem Rahmhof erst im Jahre 1842 aufnehmen.

Andere bauliche Veränderungen aufzuzählen, welche fortwährend seit jener Zeit alljährlich stattfanden und noch stattfinden, würde zu weit führen. Erwähnt sei, dass am 15. October 1857 das Schunk'sche Haus auf der kleinen Eschenheimergasse durch eine Pulverexplosion, welche in der Werkstatt eines darin wohnenden Kunstfeuerwerkers entstand, zerstört wurde, und die Stadt den Platz nicht wieder bebauen liess. Das Posthaus bekam dadurch einen weiteren Ausgang nach der kleinen Eschenheimergasse. Mit Uebergang der taxis'schen Post an Preussen wurde auch das rothe Haus preussisches Staatseigenthum und ist jetzt reichseigen. Ferner sei noch erwähnt die vor einigen Jahren in das Posthaus erfolgte Verlegung des Telegraphenamtes, sowie die Erbauung einer neuen Façade.

Seit einem Menschenalter herrscht im rothen Haus das geschäftige Maschinengetriebe des Postverkehrs einer Gewerbe- und Handelsstadt von grosser Bedeutung. Nur so oft Kaiser Wilhelm in Frankfurt weilt, erhöht sich das alltägliche Treiben im rothen Haus. Dann weht auf der Dachfirste des Hauses die Kaiserstandarte, der sonst so nüchtern dreinschauende Hof ist mit Flaggen, Kränzen, Guirlanden u. A. geschmückt und von glänzend uniformirtem Gefolge belebt, die Corridore und Zimmer sind mit Palmen und Blumen geziert und auf der Zeil harrt die Menschenmenge, um dem greisen Monarchen ihre Huldigungen darzubringen.



XII.

U r k u n d e n.

A.

Bestallungsbrief Kaiser Karl V. für Leonhard von Taxis
vom 31. December 1543.

Charles par la divine Clemence Empereur des Romains toujours Auguste, Roy de Germanie, des Espagnes, des deux Siciles etc., Archiducq d'Austriche, Ducq de Bourgogne, de Lothier, de Brabant, de Lembourg, de Luxenbourg, et de Gueldres, Comte de Flantres, d'Arthois, de Bourgoigne, Palatin, de Haynau, de Hollande, de Zee-lande, de Ferrette, de Hagnau, de Namur et de Zutphen, Prince de Suabbe, Marquis du saint Empire, Seigneur de Frise, de Salins, de Malines, et Dominateur en Asie et Affricque à tous qui ces presentes verront salut : Comme a l'humble supplication et requeste de feu nostre Amy et feal Chevalier, Conseillier, Chief et Maistre General des noz Postes, Monsieur Baptiste de Taxis, et pour consideration mesmement des bons, longs, leaulx et agreables services, qu'il auoit faict, tant a feuz de tres recommandees memoires L'Empereur Maximilian, et le Roy Don Philippes, noz Ayeul et Pere, que aussy a nous en l'exercice du dict Estat, auquel non obstant son ancien aage, débilité de sa personne, peines et labeurs, qu'il y auoit soubstenus, il ne pouvoit plus bonnement continuer, et y faire les diligences requises pour nostre services, Nous eussions pour ces causes par noz lettres patentes, datées en nostre ville de Bruxelles le cinquiesme d'aougst cainze cent trente six, comme, institue et estably en son lieux nostre General de nosdictes postes Francisco de Taxis son fils, aux conditions et reservations plus a plein contenues en nos dictes lettres, lequel office iceluy Francisco auroit deservy et exercé jusques à son trespas, au moyen du quel seroit escheu vacant a nostre disposition scavoir faisons que ayant regardé que dessus et que lesdicts feux Messieurs Baptiste et Francisco de Taxis sont decedez en nostre dit

service et pour la bonne relation que faicte nous a esté de la personne de nostre bien aymé Leonard de Taxis frere du dit feu Francisco et de ses habilité d'exercice et sufficancè.

Nous iceluy Leonard confians à plein de ses leaulté preud'homme et bonne diligence et afin mesmement que toutes despesches soient tant plus seurement et diligèment dirigez, et toutes choses concernans ledit office conduictes, comme il convient pour nostre dit service et le bien de nos Royaumes, Pays, et subjects a nos retenu, commis, et estably, retenons, commetons, et etablissons par ces presantes audit Estat et office de chief et Maistre General de nos dictes postes pour doresanavant, nous y servir soigneusement, et diligement pour veoir au faict et conduicte des dites Postes, les dresser, et leur ordonner, ce qu'ils auront à faire, changer les lieux ou presentement et lors ils seront, et les asseoir et ordonner en aultres lieux toutes les fois que besoing sera et le cas le requerra, corriger et pugnir eulx desdites Postes, qu'ils ne s'acquitteront ou feront leur debvoir, les destituer et de s'appoincter, et en leur lieux ordonner et instituer aultres, et generalement de faire bien et leaulment tout ce que bon et leal chief et maistre de nosdictes Postes peut et doibt faire, et que y competete et appartient aux gaiges, traictements, et aultres droicts, honneurs, prerogatives, preeminences, libertez, franchises, prouficts et emoluments y accoustumees, et appertenans, et tels et semblables que se dicts feuz Pere et frere les ont euz, et prins de nous, tant qu'il nous plaira, surquoy et de soy bien et devement acquiter en l'exercice dudict office, ledit Leonard de Taxis sera tenu faire le serment, pertinent es mains de nostre treschier et feal chevalier premier conseiller d'Estat de garde de noz seelz, le sieur de Granuelle, que commectons à ce-auquel mandons que prins et recens dudict Leonard de Tassis ledict serment, comme dict est, il le met et institue de par nous en possession et Jouysance dudict estat, et office de chief, et Maistre General de nos Postes, et d'icelluy ensamble des droicts, honneurs, prerogatives, preeminences, libertez, franchises, prouficts et emolumens susdicts, il et tous aultres nos Justiciers, Officiers, Serviteurs et subjects cuy se peut et pourra toucher et regarder, leur lieutenants et chacun d'eux endroict soit, et si comme a luy appertiendra, le facent souffrent, et laissant plainement et paisiblement jouyr et user, veuillant et ordonnant, que icelluy Leonard de Taxis ils tiennent et reputent pour chief et Maistre, et comme celuy obeissent et entendent diligement cessans tous contredits et empeschemens. Mandons aussy à nosdicts justiciers, Officiers Serviteurs et subjects prions et requerons aultres cuy ce regarde, que a icelluy

Leonard en faisant et exerçant les choses dictes, et ce qu'en depend, ils facent toute adresse, faveur es assistance, et a Luy et a nos dictes Postes facent ouverture, et laissent passer et repasser de jour et de nuict par les villes forteresses et lieux a eulx commies, et dont ils ont la garde, leur baillent et ordonnent ou facent bailler et ordonner guidez chevaulx et aultres choses necessaires a leurs despens raisonnables quant le cas y escherra, et que par eulx requis en seront, et que noz subjects se acquictent en ce tellement que de prompte obeissance envers nous facent a recommander, sachans que du contraire nous desplairoit, et ferions faire pugnition et correction de desobeissans et defaillans à l'exemple d'auctres, et a tous aultres non nos subjects que leur en doibgions scavoir gré, et comme ils voudroient pour eulx, et les leurs estre faict en cas semblable. Mandons en oultre a nos aimez et feaulx les chiefs Tressorier General, et commis de noz domaines et finances, que par nostre Receveur General d'icelles present, et a venir, et des deniers de sa recepte, ils facent doresenavant payer audict Leonard de Taxis les gaiges et traictement audict office et estat appartenans aulx termes et en la maniere accoustumez, auquel nostre dict recepveur general present ou autre advenir, mandons par cesdictes presentes ainsy le faire, et par rapportant ces mesmes presentes vidimus ou Coppie auttentique d'icelles pour une et la premiere fois et pour tant de fois que mestier sera quictance dudict Leonard, surce servant seulement. Nous voulons tout ce que paye luy aura este à la cause dicte, estre passé, et alloue es comptes et rabbattu de la recepte de nostre dict Recepveur General present et advenir qu'il appartiendra, et paye l'aura par noz aimez et feaulx les Presidents et gens de noz comptes à Lille, ausquels semblablement mandons ainsy le faire sans difficulté, car tel est nostre plaisir. Non obstant quelconques ordonnances, Restrictions, Mandemens ou defences faictes ou à faire à ce contraires. En tesmoing de ce nous avons faict mettre nostre seel à cesdites presentes, données en nostre Ville de Bruxelles le dernier Jour de Decembre: L'an de grace mil cinq cent quarante trois de nostre Empire le vingt et troizieme, des Espagne et tous noz aultres Regnes le vingt et huictièsme.

B.

Wir Ferdinand von Gottes Gnaden Erwehlter Römischer Kayser zu allen Zeiten Mehrer des Reichs in Germanien zu Hungarn Böhheim, Dalmatien, Croatien und Slavoiien etc. König, Infant in Hispanien, Ertzherzog zu Oestreich, Hertzog zu Burgund, zu Braband, zu Steyr, zu Karndten, zu Crain, zu Lützenburg, Ober- und Nieder-Schlesien, Fürst zu Schwaben, Markgrave des Heil. Röm. Reichs zu Burgaw, zu Mehreren, Ober- und Nieder-Laussnitz, Gefürsteter Graff zu Habsburg, zu Tyrol, zu Pfierdt, zu Kiburg, und zu Görtz etc. Land-Grave in Elsass, Herr auf der Windischen Marck, zu Portmaw, und zu Saliens etc. Bekennen öffentlich mit diesem Briefe und thun kund allermänniglich, dass Uns Unser getreuer lieber Leonhard von Taxis in glaubwürdigen Schein unterthänlich fürbringen lassen einen Bestallungs-Brieff von Weiland dem Durchläuchtigsten Fürsten Herrn Carln dem V. Röm. Kaiser etc. Unsern lieben Herrn Brudern und nächsten Vorfahren am Reich hochlöblicher Gedächtnüss ihme Leonhardten über das Ober-Postmeister-Ambt gegeben, welcher von Wort zu Wort hernach geschrieben stehet und also lautet:

(folgt der Wortlaut A.)

Und Uns darauff demütiglich angeruffen, und gebetten, dass Wir als römischer Kayser obinserirten Weiland Kayser Carln Bestallungs-brieff soviel die Posten im heiligen Reiche und Unsern Erblanden gelegen, so von dem Durchleuchtigsten Fürsten Herrn Philipsen König zu Hispanien etc. Unseren freundlichen lieben Brudern und Vettern allein unterhaltet und besoldet werden, und sonst gemeinlich und insonderheit aller und jeder so gemeldtem General-Postmeister-Ambt in Niderland anhängig ist, nichts davon aussgenommen zu confirmiren und zu bestellen gnädiglich geruheten, dess haben Wir angesehen solch sein demüthig ziemlich Bitten, auch die unterthänige getreue Dienste, so gemeldter Leonhard von Taxis Vatter und Bruder Baptista, und Franz von Taxis, auch Er Leonhard von Taxis selbst gedachten Weiland Unserem lieben Herrn und Brudern Kayser Carls Bestallungs-brieff, in allen seinen Clausulen, Punkten, Artickeln, zu Haltungen, Mainungen, und Begriffungen und sonderlich so viel, und so weit die Fürsehung deren Posten so im heiligen Reiche und Unseren Erblanden gelegen, und durch gedachten Unsern freundlichen lieben Brudern und Vettern dem König zu Hispanien etc. allein besoldet werden, Auffrichtung und Verordnung, so zu Unterhaltung

derselben gehöret, Verenderung und Auffzeichnüss der Städt und Ort dahin dieselben nach Gelegenheit der Zeit und Leufft gelegt werden sollen, Straff und Buess den Postbotten und anderer Post-Verwandten so sich in ihren Ämpteten und Diensten ungeschicklich und ungebührlich halten würden, Urlaubung und Uffnehmung derselben, so oft solches die Nothturfft erfordert und sonst gemeinlich und insonderheit aller und jeder, so gemeldtem General-Postmeister-Ambt in Niederland anhängig ist, belangen thuet als Römischer Kayser gnädiglich confirmirt, bestettiget und erneuert, confirmiren, bestättigen und erneuern denselben auch hiemit von Römischer Kayserlicher Macht wissentlich in Krafft diss Brieffs und meinen setzen und wollen, dass obinserirter Weiland unsers lieben Herrn und Bruders Kayser Carls Bestallungs-Brieff in allen seinen und sonderlich Artickeln, Puncten, Clauseln, Inhaltungen, Meinungen und Begriffungen kräftig und mächtig seyn, stett, vest und unverbrüchlich gehalten und vollzogen werden, und sich gedachter Leonhard von Taxis desselben alles seines Inhalts freuen, gebrauchen und geniessen solle und möge, von Uns und sonst menniglich unverhindert, doch uns deren Post halben so wir selbst besolden und unterhalten, an Fürsorgung und Bestellung derselben unvergriffen und unschädlich. Und gebieten darauff allen und jeden, Churfürsten und Fürsten, Geistlichen und Weltlichen, Prälaten, Graven, Freyherrn, Herrn Rittersn, Knechten, Lands- Haubtleuthen Land-Marschalcken, Land-Vögten, Vitzdomben, Vögten, Plegern, Verweseren, Ambtleuthen, Schultheissen, Burgermeistern, Richtern, Rächten, Bürgern, Gemeinden, und sonst allen andern unseren auch Unserer Königreiche, erblichen Fürstenthumben, und Landes-Unterthanen und Getreuen, was Würde, Stands oder Wesens die seyn, ernstlich und festiglich mit diesem Brieff, und wollen dass sie vielgemeldten Leonhard v. Taxis bei obinserirten Weiland unsers lieben Herrn und Bruders Kayser Carls Bestallungs-Brieff, und dieser unserer Kayserlichen Confirmation, Bestettigung und Erneuerung, auch allen den Präeinentzen, Prärogativen, Rechten und Gerechtigkeiten, davon angerechter Weiland Kayser Carls Bestallungs-Brieffe Meldung thuet, sonderlich so viel die Posten im heiligen Reich und unsern Erblanden gelegen, so gemeldter König zu Hispanien allein besoldet, derselben Vernehmung und Bestellung belangt unverhindert bleiben, dasselben gern billig gebrauchen und geniessen lassen, Ihme und seinen untergebenen Post-Botten in Euren Landen, Städt, Marchten, Flecken, Gebiethen, und Verwaltungen bey Nacht und Tag Pass und Öffnung geben, sie auff ihr Ansuchen und Begehren begleiten und begleitet zu werden verschaffen und

verfügen, auch gegen gebührlicher Bezahlung mit Pferden und anderen Nohttürfften fürsehen, und gemeldten von Taxis und den Seinen zu Verrichtung ihres Ampts alle gute Hülff, Forderung und Anweisung erzeigen und beweisen, und hiewider nicht thuen, noch des jemand's anderen zu thun gestatten, als lieb Ewr Jedem sey, Unser und des Reichs schwere Ungnad und Straff zu vermeiden, das meinen wir ernstlich, mit Urkund diss Brieffs, besiegelt mit Unserm Kayserlichen anhangenden Insiegel.

Gegeben in Unserer Stadt Wien den ein und zwanzigsten Tag des Monats Augusti nach Christi Gebuhrt fünffzehn Hundert im drey und sechzigsten, Unserer Reiche des Römischen im drey und dreyssigsten, und der anderen in sieben und dreyssigsten Jahre.

Ferdinand.

(S. L.)

Vice ac Nomine Reverendissimi Domini
Archi-Cancellarii Moguntini

vt. Joannes Baptista Weber.

Ad Mandatum Sacrae Caesareae
Majestatis proprium

Hallex.

C.

Schreiben des Kaisers Rudolph an den Kurfürsten von Mainz
vom 1. Februar 1579.

»Ehrwürdigster lieber Neffe und Churfürst!

Wir zweifeln nit, Deiner Lieb(den) sei allbereit vernommen und werden sie es zwar an ihrer selbst Geschäften wohl merken, wie unrichtig und langsam es mit dem ordentlichen Postwesen im Reich, vornehmlich aber gegen den Niederlanden eine Zeitlang hero zugegangen, und noch immer je mehr und mehr unrichtiger wird, indem die Handelsleute zu Augsburg und anderen Orten, welche nach Antorf (Antwerpen) hantiren, aus Unwillen und Missverständniss, darin sie mit unsern Postmeistern zu Augsburg und Rheinhausen und unserem lieben und getreuen Seraphim von Taxis gerathen, sich aus Anreizung des städtischen Postmeisters zu Antorf

die ordentliche Posten verlassen und für sich selbst ein besonderes neues Botenwerk nach Cöln einzurichten unterstanden (Augsburg-Frankfurt-Cöln), mit demselben auch ungeachtet unser mehrfältigen ganz gnädig Ermahnung und dass wir die Klagen und Beschweruss, so sie gegen gedachten von Taxis gehabt, durch sonderliche Handlung auf ganz gute ehrbare und billige Mittel richten und hinlegen lassen, zu nit geringer Verkleinerung unser Kaiserlichen Autorität nochmals halsstarrig fortfahren und dadurch das bisshero so lange Zeit mit merklichen ihrer selbst und sonsten männigliches Nutzen und Besten im Heil. Reich erhalten ordentlich Postwesen, so viel an ihnen, in gänzlicher Zerrüttung, Unordnung und Abgang bringen, zu geschweigen was sonsten die Zeitung und Correspondenz halber, bei diesen sorglichen Leufften und dann sonderlich auch mit Ausführung der guten Reichsmüntz und Unterschleifung der bösen ausländischen Sorten für Gefahr-Contreband und privat erbotten gesuch, nit weniger dieser Orten als auch mit ihrem Bottenwerk nach Venedig und Italien gebraucht wird; Sintemalen dann ein solches bemelten Kauff- und Handelsleuten, zu ihrem Privat-Vortheil und hergegen schädliche Verwirrung des ordentlichen Postwesens mit nichten länger zugesehen werden kann, zumahlen weil ihre Briefe und Sache auf die durch uns vorgezeigte Wege der ordentlichen Posten viel schleuniger und sicherer als durch ihr vermeint Nebenbotenwerk durchbracht und nachweislich auch die gemeine Commerzien im Reich nit weniger als bisshero so viel länger Jahr, bey unsern Vorfahren beschehen, befördert worden, als dass sie ihres widersetzlichen Ungehorsams keine einige erhebliche Ursachen nit mehr haben, sondern dieses Werk (wie wir glaublich bericht) allein aus einem gefassten Neid, gegen den von Taxis, durch etlich wenig Personen angefangen worden und nachmals getrieben wird. So haben wir demnach nit unterlassen können, zu Handhabung unsrer Kaiserlichen Autorität und Hoheit, auch dessen im heil. Reich uns zustehenden Postwesen, D. L. solchs der Handelsleut ungereunbten unruhmes, hier zu berichten, mit dem angehefften freundlichen und gnädigen Gesinnen, D. L. wolle in des Erzstiffts Landen und Gebieten auf ihre Postreiter gut Aufmerkens bestellen, dasselbige darinnen allenthalben abschaffen und die Kaufleut zu unsern ordentlichen Posten weisen, zu unversehenen Fall auch einer oder mehr über solch unser und Deiner Lieb Verwehrung und Verbott ungehorsamlich befunden, den oder dieselben bis auf unsern weitem Bescheid aufhalten lassen, hieran handeln D. L. zu

Nothurfft unsern gefelligen Willen und Meinung in andern Weg gegen dero freundlich und gnediglich zu erkennen.

Geben auf unserm Schloss zu Prag am 1. Febr. 1579.

Rudolff.

D.

Wir Rudolff der Ander etc. Entpieten allen und jeden Postmeistern, Postverwalteren, Post-Bothen, Post-Verwandten und Dienern, wo die hin und wieder im heiligen Reiche, und desselben auch Unsern Zugethanen Königreichen, Fürstenthumben und Landen wohnend und gesessen seyn, und sonsten manniglich der mit diesem Unsern Kayserl. Brieff ersucht wird, Unser Gnad und alles Guts, und fügen Euch danebens gnädlich zu wissen. Nach dem Euch mehrentheils unverborgen, welcher massen ein Zeitlang hero, allerlei Unordnung und Zerrüttung in dem gemeinen Postwesen eingerissen, dadurch nicht allein Unsere und andere Christliche Potentaten, Churfürsten, Fürsten und Stände, sondern auch gemeiner Handels-Leuth Sachen, und nothwendige Commercia mercklich verhindert, als seynd Wir nohtwendig bewegt worden, auff gebührliche Reformation und Verbesserung solches Postwesens zu gedenken.

Wann Wir nuhn zu beständiger Erhaltung, angeregtes Postwesens, Unsern lieben getreuen Leonhard von Taxis zum General-Obristen-Postmeister bestättiget, Inhalts der Ihme darüber gefertigten Kayserl. Confirmation, hierum haben Wir für nohtwendig gehalten, Euch desselben hiemit gnädiglich zu erinderen, und befehlen Euch darauff von Römischer Kayserl. Macht ernstlich gebieten, und wollen, dass Ihr bemeldten Leonhard von Taxis, für Unsern General-Obersten Postmeister in heil. Reich, erkennet, haltet und ehret, Ihme in berührten seines anbefohlenen Ambts-Verrichtung und Bestellung der Posten, nicht allein allen gebührlichen schuldigen Gehorsam, und Folge leistet, und durchaus kein Verhinderung thuet, oder den Euern zu thun gestattet, sondern auch Ihme und den Jenigen, denen er seines Abwesens dasselbige vertrauen und befehlen möchte, darin alle gute Hülff, Vorschub und Beförderung erweist, und Euch daran keinerley Einred irren noch hindern lasset, an dem allen Beschicht Unser gnädiger entlicher Will und Meinung.

Datum Zu Prag den 16. Juni Anno 1595.

Rudolff.

Freymond.

E.

Verfügung des Kaisers Rudolf an die Postmeister im Reich
vom 29. October 1611.

Rudolff u. s. w.

Lieber getreuer!

Demnach der Edle unser und des Reichs Lieber getreuer Leonhard von Taxis, Freiherr etc., Unser Kämmerer wegen seines nunmehr über die 90 Jahre erreichten hohen Alters, deme ihm anvertrauten General-Obristen-Postmeister-Amt im Reich mit Nutz nicht länger vorstehen kan, damit hiezuvorn erfahren Unrichtigkeit im Postwesen verhütet werde; Als haben Wir dem auch Edlen, Unsern und des Reichs lieben getreuen Lamoral von Taxis, Freyherrn, Unsern Truchsess und Hof-Postmeister, solches Amt vollkommentlich anvertraut und übergeben, und befehlen dir darauf, dass du gedachten Lamoral von Taxis, Freyherrn, davor inskünftig erkennest und haltest und demselben, als General-Obristen-Postmeister im heil. Reich und Niederlanden, krafft Unserer ihme darüber ertheilten Kayserlichen Verschreibungen und Patenten, allen schuldigen Gehorsam und Respect erweisest, wie auch die unter dein Amt gehörenden Postboten darzu erweisest und in keine Weg, dass hierwider das geringste gehandelt werde, verstattest.

Hieran vollziehst du zur Gebühr unsern endlichen Willen und Meinung.

Datum Prag, den 29. Octobris 1611.

Rudolff.

An

Matthias Sultzer, Postmeister in Frankfurt.

Octavio von Taxis, Postmeister in Augsburg.

Johann von Coesfeld, Postmeister in Cöln.

Ferdinand von Taxis, Postmeister in Venedig.



XIII. Namen-, Orts- und Sach-Register zum Texte.

(Anm. Die Ortsnamen in Cap. VIII. bleiben unberücksichtigt.)

A.

Aachen, 30.
Abt, Philipp, Notar, 54.
Adelhäuser, Rathsherr, 41.
Advisen (Avisen), 31. 62.
Albini, Staatsminister, 179.
Albrecht, Erzherzog, 25. 26.
Alexander, Kaiser von Russland, 187.
Alix, Postconducteur, 119.
Alsfeld, 106.
Altenkirchen, 107.
Altenstadt in Bayern, 13.
Alzey, 13.
Amerath (Amerod), Postmeister, 25.
26. 27.
Amsterdam, 84.
Andernach, 64. 65. 106.
Anhalt, 36.
Antorf und } 8. 33. 38. 52. 85.
Antwerpen }
Arstenius, hessen-cassel'scher Post-
meister, 146.
Aschaffenburg, 48. 105.
Augereau, Marschall. 173.
Augsburg, 8. 13. 16. 22. 39. 68. 76. 80. 81.
Aussem, Commerzienrath in Mülheim
am Rhein, 107. 110. 154.

B.

Baden, Markgraf von, 48.
— Prinz Louis von, 224.
Badenhausen, hessen-cassel'scher Ge-
sandter, 80. 92.
Bayern, Herzog Ferdinand von, 225.
Baur v. Eyseneck, Hans Martin von,
48. 55.
Beauharnais, Eugen, 184.
Bebinger, Johann, Rathsherr, 41. 58.
Becker, Heinrich, Stadtbote, 4.
Beder, Jacob, Stadtbote, 3.
Benelle, Gebrüder, in Metz, 105.

Berberich, Franz Ludwig von, Ober-
postmeister, 130.
— Georg, Friedrich, Freiherr von,
Oberpostmeister, 111. 116. 119.
130.
Berstadt, 106.
Bertina, in Höchst a. M., 184.
Bestellkreuzer, 219.
Beust, Joachim Ernst, 35.
Beust, Graf von, 174.
Birghden, Johann von den, Postmeister,
13. 28. Cap. III u. IV. 68. 76. 88.
— dessen Nachkommen, 59. 81.
Bittner, Agent in Wien, 127.
Blankenberg, 24.
Blankenese, 36.
Bock, schwarzer, 106.
Boedecker, Postmeister in Cassel, 91,
in Frankfurt, 146.
Boersenvorsteher, Beschwerde der, 182.
Boineburg, Graf von, 224.
Bolz'sche Stiftung, 185.
Brachfeld, Paul, 61.
Brandenburg, 34. 36.
— Postconvention in Hildesheim, 88.
— -Bayreuth, Erbprinzessin Sophie
Catharina Louise, 114. 226.
— -Ansbach, Markgraf von, 39.
Brandt, Antoninus von dem, Stadt-
bote, 55.
Brandt, Poststallmeister, 108 u. f.
Braubach, 101.
Braunschweig.
— Postconvention zu Hildesheim, 88.
— -Lüneburg, Herzog Georg von, 87.
— -Lüneburg, 34. 36.
— Herzog Christian von, 36.
— Herzoge August zu, }
— Christian Ludwig zu, } 91. 93 u. f.
— Georg Wilhelm zu, }
Brederode, 48.
Bremen, 88.
— Botenposten nach, 10 u. f.

Bremen, Post, 36.
 — hessen-cassel'sches Postamt in,
 103.
 Brenner, Sebastian, 61.
 Brennholz für die Postbeamten, s.
 Holzamt.
 Bridgetown, H., 232.
 Briefkasten, 182. 218.
 Briefportotaxe, 185.
 Bruchsal, 13.
 Brüssel-Wiener Post, 6. 13. u. f.
 Buchgasse 3, Postamt daselbst 50.
 Bürger, Elise, 236.
 Bürgercolleg, 191.
 Burckhardt, Lic., 58.
 Butzbach, 92.
 Buxtehude, 36.

C.

Calckhoff, Regierungsrath, 102.
 Camberg, 33.
 Cannstadt, 13. 16.
 Carl V., Kaiser, 13. 240.
 — VI., Kaiser 111. 116.
 — VII., Kaiser 114. u. f. 164.
 Cassel, 88. 92. 100. 102.
 — Post nach Speyer, 12.
 Castel, opt Telegraph, Post nach
 Cassel, 181.
 Celle, 91.
 Clemens, hessischer Postmeister in
 Marburg, 93.
 Clerq, le, Stadtbote, 22. 27.
 Coburg, 105.
 Cöln, 106. 107.
 — reitende Boten, 8. 36. 38. 52.
 — kölnische Post, 8.
 — Post nach, 14. 25. 27. 33. 36. 43.
 76. 81 u. f. 181.
 — Magistrat, 16. 66. 69. 73. 77.
 — Kurfürst, 24. 25.
 — Kurfürst Johann Georg, 52.
 Cölsch, J. M., kurpfälzischer Post-
 meister, 154.
 Coesfeld, von, Postmeister in Cöln,
 25. 36. 37. 64. 65. 76. 77. 248.
 Compostell, 76. 164.
 Conty, Prinz von, 223.
 Creuznach, 13. 27.
 Cüstine, 127. 233

D.

Dänemark, Christian IV. von, 49.
 Dalberg s. Fürst Primas.
 Dampfkraft, Anwendung der, 214 u. f.
 Darmstadt s. Hessen.
 — Post nach Oberrossbach, 12.
 Dauborn, 33.
 Deduction (Frankfurter), 122 u. f.
 Deissingen, 24.
 Demmer, Schauspieler, 235.
 Detmold, 36.
 Deutz, 8. 23. 33. 37.
 Dick, Familie, 223 u. f.
 — J. A. Dick, 227.
 Dietkirchen b. Limburg, 8. 33. 79.
 Diez, Oberpostmeister, 181.
 Diligencen, 214.
 Dörnberg, von, hessen-cassel'scher
 Gesandter, 88.
 Dordrecht, 84.
 Dornaus, Catharina, 234.
 Düsseldorf, 24. 53. 81. 106. 181.

E.

Ebersbach, 13. 16.
 Eberstein, von, Minister, 177.
 Efferen, von, 48.
 Eifel, 13.
 Eilwagen, 214.
 Eisenach, 106.
 Emmel, Egenolph, 31. 62 u. f.
 Ems, 101. 110.
 Enslen, Gebr., 232.
 Entzweihingen, 13. 16.
 Erasmus, Melchior, Syndicus, 58.
 Erfurt, 34. 105.
 — Universität, 123.
 Erizzo, Nicolaus, 225.
 Esser, Ritter, 232.
 Eunicke, 234.

F.

Faber, Dr., 48. 55.
 Feldpost, oestreichische, 79.
 — französische, 168.
 Ferdinand II., Kaiser, 40. 42. 45. 48.
 50. 56. 68. 243.
 Ferdinand III., Kaiser, 73.
 Fettmilch, Aufstand, 28.
 Finck, Hans, Postbote, 7.

Finkenstein, preuss. geh. Rath, 124.
 Flamisoul, 13.
 Floertmann (auch Fleertmann), Wilhelm, 106 u. f.
 Flonheim (bei Alzey), Post, 6. 7. 13.
 — Postmeister zu, 7.
 Fräntzel, Virtuos, 232.
 Franc von Lichtenstein, 113.
 Frank, Jacob, 61.
 Frankenthal, 27.
 Franz II., Kaiser, 173.
 — als Franz I. von Oestreich, 187.
 Freilingen, 8. 33.
 Friedberg, 92. 96. 98. 101. 102. 106.
 Friedrich Wilhelm I. v. Preussen, 225.
 — II., 223.
 — III., 187.
 Fürstenberg, Fürst von, 226.
 Fürst Primas, Carl von Dalberg, 104, Cap. IX.
 Fulda, 34. 100.

G.

Gall, Dr., Phrenolog, 236.
 Gallas, Generallieutenant, Matthias Graf, 56. 65.
 Garzonus, 5.
 Gelnhausen, 105.
 Gern, darmst. Postverwalter 105. 180.
 Gerbrandt, Dietrich, Botenmeister in Hamburg, 91.
 Gerdorff, Baron von, 226.
 Gerste, goldne, 106.
 Giessen, 92. 181.
 — hessen-cassel'sches Postamt in, 103.
 — Universität, 6.
 Gilroth, 8.
 Glauburg, 59.
 Glauburger, Arnold, 2 Anm.
 Glückstadt, 36.
 Godet. Maître de poste, 174.
 Gontard, J. J., 165.
 — Alexander, 236.
 Görz, Johann, Freiherr von, 98.
 — Freiherr von, 118.
 Göthe, 115, 189.
 — Frau Rath, 115. 153 Anm.
 Göttingen, Universität, 123. 238.
 Goldner Engel, 93.
 Goldner Löwe, 92, 105.
 Goldstein, 145.

Gravelle, Abbé de, französischer Gesandte in Mainz, 105.
 Greif von Vollraths, Vicedomherr, 77.
 Gruber, Metzger, 118 u. f.
 — Heinrich, Conducteur, 118 u. f.
 Grünberg, 106.
 Günderode, 59.
 Günther, Joh. Jac., Gastwirth, 223.

H.

Hässwinkel, Johann Baptist, Postmeister in Frankfurt, 58. 66. 74 u. f.
 Hainerhof, 58. 104. 146. 178. 179. 181.
 Hamburg, Botenpost, 10. 11. 12. 85.
 — Post, 34. 36. 54. 77. 91. 97. 103.
 Hanauwe, Hennchen, Stadtbote, s. Bild, sowie S. 2.
 Hanau, 52. 105. 182.
 Handel, Hofkammerrath, 119 u. f.
 Hannover, Herzogin Wilhelmina Amalie, 224.
 Harburg, 36.
 Haynault, Oberpostcommissarius, 118.
 Heck, Hans, 58.
 Heddernheim, 184.
 Heiden s. Heyden.
 Heidelberg, 115, Universität, 118. 120.
 Heinemann, Theresia, 235.
 Held, Posthalter, 120.
 Hennot, Postmeister in Cöln, 14. 15 u. f.
 — 26. 42. 43. 47. 60. 61.
 — Seraphim, 24 u. f. 42. 43.
 Herdes, Friedrich, hessischer Postbote, 90.
 Herrfeld, Postmeister. 100, 106.
 Hertzberg, preuss. Geh. Rath, 124.
 Hessen-Cassel.
 — Postconvention in Hildesheim, 88.
 — Post in Frankfurt, 79 Cap. VI u. IX.
 — Landgräfin Amalie Elisabeth, 88.
 — Landgräfin Hedwig Sophia, 92 u. f.
 — Landgraf Carl, 98.
 — Landgraf Moritz, 48.
 — Landgraf Philipp d. Grossmüthige 12. 87.
 — Landgraf Wilhelm, 89 u. f.
 — Kurfürst von, 238.
 Hessen-Darmstadt.
 — Post, 12. 32. 108 u. f. 151 u. f. 173. 178 u. f. 191.
 — Landgraf Ernst Ludwig, 110.
 — Prinz Georg, 152.

Hessen-Homburg.

— Post 153. 178.

— Prinz Philipp, 187.

Hessen-Rheinfels.

— Landgraf Ernst Ludwig, 52.

Heybach, Gastwirth im schwarzen Bock, 106.

Heyden, von, Familie, 56. 68, Cap. V. 145.

— Matheus, 56. 68.

— Dominicus, Schöff und städtischer Postmeister, 81. 145.

— Johann Mathäi von, Wtwe., 85.

— Johann Philipp von, 86.

Heymann, Wolfgang, 55.

Hildesheim, Postconvention, 88.

Hiltens, Hans von, Botenmeister, 10 u. f. 27. 28.

Hinüber, Röttger oder Rüttger. 87 u. f.

Höchst a. M., 62. 184.

Hörnigk, Ludwig von, 69 Anm.

Hoffmann, Kunigunde, 30.

— Drucker, 62.

Hoheneck, von, 48.

Hohenfeld, von, kurtrier. Amtmann, 85.

Holzhausen, Hector von, Wtwe., 50.

Holzamt, 117.

Homburg v. d. H., 110.

Hospitalhof, 108.

Hülsemann, Regierungsrath, 108.

Humbracht, Hieronimus, 58.

Hutten, Ulrich von, 2 Anm.

Hynsperg, Achilles von, 58.

J.

Jäger, Buchhandlung, 61.

James, Fitz, Bauchredner, 236.

Idstein, 106. 110.

Jena, 105. 238.

Jenisch, 22.

Jerôme, König von Westphalen, 87. 178 u. f.

Innsbruck, 22.

Jollivet, westph. Minister, 180.

Joseph I., Kaiser, 82 u. f.

— II., Kaiser, 119. 120. 122.

Journal, Frankfurter, 31. 62.

Itzstein, Polizeidirector, 177. 180.

Juden, Stättigkeit und Ordnung, 167.

Judenbriefträger, 183.

K.

Kaib, 59.

Kaiserkrönungen, 76.

Katharinenkirche, 59. 61.

Kessel, Oberpostamtssecretär, 120 u. f.

Kirchberg, Graf von, 84.

Kisselbach, 14.

Kistler, Anwalt, 100. 101.

Klees, Postmeister, 151. 180.

Klein, Michael, 106.

Knittlingen, 13. 16.

Knoblauch, Hans, Nürnberger Bote, 72.

Königstein, 8. 33.

Krachbein, 187.

Kranich, Haus zum, 54. 57.

Krebs, Notar in Leipzig, 35.

Kreyling, Demoiselle, Postmeisterin in Wetzlar, 180.

Kunckel, Capitän, hessen-cassel'scher Postmeister in Frankfurt, 146.

Kupferschmidt, Syndicus, 88.

Kurfürsten s. Mainz, Trier, Cöln, Düsseldorf, Pfalz, Sachsen.

— Convent in Mülhausen, 49.

— Kollegialtag 68.

L.

Lacquey, Antoni, Stadtbote, 24. 27.

Lademacher, Franz, Stadtbote, 10.

Lamboy, Kaiserl. General, 56.

Landbriefträger, 218.

Landshut, Juristenfacultät, 238.

Lang, Madame, 235.

Langenhagen b. Hannover, 10.

Langerhans, Oberhofbaumeister, 234.

Lautenbach, Conrad, Pfarrer, 61.

Lebensverträge der Fürsten mit Taxis 173.

Lebensurkunde, primatische, für Taxis vom 10. August 1806, 174.

Leinwandhaus, 3.

Leipzig, Post, 8 u. f. 33. 55. 56. 81. 105.

— Juristenfacultät 34.

Leopold, Erzherzog, 42.

Leopold I., Kaiser, 78. 80. 88. 89. 92. 95. 98. 105. 110.

Lersner, Syndicus, 94.

= 59.

Leux, Daniel, 78.

Leyden, 84.

Lilie, Freiherr von, 113.
 Lind, Weinhändler, 111.
 Lindau, 80.
 Linnich, 8. 85.
 Lippe, Graf zur, hessen-cassel'scher
 General, 106.
 Löwenberg, Haus, 131.
 Louvoy, Marquis de, 223.
 Lübeck, 36. 214.
 Lützen, Schlacht bei, 64.
 Lux, Capellmeister, 234. 235.

M.

Madrid, 55.
 Magdeburg, 63.
 Mailand, 13.
 Mainz, 48. 77.
 — Kurfürst von, 14. 15. 45. 46. 49.
 62. 79. 97.
 — Kurfürst Schweickhard, 30. 34.
 38. 42.
 — Kurfürst Georg Friedrich, 52.
 — Kurfürst Anselm Casimir, 66. 70.
 72. 74. 75. 77, starb im rothen
 Haus, 223.
 Maitre de coches, 93.
 Mallepost, 215.
 Manderscheid, Graf von, 19. 85.
 Mansfeld, 39. 48.
 Mantel, Frau, 118.
 Mantua, 13.
 Mara, Sängerin, 231.
 Marburg, 90 u. f.
 — Universität, 6. 69 Anm.
 Marlborough, Herzog von, 224. 225.
 Marschall, Peter, 62.
 Maastricht, 8. 83. 84.
 Matthäi, H. D., taxischer Postmeister
 in Marburg, 94.
 Matthias, Kaiser, 33. 38.
 Maulbeerhof, 90. 92.
 Maurer, Sänger, 235.
 Maximilian I., Kaiser, 13.
 Meidinger, 60.
 Messrelationen, 60.
 Metternich, von, 48.
 Metz, 55. 105.
 Meyern, acta pacis osn, 58.
 Minden, 36.
 Montecuculi, Generallieutenant, 79.
 Montespan, Mdme. de, 223.

Moser, 14. 76. 80. 103.
 Mozart, 131.
 Mülhausen, Convent der Kurfürsten
 zu, 49.
 Müller, Hans, Stadtbote, 10.
 — Ciriac, Stadtbote, 55.
 — Schöffe, 80.
 — Mathys, Nürnberger Bote, 23.
 — Violinist, 227.
 Münster, Friede zu, 58.
 Münzwesen (verbotene Münzen), 166.
 Mul, Cuntz, Stadtbote, 5.
 Mulzer, Commissär, 180.
 Murat, Joachim, Duc de Berg et de
 Cleves, 173.
 Museumsgesellschaft, 238.

N.

Napoleon, 173 u. f.
 — in Frankfurt 186. 187.
 Nassau, 101.
 — Herzog von, 181.
 — Graf von, 31.
 Nastätten, 101. 106.
 Naumburg, 34.
 Neufville, Sebastian de, 55.
 — D. & J. de, 165.
 Neuwinger, französischer General, 233.
 Nicolaus, Stadtbote, 6.
 Niederaula, 106.
 Nienburg, 36. 91.
 Nürnberg, 8. 26. 39. 52. 56. 72. 73.
 76. 76. 77. 80. 81. 86. 92. 106.

O.

Oberpostamtszeitung, 31, Cap. IV.
 Oberrossbach, Postnach Darmstadt, 12.
 Oberursel, 61.
 Offenbach, 184.
 Ohl, Postmeister, 180.
 Olenschlager, Notar, 51.
 — Kaufmann, 165.
 Opel, 60.
 Opera, de P, Architect, 113.
 Osnabrück, Friede zu, 58.
 Oxenstjerna, schwedischer Kanzler, 56.
 57. 58.

P.

Paar, Graf, östr. Generalpostmeister, 79.
 Palais, hessisches in Frankfurt, 106.
 110. 151. 152.

Palais. taxisches in Frankfurt, 85. 111 u. f. 131.
 Paris, 55. 105.
 Pappenheim, Graf, Reichsmarschall, 115.
 Parma, Herzog Alexander von, 223.
 Parwein, Postmeister in Cassel, 88 u. f.
 Paul, Carl, 48.
 Peiverlein, Hans, Stadtbote, 4.
 Peterskirchhof, 28. 58.
 Pfalzgraf und Kurfürst Johann Wilhelm, 107.
 — Friedrich V. (Winterkönig), 20. 48. 54. 57.
 — Wolfgang Friedrich, 53.
 Pfeiffer, Jacob, Postbote, 7.
 Philadelphia, Zauberer, 232.
 Philipp der Grossmüthige, Landgraf von Hessen, 12. 87.
 Philipps Wittwe, Wirthin in Arheilgen, 4.
 Pisani Aldusius, 225.
 Pistorius, 73.
 Polster, Hans, Bote, 38.
 Ponzon, Dr., 46.
 Porss, Johann, Erbauer des rothen Hauses, 73. 223.
 Porzellanhof, 108.
 Posttaxe, hessische, 169.
 — kaiserliche (taxische), 41. 170.
 — primatische, 185.
 Postzeitungen, ordentliche wöchentliche, 31. 62, sowie Cap. IV.
 Pothou, westph. Generalpostdirector, 181.
 Praun, Agent, 94. 95.
 Prag, 39; Friede zu, 55.
 Predigerkloster, 131.
 Preussen, König von, 83. 124.
 Purgold, Hofrath, 152. 180. 182.
 Purificationssystem, 87. 184. 185.

R.

Rahmhof, 131. 238.
 Rayd, hessen-cassel'scher Postcontroleur, 104. 178 u. f.
 Rebell, J. E., kaiserl. Feldpostmeister, 79.
 Rechneyamt, 57. 81. 85. 127.
 Regensburg, 124 u. f.
 — Reichstag zu, 78. 84.
 Reichardt, Botenmeister, 8.
 Reichenbach, Gräfin von, 238.

Reichlingen, von, taxischer Cavalier, 116.
 Reichshofrath, 57. 83. 88. 95. 100. 101. 119 u. f.
 Remagen, 14. 106.
 Remy-Bansa, 165.
 Renneau, taxischer Hoffriseur, 116.
 Renner, Postpächter, 102.
 Reuss-Greiz, Fürst Heinrich XIII., 189.
 Rheinhausen, Post, 6. 7. 13 u. f. 16. 26. 28. 30. 76.
 Righetti, Virtuos, 229.
 Rink, F. W., kurpfälzischer Postmeister, 154.
 Roche, Sur-Yon, Prinz von, 223.
 Römer, J. A., 72.
 Rohr, darmst. Postverwalter, 151.
 Roll und Ordnung für die hamburgere Boten, 11.
 Rom, 13.
 Rothhaupt, Botenmeister in Leipzig, 9.
 Rothe Hof, 3.
 Rothe Haus, 105. 114. 131. 219, sowie Cap. XI.
 Rudolf II., Kaiser, 15. 16. 20. 22. 25. 245. 247. 248.
 Rüppel, hessen-cassel'scher Postmeister, 104. 146. 178 u. f.
 Rurmond, 85.
 Ryssel, 85.

S.

Sachsen.
 — Herzog Bernhard von S.-Weimar, 56.
 — Prinz Moriz, 48.
 — Kurfürst Johann Georg von, 34. 35.
 — Herzog Johann Wilhelm, 105.
 — Cardinal von S.-Zeitz, 226.
 — Weimar, 106.
 Salzkotten, 63.
 Sanct Goar, 101.
 Sardinien, Polixena Christina von, 226.
 Schäfer, Wtwe., Posthalterin, 102.
 Scharff'sche Saal, 131.
 Scheidler, Kammermusicus, 234.
 Schepp, J. A., Frau, 117.
 Schiele, des Raths, 117.
 Schlecht, Lic., 48. 50.
 Schlick, Graf, Kaiserl. Resident, 122.
 Schmier, Hans, Stadtbote, 10.

Schnorr, Bildhauer, 227.
 Schönauf, 5.
 Schönborn, Graf von, Kaiserl. Commissarius, 113.
 Schwalbach, 98. 101. 106. 110.
 Schwan, weisse, Hôtel, 131.
 — güldne, 131.
 Schwarzenberg, Feldmarschall, 187 u. f.
 Schwarzkopf, 60 u. f.
 Schweden in Frankfurt, 54 u. f.
 — Postconvention in Hildesheim, 88.
 — mit Hessen-Cassel vereinigt, 102.
 — Gustav Adolf, König von, 54. 63. 64.
 Schweickhardt, Kurfürst von Mainz, 30. 34. 38. 43.
 Schweinfurt, 105.
 Schwelm, 36.
 Seeger, Stadtsyndicus, 122 u. f. 177.
 Seifert, Erasmus, Schöffe, 88.
 Senkenberg, 59.
 Sieber, Hans, Botenmeister in Leipzig, 9. 31. 34. 35.
 Siegburg, 8. 24. 33. 107.
 Solms-Tecklenburg, Graf, Friedrich Ernst, 224.
 Soubise, Prince de, Marschall, 168.
 Speyer, Reichstag zu, 4. 12. 87.
 — Post, 6. 12. 27. 33. 55.
 — Reichsgericht, 14. 30. 54. 87.
 Speyerer, Hans, Stadtbote, 10. 12.
 Spitalbrauhaus am Tanzplan, 110.
 Spitzmacher, Stadtschreiber in Leipzig, 34.
 Stade, Botenpost, 10. 11. 12.
 — Post, 36.
 Stadtberge, 103.
 Stadtpost, 218.
 Städel, Bankier, 237.
 Städtetage, 20. 23. 27. 37. 39.
 — in Frankfurt, 76.
 Stallburg, von, Stadtschultheis, 122.
 Steffan von Cronstetten, 56. 58.
 Steinheimer, Botenmeister, 8. 15.
 Steube, Christian, Stadtbote, 3.
 — Conrad Gottfried, hess.-casseler Postscribent, 104. 178.
 Stockholm, 59. 102.
 Strassburg i. E., 26. 33. 49. 55. 56.
 Striegel, Andreas, Postschreiber, 61.
 Stromer, Kurmainz. Leibarzt, 2 Anm.
 Stubenrauch, Tax. Agent in Wien, 127.

Stundenstempel, 218.
 Stupanns, 73.
 Stuttgart 20.
 Sulzer, Mathias, Postmeister in F., 12.
 15. 26. 28. 30. 248.
 — Hans-Georg, desgl., 12. 28. 29. 30.
 Survilliers Gräfin, Gemahlin Königs Joseph von Spanien, 237.

T.

Taunusbahn, 216.
 Taxis, Baptist von, 13. 25. 240.
 — Lamoral, 16. 20. 25. 29. 31. 33. 38. 39. 41. 42 u. f.
 — Leonhard I, 243. 247. 248.
 — Leonhard II, 16. 24. 25. 33. 41. 42 u. f. 48 u. f.
 — Octavian, 24. 28. 248.
 — Ferdinand, 248.
 — Franz, 25.
 — Lamoral II, Claudius, 53.
 — Alexandrine geb. Rye, 53. 56. 57. 65. 73. 74. 77.
 — Eugenius Alexander, Fürst von, 82.
 — Lamoral Claudius Franciscus, Graf, 89.
 — Anselm Franz, Fürst von, 111.
 — Prinzessin Maria Augusta, 114. 226.
 — Fürst Carl, 125.
 — Fürst Carl Alexander, 174 u. f.
 Terrary, Carlo, Virtuos, 229.
 Thorane, Königsleutenant, 168.
 Thorschluss, 164. 200 Anm.
 Tilly, Generalissimus, 39. 49. 52.
 Tirol, 13.
 Todi, Madame, 232.
 Trest, Baron von, 226.
 Trier, Kurfürst von, 45. 85. 102.
 — Philipp Christof, Kurfürst von, 52.
 Tübingen, Universität, 63. 123.
 Turenne, Prince de, 223.

U.

Uckerath, 8. 33.
 Uffsteiner, Botenmeister, 8.
 — Weigand, Kaiserl. Postmeister, 21. 24. 61.
 — Johann Adam, Kaiserlicher Postmeister, 25. 27. 31. 33. 34.
 Uhlich, A. G., 67.

Uniformen der Postbeamten, 114. 196
Anm.
Unna, 36.
Ulm, 80.
Utrecht, 84.

V.

Vacha, 181.
Vauxhall, 231.
Venedig, 13. 22. 55. 77.
Verträge zwischen Taxis und Frankfurt
25. März 1729, 111 u. f.
— 22. August 1789, 125 u. f., siehe
Lehensurkunde.
— 31. December 1821, 193 u. f.
— 31. März 1851, 220.
Vitzthum, schwedischer Oberst, 54, 56.
Vlotho, 36.
Vogeler, Johann, Bürgermeister in Ham-
burg, 35.
Vrints, Gerhard, Postmeister, 53. 54.
56. 63. 65. 69. 72. 74.
— 173 u. f.
— -Berberich Alexander von, Ober-
postmeister, 121. 130.

W.

Wagner, Gerichtssubstitutus, 119 u. f.
Wahn, 8. 33.
Walderdorff, Freiherr von, 94.
Waldesch, 14.
Wallenstein, 49.
Walmerod, 8. 85.
— Freiherr von, Geheimerath, 57.
Weber, Demoiselle, 231.
Weidenbusch, 174. 232.
Weidenhof, 111. 238.
Weigel, Christoph, 2.
Weimar, 105.
— Herzog Bernhard von, 56.
Weisser, Legationsrath, 107.

Welz, Hofrath, 125 u. f.
Wesel, 85.
Wesseling, Conrad, 78.
Wetzel, Johann Adam, Postmeister, 78.
81. 90 u. f. 110.
— Eugen Alexander, Freiherr von,
Postmeister, 81. 111. 132.
Wetzlar, 98. 100 u. f. 107. 180.
Weyerbusch, 8. 33. 79.
Wien, 39. 48.
— Brüsseler Post, 6. 13 u. f.
— Congress zu, 190.
Wiesbaden, 6. 101.
Wildungen, 92.
Windecker, Philipp, 53. 56.
Winter v. Gùldenborn, Frau Oberst-
lieutenant, 111.
Wittens, Otto, braunschweig. Gesand-
ter. 88.
Wöllstein, 13. 25. 60.
Wolf, Ignatius, Oberpostamtsofficial 114.
Woralek, Josepha, 234.
Worms, 23. 27.
— Einfall der Franzosen 106.
Würges, 8.
Württemberg, Herzog Ludwig, 16.
— Herzog Friedrich, 20.
— Prinz Alexander, 114. 226.
Würzburg, 105.
— Bischof Johann Gottfried, 106.
Wunderlich, hessendarmstädt. Post-
meister 151.

Z.

Zeitungen, 31, Cap. IV.
— Allgemeine Literaturzeitung in
Jena, 124.
Ziegler, Notar, 93.
Zollunterschleife, 104.
Zumjungen, Bürgermeister, 28.

Berichtigungen.

Seite 2 Zeile 18 von oben 1440 statt 1435.
» 49 » 16 » » Kurfürsten statt Churfürsten.
» 61 » 4 » » Brachfeld statt Bachfeld.
» 65 » 33 » » Obrister statt Obristen.
» 223 » 16 » » Kurfürst statt Churfürst.



ste. Di. do. collen. in
m. i. o. t. collen. in
m. i. o. t. collen. in
m. i. o. t. collen. in
m. i. o. t. collen. in
m. i. o. t. collen. in
m. i. o. t. collen. in
m. i. o. t. collen. in
m. i. o. t. collen. in
m. i. o. t. collen. in

4
Der brief hilt dar an den Dürm-
berg schreiben will. Der beinige seine
briefen hinder dem Römer wegen
vber Leuen Eck. Die Post wirdt
morgen rausen.
Celly qui a lettres ou veut écrire pour Nurem-
bergue. Qui il apporte ses lettres derrière le Reme-
sio a vis du coin a lions. Le poste se parira
Demain.

Druckerei von AUGUST OSTERRIETH in Frankfurt a. M.

Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst AFGK

Bd.: 10. 1883

Frankfurt, M. 1883

Germ.sp. 19 o,NF-10/11

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11609603-2